

WOLFGANG LEESCH

Geschichte der Steuerverfassung und -verwaltung in Westfalen seit 1815

ZWEITER TEIL

F. Die Reichsfinanzverwaltung 1919-1945

I. Die Verwaltung der Steuern und Zölle

Nachdem das Bismarckreich sich mit der Ausbildung einer zentralen Behördenorganisation begnügt und sich für die Verwaltung der Reichsabgaben in der Mittel- und Unterinstanz – wie auf allen Verwaltungsgebieten – der Behörden der Länder bedient hatte, schuf die große Finanzreform von 1919-1925 die erste große straff durchorganisierte und bis zur untersten Instanz durchgegliederte Reichsverwaltung. „Die Einführung der reichseigenen Finanzverwaltung rechtfertigte sich aus zwingenden sachlichen Gründen. Nach dem unglücklichen Ausgange des Krieges war es klar, daß der Steuerdruck ungeahnte Formen annehmen würde und daß das Reich, wie es die Hauptlasten des Krieges zu tragen haben würde, auch die wichtigsten Steuern für sich würde in Anspruch nehmen müssen. Dem natürlichen Empfinden entspricht es, daß der hauptsächlichste Steuergläubiger, nämlich das Reich, nicht mehr, wie bisher, Kostgänger der Länder sein konnte, sondern die Steuerquellen durch eigene Organe auszuschöpfen in stand gesetzt werden mußte. Aber nicht nur die Interessen des Reiches erforderten gebieterisch die Einführung der Reichsfinanzverwaltung, sondern auch die Interessen der Steuerpflichtigen. Sollten die Steuern überhaupt tragbar sein, so mußte mit allen Kräften auf eine materiell gleichmäßige Belastung und ein formell einheitliches Verfahren Bedacht genommen werden. Je stärker der Steuerdruck, um so unerläßlicher ist es für das Wirtschaftsleben, im freien Wettbewerb nicht durch eine ungleichmäßige Steuerbelastung behindert zu werden. In einem so großen und verwickelten Wirtschaftsgebiet wie dem Deutschen Reich ist aber die Erreichung größtmöglicher Gleichmäßigkeit der Besteuerung nur durch eine einheitlich und straff geleitete Verwaltung denkbar. Nur wenn die Durchführung der Gesetze in der Hand einer einheitlichen Zentralverwaltungsinstanz liegt und der Rechtsschutz in eine einheitliche oberste richterliche Instanz gipfelt, ist es möglich, die zahlreichen neu auftauchenden Zweifelsfragen einheitlich zu klären und im ganzen Reich eine einheitliche Verwaltungspraxis sicherzustellen“ (J. Schwandt, Finanzverwaltung im Deutschen Reich. In: Handwörterbuch des Staatswiss. 4. Aufl. Erg.-Bd. 1929, S. 241).

Grundsätze der Reichsfinanzreform waren stärkste Heranziehung der bisher vom Reiche kaum in Anspruch genommenen direkten Steuern und Begründung der absoluten Steuerhoheit des Reiches. Mittel zu dem Ziel, eine für alle Länder gleichmäßige und gerechte Besteuerung zu erreichen und die Steuerkraft besser, als es z. B. in Preußen der Fall war, auszuschöpfen, waren

1. Einführung einer reichseigenen Finanzverwaltung durch das Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung vom 10. 9. 1919 (RGBl. 1919, 1591),
2. Schaffung allgemeiner, für alle Steuergesetze gleichmäßig gültiger Richtlinien des Besteuerungsverfahrens durch die Reichsabgabenordnung vom 13. 12. 1919 (RGBl. 1919, 1993),
3. Ausbau und Erhöhung der einträglichen großen direkten Steuern vom Einkommen (Reichseinkommensteuergesetz vom 29. 3. 1920, RGBl. 1920, 359; Körperschaftsteuergesetz vom 30. 3. 1920, RGBl. 1920, 393; Kapitalertragsteuergesetz vom 29. 3. 1920, RGBl. 1920, 345), vom Vermögen (Reichsnotopfergesetz vom 31. 12. 1919, RGBl. 1919, 2189; Reichsvermögen- und Vermögenszuwachssteuergesetz vom 8. 4. 1922, RGBl. 1922, I, 335/346) und vom Umsatz (Umsatzsteuergesetz vom 24. 12. 1919, RGBl. 1919, 2157) sowie der Verkehrssteuern.

Der Abgrenzung zwischen den Steuersystemen des Reiches und der Länder und Gemeinden und dem Finanzausgleich diente das Landessteuergesetz vom 30. 3. 1920 (RGBl. 1920, 402), das dann im Reichsfinanzausgleichsgesetz vom 23. 6. 1923 (RGBl. 1923 I, 494) neu gefaßt wurde. Als Abschluß schuf das Reichsbewertungsgesetz vom 10. 8. 1925 (RGBl. 1925 I, 214) eine einheitliche Bewertungsgrundlage für die Veranlagung der Vermögensteuern des Reiches und der Realsteuern der Länder und Gemeinden, die jetzt nicht mehr nach dem Ertrag, sondern nach dem Wert veranlagt werden sollten.

Indem das Reich sich über die indirekten Steuern hinaus alle ergiebigen Steuerquellen, vor allem als wichtigste direkte Steuer die Einkommensteuer und als besonders konstante und zuverlässige Finanzquelle die Umsatzsteuer, sicherte, hörte es auf, von den Ländern abhängig zu sein, deren Steuerhoheit aufs äußerste beschnitten wurde. Nach dem Grundsatz der Ausschließlichkeit des Reichssteuersystems durften sie keine vom Reiche erhobenen Steuern selbst in Anspruch nehmen. Sie erhielten vom Reiche aus dessen Steuererträgen Überweisungen, die jedoch nichts mit den Überweisungen im Bismarckreiche zu tun haben. Als bedeutendere eigene Steuern behielten sie nur die Grund- und die Gewerbesteuer, von denen der Staat Preußen die Grund- und Gebäudesteuer wieder selbst in Anspruch nahm und nur die Gewerbesteuer weiterhin den Gemeinden überließ.

Die neue Reichseinkommensteuer, die zum Rückgrat des neuen Reichssteuersystems wurde, faßte den Begriff des Einkommens erheblich weiter als die alte preußische Einkommensteuer. Während diese im Sinne der sogenannten „Quellentheorie“ nur gewisse Gruppen von periodischen Einkünften besteuert und im

voraus veranlagt hatte, erfaßte die Reichseinkommensteuer das gesamte Einkommen, also auch alle einmaligen Einnahmen, und veranlagte, da ja diese Einnahmen im Gegensatz zu den periodischen nicht im voraus übersehen werden können, die Steuer nachträglich. Außerdem wurden eine Reihe von Einkommensarten herausgelöst und durch besondere Gesetze geregelt, insbesondere das Einkommen von nichtphysischen Personen im Körperschaftsteuergesetz, das Einkommen aus Kapitalvermögen im Kapitalertragsteuergesetz und das Einkommen aus Erbschaften und Schenkungen im Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz. Ebenso wurde der Begriff des Umsatzes, der 1916 bei Einführung der Steuer auf Warenlieferungen beschränkt gewesen war (Warenumsatzstempelgesetz vom 26. 6. 1916, RGBl. 1916, 639), auf Leistungen aller Art (Umsatzsteuerges. vom 26. 7. 1918, RGBl. 1918, 779) und schließlich auch auf die Umsätze der freien Berufe ausgedehnt (Umsatzsteuerges. vom 24. 12. 1919, RGBl. 1919, 2157).

Während die Weimarer Verfassung vom 11. 8. 1919 nur für die Zölle und Verbrauchsteuern Verwaltung durch Reichsbehörden angeordnet, für die übrigen wie auch für die (nach Art. 8) geplanten Reichsabgaben immerhin die Verwaltung durch Reichsbehörden als Möglichkeit ins Auge gefaßt hatte (Art. 83), bestimmte bereits das Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung vom 10. 9. 1919 (RGBl. 1919, 1591), daß alle Abgaben, die ganz oder teilweise zugunsten des Reiches erhoben werden, von Reichsbehörden zu verwalten sind. Es setzte einen sehr kurzfristigen Termin zur Einführung dieser Reichsverwaltung, den *1. Oktober 1919*. Die Rahmenbestimmungen des Gesetzes sahen einen klaren dreigliedrigen Aufbau vor: Reichsfinanzministerium als Zentralbehörde – Landesfinanzämter¹⁷ als Mittelbehörden – Finanzämter¹⁸ als Lokalbehörden.

Die beiden wichtigsten Voraussetzungen für eine termingerechte Begründung der neuen Reichsverwaltung, die Abgrenzung der Bezirke der Landesfinanzämter und die Berufung der Präsidenten der neuen Behörden, die beide nur im

17 Die Bezeichnung „Landesfinanzamt“ war irreführend, da es sich ja um Reichs- und nicht um Landesbehörden handelte. Die Beseitigung dieser unzutreffenden Bezeichnung war wohl auch einer der Gründe für den Führererlaß vom 16. 3. 1937 (RGBl. 1937, I 311), der die Umbenennung der Behörde zum 1. 4. 1937 anordnete. Die Landesfinanzämter erhielten die Bezeichnung „Der Oberfinanzpräsident“, die „Präsidenten des Landesfinanzamts“ den Titel „Oberfinanzpräsident“. Die „Landesfinanzamtsdirektoren“ wurden zu „Finanzpräsidenten“, die „Finanzgerichtsdirektoren“ zu „Finanzgerichtspräsidenten“. In diesem Zusammenhang erhielt die Behörde in Münster die Bezeichnung „Der Oberfinanzpräsident Westfalen in Münster“ (Ausführungsbest. vom 16. 3. 1937 [AB RFV 1937, 32]), die sie dann bis zum 30. 11. 1950 behalten hat. Zunächst im internen Sprachgebrauch der Verwaltung und später mehr oder weniger allgemein wurde die Behörde vielfach mit „Oberfinanzpräsidium“ bezeichnet. Wie weit sich die Bezeichnung auch ohne entsprechende offizielle Anordnung durchgesetzt hat, ergibt sich aus dem Umstand, daß sich bis 1969 über dem Eingang zum früheren Dienstgebäude Hohenzollernring 80 die Bezeichnung „Oberfinanzpräsidium Westfalen“ befunden hat.

18 Die Bezeichnung „Finanzamt“ ist hier im technischen Sinne als Bezeichnung der lokalen Verwaltungsbehörde der Steuer- wie der Zollverwaltung aufzufassen. Die Dienststellen der Zollverwaltung erhielten erst mit Erlaß vom 9. 4. 1921 (AB RFV 1921, 94) ihre amtlichen Bezeichnungen, die sich im wesentlichen mit ihren bisherigen deckten.

Einvernehmen mit den betroffenen Länderregierungen erfolgen durften, konnten tatsächlich allen Schwierigkeiten zum Trotz bis zum 1. 10. 1919 erfüllt werden. Schon am 29. 9. 1919 (AB RFV 1919, 11) wurde die Bezirkseinteilung bekanntgegeben. Der Reichsfinanzminister Erzberger, der die Reichsfinanzreform als erste Stufe zur Begründung einer allgemeinen Reichsverwaltung betrachtete, sah seinen Wunsch, die Bezirke der Landesfinanzämter im Sinne der damaligen Reichsreformtendenzen so abzugrenzen, daß sie als Grundlage späterer Reichsprovinzen oder -gauen eines deutschen Einheitsstaates hätten dienen können, und bei ihrer Abgrenzung vor allem wirtschaftliche Zusammenhänge zu berücksichtigen, nur sehr begrenzt erfüllt. Die Einteilung wurde daher nur als provisorisch angesehen, die endgültige Regelung jedoch immer wieder – ebenso wie die Reichsreform selbst – verschoben, bis schließlich das Reichsgesetz vom 27. 2. 1934 (RGBl. 1934 I, 130) eine endgültige gesetzliche Neugliederung vom 1. 4. 1934 an ermöglichte. Im wesentlichen hat man sich 1919 an die bisherigen Verwaltungsgrenzen, in Preußen an die Provinzen gehalten; in der Rheinprovinz erhielt allerdings der Regierungsbezirk Düsseldorf ein eigenes Landesfinanzamt. Der Landesfinanzamtsbezirk Münster umfaßte außer der Provinz Westfalen nur das Land Lippe, während die früher zur Oberzolldirektion Münster gehörigen Landesteile Waldeck und Grafschaft Schaumburg zum Landesfinanzamtsbezirk Kassel und Pyrmont zum Landesfinanzamtsbezirk Hannover kamen (Bezirke der Landesfinanzämter: AB RFV 1919, 11), doch wurde Pyrmont bereits im Juni 1920 wieder dem Bezirk Münster zugeschlagen (AB RFV 1920, 252).

Auch die Präsidenten der neuen Behörde konnten so rechtzeitig ernannt werden, daß bereits am 24. 10. 1919 ihre erste Arbeitstagung im Reichsfinanzministerium stattfinden konnte, auf der ihnen die Richtlinien für die Organisation der neuen Verwaltung gegeben wurden (Protokoll s. AB RFV 1919, 15). Die neue Behörde sollte sich obligatorisch aus zwei *Abteilungen*, einer *für Besitz- und Verkehrssteuern* und einer *für Zölle und Verbrauchsteuern*, die beide dem Reichsfinanzministerium unterstanden, zusammensetzen. Außerdem konnte nach Bedarf eine dritte Abteilung *für Verwaltung des Reichsvermögens (Reichsschatzabteilung)*, die von dem neuerrichteten Reichsschatzministerium ressortieren sollte, errichtet werden. Ein *Finanzgericht* sollte jedem Landesfinanzamte angegliedert werden. Weiterhin trug man sich mit dem Gedanken, noch eine vierte Abteilung für das Militärversorgungswesen zu schaffen, die dem Reichsarbeitsministerium unterstanden hätte. Dieser Plan kam allerdings nicht zur Ausführung, vielmehr schuf man 1920 eine besondere reichseigene Versorgungsverwaltung mit Hauptversorgungssämtern und Versorgungssämtern, die 1945, als die Versorgungsverwaltung Länderangelegenheit geworden war, tatsächlich für ganz kurze Zeit in der Mittelinstanz dem Oberfinanzpräsidenten übertragen war.

Diese verschiedenartigen Abteilungen zu einer arbeitsfähigen Behörde zu verbinden und allmählich die großen Schwierigkeiten zu überwinden, die auf personellem Gebiete bei der Angleichung der verschiedenen Rang- und Gehalts-

verhältnisse der zu übernehmenden Landesbeamten wie auf dem Verwaltungsgebiet bei der Überleitung der verschiedenartigsten Verwaltungsformen der Länder in die Reichsverwaltung erwachsen, bedurfte man in der Zentrale der neuerrichteten Abteilung für Verwaltung und Personalaufgaben im Reichsfinanzministerium wie vor allem auch in der Mittelinstanz organisatorisch fähiger und ausgleichender Persönlichkeiten. Deshalb versuchte man zunächst, als Präsidenten in erster Linie nicht ausgesprochene Fachleute, sondern organisatorisch bewährte Beamte zu gewinnen (s. Schreiben des Unterstaatssekretärs Busch Anhang II. 5. und Protokoll AB RFV 1919, 24), so in Münster den bisherigen Landesrat Schmedding, der sich bisher auf dem Gebiete der Zoll- oder Steuerverwaltung kaum betätigt hatte. Den Präsidenten wurde sogar ausdrücklich nahegelegt, sich in der ersten Zeit nicht in die laufende Verwaltung der Abteilungen einzuschalten. Den Abteilungen wurde der unmittelbare Verkehr mit dem Ministerium gestattet. Der Präsident sollte zwar nicht bloßer „Briefkasten“ für den Verkehr zwischen den Abteilungen und dem Ministerium werden, sollte aber auch nicht sein Präsidialbüro („Präsidialgeschäftsstelle“), das (nach der späteren Geschäftsordnung von 1920) für alle Angelegenheiten, die nicht in den Geschäftsbereich einer der Abteilungen fielen, zuständig sein sollte, zur Oberbehörde über den Abteilungen ausbauen. Man erstrebte eine Dezentralisierung innerhalb der Behörde zugunsten der Abteilungen.

Diese Tendenzen, die in der ersten Zeit verständlich waren, haben sich auf die Dauer ungünstig ausgewirkt. Bis 1924 haben die Landesfinanzämter tatsächlich aus zwei oder drei Behörden bestanden, die miteinander brieflich verkehrten und nur lose durch die Person des Chefpräsidenten und sein Präsidialbüro verbunden waren. Die Vorläufige Geschäftsordnung für die Landesfinanzämter (GO) vom 7. 7. 1920 (AB RFV 1920, 311) stellt ausdrücklich fest, daß die Abteilungsangelegenheiten grundsätzlich in den Abteilungen zu bearbeiten sind und daß jede Abteilung ihre Geschäfte selbständig zu führen hat, nur diejenigen Angelegenheiten, die nicht in den Geschäftsbereich einer Abteilung fielen, sollten von der „Präsidialgeschäftsstelle“ bearbeitet werden (§ 9 der Geschäftsordnung).

Erst die Geschäftsordnung für die Landesfinanzämter (LFGO) vom 18. 8. 1924 (AB RFV 1924, 73), die zum 1. 9. 1924 in Kraft trat, suchte die Geschlossenheit der Behörde herauszustellen.¹⁹ In seinem Geleitwort bemängelt der Reichsfinanzminister Luther, daß die Landesfinanzämter eine einheitliche Verwaltung vermissen lassen, die bürokratische Entscheidungsgewalt der Präsidenten nicht genügend zur Geltung komme, die Abteilungen bisher zu stark nach außen hin in Erscheinung getreten seien und immer noch Schriftwechsel zwischen den Abteilungen und von den Abteilungen zur Präsidialgeschäftsstelle stattfinde. Nach außen hin dürfe künftighin nur noch der Präsident in Erscheinung treten, die

¹⁹ Die jetzt gültige Geschäftsordnung datiert vom 2. 7. 1968 (veröff. in der Fass. vom 10. 11. 1975 in: Minbl. Fin. 1975, 605).

Abteilungen nur noch aus dem Geschäftszeichen I und II erkennbar sein. Der Präsident dürfe sich nicht auf organisatorische Fragen beschränken, sondern müsse auch fachliche Fragen entscheiden und die letzte Verantwortung tragen. Andererseits aber dürfe die (nunmehr mit bestimmten Aufgaben betraute) „Präsidialstelle“ keine Nebenverwaltung werden, sondern, soweit sie nicht besondere Aufgaben, wie die Liegenschafts- und die Bauverwaltung, zu erledigen habe, nur Büro des Chefs sein.²⁰ Als solches war sie für die „Allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten“, d. h. die Geschäftssachen mehrerer Abteilungen, die Personalien, die allgemeinen Haushaltssachen und die Aufsicht über die Oberfinanzkasse zuständig.

Hinsichtlich der Personalien ist in der Geschäftsordnung vorgesehen, daß der Präsident die aller Angehörigen des Landesfinanzamtes selbst und die der Reichsbauämter, die Abteilungsleiter dagegen die Personalien der Angehörigen der ihnen unterstellten Finanz- und Zolldienststellen zu bearbeiten haben. Das gleiche gilt für Organisations- und für Haushalts-, Kassen- und Rechnungssachen. Der Titel Präsident wurde jetzt dem Leiter der Gesamtbehörde vorbehalten; die bisher in der Regel als „Abteilungspräsidenten“ bezeichneten Abteilungsleiter sollten nunmehr den Titel „Landesfinanzamtsdirektor“ führen. Für kleinere Landesfinanzämter sah die Geschäftsordnung die Möglichkeit vor, daß der Präsident zugleich unmittelbar die Leitung einer der Abteilungen übernehmen könne, eine Lösung nach dem Vorbilde der preußischen Regierung. Diese Lösung, die von mancher Seite damals als allgemeine Lösung empfohlen wurde, um die Präsidenten auf diese Weise enger mit der eigentlichen fachlichen Verwaltung zu verbinden, hat sich aber nicht durchgesetzt und wäre vielleicht angesichts der vielen neuen Aufgaben, die gerade außerhalb der fachlichen Sphäre auf die Landesfinanzämter und ihre Präsidenten übertragen wurden, später nicht mehr durchführbar gewesen.

Die dritte Dienstordnung für die Oberfinanzpräsidenten vom 20. 5. 1938 (AB RFV 1938, 555) suchte dem in gewisser Weise Rechnung zu tragen, indem sie eine neue *Abteilung für Personal und Verwaltung* (P) schuf und diese unmittelbar dem Oberfinanzpräsidenten unterstellte.²¹ Sie übernahm nicht nur die Aufgabe der Präsidialstelle, also Personal-, Organisations-, Haushalts-, Kassen- und Rechnungssachen des Oberfinanzpräsidenten selbst sowie die Reichsliegenschafts- und -bauangelegenheiten, sondern auch die Personal-, Organisations-, Haushalts-, Kassen- und Rechnungssachen der beiden Abteilungen I und II (jetzt offiziell mit den Buchstaben St und Z bezeichnet, wie dies übrigens in Münster

20 Die Präsidialstelle unterstand in Münster einem Oberregierungsrat, dem sogenannten „Präsidialrat“.

21 Seit Dezember 1943 war die Abteilung in Münster nicht mehr dem Oberfinanzpräsidenten unmittelbar unterstellt; sie erhielt damals einen eigenen Leiter (den bisherigen dienstältesten Beamten Reigers), der im August 1944 zum Finanzpräsidenten ernannt und damit den übrigen Abteilungsleitern gleichgestellt wurde.

schon seit der Verfügung vom 13. 4. 1920 üblich war); diese wurden damit auf das rein Fachliche beschränkt. Die Präsidialstelle erhielt also jetzt die schon früher als wünschenswert bezeichnete Stellung eines reinen Chefbüros. Auch in Münster läßt sich der Wandel im Charakter des Präsidentenamtes seit 1924 gut verfolgen. Alle Nachfolger Schmeddings, der 1924 in den Ruhestand trat, waren Fachleute, und zwar bis 1945 aus dem Bereiche der Zollverwaltung, seitdem aus dem der Steuerverwaltung. Eine mehr repräsentative Stärkung der Stellung des Präsidenten des Landesfinanzamtes brachte der Erlaß der Reichsregierung vom 20. 3. 1929, der ihn zur repräsentativen Spitze des Reiches innerhalb der Provinz machte und ihm die Ausführung aller Hoheitsanordnungen des Reiches innerhalb seines Amtsbereiches übertrug. Dieser Erlaß ist 1935 wieder aufgehoben worden, um die Gauleiter, Oberpräsidenten oder Reichsstatthalter zur repräsentativen Spitze des jetzt zentralisierten Reiches in ihrem Bezirke zu erheben.

Eine organisatorische Besonderheit der Landesfinanzämter, die auf die Gründungszeit zurückgeht und sich trotz mancher an dieser „Überorganisation“ geübten Kritik erfolgreich bis heute behauptet hat, ist die *Vierstufigkeit des Behördenaufbaus* durch die Zwischenschaltung der Gruppe zwischen Referat und Abteilungsleitung, wie sie schon die Vorläufige Geschäftsordnung von 1920 vorgesehen hat. Auch sie dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die Abteilungen ursprünglich den Charakter selbständiger Behörden unter einem „Präsidenten“ als Abteilungsleiter hatten und aus dieser Sicht heraus tatsächlich den normalen dreistufigen Aufbau Referent – Gruppenleiter – Abteilungsleiter (= Behördenchef) aufwiesen.

Die zum 1. 10. 1919 ins Leben getretene Behörde bestand zunächst nur aus dem Präsidenten mit seinem Präsidialbüro, der sich für die fachlichen Aufgaben anfangs der einzelstaatlichen Verwaltungen bedienen mußte. Am reibungslosesten ging die Übernahme der Landesverwaltung auf dem Gebiete der Zölle und indirekten Steuern vor sich, weil diese vom Zollverein her in den einzelnen Ländern verhältnismäßig einheitlich war und gerade Preußen eine gut ausgebildete, in einem Jahrhundert in den Grundzügen unverändert gebliebene Organisation besaß. Dazu kam in Preußen, daß hier die Verwaltung der Zölle und Verbrauchsteuern in einer Behörde vereinigt gewesen war, was nicht in allen deutschen Ländern der Fall war. Für die neue reichseinheitliche Regelung ist das preußische Muster vorbildlich geworden, man hat überall die Zölle und die Verbrauchsabgaben in einer Abteilung vereinigt.

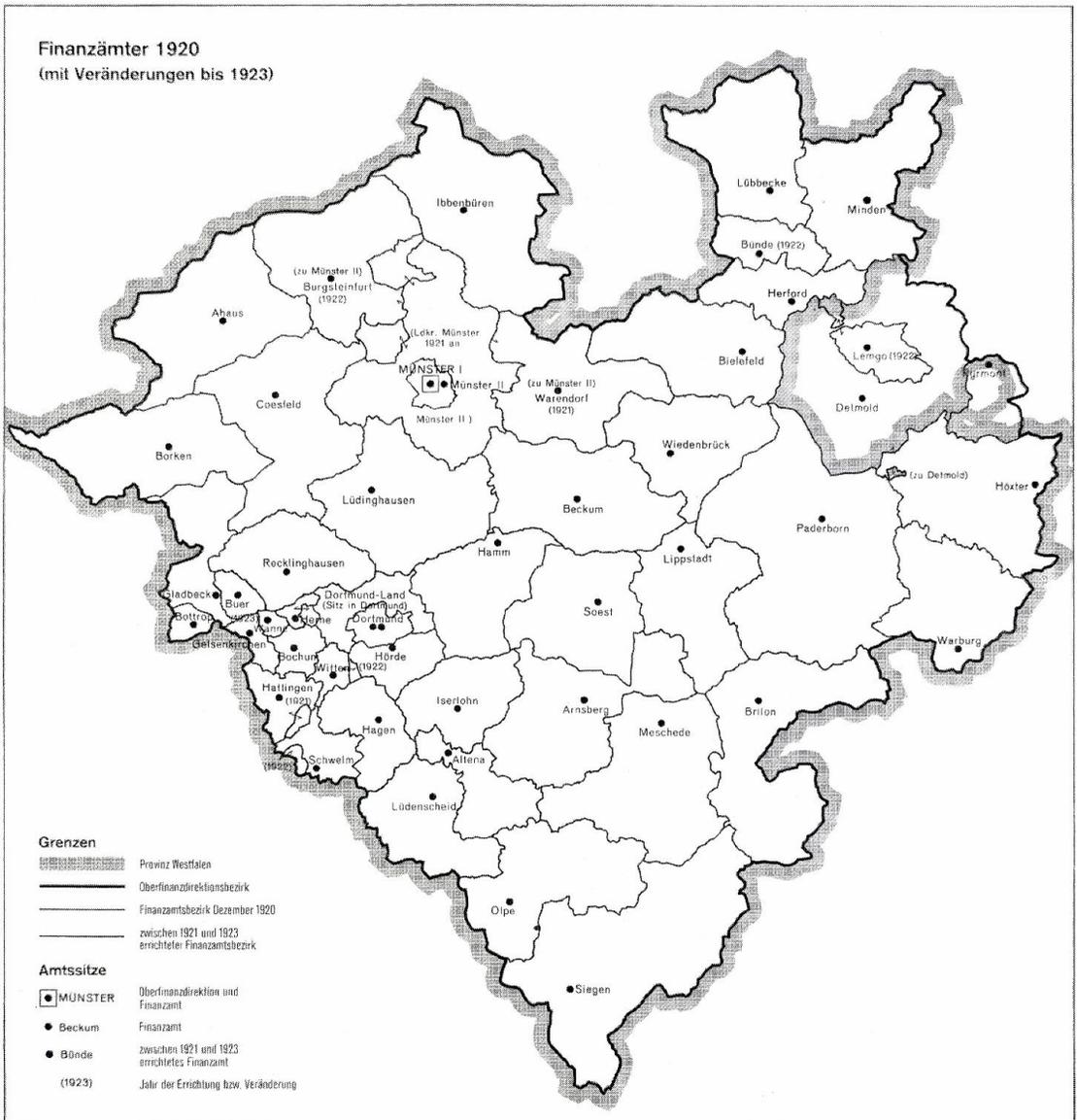
So konnte die Zollabteilung in Münster schon am 1. 4. 1920 ins Leben treten (AB RFV 1920, 153), nachdem bereits am 1. 1. 1920 die Geschäfte auf dem Gebiete der Erbschaft- und Stempelsteuern auf das Landesfinanzamt Münster übergegangen waren (AB RFV 1920, 236). Eine gewisse Schwierigkeit ergab sich daraus, daß die Erbschaftsteuer und die unter dem Stempel zusammengefaßten Verkehrsteuern (Reichs- und Landesstempel) in Preußen bisher, da es sich um nicht periodisch veranlagte Steuern handelte, zusammen mit den indirekten

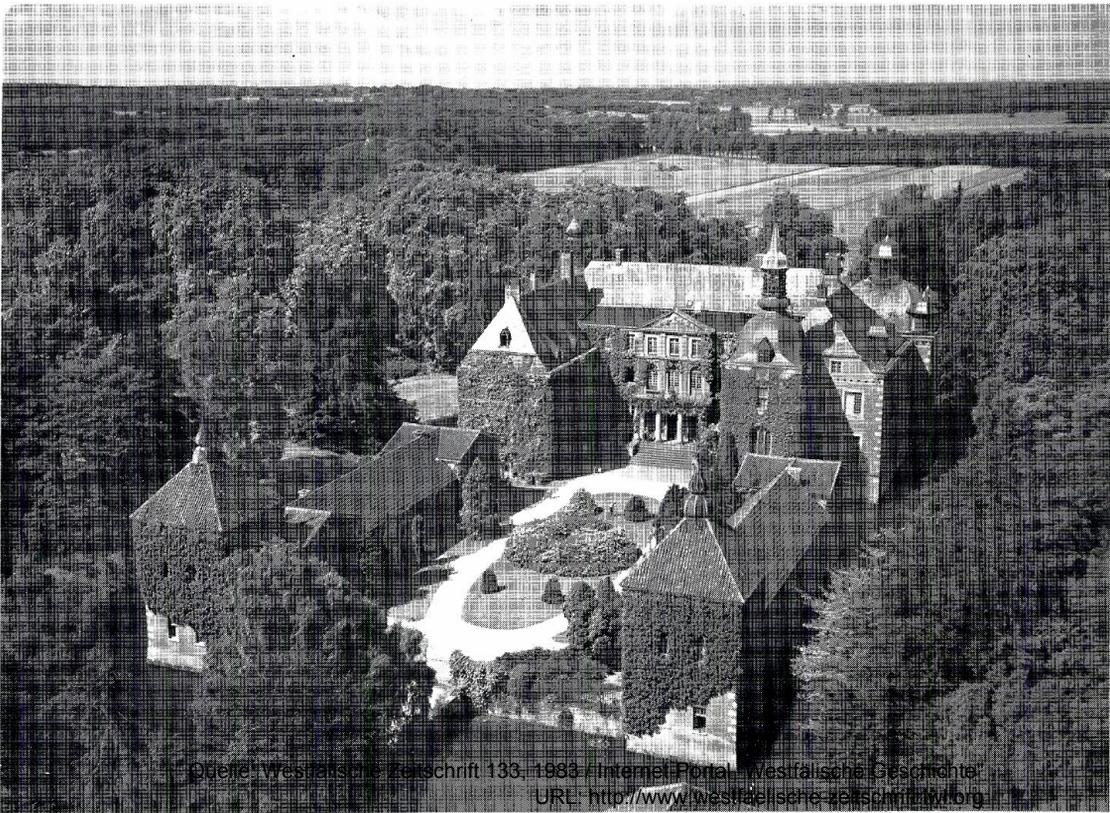
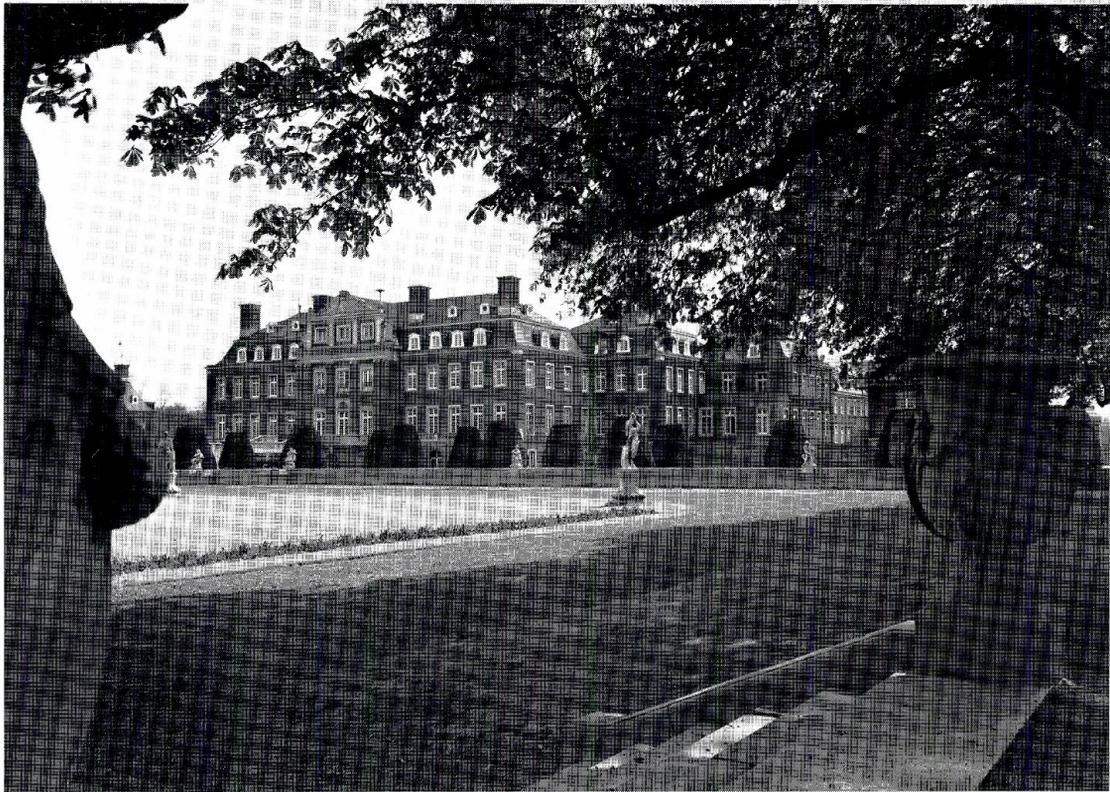
Steuern durch die Oberzolldirektionen verwaltet wurden, während sie nun zusammen mit den Besitzsteuern der direkten Steuerverwaltung unterstellt werden sollten. Da diese aber in Münster noch nicht aufgebaut war, sollten nach einer Anordnung des Reichsfinanzministers vom 7. 2. 1920 (AB RFV 1920, 80) die früheren Oberzolldirektionen, die jetzt auf die Zölle und Verbrauchsteuern beschränkt wurden, bis zur Errichtung der Abteilung für direkte Steuern die Erbschaft- und Stempelsteuern zunächst weiter verwalten, jedoch unter der Bezeichnung „*Landesfinanzamt, Abteilung für direkte Steuern*“ bzw. „*Abteilung für Verkehrssteuern*“.

In der Zollverwaltung waren wenige Änderungen gegenüber der bisherigen bewährten preußischen Organisation erforderlich: Die tragende lokale Behörde blieb das *Hauptzollamt*, das als Finanzamt im Sinne der Reichsabgabenordnung gilt. Sein Bezirk gliedert sich für Festsetzung und Erhebung der Abgaben in Hebebezirke der Zollämter einschließlich des Sonderhebebezirks des Hauptzollamtes und Zollinspektionsbezirke des Aufsichtsdienstes. Als Hilfsstellen für Festsetzung und Erhebung der Abgaben unterstehen den Hauptzollämtern die *Zollämter* als selbständige Dienststellen mit eigener *Zollkasse*²² und als deren unselbständige Zweigstellen *Zollabfertigungsstellen*. Für den internen Dienstbetrieb unterscheidet man Zollämter I, d. h. größere Zollämter, die der Geschäftsaufsicht des Hauptzollamtes unmittelbar unterstehen, und Zollämter II und III, die unter Geschäfts- und Kassenaufsicht der Zollinspektion stehen. Für Zollstellen, die nicht nahe genug an der Grenze liegen, sind die *Ansagestellen oder Ansageposten* beibehalten worden. Für die Beaufsichtigung der Grenze und die fortlaufende Prüfung der Betriebsführung der unter Steueraufsicht stehenden Betriebe unterstehen den Hauptzollämtern *Zollinspektionen* (seit 1931 *Bezirkszollkommissariate* genannt) und als deren Zweigstellen *Zollaufsichtsstellen*. Zollinspektionen im Grenzgebiet, die in erster Linie Grenzaufsichtsdienst leisten, und im Innern, die vorwiegend auf die Steueraufsicht beschränkt sind, werden durch die Zusätze (G), d. h. Grenze, und (St), d. h. Steuer, unterschieden. Zur Bekämpfung des Schmuggels mit kriminalpolizeilichen Methoden und zur Überwachung der Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote stehen jedem Landesfinanzamt eine oder mehrere *Zollfahndungsstellen* (errichtet Nov. 1919 als „Zollgrenzkommissariate“, 1922 umbenannt in „Zollfahndungsstellen“, seit Sept. 1971, BGBl. 1970 I, 1426: Zollfahndungsämter) zur Verfügung. Die Hauptzollämter sind außerdem für die Überwachung des Branntweinmonopols (Übernahme des Branntweins für die Monopolverwaltung, Erhebung des Monopolaufschlages, Erhebung und Verwaltung des Monopolausgleichs) zuständig. Soweit sie einen Grenzbezirk verwalten, sind ihnen noch weitere mit der Grenzlage zusammenhängende Aufgaben übertragen wie Paßkontrolle, Einziehung der Kraftfahr-

²² 1962 sind die Zolkassen in Zahlstellen der Oberfinanzkasse umgewandelt worden (Erlaß des BdF vom 13.12.1961).

**Finanzämter 1920
(mit Veränderungen bis 1923)**





- ◀ *Finanzschule Schloß Nordkirchen*
(Bild: Westfälisches Amt für Denkmalpflege Münster)

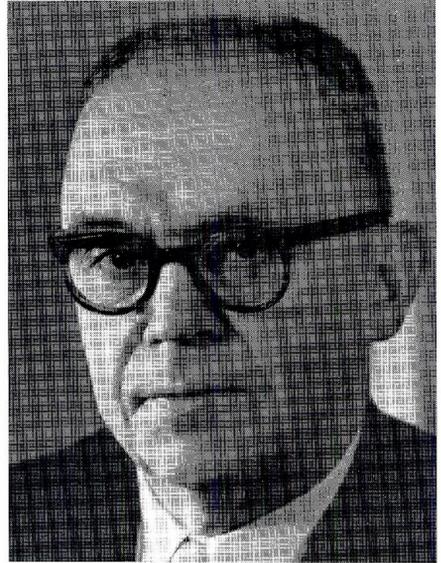


- ▲ *Oberfinanzdirektion Münster 1966/67*
(Bild: Oberfinanzdirektion Münster)

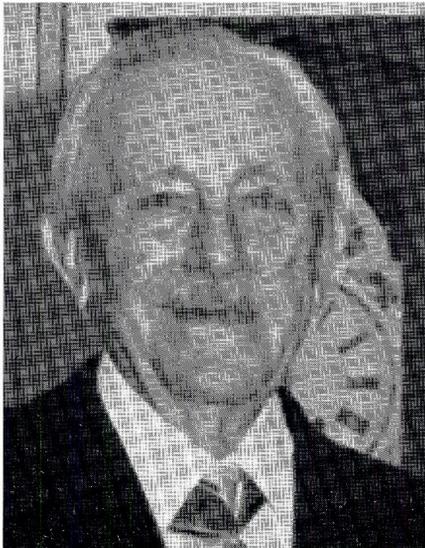
- ◀ *Zollschule Schloß Velen*
(Bild: Westfälisches Amt für Denkmalpflege Münster)



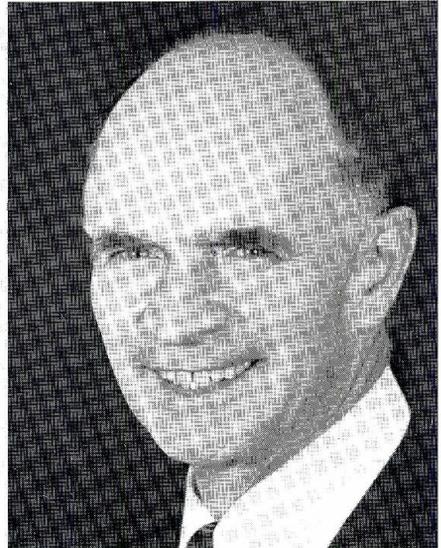
*Dr. Adolf Ernst Schmedding
Landesfinanzamtspräsident 1919-1924*



*Carl Bispinck
Oberfinanzpräsident 1945-1957*



*Dr. Wilhelm Kruff
Präsident der Finanzleitstelle
in Hamburg 1946-1948,
Finanzpräsident 1950-1953*



*Dr. Günther Förster
Oberfinanzpräsident 1972-1979*

(Bilder: Oberfinanzdirektion Münster)

zeugsteuer der aus dem Ausland kommenden Kraftfahrzeuge usw. Die Geschäftsanweisung für die Hauptzollämter und die ihnen nachgeordneten Dienststellen (HGA) vom 17. 9. 1924 (AB RFV 1924, 81), die übrigens für die Geschäftsverteilung auch eine Zusammenfassung der Sachgebiete zu Gruppen unter Gruppenleitern vorsieht, ist ersetzt worden durch die Geschäftsordnung vom 20. 7. 1931 (AB RFV 1931, 79).²³ Für die nachgeordneten Dienststellen sind die Dienstanweisung für die Zollinspektionen (ZIDA) vom 17. 9. 1924 (AB RFV 1924, 96), ersetzt durch die Geschäftsordnung für die Bezirkszollkommissare vom 20. 7. 1931 (AB RFV 1931, 100), und die Dienstanweisung für die Zollaufsichtsstellen vom 17. 9. 1924 (AB RFV 1924, 107), ersetzt durch die Dienstanweisung für die Zollaufsichtsstellen vom 20. 7. 1931 (AB RFV 1931, 111), ergangen.

Zum Bereich der Abteilung für Zölle und Verbrauchsteuern gehört auch die „*Lehranstalt für Zollbeamte*“ (seit Nov. 1929, AB RFV 1929, 275: „*Zollehranstalt*“) in Münster, die neben der Ausbildung von Zollbeamten einfachere Untersuchungen und technische Begutachtungen für Zollstellen durchzuführen hat und für den ganzen Landesfinanzbezirk zuständig ist. Sie war 1904 als „*Zollaboratorium*“ für die Ausbildung von Zollbeamten in Chemie und Technologie und für Untersuchung von Warenproben beim Hauptsteueramt Dortmund errichtet worden und wurde bald danach in „*Provinzial-Lehranstalt für Zoll- und Steuerbeamte*“ umbenannt (StA Münster, OFD 593). Zum 1. 4. 1907 wurden die Provinzial-Lehranstalten aus der Verbindung mit einem Hauptamt gelöst und unmittelbar der Provinzialsteuerverwaltung unterstellt, was die Verlegung nach Münster zur Folge hatte. Während und in den drei ersten Jahren nach dem Ersten Weltkriege fanden keine Lehrgänge statt, so daß sich damals die Tätigkeit der Lehranstalt auf Warenuntersuchungen beschränkte. Für schwierige Untersuchungen und für höhere Lehrgänge war gleichzeitig, im März 1904, in Berlin die „*Hauptlehranstalt für Zollbeamte*“ errichtet worden. Ihre Aufgaben wurden durch Verordnung vom 19. 9. 1922 (AB RFV 1922, 358) auf mehrere jetzt als „*Technische Prüfungs- und Lehranstalten der Reichszollverwaltung*“ bezeichnete Hauptlehranstalten aufgeteilt, die jeweils für mehrere Landesfinanzbezirke zuständig waren und auch die Aufgaben der 1908 (RGBl. 1908, 148) errichteten und zum 30. 9. 1922 (AB RFV 1922, 357) aufgehobenen „*Technischen Prüfungsstelle*“ in Berlin übernehmen sollten; neben Berlin erhielten München, Dresden, Hamburg-Altona und Köln Hauptlehranstalten. Die Kölner, die für die Landesfinanzbezirke Düsseldorf, Köln, Münster, Kassel und Darmstadt zuständig war, sollte 1922 aus dem besetzten Gebiet nach Münster verlegt werden, was hier sehr begrüßt wurde; doch kam der Plan nicht mehr zur Ausführung (StA Münster OFD 394). Die Geschäftsordnung für Zollehranstalten vom 22. 10. 1934 (AB

23 Mit Wirkung vom 1. 6. 1961 ist an ihre Stelle die Geschäftsordnung für die Hauptzollämter und ihre Dienststellen vom 28. 3. 1961 (Bundeszollbl. 1961, 488) getreten.

RFV 1934, 243) sah dann vor, daß in allen Landesfinanzbezirken, in denen keine Technischen Prüfungs- und Lehranstalten bestanden, eine für den gesamten Landesfinanzbezirk zuständige Lehranstalt als selbständige Dienststelle des Landesfinanzamtes einzurichten war.

Als 1935 in einigen Landesfinanzbezirken unmittelbar dem Reichsminister der Finanzen unterstellte „Zollschulen“ eingerichtet wurden, erstand im Landesfinanzbezirk Münster am 26. 9. 1935 die *Zollschule in Velen*, der ausschließlich die Ausbildung von Beamten des mittleren Dienstes (mit Zollassistentenprüfung) oblag; sie stellte mit Kriegsende ihre Tätigkeit ein. Die Lehranstalt in Münster, deren Lehrgänge 1946 von der Oberfinanzdirektion wieder eröffnet worden waren, verlegte 1949 ihre Lehrtätigkeit nach Velen, während für die zolltechnischen Warenuntersuchungen in Münster die „*Zolltechnische Prüfungsstelle*“ zurückblieb. Die neue nunmehr „*Lehranstalt für Finanzbeamte*“ genannte Schule in Velen wurde 1955 nach Lippstadt-Lipperbruch verlegt, wohin gleichzeitig die Zollschule Bonn übersiedelte. Nachdem die Lehranstalt in Lippstadt im September 1957 nach Münster zurückverlegt worden war, wurde sie 1959 wieder mit der Zolltechnischen Prüfungsstelle zur heutigen „*Zollehranstalt der Oberfinanzdirektion*“ vereinigt. In Velen ist 1966 zum dritten Mal eine „*Zollschule*“ eröffnet worden, die sich der Ausbildung des mittleren Zolldienstes widmet, während die Zollehranstalt in Münster neben der technischen Untersuchung der ein- und ausgeführten Waren der Fortbildung (nicht der Ausbildung!) des mittleren und gehobenen Zolldienstes dient.²⁴

Erheblich schwieriger als die Eingliederung der Zollverwaltung war die der direkten Steuern, die zum 26. 4. 1920 (AB RFV 1920, 182) von den bisherigen Mittelbehörden, den Regierungen in Münster, Minden und Arnsberg und der Landesregierung in Detmold, an das Landesfinanzamt Münster übernommen wurden. Bei einer Reihe von Landesfinanzämtern, darunter auch in Münster, bildete man zunächst zwei getrennte *Abteilungen für Besitzsteuern* und *für Verkehrsteuern*, die jedoch in Münster zum 1. 3. 1922 vereinigt wurden (AB RFV 1922, 111). Innerhalb der Abteilung für Verkehrsteuern bildete anfangs das *Stempelsteueramt* noch eine selbständige, angegliederte Dienststelle.

Die verantwortungsvollste, aber auch die am besten gelöste Aufgabe der Reichsfinanzreform war die Schaffung der *Finanzämter* als Lokalbehörden der direkten Steuerverwaltung. Während in Süddeutschland zumeist Fachbehörden der direkten Steuerverwaltung auch in der Lokalinstanz vorhanden waren, mußten in Preußen die Aufgaben von den verschiedensten Stellen der inneren

24 Weitere Ausbildungsstätten der Finanzverwaltung sind: 1. für den gehobenen Dienst der Zoll- und Bundesvermögensverwaltung das „*Bildungszentrum der Bundesfinanzverwaltung*“ in Sigmaringen (ein weiteres „Bildungszentrum“ ist in Münster geplant); 2. für Steuerbeamte des gehobenen Dienstes die „*Finanzschule des Landes Nordrhein-Westfalen*“ in Schloß Nordkirchen; 3. für Steuerbeamte des mittleren Dienstes die „*Landesfinanzschule*“ in Haan/Rheinld.; 4. Die „*Bundesfinanzakademie*“ in Siegburg dient der Fortbildung der Zoll- und Steuerbeamten des höheren Dienstes.

Verwaltung übernommen werden. So hatten z. B. in Preußen die Gemeinden das Geschäft der Steuererhebung und die Verwaltung der Umsatzsteuer. Sie setzten teilweise der Übergabe dieser Funktionen erheblichen Widerstand entgegen, so daß die Erhebung der Umsatzsteuer erst seit 1927, die Umsatzsteuerverwaltung noch später überall in den Händen der Finanzämter lag; die Verwaltung der Grunderwerbsteuer wurde erst zum 1. 1. 1930 von den Gemeinden auf die Finanzämter übernommen (AB RFV 1939, 684). Die Finanzämter sind in Westfalen, wie schon dargelegt, aus den preußischen Staatssteuerämtern erwachsen und diese wieder aus den Büros der Vorsitzenden der Einkommensteuerveranlagungskommissionen, die in der Regel gleichzeitig Vorsitzende der Gewerbesteuerausschüsse der Klassen III und IV waren. Alle diese Kommissionen hatten als Veranlagungsbezirk den landrätlichen Kreis, doch waren zwischen 1916 und 1919 zumeist mehrere Kommissionen unter einem hauptamtlichen Vorsitzenden zu Staatssteuerämtern mit Zweigsteuerämtern zusammengefaßt worden, denen auch die Veranlagung der direkten Reichssteuern anvertraut war. Die ersten Finanzämter, die zum 1. 4. 1920 ins Leben traten als Nachfolger der Staatssteuerämter, umfaßten daher gewöhnlich mehrere der ehemaligen Veranlagungsbezirke, während an die Stelle der Zweigsteuerämter Zweigstellen der Finanzämter traten. Sehr bald aber ist man durch Aufteilung der Finanzamtsbezirke wieder zu den alten Veranlagungsbezirken, die sich weitgehend mit den Kreisgrenzen deckten, zurückgekehrt.

In den neuen Finanzämtern sind nicht nur die bisher auf verschiedene Behörden verteilten direkten Steuerarten einschließlich der Reichssteuern, sondern auch die beiden bisher auf verschiedene Behörden verteilten Geschäfte der Veranlagung und der Erhebung vereinigt worden. In dem gesunden Bestreben nach Dezentralisierung hat man den Finanzamtsvorstehern eine verhältnismäßig selbständige und verantwortliche Stellung gegeben. Eine weitere Geschäftserleichterung bedeutete das neue Prinzip, wonach die Veranlagung sämtlicher großen Veranlagungssteuern *eines* Steuerpflichtigen in der Hand *eines* Beamten vereinigt wurde (Übergang von der sachlichen zur bezirksmäßigen Geschäftsteilung). Nach der Geschäftsordnung vom 10. 8. 1925 (AB RFV 1925, 127), die an die Stelle der Vorläufigen Geschäftsordnung vom 28. 5. 1921 (AB RFV 1921, 131) trat und später durch die Dienstanweisung für die Finanzämter vom 1. 9. 1938 (FDO) ersetzt wurde,²⁵ besteht jedes Finanzamt unter der Leitung des Vorstehers aus der *Veranlagungsabteilung* mit ihren Dienststellen für die Außentätigkeit und der *Finanzkasse* mit der Vollstreckungsstelle. Die Veranlagungsabteilung ist in örtliche *Steuerbezirke* eingeteilt, deren jeden ein Bezirksbearbeiter (jetzt Sachbearbeiter) verwaltet. Über den Bezirksbearbeitern stehen die Sachbe-

25 Die Dienstanweisung von 1938 ist inzwischen durch die Geschäftsordnung für die Finanzämter (FAGO) vom 18. 1. 1954 (Bundessteuerblatt 1954, II, S. 65) ersetzt worden. Danach werden die früheren Sachbearbeiter jetzt als Sachgebietsleiter und die früheren Bezirksbearbeiter als Sachbearbeiter bezeichnet.

arbeiter (jetzt Sachgebietsleiter: Regierungsräte, Steueramtmänner, Obersteuerinspektoren), deren jeder einschließlich des Vorstehers ein Sachgebiet verwaltet, das sich jeweils aus den allgemeinen Angelegenheiten der einzelnen Steuerarten und der Beaufsichtigung mehrerer Steuerbezirke und ihrer Bezirksbearbeiter zusammensetzt, also eine Verbindung von sachlicher und örtlicher Geschäftsverteilung, wie sie z. B. schon aus der Geschäftsverteilung der Oberzolldirektion bekannt ist. Die Bildung von Gruppen durch Zusammenfassung mehrerer Sachgebiete nach dem Vorbilde der Landesfinanzämter, wie sie in der Vorläufigen Geschäftsordnung von 1921 vorgesehen war, ist im allgemeinen bei den Finanzämtern nicht verwirklicht und in der Geschäftsordnung von 1925 wieder aufgegeben worden. Die Reichseinkommensteuergesetzgebung, die für die Besteuerung des Einkommens aus unselbständiger Arbeit das Prinzip der Besteuerung an der Quelle einführte (Lohnsteuer), zwang dazu, die Lohnsteuer aus der Einkommensteuerveranlagung herauszulösen und der Veranlagungsabteilung eine besondere *Lohnsteuerstelle* anzugliedern. Die *Finanzkasse* ist der Veranlagungsabteilung gleichgeordnet. Zur Erleichterung des Zahlungsverkehrs wurden örtlich verstreute Hilfsorgane in Gestalt von Hilfskassen, verwaltungsfremde Vertrauensstellen, Annahmestellen bei Geldinstituten und Zollkassen herangezogen. Der Vollstreckungsdienst, für den in erster Zeit vorwiegend die Hilfe der Gerichtsvollzieher und Gemeindevollzieher in Anspruch genommen werden mußte, ist erst allmählich als finanz eigene Einrichtung (*Vollstreckungsstelle des Finanzamts*) ausgebaut worden. Zu den Vollstreckungsstellen gehören Beamte des Innen- und Außendienstes. Die Beamten des Außendienstes werden als Vollziehungsbeamte bezeichnet, die hinsichtlich der Einziehung rückständiger Steuern dieselben Aufgaben wie die Gerichtsvollzieher wahrnehmen.

Die ordnungsmäßige Festsetzung der Steuern machte es notwendig, Einrichtungen zu schaffen, die die Steuererklärung auch an Ort und Stelle, das heißt, in den Betrieben der Steuerpflichtigen, überprüfen konnten. Es wurden deshalb besondere Außenstellen eingerichtet, die mit diesen Aufgaben beauftragt wurden.

Als Außenstellen waren die Buch- und Betriebsprüfungsstelle, die Umsatzsteuernachschau und ein der Lohnsteuerstelle angegliederter Lohnsteuerausendienst vorhanden, deren Prüfungsergebnisse der Veranlagungsabteilung zur Verfügung gestellt wurden. 1935 wurden die Buch- und Betriebsprüfung und die Umsatzsteuernachschau zu einer einheitlichen Betriebsprüfung vereinigt. Zum 1. 7. 1939 (Verf. OFP vom 10. 6. 1939) wurde die Prüfung der großen Betriebe aus der allgemeinen Betriebsprüfung herausgelöst und auf wenige „*Betriebsprüfungshauptstellen*“ konzentriert, von denen eine beim Oberfinanzpräsidenten insbesondere für Konzerne und landwirtschaftliche Betriebe zuständig war, während die übrigen bei großen Finanzämtern – in Westfalen in Bielefeld, Bochum, Detmold, Dortmund-Süd, Hagen, Lüdenscheid, Minden und Münster-Stadt – jeweils für eine Reihe von Finanzamtsbezirken gebildet

wurden. Jede Betriebsprüfungshauptstelle hatte die Prüfung der großen Betriebe in den ihr angeschlossenen Finanzamtsbezirken und außerdem die Prüfung der mittleren und kleinen Betriebe in dem Bezirke des Finanzamtes, dem sie angeschlossen war, durchzuführen. Auf Grund der Betriebsprüfungsordnung (BO) des Reichsfinanzministers vom 1. 5. 1944 (Neufassung 1954, Erlaß FinM NW vom 17. 4. 1954), die die Betriebsprüfung reichseinheitlich regelte, wurden die Betriebsprüfungshauptstellen zum 1. 7. 1944 von den Finanzämtern gelöst und als „*Betriebsprüfungsaußenstellen*“ unmittelbar den Oberfinanzpräsidenten unterstellt; lediglich für die wirtschaftliche Betreuung blieben sie einem Finanzamt („*Betreuungsfinanzamt*“) angegliedert. Nach dem Kriege bestätigte die Verfügung OFP vom 28. 11. 1949, die gleichzeitig auch den Steuerfahndungsdienst verselbständigte, diese Neuorganisation der letzten Kriegsmonate. Schließlich wurden die Betriebsprüfungsaußenstellen durch Verfügung OFD vom 2. 12. 1954 unter der neuen Bezeichnung „*Großbetriebsprüfungsstellen*“ zu organisatorisch mehr oder weniger selbständigen Dienststellen der Oberfinanzdirektion. Die Prüfung der Konzernbetriebe und der landwirtschaftlichen Betriebe, die bis dahin von der Betriebsprüfungshauptstelle in der Steuerabteilung der Oberfinanzdirektion durchgeführt worden war, wurde zum 10. 5. 1953 zwei neuerrichteten selbständigen Dienststellen, die für den ganzen Oberfinanzbezirk zuständig waren, der *Konzernprüfungsstelle* und der *Landwirtschaftlichen Betriebsprüfungsstelle*, übertragen.

Die Schwierigkeiten in der Verwaltung einzelner Steuern ließen es wünschenswert erscheinen, für diese Steuern Spezialämter zu bilden, teils Ämter, die für den ganzen Landesfinanzamtsbezirk nur diese Steuern verwalten (z. B. die *Umsatzsteuerämter*, *Finanzämter für Körperschaften* usw.), teils Finanzämter, die neben ihren normalen Veranlagungsaufgaben eine bestimmte Steuer für eine Reihe benachbarter Finanzämter mitverwalten (z. B. Verz. der zur Verwaltung der Kapitalverkehrsteuern zuständigen Finanzämter: AB RFV 1925, 10).

Im Laufe der Zeit wurde den Finanzämtern auch die Verwaltung verschiedener Landes- und Gemeindesteuern sowie der Steuern der kirchlichen und anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften übertragen. So übernahmen sie z. B. zum 1. 3. 1943 die bisher den Gemeinden zustehende Festsetzung des Hebesatzes und die Erhebung der Gewerbesteuer, einer Gemeindesteuer (VO v. 31. 3. 1943, RGBl. 1943 I, 237); als Relikt aus jener Zeit erheben noch heute z. B. die Finanzämter Detmold und Lemgo die Gewerbesteuer selbst.

Für die Veranlagung der Einkommen- und (mit Ausnahme der Erbschaftsteuer) der Vermögensteuer ist nach preußischem Vorbilde die Mitwirkung des Laienelements beibehalten worden:²⁶ Jedem Finanzamt wurden für seinen Veranlagungsbezirk einer oder mehrere *Steuerausschüsse* beigegeben, die die vom Finanzamt vorgelegte Veranlagung zu begutachten und zu berichtigen hatten

26 Dies gilt auch für die Bewertungsausschüsse nach dem Reichsbewertungsgesetz von 1925.

(Steuerausschußordnung vom 25. 5. 1920, RGBl. 1920, 1118). Die Steuerbezirke der Steuerausschüsse waren in der Regel kleiner als die der preußischen Veranlagungskommissionen, was den Mitgliedern die Übersicht erleichterte. Über die Bildung der Steuerbezirke und die Zahl der Mitglieder der Ausschüsse (vier bis acht Mitglieder), die teils vom Präsidenten des Landesfinanzamtes ernannt, teils von der Vertretung der betroffenen Gemeinde oder des Gemeindeverbandes auf drei Jahre gewählt wurden, entschied das Landesfinanzamt. Allerdings waren die Befugnisse der Steuerausschüsse erheblich geringer als die der preußischen Veranlagungskommissionen.

Durch das Reichsbewertungsgesetz vom 10. 8. 1925 (RGBl. 1925 I, 214) sind dann bei den Finanzämtern weitere Reichsbehörden geschaffen worden, die schon im Zusammenhang mit der preußischen Steuerfassung behandelten *Grundwertausschüsse* und *Gewerbeausschüsse*, die im Interesse einer reichseinheitlichen Regelung des Wertermittlungsgeschäfts Einheitswerte für das von den Ländern besteuerte landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Vermögen, das sonstige Grundvermögen und das Betriebsvermögen festzustellen hatten, während die übrigen Bewertungen (von Kapitalvermögen, Renten usw.), wie schon erwähnt, vom Finanzamt selbst ohne Mitwirkung von Ausschüssen vorgenommen wurden. Die neuen Bewertungsausschüsse, deren Bezirke sich mit den Veranlagungsbezirken der Finanzämter deckten, also in der Regel größer waren als die Steuerbezirke, unterschieden sich von den Steuerausschüssen auch nach der Art des Wahlverfahrens für die ehrenamtlichen Mitglieder: Während die der Steuerausschüsse durch die Vertretungen der Gemeinden oder Gemeindeverbände gewählt wurden, waren an den Wahlen zu den für Grundbesitz und Gewerbe zuständigen Bewertungsausschüssen auch die berufsständischen Vertretungen (Landwirtschafts-, Handels-, Handwerkskammer) beteiligt.

Durch die Steuerausschußordnung vom 22. 5. 1931 (RGBl. 1931 I, 267) sind – veranlaßt durch die Neufassung der Reichsabgabenordnung vom 22. 5. 1931 (RGBl. 1931 I, 161), die einen gemeinsamen Steuerausschuß für alle Veranlagungssteuern vorsah – die Aufgaben der bisherigen Steuerausschüsse und der Bewertungsausschüsse in *Steuerausschüssen neuer Art* zusammengefaßt worden, die teils aus Ernennung durch den Präsidenten des Landesfinanzamtes, teils aus Wahlen der Vertretungen der Gemeinden oder Gemeindeverbände und der berufsständischen Körperschaften, teils aus Bestellung von Gemeindevertretern durch die Kommunalaufsichtsbehörde hervorgingen und für vier Jahre eingesetzt wurden. Ihre Bezirke umfaßten, wie es bisher bei den Bewertungsausschüssen schon der Fall war, den ganzen Finanzamtsbezirk. Sie gliederten sich in eine oder mehrere *Grundbesitz-* und *Gewerbeabteilungen*, von denen bei Festsetzung der Einkommensteuer die Grundbesitzabteilungen nur für Einkommen aus dem Grundbesitz, die Gewerbeabteilungen außer für Einkommen aus Betriebsvermögen auch für Einkommen Steuerpflichtiger mit Einkünften aus Kapitalvermögen und nichtselbständiger Arbeit zuständig waren. Sie hatten bei der Ermittlung des

Einheitswertes, bei der Festsetzung der Steuern vom Einkommen und vom Umsatz und bei der Feststellung des Steuermeßbetrages für die Gewerbesteuer mitzuwirken und über Einsprüche gegen die vom Finanzamt ergangenen Bescheide zu entscheiden.

An die Stelle der Steuerausschüsse traten auf Grund des Steueranpassungsgesetzes vom 16. 10. 1934 (RGBl. 1934 I, 925) *Beiräte*. Die Mitglieder wurden teils vom Finanzamtsvorsteher ernannt, teils waren sie die Bürgermeister der beteiligten Gemeinden. Die Beiräte sollten das Finanzamt bei der Festsetzung der Steuern, der Besteuerungsgrundlagen und der Steuermeßbeträge lediglich beraten.

Wie schon in der Darstellung der preußischen Steuerverfassung ausgeführt, wurde als Rechtsmittelinstanz gegen Entscheidungen der Grundwert- und Gewerbeausschüsse bei jedem Landesfinanzamte ein *Oberbewertungsausschuß* gebildet (Oberbewertungsausschußordnung vom 28. 9. 1926, RGBl. 1926 I, 471); der des Landesfinanzamtes Münster begann seine Tätigkeit im Dezember 1926 mit fünf Kammern (AB RFV 1926 I, 137). 1933 gingen die Funktionen der Oberbewertungsausschüsse auf die nach der Finanzgerichtsordnung vom 16. 12. 1932 (RGBl. 1932 I, 552) umgebildeten Finanzgerichte über.

Die Bestrebungen der neuen Reichsfinanzverwaltung, die direkten Steuern schärfer zu erfassen, als dies bisher in Preußen möglich gewesen war, fanden ihren Niederschlag in der Einführung des Steuerfahndungsdienstes, der die Aufgabe zugewiesen erhielt, Zuwiderhandlungen gegen die Steuergesetze zu verfolgen und die Ermittlungen zu übernehmen. Zunächst war die Steuerfahndung eine der Aufgaben des bei jedem Finanzamte befindlichen Außendienstes, für den 1922 besondere Richtlinien des Reichsfinanzministeriums ergangen sind. Doch schon 1923 wurden bei den größeren Finanzämtern – in Westfalen bei insgesamt 17 Finanzämtern – eigens für den Steuerfahndungsdienst ein bis zwei *Beamte im Außendienst* eingesetzt, die zugleich zwei bis drei benachbarte Finanzämter mitbetreuten. Seit 1924 besaßen diese Steuerfahndungsbeamten im Rahmen ihrer Tätigkeit die Rechte von Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft. Einen weiteren Schritt zur Konzentration bedeuteten die in den Jahren 1938/39 gebildeten „*Steuerfahndungsgruppen*“. Einigen großen Finanzämtern („*Gruppenfinanzämter*“) wurde jeweils eine Steuerfahndungsstelle angegliedert, die für eine ganze Reihe von benachbarten Finanzbezirken ausschließlich zuständig war und dem Vorsteher des Gruppenfinanzamtes unterstand. Da die Unterstellung unter einen der Finanzamtsvorsteher, der ja nicht gleichzeitig Vorgesetzter der seiner Steuerfahndungsgruppe unterstellten Finanzämter war, zu Mißhelligkeiten geführt hatte, wurde der Steuerfahndungsdienst zum 28. 11. 1949 (Verf. OFP Westf. vom 28. 11. 1949) nach dem Vorbilde des Zollfahndungsdienstes, der schon seit 1920 einen von den Hauptzollämtern unabhängigen Dienstzweig bildet, verselbständigt. Die Steuerfahndungsgruppen wurden von den Finanzämtern gelöst und als „*Steuerfahndungsaußenstellen*“ des Oberfinanzpräsidenten

diesem unmittelbar unterstellt. Lediglich zur wirtschaftlichen Betreuung blieben sie einem Finanzamt – in der Regel dem früheren „Gruppenfinanzamt“ – angeschlossen. Anfang 1955 wurden sie schließlich organisatorisch mehr oder weniger zu selbständigen Dienststellen mit der Bezeichnung „*Steuerfahndungsstellen*“.

Als weitere Abteilung der Landesfinanzämter, die allerdings nur nach Bedarf eingerichtet werden sollte, wurde in Münster zum 1. 10. 1919 eine Abteilung III *Reichsschatzabteilung* als ausführendes Organ des Reichsschatzministeriums begründet. Dieses Ministerium war durch Verfügung vom 7. 3. 1919 als „Reichsschatzamt“ errichtet und durch Erlaß vom 21. 3. 1919 betreffend Errichtung und Bezeichnung der obersten Reichsbehörden (RGBl. 1919, 327) in „Reichsschatzministerium“ umbenannt worden. Nach dem Erlaß vom 17. 10. 1919 betreffend Zuständigkeit des Reichsschatzministeriums (RGBl. 1919, 1801) waren ihm folgende Aufgaben zugewiesen:

1. Bauverwaltung aller Behörden, soweit sie reichseigenen Grund und Boden sowie reichseigene Gebäude in Besitz haben, mit Ausnahme der selbständig bleibenden Bauverwaltung der Reichspost und des Reichsverkehrsministeriums,
2. Verwaltung der Grundstücke und Gebäude, die sich im Besitz von Heer und Marine befinden,
3. Versorgung von Heer und Marine mit Verpflegung, Bekleidung, Unterkunft, Verbrauchsmaterialien, Geräten und Pferden.

Als nachgeordnete Dienststellen der Reichsschatzabteilung des Landesfinanzamtes wurden zum 1. 10. 1919 *Reichsvermögensämter* mit *Reichsvermögensstellen*, *Reichsverpflegungsämter* mit *Reichsverpflegungsstellen* und *Remonteämter* eingerichtet (s. Verz. AB RFV 1920, 229).

Mit Rücksicht auf das Londoner Ultimatum vom 5. 5. 1921 gingen die Verwaltung der Heeresliegenschaften und -gebäude und die Remonteeinrichtungen mit den Reichsverpflegungsämtern – in Westfalen befanden sich solche in Minden, Münster und Paderborn – und den Remonteämtern auf die Reichswehr- und die Marineverwaltung über. Das Reichsschatzministerium und seine nachgeordneten Dienststellen wurden auf die zivilen Liegenschaften und Bauten des Reiches und auf die Erfassung, Verwaltung und Verwertung des entbehrlichen beweglichen Militärgutes beschränkt. Schließlich wurde das Reichsschatzministerium durch Verordnung vom 31. 1. 1922 betreffend die Umgestaltung der Reichsschatzverwaltung (RGBl. 1922 I, 207) vom 1. 4. 1922 an auf die Verwaltung des Reichsvermögens in den besetzten Gebieten beschränkt – seine Auflösung erfolgte später (zum 31. 3. 1923) durch Verordnung vom 21. 3. 1923 (RGBl. 1923 I, 233; dazu AB RFV 1923, 173) –, die übrigen Aufgaben und die unterstellten Behörden wurden vom Reichsfinanzministerium übernommen. Die Reichsschatzabteilungen der Landesfinanzämter wurden aufgelöst, ihre Aufgaben gingen auf die dortigen Präsidialgeschäftsstellen (seit 1924 Präsidialstellen) über, wo sie in einer Liegenschaftsgruppe und einer Baugruppe bearbeitet

wurden. Zum 1. 7. 1938 übernahm dann die neue Personal- und Verwaltungsabteilung von der bisherigen Präsidialstelle die Vermögensverwaltung, die jedoch zum 10. 12. 1943 aus der Abteilung P gelöst und zu einer besonderen Vermögensabteilung umgebildet wurde, aus der dann die heutige Landesvermögens- und Bauabteilung hervorgegangen ist. Die Reichsvermögensämter – in Westfalen: Minden, Münster und Paderborn – wurden zum 1. 4. 1922 durch *Reichsbauämter* (für die örtliche Bauverwaltung) ersetzt, die Reichsvermögensstellen – in Westfalen in Bielefeld und Detmold (dem Reichsvermögensamt Minden unterstellt) und in Höxter, Soest, Sennelager und Meschede (dem Reichsvermögensamt Paderborn unterstellt) – wurden aufgelöst. Daneben wurden von Fall zu Fall für größere Bauvorhaben des Reiches Reichsneubauämter eingerichtet.^{26a} Die örtliche Liegenschaftsverwaltung wurde den Finanzämtern übertragen.

Eine besondere, unmittelbar dem Präsidenten unterstellte Abteilung des Landesfinanzamtes bildete auch die *Oberfinanzkasse*. Sie war zum 1. 4. 1920 durch Ausbau der Zollkasse errichtet worden. Da der Entwurf der Dienstanweisung, der vorläufig ab 1. 4. 1920 angewendet werden sollte, zu sehr auf die Verhältnisse der Zollverwaltung zugeschnitten war und die Masseneingänge an direkten Steuern nicht genügend berücksichtigt hatte, wurde nach zahlreichen Veränderungen und Berichtigungen endlich am 22. 3. 1929 die neue und muster-gültige Oberfinanzkassenordnung (AB RFV 1929, 29), die sich an die Reichskassenordnung anlehnte, eingeführt. Der Aufgabenbereich der Oberfinanzkasse wurde 1929 wesentlich erweitert dadurch, daß bei jedem Landesfinanzamt in der Oberfinanzkasse eine Besoldungskasse für sämtliche Bediensteten des Landesfinanzamtsbezirks errichtet wurde, in der nicht nur Gehaltszahlungen vorgenommen, sondern in verschiedenen Landesfinanzamtsbezirken, darunter in Münster, auch Gehalts- und Versorgungsbezüge nach Besoldungsmerkmalen errechnet wurden. Die Oberfinanzkasse, die zunächst dem Präsidenten unmittelbar unterstellt war, wurde durch den seit dem 10. 12. 1943 gültigen Geschäftsverteilungsplan der neuen Abteilung P unterstellt, die die Aufsicht ausübte. Sie lieferte ihre Überschüsse an die Reichshauptkasse ab und war mit der Kassenführung in allen Aufgabenbereichen des Landesfinanzamtes, also auch für die Reichsbauverwaltung und die Devisenstelle zuständig, ja sogar in Kassengeschäften für fremde Verwaltungen, wie die Reichspropagandaämter, tätig.

Dem Landesfinanzamt waren ein *Finanzgericht* als Spruchbehörde in Besitz- und Verkehrsteuersachen und eine Devisenstelle angegliedert. Als Berufungsinstanz gegen Einspruchsentscheidungen der Finanzämter waren bereits im Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung vom 10. 9. 1919 Finanzgerichte vorgesehen, deren Organisation und Aufgaben hier schon näher angegeben waren. Die Errichtung erfolgte dann durch Verordnung vom 5. 8. 1921 über die Bildung

26a In Westfalen haben Reichsneubauämter nicht bestanden.

Finanzgerichte (RGBl. 1921, 1241); zum 1. 4. 1922 traten sie in Wirksamkeit (AB RFV 1922, 70), nachdem als Gerichtsverfassungs-, Prozeß- und Verfahrensordnung die Vorläufige Geschäftsanweisung vom 15. 2. 1922 (AB RFV 1922, 135) ergangen war. Die Finanzgerichte stellten keine selbständigen Behörden dar, sondern unterstanden der Dienstaufsicht des Präsidenten des Landesfinanzamtes, in kleinen Landesfinanzämtern sollte sogar der Präsident zugleich die Aufgaben des Finanzgerichtspräsidenten ausüben. Sie sollten der Abteilung für Besitz- und Verkehrsteuern angegliedert werden. Die Gewähr für eine unabhängige Rechtsprechung war insofern nicht gegeben, als der Finanzgerichtsdirektor nicht zum Richter auf Lebenszeit ernannt wurde, sondern jederzeit absetzbar und versetzbar war, und die ständigen Mitglieder (in jeder Kammer zwei), wie der Vorsitzende selbst vom Reichsfinanzminister ernannt und jederzeit absetzbar und versetzbar, gleichzeitig als Referenten in ihrem Landesfinanzamt tätig blieben, um die Fühlung mit der Praxis nicht zu verlieren. Sie waren also jederzeit den Anordnungen des Reichsfinanzministers, des Präsidenten des Landesfinanzamtes und ihres Abteilungsleiters unterworfen. Die Zahl der Kammern des Gerichts hatte der Präsident des Landesfinanzamtes zu bestimmen; in Münster waren es zunächst fünf (AB RFV 1922, 70), seit 1. 2. 1923 sechs (AB RFV 1923, 67). Die ehrenamtlichen Mitglieder (in Münster 120) wurden halb von den Selbstwaltungsorganen oder der Landesvertretung – in Westfalen dem Provinzialausschuß und dem Landtag des Landes Lippe –, halb von den berufsständischen Vertretungen (Handelskammern, Handwerkskammern, Landwirtschaftskammer, Anwaltskammer, Ärztekammer, Tierärztekammer, Apothekenkammer, Bezirksarbeiterräte) gewählt (VO über die Bildung des Finanzgerichts im Bezirk des Landesfinanzamtes Münster vom 29. 12. 1921, AB RFV 1922, 70; geändert durch VO v. 10. 12. 1927, AB RFV 1927, 132).

Das Finanzgericht war nicht nur Instanz für Berufungen gegen Einspruchsentscheidungen des Finanzamtes und seiner Ausschüsse in Steuersachen, die sowohl der Steuerpflichtige wie der Finanzamtsvorsteher einreichen konnte, sondern auch für Berufungen gegen Bescheide, die das Landesfinanzamt in erster Instanz über Erstattungs- und Vergütungsansprüche gegeben hatte. Es war nicht an die Anträge der Parteien gebunden und konnte unter Umständen den angefochtenen Bescheid zum Nachteil des Berufers verändern. Das Verfahren konnte mit dem Vorverfahren, das durch den Vorsitzenden auf Grund der Berichterstattung des zweiten beamteten Richters und des Gutachtens eines ehrenamtlichen Richters durchgeführt wurde und zu einem urteilartigen Bescheide führte, enden; nur wenn danach eine gerichtliche Entscheidung beantragt wurde, mußte das Hauptverfahren, das ebenfalls nicht öffentlich war, eröffnet werden. Soweit es sich um Zölle und Verbrauchsteuern handelte, war gegen Entscheidungen der Finanzämter und Zollbehörden nur das Anfechtungsverfahren zulässig, in dem das Landesfinanzamt im Verwaltungswege, nicht das Finanzgericht entschied.

Gegen Anfechtungsentscheidungen gab es die Möglichkeit der Rechtsbeschwerde beim Reichsfinanzhof.

Die Finanzgerichtsordnung vom 16. 12. 1932 (RGBl. 1932 I, 552) ordnete die Neubildung der Finanzgerichte an, die nunmehr neben den Aufgaben der bisherigen Finanzgerichte auch die der bisherigen Oberbewertungsausschüsse zu übernehmen hatten. Die Kammern der neuen Finanzgerichte sollten nach Vermögens- oder nach Steuergruppen gebildet werden. Die Zusammensetzung entsprach der der alten Finanzgerichte. Als beamtete Beisitzer konnten gemäß Verordnung vom 16. 12. 1932 (RGBl. 1932 I, 557) ausdrücklich auch Landesbeamte vom Reichsfinanzminister bestellt werden. Auf Grund des Führererlasses vom 28. 8. 1939 zur Vereinfachung der Verwaltung (RGBl. 1939 I, 1535) verloren die Finanzgerichte ihre Verwaltungsgerichtsfunktion, da nunmehr das bis dahin nur für Zölle und Verbrauchsteuern geltende Anfechtungsverfahren auch für Besitz- und Verkehrsteuern eingeführt wurde. Bis zum Dezember 1943 bestand das Finanzgericht in Münster unter der Bezeichnung „Anfechtungsabteilung“ noch selbständig weiter, dann wurde es in die Steuerabteilung eingegliedert.

Die *Devisenstellen* bei den Landesfinanzämtern waren gemäß Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. 8. 1931 über die Devisenbewirtschaftung (RGBl. 1931 I 421 § 17) errichtet worden und dienten der Durchführung der Devisenbewirtschaftung auf Grund des durch die Gesetze über die Devisenbewirtschaftung vom 4. 2. 1935 (RGBl. 1935 I, 105) und vom 12. 12. 1938 (RGBl. 1938 I, 1733) festgelegten Devisennotrechts. Die Devisenstelle in Münster trat im August 1931 in Tätigkeit, zunächst als reine Genehmigungsstelle für Devisenerteilung. Als sie später auch an der Strafverfolgung von Devisenvergehen beteiligt wurde, ergab sich 1935 die Notwendigkeit der Teilung der Dienststelle in die Genehmigungs- und die Überwachungsabteilung. Bei der Ermittlung von Strafsachen wurde sie durch die Zollfahndungsstelle in Dortmund unterstützt. Mit dem Erlaß der Militärregierung Nr. 53 vom Mai 1945, der das bisherige deutsche Devisennotrecht aufhob, fand die Tätigkeit der Devisenstelle ein Ende. Die auf Grund neuer Gesetze des Rates der Alliierten Hohen Kommission im Dezember 1950 eingerichtete *Gruppe Devisenüberwachung* in der Abteilung für Zölle und Verbrauchsteuern ist keine Fortsetzung der alten Devisenstelle, von der sie sich darin unterscheidet, daß sie keine Genehmigungs-, sondern nur noch Überwachungsaufgaben zu erfüllen hat.

Auf Grund von Abmachungen zwischen dem Reich und den Ländern stellten diese 1919 der neuen Reichsfinanzverwaltung die Dienstgebäude ihrer früheren Steuerverwaltung zur Verfügung. So erhielt das neue Landesfinanzamt Münster das 1912/14 errichtete Gebäude der Oberzolldirektion. Aber sehr bald erwies sich das für die alte Oberzolldirektion weiträumig genug gebaute Haus als zu klein für die neue beträchtlich größere Behörde. Man mußte eine Reihe von Stellen nach außerhalb in andere Dienstgebäude, u. a. in die alte Militärintendan-

tur auf der Warendorfer Straße und das neue Gebäude der Oberpostdirektion auf dem Hohenzollernring, oder in Privathäuser verlegen. Seit 1926 wurden Erweiterungsbaupläne erörtert. Da der Ankauf der Mauritzschule nicht gelang, mußten das Projekt eines großen selbständigen Hofgebäudes parallel zum Haupttrakt wie auch das Projekt eines großen Quertraktes in Verlängerung des Haupttreppenhauses aufgegeben werden. Deshalb entschloß man sich zur Ausführung des dritten Projektes, zwei kleinere Querflügel zu errichten, und zwar einen nördlichen längs der Warendorfer Straße und einen südlichen in Verlängerung des heutigen kleinen Treppenaufganges. 1935 konnten der südliche Flügel, der sogenannte „Hofanbau“, in dem sich bis 1968 das Dienstzimmer des Oberfinanzpräsidenten befand, und 1936 der nördliche Flügel, der sogenannte „Straßenflügel“, der eine breite Toreinfahrt zwischen Warendorfer Straße und Hof enthält, fertiggestellt werden. Durch Luftangriffe während des letzten Krieges wurde vor allem der „Straßenflügel“ in Mitleidenschaft gezogen. Der an den alten Bau anschließende Teil des Flügels war durch einen Volltreffer (5. 10. 1944) stark beschädigt worden. Im Zuge des Wiederaufbaus (1945-48) wurde der „Straßenflügel“ um ein Stockwerk erhöht und nach Osten hin verlängert (1952). Die dauernden Luftangriffe und die Beschädigungen des Gebäudes während des Krieges zwangen zur Verlagerung der einzelnen Abteilungen und Gruppen nach außerhalb. Ein Teil der Abteilung St wurde in das Finanzamt Höxter verlegt, die Oberfinanzkasse ging nach Lemgo, die Abteilung P nach Detmold, die Abteilung Z nach Lippstadt; in Münster blieb nur ein Reststab zurück. Ende November 1944 zog die heimatlos gewordene Stadtverwaltung in das Gebäude ein. Im April 1945 wurde es von den Besatzungstruppen belegt, der britische Stadtkommandant richtete die Präsidentenwohnung als Dienstwohnung ein. Sie wurde nach der Räumung für den Dienstbetrieb in Anspruch genommen und nahm im Erdgeschoß die Dienstbücherei auf. Erst 1951 verließen die letzten Angehörigen der Stadtverwaltung und der britischen Militärregierung das Gebäude. Bis dahin hatte sich die Oberfinanzdirektion, die zunächst in der Gutenbergstraße 17 (im heutigen Polizeigebäude) eine Notunterkunft gefunden hatte, mit dem dritten Obergeschoß des Dienstgebäudes begnügen müssen.

Da das für die einstige Oberzolldirektion, also nur für eine der heutigen vier Abteilungen der Oberfinanzdirektion, bestimmte Gebäude trotz Erweiterungsbauten nicht mehr ausreichte – zuletzt bestanden zehn in der Stadt verstreute Nebenstellen –, wurde seit März 1966 ein neues zehngeschossiges Gebäude (Andreas-Hofer-Straße 50) durch die Architekten Hentrich und Petschnigg errichtet, das Anfang 1969 bezogen werden konnte. Es ist im modernen Hubdeckenverfahren gebaut, wobei die Betondecken auf dem Erdgeschoßfußboden gegossen und innerhalb des Stahlgerüsts hydraulisch hochgezogen und am jeweiligen Geschoß befestigt worden sind, und bildet einen in sich zweimal abgeknickten Baukörper. An der Westseite befindet sich zwischen zwei Teichen der „Pavillonbau“, ein aus drei Pavillons bestehender Baukörper mit drei

Sitzungssälen, und der einem Obelisken ähnliche „Pylon“, auf der Ostseite ein Parkdeck für die Fahrzeuge der mehr als 1000 Bediensteten.

II. Die Präsidenten des Landesfinanzamts in Münster und die Abteilungsleiter

a) Die Präsidenten des Landesfinanzamts, seit 1950 der Oberfinanzdirektion (seit 1. 4. 1937 Oberfinanzpräsidenten)

1. Dr. jur. Adolf Ernst Schmedding 12. 11. 1919-31. 3. 1924 (pens.)

Geboren Münster 3. 5. 1856, gestorben Münster 12. 6. 1937, katholisch. Er war zunächst seit 1882 bei der staatlichen Eisenbahnverwaltung tätig, seit 1884 als Hilfsarbeiter im Ministerium für öffentliche Arbeiten, seit 1885 im Eisenbahnbetriebsamt Dessau. 1889 wurde er vom Provinziallandtag mit Wirkung vom 1. 4. 1890 zum Landesrat gewählt, 1898 wurde er Stellvertreter des Landeshauptmanns, 1908 Geheimer Regierungsrat. Als Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses gehörte er der Zentrumsfraktion an und hat sich als solcher erfolgreich um die Umwandlung der Akademie in Münster in eine Universität bemüht. Als Landesrat betätigte er sich vor allem auf sozialem Gebiet. Seit Juli 1889 Generalsekretär des Westfälischen Provinzialvereins für Wissenschaft und Kunst, hat er sich besondere Verdienste um die Begründung des Provinzialmuseums erworben. Obwohl sich seine Betätigung auf dem Gebiete der Steuerverwaltung auf die Mitwirkung in der Einkommensteuer-Berufungskommission des Regierungsbezirks Münster, in die er 1892 auf sechs Jahre gewählt worden war, beschränkte, wurde er vom Reichsfinanzminister Erzberger und vom preußischen Finanzminister Südekum zum ersten Leiter des neuen Landesfinanzamtes ausersehen, weil man mit Recht für die ersten Jahre eine Persönlichkeit für notwendig hielt, die über den aus verschiedenen Verwaltungssphären kommenden Fachleuten stehen und durch organisatorisches und ausgleichendes Geschick die zunächst nur durch seine Person verbundenen Behördenkörper zu einer Behörde vereinigen sollte. Nachdem sein Wunsch, bei der anstehenden Wahl des westfälischen Landeshauptmannes gewählt zu werden, nicht in Erfüllung gegangen war, hat er sich schließlich dazu bereit gefunden, die Präsidentenstelle beim Landesfinanzamt anzunehmen, die für ihn bis zur Wahlentscheidung noch frei gehalten worden war, und am 12. 11. 1919 sein Amt angetreten. Durch seine verbindliche und ausgleichende Art hat er die Schwierigkeiten der ersten Aufbaujahre zu überwinden vermocht. Ihm zu Ehren hat die Stadt Münster einer neuen Straße im Universitätsklinikenviertel seinen Namen gegeben.

2. Dr. jur. Georg Ronge 1. 6. 1924-31. 7. 1934 (pens.)

Geboren Neißة 12. 4. 1869, gestorben Neißة 21. 11. 1944, katholisch. Er war zunächst im Justizdienst tätig als Gerichtsreferendar beim Amtsgericht Neißة

(seit 1892), als Gerichtsassessor beim Amts- und beim Landgericht in Gleiwitz (seit 1897), als Staatsanwalt in Gleiwitz (1902) und Stettin (1906). 1907 ging er in den Steuerdienst über, zunächst als Hilfsarbeiter bei der Provinzialsteuerrichtung in Stettin, 1908 wurde er Leiter des Stempel- und Erbschaftsteueramtes Posen, 1910 als Regierungsrat Justitiar bei der Oberzolldirektion Breslau in der Abteilung für Stempel- und Erbschaftsteuerwesen, 1920 Leiter der Abteilung Verkehrsteuern beim Landesfinanzamt Breslau und 1922 Finanzgerichtspräsident in Breslau. Eine enge Freundschaft verband ihn mit dem späteren Generalstabschef Halder.

3. Dr. jur. Paul Rühle 14. 9. 1934-30. 6. 1942 (pens.)

Geboren Landsberg/Warthe 1. 9. 1877, gestorben Hamburg 21. 4. 1947, evangelisch. Zunächst im Justizdienst tätig seit 1898 als Referendar bei verschiedenen Gerichten, dann als Richter beim Amtsgericht II und beim Landgericht II in Berlin, als Grundbuchrichter des Amtsgerichts Guben und Mitglied der Strafkammer des Landgerichts I in Berlin, ging er 1907 zur Verwaltung der indirekten Steuern über, zunächst als Hilfsarbeiter bei der Provinzialsteuerrichtung Kassel, dann als Obergrenzkontrolleur in Bocholt, 1908 als Hilfsarbeiter bei der Oberzolldirektion Königsberg, 1909 als Oberzollinspektor in Hadersleben, 1910 als Mitglied der Oberzolldirektion Breslau. 1915 wurde er Hilfsarbeiter im Reichsamt des Innern Abteilung IV, im Juli 1916 Mitglied der Oberzolldirektion Berlin, im Oktober 1916 Kaiserlicher Geheimer Regierungsrat und Vortragender Rat im Reichsamt des Innern. Seit Oktober 1919 war er Vortragender Rat und zuletzt Ministerialdirigent im Reichsfinanzministerium, 1921 wurde er Leiter der Abteilung Zölle und Verbrauchsteuern im Landesfinanzamt Brandenburg, bis er am 14. 9. 1934 in sein münsterisches Amt eingeführt wurde. Auf eigenen Antrag trat er zum 1. 7. 1942 in den Ruhestand, nachdem er am 12. 5. 1942 verabschiedet worden war. Eine stattliche Erscheinung, doch kein Mann der großen Geste und der großen Rede, war er ein gerechter, aber kein bequemer Vorgesetzter, der märkische Nüchternheit mit einer gewissen Neigung zur Ironie verband. Im Nachruf seines zweiten Nachfolgers wird er gekennzeichnet als „Persönlichkeit lauterster Gesinnung, ein Mann, für den Recht und Gerechtigkeit auch unter den schwierigsten Verhältnissen das volle Gewicht verpflichtender Sittlichkeit, Ehrenhaftigkeit und deutscher Tradition hatten“.

4. Paul Bretz 8. 5. 1942-31. 5. 1945

Geboren Ratingen bei Düsseldorf 28. 7. 1882, gestorben Detmold 27. 5. 1960, evangelisch. 1906 Referendar bei der Justizverwaltung im Elsaß, 1910 Assessor bei der Direktion der Verkehrsteuern in Straßburg, 1913 bei der Direktion der Zölle in Straßburg, ging er 1919 als Regierungsrat zur Oberzolldirektion, später zum Landesfinanzamt Köln und 1920 zum Landesfinanzamt Düsseldorf. 1935 wurde er Leiter (Landesfinanzamtsdirektor, dann Finanzpräsident) der Abteilung Zölle des Landesfinanzamts Dresden, um schließlich als Oberfinanzpräsident das neuerrichtete „Oberfinanzpräsidium“ Niederdonau in Wien zu über-

nehmen (1938-42), das mit seinem Weggang nach Münster jedoch wieder aufgelöst wurde. In Münster war er zuerst nur kommissarisch, seit 1. 7. 1942 planmäßig eingesetzt. Zum 31. 5. 1945 wurde er von der britischen Militärregierung suspendiert, Anfang Juni verhaftet und aus dem Amt entlassen. Erst nach seiner Entnazifizierung wurde er unter Gewährung seiner Bezüge vom Präsidenten der Leitstelle der Finanzverwaltung für die britische Zone zum 1. 7. 1948 in den Ruhestand versetzt.

5. Carl Bispinck 12. 5. 1945-30. 6. 1957 (pens.)

Geboren Münster 2. 6. 1892, gest. Münster 2. 6. 1977, katholisch. Seit dem 19. 7. 1922 beim Landesfinanzamt Münster und seit dem 27. 11. 1922 beim Finanzamt Minden beschäftigt, wurde er am 1. 6. 1923 endgültig aus dem Justizdienst in den Reichsfinanzdienst übernommen. Vom 1. 10. 1925 bis 31. 7. 1931 war er am Finanzamt Schwelm, zuletzt als Stellvertreter des Vorstehers tätig, um zum 1. 8. 1931 wieder an das Landesfinanzamt Münster, Abteilung für Besitz- und Verkehrsteuern, zurückzukehren, wo er zeitweise als Kammervorsitzender im Oberbewertungsausschuß und im Finanzgericht wirkte. Nach Entlassung aus dem Kriegsdienst war er kurze Zeit, vom 13. 11. 1944 bis 5. 5. 1945, als kommissarischer Vorsteher des Finanzamts Soest eingesetzt. Am 12. 5. 1945 ernannte ihn die britische Militärregierung auf Vorschlag des kommissarischen Oberpräsidenten zum geschäftsführenden Oberfinanzpräsidenten, und am 1. 11. 1945 wurde er vom Oberpräsidenten Amelunxen, dem damals das Oberfinanzpräsidium unterstand, zum Oberfinanzpräsidenten ernannt. Er stand vor der schwierigen Aufgabe, die nach verschiedenen Gegenden ausgelagerten Dienststellen wieder zusammenzuführen und das beschädigte Dienstgebäude instand zu setzen. Er hat es mit organisatorischem Geschick verstanden, die Finanzverwaltung in Westfalen und Lippe, der Bevölkerungszahl nach die größte, dem Steueraufkommen nach die zweitgrößte der Bundesrepublik, wieder aufzubauen und zu einer gut durchorganisierten und straff geführten Verwaltung auszubauen. Die unter seiner Leitung getroffenen organisatorischen Maßnahmen sind vielfach vorbildlich für andere Oberfinanzdirektionen geworden. Schon dem jungen Assessor wurde „eine besondere Neigung für Arbeiten, die eine wissenschaftliche Bearbeitung erfordern“, nachgesagt, und als Oberfinanzpräsident hat er sich mit wissenschaftlicher Akribie den Dienstaufgaben wie vor allem auch der Pflege der Tradition und Geschichte seiner Verwaltung gewidmet. Die vorliegende „Geschichte der Steuerverfassung und -verwaltung in Westfalen seit 1815“ geht auf seine Anregung zurück. Als Dienstältester unter den damaligen Oberfinanzpräsidenten wurde er am 1. 7. 1957 in einer eindrucksvollen Feier im münsterischen Stadttheater vom Finanzminister Weyer verabschiedet, der ihn als „Idealgestalt des deutschen Beamten“ und als Mann des Rechts und der Rechtsstaatlichkeit feierte und sein wohlwollendes Verständnis und seine warme Fürsorge für die Untergebenen rühmte.

6. Albert Wittneben 1. 10. 1957-31. 5. 1960 (pens.)

Geboren Kloster Wennigsen/Hann. 15. 5. 1895, evangelisch. Nach kurzer Tätigkeit beim Landesfinanzamt Hannover (1923-24) und bei mehreren Finanzämtern in Hannover war er von 1927-37 Vorsteher des Finanzamts Harburg-Land und anschließend als ständiger Vertreter des Vorstehers bei den Finanzämtern Hamburg-Nord und Hamburg-Altona beschäftigt. 1943 bis Juli 1945 gehörte er der Steuerabteilung des „Oberfinanzpräsidiums“ Hamburg an. Bis zum 31. 5. 1946 war er Vorsteher des Finanzamtes Hamburg-Harburg und wurde von dort zur Finanzleitstelle der britischen Zone in Hamburg abgeordnet, wo er – seit September 1947 als Ministerialrat – das Rechtsreferat verwaltete. Nach Auflösung der Finanzleitstelle wurde er zum 1. 7. 1948 in deren Nachfolgebehörde, die Gemeinsame Steuer- und Zollabteilung in Hamburg, übernommen, wo er bis zum 30. 4. 1950 das Referat Allgemeines Steuerrecht innehatte. Nach Auflösung dieser Behörde war er kurze Zeit Vorsteher des Finanzamtes Hamburg-St. Georg, um zum 21. 4. 1951 als Referent in das Bundesministerium der Finanzen überzugehen. Auf Vorschlag des Bundesministers der Finanzen wurde er zum 1. 10. 1957 Oberfinanzpräsident in Münster und trat dort zum 31. 5. 1960 nach Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand. Er wurde am 7. 6. 1960 in einer Feierstunde in der Aula der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster verabschiedet.

7. Dr. jur. Hans Evertsbusch 29. 9. 1960-31. 12. 1971 (pens.)

Geboren Wiesbaden 1. 1. 1907, evangelisch. Nach Dienst an den rheinischen Finanzämtern Dülken, Rheydt und Duisburg-Süd, seit 1941 als Vorsteher, wurde er 1959 als Ministerialrat in das Finanzministerium von Nordrhein-Westfalen berufen, von wo aus er 1960 sein münsterisches Amt übernahm. In seine Amtszeit fällt die Planung und Errichtung des neuen Dienstgebäudes.

8. Dr. jur. Günther Förster 1. 1. 1972-31. 1. 1979 (pens.)

Geboren Bad Kösen 12. 4. 1917, gestorben 21. 6. 1980. Richter bei den Landgerichten Münster und Essen 1949, Tätigkeit bei Finanzämtern Bielefeld (1950-1957) und Altena (Vorsteher 1957-63), dann bei OFD Münster, seit Jan. 1970 als Finanzpräsident und Leiter der Besitz- und Verkehrsteuerabteilung, Nov. 1970 bis Dez. 1971 Abteilungsleiter, seit April 1971 als Ministerialdirigent im Finanzministerium Nordrhein-Westfalen. Aus Krankheitsgründen trat er vorzeitig in den Ruhestand.

9. Horst Chronz seit 1. 2. 1979

Geboren Gleiwitz 24. 9. 1922. Justizdienst bei Staatsanwaltschaften in Dortmund und Münster 1953, Tätigkeit bei Finanzämtern Hamm, Wiedenbrück, Lüdinghausen, Bielefeld und (als kommissarischer Vorsteher) Lübbecke Sept. 1953-1964, dann bei OFD Münster 1965-1970 und im Finanzministerium NW 1970-1979, seit 1974 als Lt. Ministerialrat.

b) Die Leiter der Abteilung für Besitz- und Verkehrsteuern (Abteilungspräsidenten, seit 1. 9. 1924 Landesfinanzamtsdirektoren, seit 1. 4. 1937 Finanzpräsidenten. – Vom 19. 12. 1919 bis 28. 2. 1922 bestanden getrennte Abteilungen für Besitzsteuern und Verkehrsteuern.)

1a. Dr. jur. Theodor Welschhof 19. 12. 1919-31. 7. 1926 (pens.), bis 28. 2. 1922 Leiter der Abteilung für Besitzsteuern, seit 1. 3. 1922 der Abteilung für Besitz- und Verkehrsteuern.

Geboren Bromberg 1. 5. 1861, gestorben 13. 11. 1939

1b. Dr. jur. Heinrich Dulheuer 19. 12. 1919-28. 2. 1922 (Leiter der Abteilung für Verkehrsteuern).

Geboren Lissabon 1. 1. 1868, evangelisch. Zum 1. 3. 1922 übernahm er die Stelle des Präsidenten des neuerrichteten Finanzgerichts bei dem Landesfinanzamt Münster.

2. Ferdinand Freiherr von Schorlemer 1. 8. 1926-31. 10. 1933 (pens.).

Geboren Lippstadt 3. 12. 1870, gestorben Geisenhausen 21. 7. 1935. Aus dem preußischen Staatsdienst – er war von 1906 bis 1919 Landrat in Warburg und ab 1. 10. 1919 Regierungsrat und Leiter des Staatssteueramtes II in Münster gewesen – 1919 an das Landesfinanzamt Münster übernommen, wurde er dort am 1. 4. 1920 zum Oberregierungsrat und zum 1. 8. 1926 zum Landesfinanzamtsdirektor ernannt. Er trat 1933 vorzeitig in den Ruhestand. – Kommissar. Leitung: Oberregierungsrat Dr. jur. Wilhelm Meinertz 1. 11. 1933-31. 12. 1933 (s. I, 490).

3. Gerhard Sachse 1. 1. 1934-30. 6. 1942

Geboren Orzesche Kr. Pless 15. 3. 1880, evangelisch. Am 1. 7. 1942 wurde er zum „Reichsrichter“ am Reichsfinanzhof in München ernannt.

4. Alfred Radeke 1. 7. 1942-16. 7. 1945

Geboren Berlin 6. 12. 1884, gestorben 11. 11. 1967. Nach langjähriger Tätigkeit in der örtlichen Steuerverwaltung seit 1919 – Staatssteueramt Berlin-Pankow, Finanzämter Templin, Neuruppin und Stettin-Süd – wurde er 1941 an das Oberfinanzpräsidium Würzburg als Regierungsdirektor berufen und schon im Mai 1941 dort Finanzpräsident. Zum 15. 5. 1942 wurde er als Finanzpräsident zum Oberfinanzpräsidenten Münster abgeordnet und zum 1. 7. 1942 hierhin versetzt. Am 16. 7. 1945 auf Anordnung der Militärregierung aus dem Dienst der Finanzverwaltung entlassen, erhielt er zum 1. 7. 1948 seine Versetzung in den Ruhestand.

5. Georg Weber 1. 11. 1946-31. 3. 1950 (pens.)

Geboren Darmstadt 24. 7. 1883, gestorben Münster 12. 10. 1952. Nachdem er seit 1920 an den Finanzämtern Hanau und Frankfurt/Main tätig gewesen war, wurde er 1934 als Oberregierungsrat zum Landesfinanzamt Münster versetzt, wo er 1937 Regierungsdirektor wurde und als solcher zunächst kommissarisch ab 17. 7. 1945 die Steuerabteilung leitete, bis er am 1. 11. 1946 zum Finanzpräsidenten ernannt wurde.

6. Dr. jur. Wilhelm Krufft 5. 6. 1950-31. 3. 1953 (pens.)

Geboren Essen 13. 3. 1888, gestorben 14. 9. 1977, evangelisch. Seit 1922 am Finanzamt Hattingen, seit 1934 an verschiedenen Finanzämtern in Hamburg tätig, wurde er 1944 als Regierungsdirektor zur Steuerabteilung des Oberfinanzpräsidiums Hamburg überwiesen, dessen Leiter er 1946 wurde. Zum 1. 3. 1946 wurde er Präsident (im Range eines Ministerialdirigenten) der von ihm ins Leben gerufenen Leitstelle der Finanzverwaltung für die britische Zone (Finanzleitstelle) in Hamburg, die in etwa die Funktionen des bisherigen Reichsfinanzministeriums für die britische Zone übernahm. Seit 1. 4. 1948 etatsmäßig bei dem Oberfinanzpräsidenten in Münster unter Abordnung zur Finanzleitstelle geführt, wurde er zum 1. 4. 1950 mit der kommissarischen und zum 28. 3. 1952 mit der planmäßigen Leitung der Steuerabteilung in Münster betraut. Von seiner früheren höheren Stellung her führte er den Titel „Präsident“. Durch die Begründung der Finanzleitstelle in Hamburg und die Mitwirkung bei der Begründung des Bizonalen Finanzrates in Frankfurt/Main hat er einen wesentlichen Anteil an der Wiederherstellung einer Bundesfinanzverwaltung. Während des Krieges gehörte er zum Widerstandskreis um den bayerischen Kronprinzen Ruprecht. Als Weltenbummler hat er, zum Teil in abenteuerlichen Fahrten, alle Erdteile durchstreift. – Kommissar. Leitung: Ovelhey (s. unten) 1. 4.-30. 6. 1953

7. Dr. jur. Wilhelm Maiweg 1. 7. 1953-30. 4. 1959 (pens.)

Geboren Witten 12. 4. 1894, gestorben 19. 10. 1966, evangelisch. Seit 1922 am Finanzamt Witten tätig, kam er 1936 als Regierungsrat an das Reichsfinanzministerium, wurde 1940 Finanzgerichtspräsident in Karlsruhe, von wo er 1944/45 wieder ins Reichsfinanzministerium abgeordnet wurde. Seit 1948 – zuerst als Angestellter – beim Oberfinanzpräsidenten Münster beschäftigt, war er hier zuerst Gruppenleiter, seit 1. 1. 1950 Abteilungsleiter der Vermögensabteilung, dann seit 1. 7. 1953 Finanzpräsident und Leiter der Steuerabteilung.

8. Aloys Ovelhey 1. 7. 1959-30. 9. 1963 (pens.)

Er war vorher Leiter der Bundesvermögens- und Bauabteilung (s. dort).

9. Heinrich Stehling 1. 10. 1963-31. 5. 1968 (pens.)

Geboren Remblinghausen, Kr. Meschede 10. 3. 1911. Ausbildung im Finanzamt Arnsberg (seit 1. 10. 1939). Dienst bei Finanzämtern Münster-Land (seit 1. 7. 1940) und Münster-Stadt (seit 1. 8. 1950) und bei Oberfinanzdirektion Münster (seit 1. 1. 1953). Vorsteher des Finanzamtes Aachen-Stadt als Regierungsdirektor (seit 16. 5. 1958), Finanzpräsident und Leiter der Steuerabteilung seit 1. 10. 1963.

10. Marcell Driver 1. 6. 1968-5. 1. 1970

Geboren Oldenburg 3. 12. 1907. Seit 1. 9. 1934 Ausbildung bei Finanzämtern Hohenstein-Ernstthal, Chemnitz-West und Leipzig. Dienst bei Finanzämtern Leipzig, Coburg, Fürth, Gera und beim Oberfinanzpräsidenten Nürnberg (seit 1. 9. 1935). 1938 bis März 1943 Dozent an Reichsfinanzschulen Feldkirch, Berlin-Grünwald und Mölln. Seit 25. 11. 1946 bei Oberfinanzdirektion Münster, danach Vorsteher der Finanzämter Witten (seit 16. 6. 1950), Gelsenkirchen-

Süd (seit 1. 9. 1950) und Düsseldorf-Süd (seit 1. 4. 1963, als Lt. Regierungsdirektor). 1. 6. 1968 Finanzpräsident und Leiter der Steuerabteilung. 6. 1. 1970 kommissarische, 1. 4. 1970 planmäßige Leitung der Abteilung III des Finanzministeriums NW als Ministerialdirigent. Zum 31. 12. 1972 in Ruhestand.

11. Dr. jur. Günther Förster 6. 1. 1970-Oktober 1970

Seit 1. 1. 1972 Oberfinanzpräsident (s. dort).

12. Josef Hackelöer 1. 1. 1973-20. 6. 1974

Geboren Büren 28. 3. 1915, gestorben 20. 6. 1974 im Amt. Nach Wehrdienst in der Intendanturlaufbahn und Tätigkeit bei der Kreisverwaltung Büren, zuletzt als Kreisbeauftragter für gesperrte Vermögen, seit 2. 6. 1950 Richter bei verschiedenen Gerichten im Oberlandesgerichtsbezirk Hamm. Nach Finanzausbildung beim Finanzamt Paderborn (seit 1. 6. 1952) Dienst im Finanzamt Hamm (seit 1. 8. 1953), unterbrochen durch Abordnung zur Finanzverwaltung der Regierung Detmold (Okt. 1953 - Febr. 1954), und in der Steuerabteilung der Oberfinanzdirektion, Münster (seit 15. 11. 1954). Als Oberregierungsrat, später Regierungsdirektor Vorsteher des Finanzamtes Lüdinghausen (seit 21. 2. 1955) und mit Titel eines Finanzamtsdirektors des Finanzamtes Bochum (seit 1. 4. 1969). Seit 1. 2. 1970 bei der Oberfinanzdirektion Münster.

13. Horst Krause 15. 8. 1974-31. 3. 1979 (pens.)

Geboren Wierzchucin, Kr. Bromberg 15. 3. 1914. Dienst bei Finanzämtern Iserlohn und Hagen und bei der Oberfinanzdirektion Münster seit Febr. 1950, Vorsteher der Finanzämter Hattingen und Lippstadt (1955-1968) und des Finanzamtes Iserlohn (1969-1974, seit 1970 als Finanzamtsdirektor), seit 15. 8. 1974 Finanzpräsident.

14. Rudolf Lühsling seit 13. 7. 1979

Geboren Münster 5. 4. 1922. Dienst bei Finanzämtern Münster-Stadt und Paderborn (1952-1958) und bei Oberfinanzdirektion Münster (1958-1961). Vorsteher der Finanzämter Burgsteinfurt (1961-1970) und Bochum (1970-1979, seit April 1970 als Finanzamtsdirektor). Seit 13. 7. 1979 Finanzpräsident und Leiter der Steuerabteilung.

c) Die Leiter der Abteilung für Zölle und Verbrauchsteuern (Abteilungspräsidenten, seit 1. 9. 1924 Landesfinanzamtsdirektoren, seit 1. 4. 1937 Finanzpräsidenten)

1. Georg Schmidt 1. 12. 1919-30. 9. 1926 (pens.)

Der bisherige Präsident der Oberzolldirektion (s. dort)

2. Max Düsing 1. 10. 1926-31. 5. 1931

Geboren Greifswald 11. 8. 1877. Nach Tätigkeit in den Bezirken der Provinzialsteuerektionen Hannover, Münster und Stettin wurde er 1910 Regierungsrat bei der Oberzolldirektion Altona. Seit 1920 Oberregierungsrat beim Landesfinanzamt Oppeln (Zollabteilung), seit 1925 Landesfinanzamtsdirektor und Leiter

der Zollabteilung des Landesfinanzamtes Hannover. Von Münster wurde er zum 1. 6. 1931 als Leiter der Zollabteilung an das Landesfinanzamt Düsseldorf versetzt (AB RFV 1931, 67), im Oktober 1933 wurde er Oberfinanzpräsident in Stettin (AB RFV 1933, 135) und trat dort am 30. 4. 1938 in den Ruhestand (AB RFV 1938, 513).

3. Dr. jur. Ernst Müller 1. 6. 1931-31. 3. 1936

Geboren 30. 10. 1878. Von Münster zum 1. 4. 1936 als Landesfinanzamtsdirektor an das Landesfinanzamt Darmstadt (Zollabteilung) versetzt.

4. Erwin Kuntze 1. 4. 1936-31. 8. 1942

Geboren Preuß. Stargard 28. 10. 1886. Seit 20. 11. 1913 in der Zollverwaltung tätig: als Regierungsassessor bei der Oberzolldirektion Altona (1913-1919), als Regierungsrat bei den Landesfinanzämtern Breslau (15. 11. 1919-1921), Münster (1921), Hannover und Brandenburg, als Oberregierungsrat beim Landesfinanzamt Königsberg (1927-1934), dann beim Reichsmonopolamt in Berlin (1934-1936). Von Münster, wo er zum 1. 4. 1937 Finanzpräsident geworden war, wurde er zum 1. 9. 1942 zum Oberfinanzpräsidenten in Troppau als Leiter der Zollabteilung versetzt.

5. Dr. jur. Paul Scheer, seit 1. 7. 1943, infolge Kriegsdienstes hat er sein Amt nicht angetreten; kommissarische Leitung durch Regierungsdirektor Zumloh 1. 9. 1942-5. 6. 1945.

Geboren 9. 10. 1879, gestorben in russischer Kriegsgefangenschaft 16. 1. 1946.

6. Josef Köhler 6. 6. 1945-31. 5. 1948 (pens.)

Geboren Hamburg 31. 7. 1883, gestorben Münster 1. 11. 1949. Nach Tätigkeit beim Magistrat von Neukölln (1911-1912) und beim Reichskolonialamt (1912-1919) seit 1. 4. 1919 Regierungsrat bei der Oberzolldirektion Hannover und den Landesfinanzämtern Oppeln und Köln, wo er 1927 Oberregierungsrat und 1936 Regierungsdirektor wurde. Seit 1. 4. 1940 Finanzpräsident und Leiter der Zollabteilung beim Oberfinanzpräsidenten in Breslau; nach Kriegsende als Finanzpräsident zur Zollabteilung in Münster.

Kommissarische Leitung: Regierungsdirektor Heinrich Krümmel 1. 6. 1948 bis 31. 12. 1948.

7. Dr. jur. Max Gabriel 1. 1. 1949-28. 2. 1955

Geboren Klosterbrück bei Oppeln 30. 4. 1886, gestorben Münster 24. 11. 1961. Seit 1921 Regierungsassessor, dann Regierungsrat bei den Landesfinanzämtern Oppeln und Köln und im Reichsfinanzministerium, zuletzt von 1935 bis 1945 als Ministerialrat; erst wieder 1947 Anstellung als Oberregierungsrat beim Oberfinanzpräsidenten in Münster, wo er zum 1. 1. 1949 Finanzpräsident wurde. Zum 1. 5. 1951 pensioniert, wurde er im Angestelltenverhältnis noch weiter in seiner alten Stellung beschäftigt. Er hat an führender Stelle, zuletzt als Chefdelegierter des Bundesfinanzministeriums, an internationalen Verhandlungen auf dem Gebiete des Zollwesens teilgenommen und erheblichen Anteil an dem Wiederaufbau der Bundeszolldirektion.

Kommissarische Leitung: Regierungsdirektor Heinrich Krümmel 1. 3.-31. 3. 1955

8. Dr. jur. Wilhelm Strohe 1. 4. 1955-31. 10. 1968 (pens.)

Geboren Köln 5. 10. 1903. Seit 1925 im Justizdienst, trat er 1929 zur Reichsfinanzverwaltung über, wo er 1929 beim Landesfinanzamt Breslau, 1930 beim Landesfinanzamt Karlsruhe, 1933 beim Landesfinanzamt Köln, 1936 beim Landesfinanzamt Hamburg und 1940-44 beim Oberfinanzpräsidenten Posen tätig wurde. Seit 1946 war er bei dem Oberfinanzpräsidenten Hamburg, seit 1948 als Oberregierungsrat, beschäftigt, kam 1951 zur Oberfinanzdirektion Köln, wo er 1952 Regierungsdirektor wurde, bis er zum 1. 4. 1955 als Finanzpräsident nach Münster ging.

9. Dr. jur. Klaus Lüdicke 1. 11. 1968-31. 3. 1973 (pens.)

Geboren Trebnitz 12. 3. 1908. Nach Dienst beim Oberfinanzpräsidenten in Königsberg (1935-1936), beim Bezirkszollkommissariat in Landsberg/Oberschlesien (1936-1937) und beim Oberfinanzpräsidenten in Münster (1937-1947) wurde er Vorsteher des Hauptzollamtes Paderborn (1948-1949), dann des Hauptzollamtes Münster (1949-1951), um dann bei den Oberfinanzdirektionen Münster und Bremen (1951-1959) und als Finanzpräsident und Leiter der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung in Saarbrücken (1959-1968) tätig zu sein.

10. Johannes Oster 1. 4. 1973-31. 7. 1981 (pens.)

Geboren Münster 27. 7. 1921. Seit Sept. 1951 in der Bundeszollverwaltung, 1952-1954 im Bundesministerium der Finanzen, 1954 als Leiter des Grenzzollkommissariates Konstanz, 1954-1956 bei der Oberfinanzdirektion Freiburg, 1956-1957 als Vorsteher des Hauptzollamtes Konstanz und seit 1957 bei der Oberfinanzdirektion Münster tätig, wo er anfangs Personalreferent und seit 1. 10. 1971 ständiger Vertreter des Leiters der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung war, bis er zum 1. 4. 1973 als Finanzpräsident die Leitung übernahm.

11. Wolfgang Suren seit 1. 8. 1981

Geboren Beuthen 22. 2. 1930. Seit 10. 2. 1959 bei der Bundeszollverwaltung tätig: als Finanzassessor bei der Oberfinanzdirektion Stuttgart (1959-1960), Leiter des Zollgrenzkommissariats Säckingen (1960), Referent bei der Oberfinanzdirektion Düsseldorf (1960-1967), Vorsteher des Hauptzollamtes Kleve (1967-1969), Referent bei der Oberfinanzdirektion Köln (1969-1976), Gruppenleiter bei der Oberfinanzdirektion Münster (seit 1977). Zum 1. 8. 1981 als Lt. Regierungsdirektor (seit 1977) mit der Leitung der Zollabteilung beauftragt.

d) Die Leiter der Personalabteilung

(1. 7. 1938-31. 1. 1951)

1. Gottfried Reigers 1. 7. 1938-6. 6. 1945

Geboren Werl 27. 4. 1886, gestorben 13. 12. 1973. Von 1910 bis 1920 im Justizdienst, begann er seine Tätigkeit in der Finanzverwaltung beim Finanzamt

Recklinghausen, ging dann zum Finanzamt Gladbeck, 1923 zum Finanzamt Lippstadt und 1930 zum Landesfinanzamt Münster, wo er zum 1. 9. 1935 Oberregierungsrat, zum 1. 8. 1938 Regierungsdirektor und zum 1. 8. 1944 Finanzpräsident wurde. Die Personalabteilung leitete er zunächst nur in Vertretung des Oberfinanzpräsidenten, seit 10. 12. 1943 als Abteilungsleiter. Auf Anweisung der Militärregierung wurde er am 7. 6. 1945 suspendiert und am 14. 7. 1945 entlassen. Nach Entnazifizierung wurde er zum 1. 7. 1948 in den Ruhestand versetzt.

2. Dr. jur. Bernhard Moll 7. 6. 1945-31. 1. 1951

Geboren Münster 15. 9. 1886, gestorben Münster 20. 3. 1951. Seit 1911 im Justizdienst, wurde er als Gerichtsassessor im Mai 1920 an das Finanzamt Coesfeld übernommen, ging August 1920 zum Landesfinanzamt Münster, wo er am 1. 4. 1922 Regierungsrat wurde. Vom Juli 1922 bis 1925 beim Finanzamt Hagen, kehrte er zum 1. 10. 1925 an das Landesfinanzamt Münster zurück, wo er am 1. 10. 1938 Oberregierungsrat und am 1. 9. 1946 Regierungsdirektor wurde. Die Personalabteilung leitete er bis zum 31. 8. 1946 kommissarisch als Oberregierungsrat.

e) Der Leiter der Abteilung Reichsschatzverwaltung
(1. 10. 1919-31. 3. 1922)

1. Willy Müller 1. 10. 1919-31. 3. 1922

Geboren Lychen, Kr. Templin 14. 9. 1872, gestorben Gadderbaum bei Bielefeld 11. 12. 1956. Seit 1895 im Justizdienst, seit 1896 im aktiven Militärdienst, trat er 1898 zur Militärverwaltung über, bei der er 1907 Militär-Intendanturrat und 1917 Feldintendant der Militärverwaltung in Rumänien wurde. 1919 war er Hilfsarbeiter im Kriegsministerium. Am 31. 12. 1919 wurde er mit Wirkung vom 1. 10. 1919 zum „Abteilungspräsidenten“ beim Landesfinanzamt Münster ernannt. Nach Auflösung der Abteilung am 31. 3. 1922 übernahm er als Gruppenleiter die Liegenschaftsgruppe in der Präsidialgeschäftsstelle und behielt die Bearbeitung der Liegenschaftsangelegenheiten in der Präsidialgeschäftsstelle auch nach der Auflösung der Liegenschaftsgruppe zum 1. 10. 1924 in der Stellung eines Oberregierungsrates bei. Zum 30. 9. 1937 trat er in den Ruhestand.

f) Die Leiter der Vermögensabteilung

(seit 1. 4. 1952 getrennt in

Bundesvermögens- und Bauabteilung [VB] und

Landesvermögens- und Bauabteilung [VL])

1. Karl Hoechstetter 10. 12. 1943-31. 12. 1949 (pens.)

Geboren Zwiesel 29. 3. 1882, gestorben Münster 2. 2. 1959. Seit 1904 im Justiz-, dann Verwaltungs- und Kommunaldienst tätig, trat er 1917 beim Finanzamt St. Ingbert/Saarland ein und war von 1920 bis 1937 bei der Verwaltung des Saargebietes beschäftigt, zunächst bei der Regierungskommission, zuletzt als

Leiter der Abteilung für direkte Steuern bei der Direktion der Finanzen und Forsten in Saarbrücken im Range eines Ministerialrates. Am 1. 11. 1937 wurde er Finanzgerichtspräsident in Münster und übernahm nach Aufhebung des Finanzgerichts (10. 12. 1943) die Leitung der Vermögensabteilung.
2. Dr. jur. Wilhelm Maiweg, 1. 1. 1950-31. 3. 1952
Seit 1. 4. 1952 Leiter der neuen Bundesvermögens- und Bauabteilung.

aa) Bundesvermögens- und Bauabteilung

1. Dr. jur. Wilhelm Maiweg, 1. 4. 1952-30. 6. 1953
Zum 1. 7. 1953 wurde er Leiter der Besitz- und Verkehrsteuerabteilung (s. dort).
2. Aloys Ovelhey, 1. 7. 1953-30. 6. 1959
Geboren Oer bei Recklinghausen 10. 9. 1898. 1922-1927 im Justizdienst, 1927 zum Finanzamt Hörde, 1928 zum Landesfinanzamt Münster, 1929 zum Finanzamt Hattingen, 1930 zum Finanzamt Ahaus, 1938 zum Finanzamt Siegen versetzt, war er 1939/40 zum OFP-Bezirk Troppau kommandiert, wo er das Finanzamt Loslau einrichtete. 1940-44 war er Vorsteher des Finanzamtes Altena und bis 1950 als Oberregierungsrat des Finanzamtes Gelsenkirchen-Süd. Seit Juli 1950 bei dem Oberfinanzpräsidenten Münster, wurde er dort am 1. 9. 1950 zum Regierungsdirektor ernannt, und übernahm die Bundesvermögensabteilung zum 1. 7. 1953 zunächst kommissarisch. Zum 1. 7. 1959 wurde er zum Finanzpräsidenten ernannt und zum Leiter der Besitz- und Verkehrsteuerabteilung, wiederum als Nachfolger Dr. Maiwegs, bestellt.
3. Hans-Gerhard Breuer 1. 7. 1939-31. 1. 1967 (pens.)
Geboren Pinne, Kr. Samter, 19. 10. 1904. Zunächst 1929 bis 1935 im Justizdienst tätig, war er 1938 bis 1944 und wieder 1948 Betriebsprüfer, dann Referent, seit 1949 Regierungsrat und seit 1952 Oberregierungsrat und Gruppenleiter bei der Oberfinanzdirektion Köln. Die Bundesvermögensabteilung in Münster leitete er seit 1. 7. 1959 zunächst kommissarisch als Oberregierungsrat, seit 1. 8. 1959 planmäßig als Regierungsdirektor und seit 1. 3. 1961 als Finanzpräsident.
4. Martin Schüßler 1. 2. 1967-29. 2. 1972 (pens.)
Geboren Blasbach, Kr. Wetzlar, 8. 2. 1907. Im Kommunaldienst in Hohenlimburg, Preußisch-Eylau und Eilenburg (1935-1945), kaufmännische Tätigkeit in Hagen (1946-1953), Dienst bei der Oberfinanzdirektion Münster (1953-1960), bis 31. 1. 1967 bei der Oberfinanzdirektion Hannover. Zum 1. 2. 1967 wurde er Finanzpräsident und Leiter der Bundesvermögensabteilung.
5. Bernhard Gausepohl 1. 3. 1972-31. 8. 1973 (pens.)
Geboren Tecklenburg 29. 3. 1908. Dienst bei den Arbeitsämtern Detmold und Arnsberg und im Reichsarbeitsministerium; Leiter der Arbeitsämter Ahlen und Siegen (1937-1945), Leiter einer Schiedsstelle für Mietstreitigkeiten in Detmold (1948-1951), 1951 Übergang zur Bundesvermögensverwaltung: zuerst bei der Bundesvermögensstelle Paderborn, zuletzt als Leiter (1952-1956), dann bei der Oberfinanzdirektion Münster; vorübergehend kommissarischer Leiter der Bun-

desvermögensabteilung der Oberfinanzdirektion Bremen (1957) und Referent im damaligen Bundesministerium für wirtschaftlichen Besitz des Bundes. Zum 1. 3. 1972 wurde er Finanzpräsident und Leiter der Bundesvermögensabteilung.

6. Hubert Materna seit 1. 9. 1973

Geboren Gelsenkirchen-Buer 15. 3. 1923. Tätigkeit bei der Oberfinanzdirektion Münster 1958-1960, 1964-1969 und seit 1971, Vorsteher der Bundesvermögensämter Münster (1960-1964) und Wilhelmshaven (1969-1971). Zum 1. 9. 1973 erhielt er zunächst kommissarisch als lt. Regierungsdirektor, seit 1. 12. 1973 planmäßig als Finanzpräsident die Leitung der Bundesvermögensabteilung.

bb) Landesvermögens- und Bauabteilung

1. Dr. jur. Engelbert Predeek 1. 4. 1952-20. 6. 1955

Geboren Paderborn 11. 4. 1893, gestorben Münster 20. 6. 1955 im Amt. Zunächst im Justizdienst tätig (1918-1921), wurde er 1922 zum Finanzamt Paderborn, 1941 als Oberregierungsrat zum Oberfinanzpräsidenten Münster, 1943 als Oberregierungsrat und Vertreter des Vorstehers zum Finanzamt Münster-Stadt versetzt. Zum 1. 8. 1950 kehrte er zum Oberfinanzpräsidenten Münster zurück, wo er als Leiter der Landesvermögensabteilung (seit 1. 4. 1952) am 1. 8. 1952 Regierungsdirektor wurde.

Kommissarische Leitung: Oberregierungsrat Nölkensmeier 21. 6. 1955-30. 9. 1955

2. Harry Beyer 1. 10. 1955-31. 5. 1969 (pens.)

Geboren Beyersmühle, Kr. Neustettin, 21. 5. 1904. Zunächst im Justizdienst (1926-1931), dann als Rechtsanwalt (1931-1939) und als Bürgermeister von Neustettin (1939-1945) tätig, wurde er 1951 Referent im Bezirksamt für gesperrte Vermögen in Düsseldorf. Am 1. 2. 1953 ging er als Regierungsrat zur Oberfinanzdirektion Münster, wo er am 1. 1. 1954 Oberregierungsrat, am 1. 10. 1955 Regierungsdirektor und Leiter der Landesvermögensabteilung, am 1. 1. 1960 Leitender Regierungsdirektor und am 1. 4. 1966 Finanzpräsident wurde.

3. Bernhard Schillo 1. 6. 1969-25. 11. 1970

Geboren Leipzig 1. 5. 1906, gestorben 25. 11. 1970 im Amt. Seit 18. 4. 1933 bei der Reichsfinanzverwaltung, Ausbildung im Finanzamt Essen-Nord und beim Oberfinanzpräsidenten Düsseldorf. 11. 4. 1934 Regierungsassessor, 1. 9. 1937 Regierungsrat beim Finanzamt Düsseldorf-Süd. Vorsteher der Finanzämter Böhmisches-Leipa (seit 15. 10. 1938) und Euskirchen (seit 1. 3. 1942). Während des Krieges zur Bauabteilung der Rüstungsinspektion Münster eingezogen. Seit 15. 4. 1946 beim Oberfinanzpräsidenten Münster, seit 1. 10. 1950 als Oberregierungsrat, seit 1. 6. 1953 als Regierungsdirektor, seit 1. 1. 1961 als Lt. Regierungsdirektor und seit 1. 6. 1969 als Finanzpräsident.

4. Oskar Rose 1. 2. 1971-31. 8. 1975 (pens.)

Geboren Gelsenkirchen 21. 8. 1910. Nach Justizdienst in den Oberlandesge-

richtsbezirken Hamm und Königsberg Dienst bei den Finanzämtern Allenstein und Osterode, dann bei den Oberfinanzdirektionen Münster (1945-1951) und Düsseldorf (1951-1953) und im Finanzministerium von Nordrhein-Westfalen (1953-1960). Leiter der Landesvermögensabteilung der Oberfinanzdirektion Düsseldorf (1960-1971), wo er zum 1. 1. 1966 Finanzpräsident wurde.

5. Rudolf Apprecht seit 13. 10. 1975

Geboren Holzwickede, Kr. Unna 20. 9. 1925. Nach Eintritt in die Finanzverwaltung (Mai 1958) Dienst bei den Finanzämtern Lüdinghausen, Bottrop und Iserlohn (1960-1962), seit August 1962 bei der Oberfinanzdirektion Münster, u. a. als Leiter des Präsidialbüros und Persönlicher Referent des Oberfinanzpräsidenten (1964-1968) und seit Juli 1970 in der Landesvermögensabteilung, deren Leitung er zum 13. 10. 1975 als Finanzpräsident übernahm.

g) Leiter des Finanzgerichts von 1922

(1941 in „Aufehebungsabteilung“ umbenannt, zum 10. 12. 1943 aufgehoben und in die Steuerabteilung übergeleitet; Finanzgerichtsdirektoren, bis 30. 8. 1924 und wieder seit 1. 4. 1937 Finanzgerichtspräsidenten)

1. Dr. jur. Heinrich Dulheuer 1. 4. 1922-31. 3. 1933 (pens.)

Er war bis 28. 2. 1922 Leiter der Abteilung für Verkehrsteuern (s. dort).

2. Franz Zitzlaf 1. 4. 1933-30. 9. 1933

Als Finanzgerichtsdirektor Mitglied der Zollabteilung. 1. 10. 1933 Vorsitzender des Finanzgerichts beim Landesfinanzamt Brandenburg in Berlin.

3. Dr. jur. Anton Schlecht 1. 10. 1933-30. 4. 1935

Geboren 23. 1. 1875. Als Finanzgerichtsdirektor Mitglied der Steuerabteilung. 1. 5. 1935 Reichsfinanzrat beim Reichsfinanzhof in München.

4. Anton Himmelhan 1. 5. 1935-30. 9. 1937

Gestorben Ansbach Dez. 1947.

5. Karl Hoehstetter 1. 10. 1937-9. 12. 1943

Nach Aufhebung des Finanzgerichts übernahm er die Leitung der Vermögensabteilung (s. dort).

h) Leiter des Finanzgerichts von 1949

(errichtet zum 1. 4. 1949)

1. Dr. jur. Wilhelm Gantenfort 1. 4. 1949-30. 11. 1956 (pens.)

Geboren Waltrop bei Recklinghausen 5. 11. 1888, gestorben 10. 7. 1977. Zunächst als Rechtsanwalt tätig, trat er 1923 als Assessor in das Finanzamt Lüdinghausen ein, wurde 1924 Regierungsrat beim Finanzamt Recklinghausen und wirkte 1925-1936 wieder am Finanzamt Lüdinghausen, seit 1929 als Vorsteher. Wegen seiner ablehnenden Einstellung zum Nationalsozialismus wurde er 1936 vom Dienst suspendiert und nach Bestrafung in einem Disziplinarverfahren an das Finanzamt Magdeburg-Nord strafversetzt, wo er keine leitende Tätigkeit ausüben durfte. Am 29. 6. 1945 wurde er noch von der britischen Militärregierung zum Oberfinanzpräsidenten Mitteldeutschland in Magdeburg ernannt,

schied aber aus dem dortigen Dienst aus, als durch Erlaß des Präsidenten der Provinzialregierung Sachsen vom 30. 1. 1946 das Oberfinanzpräsidium mit der Provinzialregierung in Halle verschmolzen wurde. Am 1. 7. 1946 wurde er Vorsteher des Finanzamtes Recklinghausen. Im Januar 1949 erhielt er vom Finanzminister Nordrhein-Westfalen den Auftrag, die Organisation des geplanten Finanzgerichtes in Münster in die Wege zu leiten und wurde am 9. 4. 1949 mit Wirkung vom 1. 4. 1949 zum Präsidenten des neuen Finanzgerichts bestellt. Er war eine starke Persönlichkeit von strenger Rechtlichkeit, vorbildlichem Pflichtbewußtsein und persönlicher Bescheidenheit und hat sich um den Aufbau der neuen Finanzgerichtsbarkeit verdient gemacht.

2. Dr. jur. Walter Mitze 1. 12. 1956-31. 8. 1960 (pens.)

Geboren Berlin 31. 8. 1892, gest. Münster 24. 5. 1968. Seit 1913 im Justizdienst. 1923 ging er zum Landesfinanzamt Brandenburg, war 1935-45 Oberregierungsrat, dann Ministerialrat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft. 1946 wurde er Ministerialrat bei der Finanzleitstelle und dann bei der Nachfolgebehörde, der Gemeinsamen Steuer- und Zollabteilung in Hamburg. Seit 1. 4. 1949 bei dem Oberfinanzpräsidenten Westfalen, wurde er zum 1. 7. 1949 Finanzgerichtsdirektor (Vorsitzender einer Kammer) in Münster und zum 1. 12. 1956 Finanzgerichtspräsident.

3. Otto Reske 1. 9. 1960-31. 5. 1976 (pens.)

Geboren Brilon 27. 5. 1911. 1934-37 im Justizdienst in Westfalen, bis 1938 in der Gemeindeverwaltung Telgte und anschließend als Rechtsanwaltsvertreter tätig, kam er im Juli 1938 zum Finanzamt Stendal und war von 1939 bis 1945 beim Finanzamt Minden tätig. Seit 10. 6. 1945 als Regierungsrat bei dem Oberfinanzpräsidenten in Münster, ging er zum 1. 10. 1949 an das neue Finanzgericht in Münster über, wo er zum 1. 8. 1955 Finanzgerichtsdirektor und am 1. 9. 1960 Finanzgerichtspräsident wurde.

4. Hans Werner Verhorst seit 9. 6. 1976

Geboren Beverungen 13. 7. 1921. Seit 1. 10. 1952 in der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung der Oberfinanzdirektion Münster tätig, seit 1. 10. 1954 als Regierungsrat. Zum 1. 11. 1958 an das Finanzgericht Münster versetzt, wurde er dort 1971 Vorsitzender Richter, zum 1. 12. 1972 Vizepräsident und zum 9. 6. 1976 Finanzgerichtspräsident.

G. Die Entstehung der jetzigen Bundes- und Landesfinanzverwaltung und einer eigenständigen Finanzgerichtsbarkeit

Die Betrachtung der unmittelbaren Vergangenheit und der Gegenwart, die sich noch der geschichtlichen Würdigung entziehen, soll sich darauf beschränken, die wesentlich neuen Momente in der Geschichte der Finanzverwaltung hervorzuheben:

1. Die Übergangszeit von der Reichs- zur Bundesfinanzverwaltung mit ihren ungewöhnlichen Verwaltungsformen
2. Die Aufspaltung der Finanzverwaltung zwischen Bund und Ländern unter Beibehaltung der bisherigen Verwaltungsorganisation, die zu einer verwaltungsrechtlich höchst eigenartigen dualistischen Behördenverfassung geführt hat
3. Die Schaffung einer selbständigen, von der Verwaltung getrennten Finanzgerichtsbarkeit
4. Der Aufbau einer Bundes- und der Ausbau der Landesvermögens- und -bauverwaltung und die Entstehung eines durch die Kriegsfolgen bedingten neuen Aufgabenkreises.

1. Die Übergangszeit von der Reichs- zur Bundes- bzw. Länderfinanzverwaltung

Nach dem Zusammenbruche des Reiches im Mai 1945 und dem Verschwinden der Reichsbehörden waren die Oberfinanzpräsidenten völlig auf sich gestellt, anfangs nur von den Weisungen der regionalen britischen Militärbehörden abhängig. Die obersten intakt gebliebenen deutschen Verwaltungsbezirke in der britischen Zone waren für längere Zeit die Provinzen unter der Leitung der Oberpräsidenten als der obersten Repräsentanten der deutschen Staatlichkeit. Es ergab sich daher von selbst, daß sich der Oberfinanzpräsident dem Oberpräsidenten unterstellte, dessen Generalreferat Finanzen die fachliche Aufsicht übernahm. Von ihm erhielt der damalige kommissarische Oberfinanzpräsident Bispinck am 1. 11. 1945 seine Ernennung zum Oberfinanzpräsidenten.

Im Gegensatz zur Politik der amerikanischen Militärregierung, die einen neuen deutschen Staatsaufbau auf föderalistischer Grundlage erstrebte und daher schon im September 1945 deutsche Länderregierungen wieder ins Leben rief und weitgehend mit selbständigen Verwaltungsbefugnissen ausstattete, zeigte die Politik der britischen Militärregierung unitarische Züge. Schon vor der Begründung deutscher Länder, als deren erstes Nordrhein-Westfalen am 18. 7. 1946 konstituiert wurde, begann sie mit der Einrichtung von Zonen-Zentralämtern und sonstigen zonalen Gesamteinrichtungen, die den Zentralbehörden des Reiches entsprachen und für die britische Zone weitgehend deren Befugnisse übernahmen, allerdings im Gegensatz zu den Einrichtungen der amerikanischen Besatzungszone lediglich als Hilfs- und Exekutivorgane der Militärregierung und ihrer Fachabteilungen gedacht waren. In diesen Zusammenhang gehört auch die Gründung der „Leitstelle der Finanzverwaltung für die britische Zone (Finanzleitstelle)“, die auf Grund der Verordnung Nr. 24 der Britischen Militärregierung (StuZBl 1945 Nr. 3 S. 29) zum 1. 3. 1946 auf Betreiben und unter der Leitung des späteren münsterischen Finanzpräsidenten Dr. Kruft in Hamburg geschaffen wurde. Sie war der Control Commission for Germany, British Element in Berlin-Wilmersdorf, der obersten Verwaltungsbehörde für die britische Besatzungszone, unterstellt und ressortierte von der Finance Division (Hauptabteilung für

Finanzen). Seit dem 6. 6. 1946 war sie vorgesetzte Dienststelle der Oberfinanzpräsidenten der britischen Zone und erhielt diesen gegenüber alle Befugnisse des früheren Reichsfinanzministeriums nach den bisherigen deutschen Gesetzen, soweit diese mit den Gesetzen, Verordnungen und Anweisungen des Kontrollrates und der britischen Militärregierung vereinbar waren. Sie hatte die deutschen und die britischen Gesetze und Bestimmungen bindend für die nachgeordneten Finanzbehörden der britischen Zone auszulegen und für deren einheitliche Durchführung zu sorgen. Bis zur Wiedereinsetzung von Finanzgerichten und eines obersten Finanzgerichtshofes²⁷ sollte sie auch als Berufungsinstanz gegen Entscheidungen der Oberfinanzpräsidenten fungieren. Sie hatte die Haushaltsmittel der Finanzverwaltung der britischen Zone ordnungsgemäß zu verwalten und gleichmäßig auf die Oberfinanzpräsidenten zu verteilen. Ihr war eine *Zonalhauptkasse* angegliedert, mit der die Oberfinanzkassen abzurechnen hatten. Ernennungen, Entlassungen und Versetzungen der Angehörigen der Finanzverwaltung vom Oberinspektor an sollten durch die Finanzleitstelle erfolgen. Die bisherige Weisungsbefugnis des Oberpräsidenten sollte auf die außerhalb der Steuer- und Zollgesetzgebung liegenden Aufgaben, insbesondere auf die Entnazifizierungsangelegenheiten und sonstigen beamtenrechtlichen Fragen beschränkt werden. Zum 30. 6. 1948 stellte die Finanzleitstelle ihre Tätigkeit ein, die Dienstaufsicht und das Weisungsrecht gegenüber den Oberfinanzpräsidenten ging auf die Finanzminister der Länder „als vorübergehende Maßnahme“ über (Finanztechnische Anweisung Nr. 108). Da diese weiterhin ein überregionales Organ in der britischen Zone für wünschenswert hielten, vereinbarten am 29. 7. 1948 die Finanzminister der vier Länder der britischen Zone, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg – Bremen gehörte zum amerikanischen Besatzungsgebiet – die Errichtung einer „*Gemeinsamen Steuer- und Zollabteilung*“ in Hamburg zum 1. 7. 1948 als Rechtsnachfolgerin der Finanzleitstelle. Sie besaß jedoch nur begrenzte Kompetenzen, da sich die Finanzminister Haushalts-, Kassen-, Organisations- und Personalangelegenheiten vorbehalten hatten und war wohl mehr als Koordinierungsorgan auf dem Gebiete des Steuerrechts anzusprechen. Sie wurde am 30. 9. 1949 aufgelöst, arbeitete aber noch bis 1950 für die Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg weiter. Die Funktion der vorgesetzten Behörde für die Oberfinanzpräsidenten hatten die Finanzminister der Länder übernommen, die diese Aufgabe bis zur Schaffung einer Bundesgewalt als Auftragsangelegenheit anzusehen hatten.²⁸

27 Der ehemalige Reichsfinanzhof in München, damals oberster Finanzgerichtshof genannt, war seit Juli 1945 wieder in Tätigkeit, jedoch zunächst nur für Bayern, seit 1947 für die ganze amerikanische Zone zuständig. An seine Stelle trat zum 1. 9. 1950 der Bundesfinanzhof (Ges. v. 29. 6. 1950, BGBl. 1950, 257) mit Zuständigkeit für die gesamte Bundesrepublik.

28 Neben diesen beiden für die britische Zone zuständigen zentralen Finanzdienststellen gab es für das britisch-amerikanische „Vereinigte Wirtschaftsgebiet“ („Bizone“) den „Gemeinsamen Deutschen

Den Tendenzen der Britischen Militärregierung, militärische und polizeiliche Funktionen aus der allgemeinen Verwaltung herauszulösen und regional zusammenzufassen, entsprach es, daß der Zollgrenzdienst von der Finanzverwaltung getrennt wurde. Er wurde dem *Chef-Inspekteur des Zollgrenzdienstes* in Oldenburg, später in Cuxhaven unterstellt, der unter dem Kommando des Frontier Control Service stand. Erst zum 1. 8. 1950 ist der Zollgrenzdienst wieder in die Finanzverwaltung zurückgegliedert worden.

Die Übergangszeit brachte auch einige Veränderungen in der Abgrenzung des Bezirks des Oberfinanzpräsidenten Westfalen, wie der in Münster noch bis zum 30. 11. 1950 (Verf. d. FinMin NW vom 30. 11. 1950) amtlich hieß. Im Zuge der damals erstrebten Angleichung der Bezirke der Oberfinanzpräsidenten an die Oberpräsidialbezirke ging mit Wirkung vom 1. 10. 1945 der Bezirk Pyrmont, der ja seit Juni 1920 zum Bezirk des Oberfinanzpräsidenten Westfalen gehörte, in den Bereich des Bezirks des Oberfinanzpräsidenten Hannover über, während gleichzeitig das Land Schaumburg-Lippe vom Bezirk des Oberfinanzpräsidenten Hannover zum Bezirk des Oberfinanzpräsidenten Westfalen geschlagen wurde, um jedoch schon zum 1. 7. 1946 auf Grund einer Verordnung des Präsidenten der Finanzleitstelle wieder zu Hannover zurückzukehren.

2. Die Aufteilung der Finanzverwaltung zwischen Bund und Land
Das Grundgesetz vom 23. 5. 1949 regelt in Artikel 106 die Verteilung des Steueraufkommens: „Die Zölle, der Ertrag der Monopole, die Verbrauchsteuern mit Ausnahme der Biersteuer, die Beförderungsteuer, die Umsatzsteuer und einmaligen Zwecken dienende Vermögensabgaben fließen dem Bunde zu. Die Biersteuer, die Verkehrssteuern mit Ausnahme der Beförderungsteuer und der Umsatzsteuer, die Einkommen- und die Körperschaftsteuer, die Vermögensteuer, die Erbschaftsteuer, die Realsteuern und die Steuern mit örtlich bedingtem Wirkungsbereich fließen den Ländern und nach Maßgabe der Landesgesetzgebung den Gemeinden (Gemeindeverbänden) zu.“ Nach Artikel 105 hat sich der Bund die ausschließliche Gesetzgebung nur für das Gebiet der Zölle und Finanzmonopole vorbehalten, für die übrigen Steuern, soweit sie von ihm in Anspruch genommen werden, besitzt er nur die konkurrierende Gesetzgebung, die nur in gewissen Fällen der Landesgesetzgebung übergeordnet ist. Mit dieser Bestimmung tritt der Bund in den Stand der Reichsverfassung von 1871 zurück; diese hatte dem Reich ohne Einschränkung die Gesetzgebung über alle für die Zwecke des Reiches zu verwendenden Steuern zugesprochen. Über die Steuerverwaltung bestimmt Artikel 108: Zölle, Finanzmonopole, die der konkurrieren-

Finanzrat“ in Frankfurt/Main (Sept. 1946 bis Apr. 1947) und die „Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets“ in Bad Homburg (errichtet Juli 1947, im Sept. 1949 in das Bundesfinanzministerium übergeführt), die Vorläufer des späteren Bundesministeriums der Finanzen, sowie die „Zolleitstelle“ in Bad Homburg (errichtet Juli 1949, im Sept. 1950 in das Bundesfinanzministerium übergeführt) als Vorgänger der späteren Bundeszollverwaltung.

den Gesetzgebung unterworfenen Verbrauchsteuern, die Beförderungsteuer, die Umsatzsteuer und die einmaligen Vermögensabgaben werden durch Bundesfinanzbehörden, die übrigen Steuern durch Landesfinanzbehörden verwaltet.²⁹ Soweit die von den Landesfinanzbehörden verwalteten Steuern dem Bunde zufließen, werden diese im Auftrag des Bundes tätig. Den Aufbau der Bundes- wie auch der Landesfinanzbehörden, das von ihnen anzuwendende Verfahren und die einheitliche Ausbildung der Beamten bestimmt der Bund durch Bundesgesetz.

Diese bundesgesetzliche Regelung enthält das Finanzverwaltungsgesetz vom 6. 9. 1950 (BGBl. 1950, 448). Mit Wirkung vom 7. 9. 1950 tritt die neue Verfassung der Mittelinstanz, die jetzt den Namen Oberfinanzdirektion erhält, während ihr Leiter den bisherigen Titel weiterführt, in Kraft. Die bisherige Organisation bleibt im wesentlichen erhalten, nur daß sie jetzt paritätisch zwischen Bund und Land aufgeteilt ist. Die *Abteilung für Zölle und Verbrauchsteuern* und die ihr nachgeordneten *Zollbehörden* werden *Bundesbehörden*, die *Abteilung für Besitz- und Verkehrsteuern* und die ihr nachgeordneten *Finanzämter Landesbehörden*. Für die Verwaltung des Bundesvermögens und der Bauaufgaben des Bundes tritt an die Stelle der bisherigen Vermögensabteilung eine Bundesvermögens- und Bauabteilung. Hinsichtlich des Landesvermögens und der Landesbauaufgaben stellt das Gesetz den Ländern frei, ob sie diese Aufgaben der Bundesabteilung anvertrauen oder eine eigene Landesabteilung einrichten wollen, der dann unter Umständen die Bauverwaltung des Bundes übertragen werden kann. Nordrhein-Westfalen hat den letzten Weg gewählt. In Münster stehen sich *Landes- und Bundesvermögens- und -bauabteilung* gegenüber und die Landesabteilung hat die Bauaufgaben des Bundes als Auftragsangelegenheit übernommen. Die Abteilung Personal und Verwaltung mußte der Aufteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Land zum Opfer fallen, wollte man nicht zwei weitere Abteilungen schaffen. So bestimmt das Gesetz, daß ihre Aufgaben für den Bund in einer der Bundesabteilungen, für das Land in einer der Landesabteilungen erledigt werden. In Münster sind diese Bestimmungen des Finanzverwaltungsgesetzes durch den Geschäftsverteilungsplan vom 1. 2. 1951 verwirklicht worden. Die Abteilung P wurde aufgelöst. Die Angelegenheiten Organisation, Haushalt und Personal des Bundes wurden der Abteilung Zölle (Gruppe IV) und die entsprechenden Aufgaben des Landes der Abteilung Steuer (Gruppe V) übertragen, die diese Aufgaben zugleich für die entsprechende Vermögens- und Bauabteilung erledigen. Insofern unterscheidet sich die jetzige Regelung von den

²⁹ Diese Lösung, ein Rückschritt gegenüber der Reichsfinanzreform von 1919, geht auf die nachdrückliche Forderung der Besatzungsmächte zurück, die zur Verhinderung einer zu starken Zentralgewalt eine eindeutige verwaltungsmäßige Trennung der Steuerquellen des Bundes und der Länder verlangten, während der Parlamentarische Rat sich für eine einheitliche Bundesfinanzverwaltung, der die Länder die Verwaltung ihrer Landessteuern übertragen sollten, entschieden hatte. — S. a. E. Schweigert, Die Finanzverwaltung Westdeutschlands . . . 1970, S. 180ff.

Regelungen vor Einrichtung der Abteilung Personal und Verwaltung, nach denen jede der damaligen Abteilungen ihre Verwaltungs- und Personalangelegenheiten selbst erledigte. Die Aufgaben der *Oberfinanzkasse* wurden unter einem gemeinsamen Leiter ebenfalls zwischen Bund und Land geteilt, indem die für den Geschäftskreis der Besitz- und Verkehrsteuerabteilung zuständige Abteilung mit Landesangehörigen und die für den Geschäftskreis der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung zuständige mit Bundesangehörigen besetzt wurde. Erst zum 3. 9. 1971 (Bundeszollbl. 1971, 1123) ist die Abteilung für Kassenaufgaben des Bundes (gem. Bundeshaushaltsordnung vom 19. 8.1969, BGBl. 1969 I, 1284 § 79 und Finanzverw.ges. vom 31. 8. 1971, BGBl. 1971 I, 1427 § 10) als „*Bundeskasse*“ aus der Oberfinanzkasse ausgeschieden.

Der Oberfinanzpräsident – ebenso wie bis zum 3. 9. 1971 der Leiter der Oberfinanzkasse – ist Bundes- und Landesbeamter zugleich; er erhält seine Dienstbezüge je zur Hälfte vom Bund und vom Land. In dieser eigenartigen Konstruktion unterscheiden sich die Ämter dieser beiden Beamten von anderen Ämtern mit Doppelfunktionen wie etwa dem des preußischen Landrats, der ja zugleich Chef der staatlichen Verwaltungsbehörde und als Vorsitzender des Kreisausschusses leitender Verwaltungsbeamter der Kreiskommunalverwaltung war. Denn der Landrat hatte trotz seiner Doppelfunktion nur einen Dienstherrn, den Staat, der ihn dem Kreiskommunalverband zur Erledigung von dessen Aufgaben zur Verfügung stellte, wie heute umgekehrt in Nordrhein-Westfalen der Oberkreisdirektor als Kommunalbeamter dem Staat für Polizeiaufgaben zur Verfügung steht.

Daß die Aufteilung der Verwaltungsorganisation nicht mit der Verteilung der Steuern übereinstimmt, hat zu gewissen Überschneidungen geführt. Während eine Verbrauchsteuer wie die Biersteuer Ländersache geworden ist, hat sich der Bund die Umsatz- und die Beförderungsteuer, die zu den Verkehrsteuern gerechnet werden, vorbehalten. In der Mittelinstanz Oberfinanzdirektion werden Umsatz- und Beförderungsteuer durch den Bund in einer Gruppe „Umsatz- und Beförderungsteuer“ verwaltet, die mit Bundesangehörigen besetzt, jedoch der Landesabteilung für Besitz- und Verkehrsteuern zugeteilt ist. Die Verwaltungsangehörigen der Gruppe bleiben aber unmittelbar dem Oberfinanzpräsidenten in seiner Eigenschaft als Bundesbeamten unterstellt. In der Lokalinstanz dagegen werden die beiden Steuern vom Lande als Auftragsangelegenheit gegen Entschädigung verwaltet; die Finanzämter firmieren dann: „Finanzamt, zugleich Umsatzsteuerstelle der Oberfinanzdirektion“ bzw. „Finanzamt, zugleich Umsatz- und Beförderungsteuerstelle der Oberfinanzdirektion“. Die Biersteuer, die den Ländern zufließt, wird durch die Hauptzollämter verwaltet, die dafür 4 % des Steueraufkommens einbehalten.

Die in nationalsozialistischer Zeit durch beratende Beiräte ersetzten *Steuerausschüsse* bei den Finanzämtern werden wiedereingerichtet mit den Funktionen der Steuerausschußordnung von 1931. Sie sind jedoch jetzt zur Hälfte aus gewählten

Gemeindevertretern, zur Hälfte aus anderen, ebenfalls von den Selbstverwaltungsorganen gewählten Mitgliedern zusammengesetzt, während die alten Steuerausschüsse zur Hälfte vom Oberfinanzpräsidenten ernannt worden waren.

3. Die Begründung einer eigenständigen Finanzgerichtsbarkeit
Die Begründung einer eigenständigen Finanzgerichtsbarkeit ist die nachhaltigste Leistung der Übergangszeit zwischen 1945 und 1950. Der Führererlaß von 1939, der die Finanzgerichte aufgehoben und durch Anfechtungsbehörden ersetzt hatte, wurde durch Kontrollratsgesetz Nr. 36 vom 10. 10. 1946 aufgehoben, doch war die britische Militärregierung mit einer Wiedereinrichtung der alten Finanzgerichte nicht einverstanden. Erst die Verordnung Nr. 175 betreffend Wiedereinrichtung der Finanzgerichte (Amtsbl. d. Militärregier. Brit. Kontrollgebiet Nr. 27, S. 983), die am 1. 2. 1949 in Kraft trat, setzte die Finanzgerichte in der britischen Zone wieder ein,³⁰ jedoch mit zwei grundlegenden Neuerungen gegenüber der früheren Gerichtsverfassung:

a) Finanzgericht und Finanzverwaltung sind streng voneinander getrennt, weder die ständigen Mitglieder noch die ehrenamtlichen dürfen in der Finanzverwaltung, auch nicht nebenamtlich, beschäftigt werden. Die ehrenamtlichen Mitglieder werden durch einen Ausschuß, der sich aus dem Präsidenten des Gerichts, aus einem Beamten der Landesfinanzverwaltung und aus vom Landtage gewählten Vertrauensleuten zusammensetzt, bestimmt.

b) Die Zuständigkeit des Gerichts im Berufungsverfahren wird nunmehr, obwohl es Landesbehörde wird, auch auf Zoll- und Verbrauchsteuern ausgedehnt. Das Berufungsverfahren ist durchzuführen gegen Steuerbescheide, Feststellungsbescheide und Steuermeßbescheide der Finanzämter, Anordnungen des dinglichen und persönlichen Sicherheitsarrestes durch die Finanzämter, Zollauskünfte und Steuerpauschfestsetzungen der Oberfinanzpräsidenten.

Das Gesetz vom 22. 10. 1957 über Maßnahmen auf dem Gebiete der Finanzgerichtsbarkeit (BGBl. 1957 I, 1746), das zum 1. 1. 1958 wirksam wurde, hat schließlich die Finanzgerichtsbarkeit bundeseinheitlich, wie es bereits das Grundgesetz (Art. 108,5) gefordert hatte, im Sinne der bisherigen britischen Gerichtsverfassung geregelt. Die Finanzgerichte sind unabhängige, von den Verwaltungsbehörden getrennte Gerichte der Länder. Die ständigen Richter werden auf Lebenszeit gewählt und sind nicht absetzbar und nicht versetzbar. Damit ist neben die anderen bundeseinheitlich geregelten Sondergerichtsbarkeiten, die Sozial- und die Arbeitsgerichtsbarkeit, und neben die Verwaltungsgerichtsbarkeit als letzte der von der ordentlichen Gerichtsbarkeit wie auch von den Verwaltungsbehörden völlig unabhängigen Sondergerichtsbarkeiten die Finanz-

³⁰ In der Britischen Zone gab es seit Auflösung der Finanzleitstelle (30. 6. 1948) keine Instanz gegen Entscheidungen der Oberfinanzpräsidenten und bis zur Errichtung des Bundesfinanzhofes (1. 9. 1950) keine Revisionsinstanz gegen Urteile der Finanzgerichte.

gerichtsbarkeit getreten. Aber im Unterschied zu den genannten Gerichtszweigen ist die Finanzgerichtsbarkeit, wie schon die alten Finanzgerichte, nur zweistufig. Das Fehlen einer gerichtlichen Berufungsinstanz muß zur Überlastung des Bundesfinanzhofes und zu einer Verwischung seiner Funktion als reiner Revisionsinstanz führen. Vorschläge zur Einrichtung einer Berufungsinstanz sind verschiedentlich vorgetragen worden, sei es, daß man die jetzigen Finanzgerichte zur echten Berufungsinstanz macht und darunter für einen oder mehrere Finanzamtsbezirke Finanzgerichte erster Instanz einrichtet, sei es, daß man länderweise für mehrere Oberfinanzbezirke Berufungsinstanzen schafft. Auch den Umstand, daß kein Vertreter des öffentlichen Interesses vorgesehen ist, hat man der Gerichtsverfassung als Schwäche vorgeworfen.

Das *Finanzgericht* in Münster ist am 9. 4. 1949 mit der Berufung seines Präsidenten, des Recklinghäuser Finanzamtsvorstehers Dr. Gantenfort, der schon an den Vorverhandlungen zwischen den Finanzministerien der Länder der britischen Zone regen Anteil genommen hatte, konstituiert worden. Am 26. 7. 1949 fand die feierliche Eröffnung der Finanzgerichte des Landes Nordrhein-Westfalen durch den Finanzminister statt, und am 12. 8. 1949 wurde in Münster die erste Sitzung abgehalten.

Die Finanzgerichtsordnung (FGO) vom 6. 10. 1965 (BGBl. 1965 I, 1477), die zum 1. 1. 1966 in der ehemaligen britischen Zone an die Stelle der Verordnung der Britischen Militärregierung Nr. 175 getreten ist,³¹ hat einige Änderungen gebracht: In Analogie zu dem allgemeinen verwaltungsgerichtlichen Verfahren tritt an die Stelle des Berufungsverfahrens die Klage vor dem Finanzgericht, die Anfechtungsklage (auf Änderung des Verwaltungsaktes gerichtet) oder Verpflichtungsklage (auf Verurteilung der Behörde zum Erlaß eines abgelehnten oder unterlassenen Verwaltungsaktes gerichtet) sein kann. Für Klagen in Zoll- und Verbrauchsteuerangelegenheiten ist seit 1. 7. 1980 (GVBl. 1980, 102) für das gesamte Gebiet des Landes Nordrhein-Westfalen nur noch das Finanzgericht in Düsseldorf, von dem zu demselben Zeitpunkt ein neues Finanzgericht in Köln abgezweigt worden ist, zuständig. Gegen Urteile und urteilsähnliche Entscheidungen des Finanzgerichts kann Revision, gegen Beschlüsse Rechtsbeschwerde beim Bundesfinanzhof erhoben werden. Die Kammern werden in Senate³² umbenannt, die aus drei beamteten und zwei ehrenamtlichen Finanzrichtern – beim Bundesfinanzhof besteht jeder Senat aus fünf Berufsrichtern – gebildet werden. Die ehrenamtlichen Finanzrichter werden, wie schon bisher, durch einen Wahlausschuß auf vier Jahre benannt, der bei jedem Finanzgericht aus dem Präsidenten des Finanzgerichts als Vorsitzendem, einem von der Oberfinanzdi-

31 Außer Kraft gesetzt ist die Verordnung Nr. 175 erst durch das nordrhein-westfälische Gesetz vom 1. 2. 1966 zur Ausführung der Finanzgerichtsordnung von 1965 (GVBl. 1966, 23).

32 Das Finanzgericht Münster, das zunächst 5 Kammern hatte, ist seit 1. 1. 1981 in 11 Senate gegliedert (6. Kammer 1962, 7. Kammer 1964, 8. Senat 1970, 9. Senat 1977, 10. Senat 1979 errichtet).

rektion benannten Beamten der Landesfinanzverwaltung und sieben vom Landtag auf vier Jahre gewählten Vertrauensleuten besteht. Die Sitzungen sind nunmehr in der Regel öffentlich und – was bisher nur auf Antrag zulässig war – mündlich; Ausschluß der Öffentlichkeit dürfen nur Parteien, die nicht Finanzbehörde sind, beantragen. Oberste Dienstaufsichtsbehörde ist in Nordrhein-Westfalen seit 1. 3. 1970 nicht mehr der Landesfinanzminister, sondern – wie für die allgemeine Verwaltungsgerichtsbarkeit – der Landesjustizminister (Gesetz zur Vereinheitlichung der Dienstaufsicht über Gerichte vom 13. 1. 1970, GVBl. 1970, 38), eine Regelung, mit der die zuerst in der britischen Zone verwirklichte Sonderung der Finanzgerichtsbarkeit von der Finanzverwaltung und ihre eigenständige verwaltungsgerichtliche Aufgabe erneut betont wird.³³

4. Der Aufbau der Bundes- und der Landesvermögens- und -bauverwaltungen

Die *Landesvermögens- und Bauabteilung* ist aus der Reichsbau- und Liegenschaftsverwaltung (S. o. S. 248) erwachsen, soweit das Reichsfinanzministerium dafür zuständig war. Während die *Reichsbauverwaltung im Reichsfinanzministerium* (Abteilung VII) die Bauverwaltung für alle Behörden, die reichseigene Gebäude in Besitz hatten, mit Ausnahme der Behörden der Wehrmacht, der Post und des Verkehrs, war, beschränkte sich die *Liegenschaftsverwaltung des Reichsfinanzministeriums* (in Abteilung IV) auf die Liegenschaften und das sonstige Vermögen der Reichsfinanzverwaltung, wozu später noch die Verwaltung der eingezogenen und verfallenen Vermögen und die Regelung der Kriegssachschäden trat. Mittelinstanz war der Oberfinanzpräsident; diese Angelegenheiten wurden durch die Liegenschafts- und die Baugruppe innerhalb der Abteilung Personal und Verwaltung, seit 10. 12. 1943 als selbständige *Abteilung Vermögen* bearbeitet. Der Schwerpunkt der Reichsvermögensverwaltung lag also in der Bauverwaltung, für die dem Oberfinanzpräsidenten als örtliche Instanzen seit 1. 4. 1922 *Reichsbauämter* und – für große Bauvorhaben als vorübergehende Behörden – die von Fall zu Fall geschaffenen *Reichsneubauämter* zur Verfügung standen, die jedoch in Westfalen nicht bestanden haben. Als 1948 die Finanzleitstelle in Hamburg, die bisher als Nachfolgerin der zentralen Reichsgewalt auf dem Gebiete der Finanzverwaltung fungiert hatte, ihre Tätigkeit einstellen mußte und die Oberfinanzpräsidenten den Finanzministern der Länder unterstellt wurden, ging auch die Reichsbauverwaltung zum 1. 4. 1948 auf die Länder über (Finanztechn. Anweisung Nr. 104 der Brit. Militärreg.). In Nordrhein-Westfalen traten durch Erlaß vom 12. 10. 1949 die Bezeichnungen „*Finanzbauverwaltung*“ und „*Finanzbauamt*“ an die Stelle der bisherigen Namen „Reichsbauverwaltung“ und „Reichsbauämter“. Inzwischen hatte sich der Aufgabenkreis der

33 Von den 14 Finanzgerichten in der Bundesrepublik sind nur noch die beiden bayerischen in München und Nürnberg dem Landesfinanzminister unterstellt.

Reichsbauverwaltung erheblich erweitert und verändert. Zwar waren als Folge des Zusammenbruchs die ihr in nationalsozialistischer Zeit übertragenen Aufgaben (Bauvorhaben der Partei, des Reichsarbeitsdienstes usw.) weggefallen, aber als neue dringliche Aufgabe fiel zunächst die Erfassung und Verwaltung des Vermögens der Wehrmacht und des Reichsarbeitsdienstes an, die örtlich von besonderen Stellen der Finanzämter wahrgenommen wurden und 1952 auf die Bundesvermögensverwaltung übergegangen sind (s. dort).

Als zweiter gänzlich neuer Auftrag traten die Bauaufgaben für die Besatzungsstreitkräfte oder, wie sie später genannt wurden, Stationierungsstreitkräfte hinzu. Nachdem diese zunächst selbst ihre Bauvorhaben durchgeführt oder sich der Hilfe der Kommunalverwaltungen bedient hatten, wurde die Durchführung und Abrechnung ihrer Bauvorhaben ab 1948 nach und nach der Finanzbauverwaltung übertragen; der Oberfinanzpräsident erhielt für diese Aufgaben die Funktion einer Bezirksfeststellungsbehörde und die Finanzbauämter die von Kreisfeststellungsbehörden.

Nach Gründung der Bundesrepublik wurden auf Grund der Bestimmungen des Finanzverwaltungsgesetzes vom 6. 9. 1950 (BGBl. 1950, 448), das die Möglichkeit zuließ, die Bauaufgaben des Bundes den Landesbauverwaltungen zu übertragen (§ 6,4), durch Verwaltungsabkommen zwischen dem Bundesminister der Finanzen und dem Finanzminister von Nordrhein-Westfalen vom 7./29. 7. 1953 in Nordrhein-Westfalen der Landesbauverwaltung die meisten Bauaufgaben des Bundes als Auftragsangelegenheiten übertragen, nämlich die der Bundesfinanz-, der Bundesvermögensverwaltung, des Bundesgrenzschutzes, der Bundesforstverwaltung und einiger Bundesoberbehörden wie Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Biologische Bundesanstalt, Deutscher Wetterdienst, Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, die Bauten der Bundeswehr und der Nato sowie Sonderausgaben des Bundes wie z. B. 1953 das Notprogramm zur Herstellung von Bauten für vorübergehende Unterbringung von Zonenflüchtlingen. Mit dieser Erweiterung der Aufgaben traten in der örtlichen Instanz neben die Reichsbauämter (*Finanzbauämter*), die weiterhin für die zivilen und deutschen militärischen Bauvorhaben zuständig blieben, *Finanzsonderbauämter* und später *Finanzneubauämter*, die ausschließlich für Bauten der Stationierungsstreitkräfte zuständig waren, also einen ganz anderen Charakter hatten als die früheren Reichsneubauämter. Mit der Neuorganisation zum 1. 1. 1957 (Erlaß des FinMin NW vom 19. 1. 1957, MinBl NW 223)³⁴ ist dieser Dualismus zwischen den zivilen Zwecken dienenden Finanzbauämtern und der auf militärische Bauvorhaben beschränkten Finanzneubauämter und früheren Finanzsonderbauämtern beseitigt worden. Es gibt nunmehr nur noch Finanzbauämter, die für alle Bauaufgaben ihres Bezirks zuständig sind; lediglich den Bau

³⁴ Vom 1. 1. 1957 datiert auch die noch gültige (nicht im Amtsblatt veröffentlichte) Geschäftsordnung für Finanzbauämter.

und die Unterhaltung von Flugplätzen hat man im Oberfinanzbezirk Münster den Finanzbauämtern Münster-West und Paderborn vorbehalten. Eine besondere Militärbauverwaltung besitzen weder die Bundeswehr noch die Stationierungsstreitkräfte.

Die Landesbauverwaltung in Nordrhein-Westfalen verwaltet also

1. als Auftragsangelegenheit die Bauvorhaben des Bundes mit Ausnahme der der Bundesbaudirektion vorbehaltenen Bauten für den Bundespräsidenten, den Bundestag, den Bundesrat, den Bundeskanzler und die Bundesministerien und der Bauvorhaben der Post und Verkehrsverwaltung;
2. auf Grund des Truppenvertrages Artikel 39 und 40 und besonderer Vereinbarungen mit den Stationierungsstreitkräften die Bauvorhaben der Stationierungsstreitkräfte;
3. von den Bauvorhaben des Landes Nordrhein-Westfalen nur diejenigen, die bis 1945 zur Reichsbauverwaltung gehört hatten, nach 1945 an das Land übergegangen waren und nach 1950 bei diesem verblieben sind. Für die vom preußischen Staate übernommenen Bauvorhaben des Landes Nordrhein-Westfalen, d. h. die Bauverwaltungen im Bereiche der inneren, der Justiz- und der Kultusverwaltung, ist die aus der preußischen Zeit übernommene, jetzt vom Wiederaufbauministerium ressortierende Staatshochbauverwaltung mit den Staatshochbauämtern als örtlichen Behörden zuständig geblieben. Die Bestrebungen, diese Zweigleisigkeit in der Bauverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen, die in den übrigen Ländern außer in Bayern inzwischen abgeschafft worden ist, durch Zusammenlegung beider Verwaltungen zu beseitigen, sind bisher erfolglos geblieben. Neben der Ausführung der eigentlichen Bau- und Bauunterhaltsaufgaben gehört es zur Zuständigkeit der Landesbauverwaltung, alle Bauvorhaben, die mit Bundes- oder Landesdarlehen oder -zuschüssen errichtet werden, zu beaufsichtigen und zu betreuen sowie Gutachten zu erstatten und Wertermittlungen, Schätzungen und Mietwertfestsetzungen für bundes- und landeseigene Gebäude vorzunehmen.

Im Unterschiede zur Landesvermögens- und Bauabteilung ist die *Bundesvermögens- und Bauabteilung*, die in Nordrhein-Westfalen ihren Namen zu Unrecht trug,³⁵ weil sie hier keine Bauaufgaben besitzt, eine Neuschöpfung der Zeit nach 1945. Während nach dem ersten Weltkriege das Wehrmachtsvermögen durch die intakt gebliebenen Heeres- und Marineverwaltungen weiterhin betreut wurde, bis es in die Verwaltung von zivilen Dienststellen übergeben werden konnte, verlor nach dem zweiten Weltkriege infolge der Besetzung des ganzen Landes das Wehrmachtgut zunächst seine bisherige Verwaltung. Das bewegliche Wehrmachtgut wurde zum Beutegut erklärt, für die Verwaltung der Liegenschaften wurde innerhalb der Finanzabteilung (Financial Branch) der Britischen Militärregierung die Property Control Section gebildet, die teils örtliche Treu-

35 Sie führt deshalb seit 3. 9. 1971 die Bezeichnung „Bundesvermögensverwaltung“ (Finanzverwaltungs-ges. vom 31. 8. 1971, BGBl. 1971 I, 1427).

händer einsetzte, teils die Kommunalverwaltungen mit der Beaufsichtigung der Liegenschaften betraute. Um eine einheitliche Verwaltung der Liegenschaften der früheren Wehrmacht zu schaffen, waren schon 1945 Verhandlungen im Gange, deren treibende Kraft der frühere Finanzgerichtspräsident und derzeitige Leiter der Vermögensabteilung des Oberfinanzpräsidenten Münster Hoehstetter war. Tatsächlich bildete sich bald ein „Zonenausschuß für Reichs- und Staatsvermögen“ und ein regionaler „Ausschuß für Reichs- und Staatsvermögen“ unter Vorsitz des Oberfinanzpräsidenten in Düsseldorf. Am 6. 10. 1945 übertrug der Oberpräsident von Westfalen im Auftrage der Militärregierung die Erfassung des gesamten vorhandenen und die Verwaltung und Nutzung des von der Militärregierung freigegebenen Wehrmachtgutes an den Oberfinanzpräsidenten in Münster, bei dem am 14. 12. 1945 eine „*Abwicklungsstelle beim Oberfinanzpräsidenten*“ für diese Aufgabe geschaffen wurde. Für die örtliche Verwaltung, soweit sie nicht vorläufig in den Händen der von der Militärregierung bestellten Treuhänder verblieb, wurden die Finanzämter bestimmt. Bei ihnen wurden zum 1. 1. 1946 „*Abwicklungsstellen*“ eingerichtet (Rundverfügung vom 19. 12. 1945), die seit 5. 10. 1948 – ebenso wie die bisherige Abwicklungsstelle beim Oberfinanzpräsidenten – die Bezeichnung „*Verwaltungsstellen für Reichs- und Staatsvermögen (RuS-Stellen)*“ trugen. In Westfalen wurden an allen Finanzämtern außer Dortmund-Nord, Dortmund-Süd und Dortmund-Außenstadt derartige RuS-Stellen eingerichtet. Zur Verwaltung des Wehrmachtsvermögens kam noch die des übrigen Reichsvermögens, teilweise des beschlagnahmten sogenannten Nazi-Vermögens, der Reichsverbindlichkeiten und der Reichsdarlehen hinzu. Die Länder der britischen Zone verwalteten diese Aufgaben als Auftragsangelegenheiten für die noch zu errichtende Zentralgewalt.

Als diese mit der Gründung der Bundesrepublik geschaffen worden war, erwies sich eine Neuregelung auf Grund des Artikels 134 des Grundgesetzes, der grundsätzlich der Überführung alles Reichsvermögens in Bundesvermögen fordert, als Notwendigkeit. Das Finanzverwaltungsgesetz vom 6. 9. 1950 (BGBl. 1950, 448) sah die Errichtung einer Bundesvermögens- und Bauabteilung bei jeder Oberfinanzdirektion vor, und die 2. Verwaltungsverordnung zur Durchführung des Finanzverwaltungsgesetzes vom 30. 1. 1952 legte die Aufgaben der neuen Bundesvermögensverwaltung fest. Diese verwaltet nur das „Allgemeine Grundvermögen“ des Bundes, während das „Verwaltungsgrundvermögen“, d. h. die Verwaltungszwecken des Bundes oder dem Gemeingebrauch dienenden Grundstücke, von den zuständigen Bundesministerien betreut wird. Auf Grund des Erlasses des Bundesministers der Finanzen vom 31. 3. 1952 wurde durch Verfügung des Oberfinanzpräsidenten in Münster vom 31. 7. 1952 vom 1. 9. 1952 an eine Reihe von „*Außenstellen*“ eingerichtet, die durch Erlaß vom 16. 7. 1953 in „*Bundesvermögensstellen*“ umbenannt wurden. Durch Finanzverwaltungsgesetz vom 30. 8. 1971 (BGBl. 1971 I, 1427) sind sie in selbständige Dienststellen mit der Bezeichnung „*Bundesvermögensämter*“ umgewandelt wor-

den; dort wo die Bildung von Bundesvermögensämtern nicht zweckmäßig erschien, hat man abhängige „Ortsverwaltungen“ eingerichtet. Mit der Übernahme des reichseigenen Forstbesitzes auf den Bund kamen als weitere Außenstellen zur Bundesvermögensverwaltung in Westfalen die Oberförsterei Münster (seit 1971 „Bundesforstamt Münsterland“, BGBl. 1971 I, 1427) und das Forstamt (seit 1971 „Bundesforstamt“) Senne mit der Nebenstelle Hövelhof hinzu.

Die Bundesvermögensverwaltung hat inzwischen zu ihrer ursprünglichen Aufgabe, die Liegenschaften des Bundes einschließlich der bundeseigenen Luftschutzbunker zu verwalten und für zivile und militärische Zwecke freizumachen, eine Reihe weiterer Aufgaben übernommen:

- a) Die Regelung der Ansprüche gegen das Deutsche Reich auf Grund des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes, das gewissen Gruppen der durch Reichsmaßnahmen geschädigten Personen Schadensersatzansprüche zubilligt.
- b) Die Vertretung der Interessen des Bundes in den Rückerstattungsverfahren vor den Landgerichten, in denen alle durch Beschlagnahmungen aus rassistischen, politischen oder religiösen Gründen geschädigten Personen ihre Ansprüche geltend machen dürfen, und die Befriedigung der gerichtlich zuerkannten Ansprüche.
- c) Die Wohnungsfürsorge des Bundes für zivile Bundesbedienstete, Bundeswehr und Stationierungstreitkräfte.
- d) Die Landbeschaffung für Verteidigungszwecke der Bundeswehr und der Stationierungstreitkräfte.
- e) Betreuung der den ausländischen Streitkräften überlassenen Liegenschaften.

So zeigt gerade die Betrachtung der Vermögensverwaltung, daß für die Finanzbehörden zu der ursprünglichen Aufgabe der Steuerverwaltung eine Fülle neuer, außerhalb des eigentlichen Steuerbereichs liegender Aufgaben hinzugetreten ist, deren Vielfalt und Fülle nur von einer so ausgezeichnet durchorganisierten Verwaltung, wie es die Finanzverwaltung und vor allem als deren tragender Pfeiler die Oberfinanzdirektion seit der Reichsfinanzreform ist, reibungslos bewältigt werden kann.

H. Quellen- und Literaturnachweis

I. Archivalische Quellen:

- a) Staatsarchiv Münster: Oberpräsidium (abgekürzt: OP) – Regierung Münster (Reg. Münster) – Regierung Arnsberg (Reg. Arnsb.) – Oberfinanzdirektion (Provinzialsteuerverwaltung; StA Münster, OFD) – Akten verschiedener Hauptsteuer- und Steuerämter und Hauptzollämter des 19. Jh. – Personalakten
- b) Staatsarchiv Detmold: Regierung Minden (Reg. Minden)
- c) Oberfinanzdirektion Münster: „Historisches Archiv“ (Sammlung von Erlebnisberichten und Abhandlungen der dortigen Beamten sowie von Archivalien, die der Registratur der Oberfinanzdirektion entnommen sind) – Behördenregistratur – Personalakten

II. Gedruckte Quellen:

- a) **Gesetzsammlungen:** Sammlung der für die königlichen preußischen Staaten erschienenen Gesetze und Verordnungen von 1806 bis zum Oktober 1810. Als Anhang zu der seit dem Jahre 1810 edierten Gesetzsammlung für die königlichen preußischen Staaten. Berlin 1822 – Gesetzsammlung für die königlichen preußischen Staaten. 1810 – 1945 (abgekürzt: GS) [beginnt mit dem Finanzreformedikt vom 27. 10. 1810] – Bundesgesetzblatt des Norddeutschen Bundes, seit 1871 Reichsgesetzblatt 1867 – 1945 (ab 1922 Teil I und II); Bundesgesetzblatt 1949/50ff. (ab 1951 Teil I und II) (R.GBl. bzw. B.GBl.) – Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Nordrhein-Westfalen (GVBl.) 1947ff. – Karl von *Kamptz*, Annalen der preußischen inneren Staatsverwaltung. Berlin 1818-1839 – Karl von *Kamptz*, Jahrbücher für die preussische Gesetzgebung, Rechtswissenschaft und Rechtsverwaltung. Bd. 1, 1814-Bd. 66, 1845 – Jahrbücher der Zollgesetzgebung und Verwaltung des deutschen Zoll- und Handelsvereins. Hsg. vom Preuß. Finanzministerium 1854-1875.

- b) **Amtsblätter:** Westfälisches Amtsblatt 1813-1814 – Amtsblatt der Provinz Westfalen. Enthaltend die Verordnungen und Bekanntmachungen seit 1. Jan. bis 31. Juli 1816. Münster 1816 – Amtsblatt der (königlichen) Regierung zu Münster Aug. 1816ff. (AB Münster) – Amtsblatt der (königlich) preußischen Regierung zu Minden Aug. 1816ff. (AB Minden) – Amtsblatt der (königlichen) Regierung zu Arnsberg Aug. 1816ff. (AB Arnsb.) Centralblatt der Abgabe-, Gewerbe- und Handelsgesetzgebung und -verwaltung (später nur: Abgabengesetzgebung) in den königlichen preußischen Staaten 1839 – 1913 (Centralbl.); fortges. durch: Zentralblatt der preußischen Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern. Hsg. vom Preußischen Finanzministerium 1913-1919 – Mitteilungen aus der Verwaltung der direkten Steuern Nr. 1 1876-Nr. 55 1912 – Finanzministerialblatt, Hsg. v. Preußischen Finanzministerium 1. Jg. 1917-14. Jg. 1940 – Preußisches Besoldungsblatt (Teil II des Finanzministerialblattes). Hsg. im Preußischen Finanzministerium 1. Jg. 1923-18. Jg. 1940 – Seit 1941 beide vereinigt im: Preußischen Finanzministerialblatt und Besoldungsblatt 25. Jg. 1941-28. Jg. 1944

Amtsblatt der Reichsfinanzverwaltung. Hsg. vom Reichsfinanzministerium 1919/20-1945 (AB RFV) – Amtliche Mitteilungen über die Zuwachssteuer, seit 1914: Amtliche Mitteilungen über die Zuwachssteuer, die Reichsbesitzsteuern und die Reichsverkehrssteuern, seit 1919: Reichssteuerblatt. Hsg. vom Reichsschatzamt, seit 1919 Reichsfinanzministerium 1911-1944 – Reichsbesoldungsblatt, seit 1937: Reichshaushalts- und Besoldungsblatt. Hsg. vom Reichsfinanzministerium 1922-1945 – Reichszollblatt. Hsg. vom Reichsschatzamt, seit 1919 Reichsfinanzministerium 1906-1944 – Nachrichtenblatt für die Zollstellen. Hsg. vom Reichsschatzamt Jg. 1 1913-Jg. 13 1918 [nur zolltechnische Anweisungen] – Amtsblatt der Reichsvermögensverwaltung. Hsg. vom Reichsschatzministerium 1919-1920.

Mitteilungs- und Verordnungsblatt des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen 1945-1946 – Verordnungsblatt für die britische Zone. Hamburg 1947-1949 – Amtsblatt der Militärregierung Land Nordrhein-Westfalen. Deutschland, Britisches Kontrollgebiet 1947-1948 – Amtsblatt der Militärregierung Deutschland. Britisches Kontrollgebiet Nr. 1, 1945-Nr. 37, 1949 – Amtsblatt der Militärregierung Deutschland. Britisches Kontrollgebiet. Gesetzgebung des Wirtschaftsrates für das Verei-

nigte Wirtschaftsgebiet Deutschlands 1947-1949 – Gesetz- und Verordnungsblatt des Zweizonen-Wirtschaftsrates, dann Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Hsg. vom Büro des Wirtschaftsrates. Frankfurt 1947-1949.

Amtliches Mitteilungsblatt der Verwaltung der Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Frankfurt 1948-1949 (fortges. durch: Ministerialblatt des Bundesministers der Finanzen) – Steuer- und Zollblatt. Hsg. von der Finanzleitstelle Hamburg 1946-1949 (fortges. durch: Steuerblatt für das Land Nordrhein-Westfalen) – Haushalts- und Besoldungsblatt für das britische Besatzungsgebiet. Hsg. vom Zentralhaushaltsamt für die Britische Zone in Hamburg 1947-1948.

Ministerialblatt des Bundesministers der Finanzen. Bonn 1950ff. – Bundeszollblatt. Hsg. vom Bundesminister der Finanzen. Bonn 1950-1975 – Bundessteuerblatt. Hsg. vom Bundesminister der Finanzen. Teil I-III, seit 1968 nur noch Teil I (Gesetze, Erlasse und Verordnungen) und II (Entscheidungen des Bundesfinanzhofes). 1951 ff.

Steuerblatt für das Land Nordrhein-Westfalen. Hsg. vom Finanzministerium des Landes NW. 1950 (fortges. durch: Bundessteuerblatt).

c) Staatshandbücher und Adreßkalender: Almanach Impérial. Paris f. d. J. 1813 – Statistisches Jahrbuch des Oberems-Departements f. d. J. 1811. Osnabrück; desgl. f. d. J. 1813 – Almanach des Lippe-Departements f. d. J. 1813. Münster 1812 – Almanach Royal de Westphalie. Kassel 1810-1813; deutsche Ausgabe: Hof- und Staatshandbuch des Königreichs Westphalen. Hannover 1811; Königlich Westphälischer Hof- und Staatskalender. Kassel 1812 – Düsseldorf Adreßkalender und Taschenbuch für Geschäftsleute im Großherzogtum Berg. Düsseldorf 1812 – Großherzoglich Hessischer Civil-Etat . . . Darmstadt 1812.

Handbuch über den königlich-preussischen Hof und Staat (1851-1865 u. d. T.: Königlich preussischer Staatskalender, ab 1922: Handbuch über den preussischen Staat, 1939: Preussisches Staatshandbuch) 1794 bis 1806, 1818 bis 1939 – Handbuch für das Deutsche Reich 1874-1936 – Kleines Staatshandbuch des Reiches und der Einzelstaaten. Hsg. v. Velhagen & Klasing; seit 1886: Staats-, Hof- und Kommunal-Handbuch des Reichs und der Einzelstaaten. Hsg. v. Josef Kürschner. 1883-1916 – Taschenkalender (seit 50. Jg. 1933: Taschenbuch) für Verwaltungsbeamte (seit 63. Jg. 1953: Die Bundesrepublik) 1884-1943, 1950/51-1955 – Handbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Hsg. v. Bundesministerium des Innern 1953-1955 – Seit 1956/57 beide vereinigt u. d. T.: Die Bundesrepublik 1956/57ff. – Das Deutsche Reich von 1918 bis heute. Hsg. v. Cuno Horkenbach. Berlin 1930, fortges. für 1931, 1932, 1933. Berlin 1932-1935 – Handbuch der Reichs- und Staatsbehörden, Körperschaften und Organisationen. Hsg. v. Cuno Horkenbach. 1. Jg. 1933, 2. Jg. 1935 – Der Politische Almanach (seit 1925: Politischer Almanach; 1931: Handbuch des öffentlichen Lebens). Jahrbuch des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft und der Organisation. Hsg. v. Max Müller-Jabusch. 1.-6. Ausg. 1923-1931 – Führer durch die Behörden und Organisationen. Hsg. v. Ludwig Münz. 1.-4. Ausg. 1933, 1934, 1936, 1939.

Adreßbuch für die Provinz Westfalen. Hsg. v. Wendt und Jochmus 1829, 1832 – Adreßbuch der Provinz Westfalen. Hsg. v. Klier 1829, 1836, 1840, 1846, 1852, 1858 – Adreßbuch für die Provinz Westfalen. Hsg. v. Seemann 1836, 1846 – Westfälisches Provinzial-Hand- und Adreßbuch (Adreßbuch für die Provinz Westfalen). Bearb. u. hsg. v. A. Goede zu Barop 1891 – Bertelsmanns Adreßbuch über die Provinz Westfalen und die Fürstentümer Lippe, Schaumburg-Lippe und Waldeck-Pyrmont 1899, 1913.

Gemeinnütziger Haus- und Adreß-Kalender . . . Für den Bezirk der königlichen Regierung zu Arnsberg 1.-8. Jg. 1820-1828 – Adreßbuch für den Regierungs-Bezirk Arnsberg. Hsg. v. Josef Schrader, dann Karl Klemann 1863, 1870, 1877, 1882, 1888, 1898, 1904. – Adreßbuch für den Regierungsbezirk Minden 1826 – Adreßbuch (1823: Adreßkalender) für den Bezirk der königlich preussischen Regierung in Münster 1821, 1822, 1823 – Adreß- und Handbuch für den Regierungsbezirk Münster. Bearb. von der Redaktion des Adreßbuches der Stadt Münster 1913.

III. Literatur:

a) Allgemeine Literatur:

Kurt Ball, Grundriß des gesamten Steuerrechts. 2 Bde. 1933

Kurt Ball, Organisationsprobleme der Finanzverwaltung. In: Vjschr. f. Steuer- und Finanzrecht 1, 1927, 469ff.

Boenicke, Die Organisation der Reichssteuerverwaltung. In: Steuer und Wirtschaft 7, 1928, I. Abhandl. 701ff.

Konrad Bornhak, Geschichte des preußischen Verwaltungsrechts. Bd. 3, 1886, 168ff.

Walter Eulitz, Der Zollgrenzdienst. Seine Geschichte vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart 1967.

Aus der Geschichte der Zollverwaltung im Rheinland. Hsg. von der Oberfinanzdirektion Köln. Apr. 1954.

Rolf Grabower, Preußens Steuern vor und nach den Befreiungskriegen. 1932.

Karl Groth, Die Reichsfinanzverwaltung. 1957, ³1944.

Handbuch der Finanzwissenschaft. Hsg. v. Gerloff und Neumark. Bd. 2, ²1956, S. 240ff.: Kap. VIII Steuern.

Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Hsg. v. Elster, Weber und Wieser. 8 Bde. ⁴1923-1928 [insbes. Artikel betr. einzelne Steuern und ihre geschichtliche Entwicklung] – Neubearb. u. d. T.: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Hsg. von E. von Beckerath u. a. 12 Bde. 1956-65 – Dessen Neubearb. u. d. T.: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft. Hsg. von Willi Albers u. a. Bd. 1ff., 1977ff.

Oscar Helbig, Die Zollverwaltung im System und in der Geschichte der deutschen Finanzverwaltung. In: Zs. für Zölle und Verbrauchsteuern 25, 1949, 231ff.

H. Graf Hue de Grais, Handbuch der Verfassung und Verwaltung in Preußen und dem Deutschen Reich. ²1882-²⁴1930.

Erich Kaufmann, Die reichseigene Steuerverwaltung. Ihre politische Bedeutung und ihre verfassungsrechtlichen Grundlagen. In: Recht und Wirtschaft 8, 1919, 211ff.

Hans Kausche, Die Einführung der Provinzialsteuerdirektionen in Preußen. In: Der deutsche Zollbeamte 1954, F 201.

Franz Klein, Das Bundesministerium der Finanzen. 1966.

Koch, Die Finanzgerichte. In: Steuer und Wirtschaft 1, 1922, I. Abhandl. 659ff.

Herbert Leidel, Die Begründung der Reichsfinanzverwaltung. 1964.

L. Meys, Das preußische Katasterwerk. Ein Beitrag zu seiner geschichtlichen Entwicklung. In: Zs. für Vermessungswesen 59, 1930, 768ff.

Walther Nordbeck, Geschichte des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen von 1946 bis 1956, 1967.

Johannes Popitz, Betrachtungen über die Errichtung und Einrichtung des Reichsfinanzhofs. In: Steuer und Wirtschaft 7, 1928, I, Abhandl. 791ff.

Von der Reichsschatzkammer zum Bundesfinanzministerium. Geschichte – Leistungen – Aufgaben. Hsg. vom Bundesministerium der Finanzen. 1969 (insbes. S. 95ff.: Reichsfinanzreform von 1919 und S. 177ff.: Zonale Finanzverwaltung)

Carl Wilhelm Schmidt, Übersicht der gesamten direkten und indirekten Besteuerung in den preußischen Staaten. Berlin, 1825.

Eberhart Schweigert, Die Finanzverwaltung Westdeutschlands in der Zeit vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zu ihrer Neuordnung durch das Grundgesetz. 1970.

Georg Strutz, Der Staatshaushalt und die Finanzen Preußens. Bd. 1: Die Überschußverwaltungen. Lief. 4: Die direkten und indirekten Steuern. 1902 (= S. 1057-1399 von Bd. 1).

Georg Strutz, Die Neuordnung der direkten Steuern in Preußen. 1912.

Wapenhensch, Der Behördenaufbau der Reichszollverwaltung. In: Steuer und Wirtschaft 7, 1928, I. Abhandl. 1ff.

Friedrich Benedikt *Weber*, Handbuch der staatswirtschaftlichen Statistik und Verwaltungskunde der preußischen Monarchie. Breslau 1840 (insbes. S. 641ff.: Von den Steuern und Abgaben).
Weissensee, Zur Neuordnung der Finanzgerichtsbarkeit. In: Steuer und Wirtschaft 32, 1955, I. Abhandl. 489ff.
 Wörterbuch der Volkswirtschaft. Hsg. von Ludwig *Elster*. 3 Bde. 1931-1933.

b) Westfälische Literatur:

Carl *Bispinck*, Historische Entwicklung der Abteilung für Personal und Verwaltung der Oberfinanzpräsidien. In: Deutsche Steuer-Zeitung 37, 1949, 406ff.
 Hauptzollamt Gronau 1910-1960. 1960.
 Wilhelm *Kohl*, Geschichte des rheinisch-westfälischen Katasters. In: Vermessungstechnische Rundschau 18, 1956, 281ff. und 350ff.
Kulke, Gedenkschrift zum 150. Jahrestag der Errichtung des Hauptzollamtes Minden, 1968.
 F. *Osthoff*, Die Entstehung des rheinisch-westfälischen Katasters 1808 bis 1839. Masch.-Diss. Bonn 1950.
 Manfred *Schöne*, Das Herzogtum Westfalen unter hessen-darmstädtischer Herrschaft 1802-1816. 1966; darin S. 52-64: Steuerverwaltung.
 Josef *Schräder*, Die Entstehung und Entwicklung der Zollfahndungsstelle Münster. In: Der Zollbeamte in Westfalen 13. Jg., 1971, 9ff.
 Friedrich *Thimme*, Die inneren Zustände des Kurfürstentums Hannover unter der französisch-westphälischen Herrschaft 1806-1813. 2 Bde. 1895; darin Bd. 2, S. 326ff. (Finanzwesen) u. 401ff. (Steuerverwaltung im Königreich Westphalen).
 Dreißig Jahre Finanzamt Wanne-Eickel, 1953.
 Hausnachrichten der Oberfinanzdirektion Münster, seit 1960: Bezirksnachrichten der Oberfinanzdirektion Münster, 1948ff.
 Der Zollbeamte in Westfalen. Hsg. v. Bezirksverband Westfalen des Bundes der deutschen Zollbeamten. 1. Jg. 1959-14. Jg. 1972.

IV. Ältere Karten

Stambke, Karte von der Zoll- und Steuerverwaltung in der Provinz Westfalen (um 1830), Maßstab ca. 1:350 000 – Das deutsche Zollgebiet am 1. Juli 1880. Maßstab 1:250 000 – Archivalische Karten in Akten: StA Münster OFD 544 und 545: Hauptamtsbezirke Rheine, Telgte und Minden 1845; Hauptamtsbezirk Minden 1844; Hauptamtsbezirk Telgte 1847.
 F. *Handtke*, Karten über die Einteilung der Fortschreibungsbezirke. Glogau, Flemming (um 1855). Maßstab 1:350 000: Einzelkarten der rheinischen und westfälischen Regierungsbezirke.

Anhang: I. Organisationsübersichten

1. Übersicht über die Organisation der indirekten Steuerverwaltung der Provinz Westfalen August 1830
(nach StA Münster OFD 543)
1. *Hauptamt Coesfeld*
 - a) Oberkontrollbezirke: Coesfeld, Epe, Stadtlohn, Bocholt
 - b) Hebebezirke: Coesfeld (Hauptamt), Dülmen (Steueramt); Gronau (ZA I), Beßlinghock (ZA I); Vreden (ZA I), Oeding (ZA I), Oldenkott (ZA II), Ellewick (ZA II); Anholt (ZA I), Bocholt (ZA I), Borken (StA).
Außerdem Ansageämter: Oldenkott, Ellewick, Kotten, Kreuzkapelle, Suderwick, Großargena, Ansageposten: Glanerbrück; Aufsichtsstationen: Postbrücke, Gronau, Alstätte, Ottenstein, Ahaus, Nienborg, Epe, Vreden, Oldenkott, Hundewick, Hengeler, Burlo, Weseke, Gescher, Legden, Anholt, Werth, Bocholt, Rhede, Raesfeld, Borken, Velen, Kreuzkapelle; Stempeldistributionen: Coesfeld, Dülmen, Haltern, Gronau, Ahaus, Vreden, Oeding, Anholt, Bocholt, Borken; Salzfaktoreien: Coesfeld, Vreden, Borken; Wegegeldempfänger: Buldern, Haus Dülmen
2. *Hauptamt Rheine*
 - a) Oberkontrollbezirke: Maxhafen, Hopsten, Lotte
 - b) Hebebezirke: Rheine (HZA), Maxhafen (ZA I), Osterbauerschaft (ZA I), Burgsteinfurt (StA); Hopsten (ZA I); Lotte (ZA I), Wersen (ZA II), Lengerich (ZA I)
Außerdem Ansagepostenämter II: Schotthock, Frieden, Haddorf, Bulten, Schollbruch; Stempeldistributionen: Ibbenbüren, Tecklenburg; Salzfaktorei: Gottesgabe
3. *Hauptamt Telgte*
 - a) Oberkontrollbezirke: Ostbevern, Warendorf, Versmold, Borgholzhausen, Bielefeld
 - b) Hebebezirke: Telgte (HZA), Lienen (NebenZA I), Loburg (NebenZA II), Warendorf (NebenZA I), Vinnenberg (NebenZA II); Bockhorst (NebenZA I), Loxten (NebenZA II), Beelen (StA); Borgholzhausen (NebenZA I), Kleekamp (NebenZA II); Bielefeld (UnterStA), Ubbedissen (NebenZA II).
Außerdem Ansageposten: Loburg, Vinnenberg; Stempeldistribution: Halle; Salzfaktorei: Halle; Barrieren: Hallerbaum, Ummeln
4. *Hauptamt Minden*
 - a) Oberkontrollbezirke: Minden, Vlotho, Herford, Enger, Levern, Rahden, Petershagen
 - b) Hebebezirke: Clus (ZA II), Eisbergen (ZA II), Kleinenbremen (ZA II); Vlotho (ZA I); Herford (ZA I), Ufflerbaum (ZA II); Hückerkreuz (ZA I), Düttingdorf (ZA II); Oldendorf (ZA I), Sundern (ZA I), Reiningen (ZA II); Rahden (ZA I), Oppendorf (ZA II), Wehe (ZA II), Ströhen (ZA II); Petershagen (ZA I), Windheim (ZA I), Friedewalde (ZA II), Petershägerheide (ZA II), Schlüsselburg (ZA II), Vorburg Schlüsselburg (ZA II), Quetzen (ZA II)
Außerdem Ansageposten: Clus, Ufflerbaum, Wehe, Ströhen, Petershägerheide, Vorburg Schlüsselburg; Torkontrollen: Minden: Weser-, Simeons-, Königs-, Marienort; Herford: Renn-, Berger-, Teich-, Lübber-, Steintor; Stempeldistributionen: Bünde, Lübbecke; Salzfaktoreien: Rahden, Schlüsselburg; Chausseegeld-Hebestellen: Clus, Aulhausen, Haddenhausen, Rehme, Schwarzenmoor, Holzhausen, Nettelstedt
5. *Hauptamt Paderborn*
 - a) Oberkontrollbezirke: Paderborn, Kaunitz, Gütersloh, Lippstadt
 - b) Hebebezirke: Paderborn (HZA), Lippspringe (ZA II), Gütersloh (UnterStA), Rietberg (UnterStA), Lippstadt (UnterStA), Westernkotten (UnterStA), Belecke (UnterStA), Büren (UnterStA)
Außerdem 5 Torkontrollen in Paderborn; Barrieren: Warte, Salzkotten, Buke, Dörenhagen, Kreuzkamp, Langenberg, Schledebrück, Erwitte; Salzfaktoreien: Salzkotten, Wiedenbrück,

Westernkotten; Stempeldistributionen: Wiedenbrück, Rheda, Geseke; Speditionsmagazin: Lippstadt

6. *Hauptamt Warburg*

- a) Oberkontrollbezirke: Scherfede, Warburg, Nieheim, Höxter, Beverungen
 b) Hebebezirke: Scherfede (ZA u. Steuerrezeptur), Westheim (ZA u. Steuerrezeptur), Lichtenau (StA); Herlinghausen (ZA), Warburg (Spezialamt), Peckelsheim (StA); Steinheim (ZA II u. StA), Brakel (StA); Höxter (ZA I), Lüchtringen (ZA II); Beverungen (ZA I)
 Außerdem Zöllnereien: Germete, Stahle, Fürstenau, Herstelle; Ansageamt: Herlinghausen; Salzfaktoreien: Höxter, Beverungen; Sellereien: Warburg, Driburg

7. *Hauptamt Giershagen*

- a) Oberkontrollbezirke: Arnsberg, Medebach, Bigge, Giershagen
 b) Hebebezirke: Arnsberg (UnterStA), Meschede (UnterStA), Fredeburg (UnterStA), Medebach (NebenZA I), Oberschledorn (NebenZA II), Hallenberg (UnterStA), Brilon (UnterStA), Bruchhausen (NebenZA II), Bontkirchen (NebenZA II), Marsberg (NebenZA II), Borntosten (NebenZA II)
 Außerdem Stempeldistributionen: Arnsberg, Meschede, Fredeburg, Eslohe, Medebach, Hallenberg, Brilon, Marsberg; Chausseebarrieren: Bruchhausen, Neheim, Hachen, Altendorf, Rumbek, Stockhausen, Stimmstamm, Velmede, Nichtinghausen, Eslohe, Oedingen, Keffelke, Kreuzberg, Canstein, Giershagen; Salzsellereien: Medebach, Brilon, Giershagen

8. *Hauptamt Wilnsdorf*

- a) Oberkontrollbezirke: Wilnsdorf, Burbach, Olpe, Laasphe
 b) Hebebezirke: Wilnsdorf (Hptamt), Kalteiche (ZA II), Irmgarteichen (ZA II), Siegen (UnterStA); Holzhausen (ZA II), Lipperhöhe (ZA II); Olpe (Steuerrezeptur); Laasphe (UnterStA), Berleburg (UnterStA), Fischelbach (ZA II)
 Außerdem Ansageamt: Kalteiche; Barrierenempfang: Burbach; Chausseegeldempfang: Gräfenbrück, Dillnhütten, Aue, Rhonard, Berlinghausen, Buntlichte, Oberveischede, Habbeke, Wilnsdorf mit Eremitage, Laasphe, Rùppershausen; Salzfaktoreien: Siegen, Olpe, Laasphe

9. *Hauptamt Dortmund*

- a) Oberkontrollbezirke: Dortmund, Hamm, Iserlohn, Hagen
 b) Hebebezirke: Dortmund (HStA), Mengede (StA); Hamm (UnterStA), Unna (UnterStA), Soest (UnterStA), Werl (UnterStA); Iserlohn (StA), Menden (Steuerrez.), Altena (Steuerrez.) Halver (Steuerrez.); Hagen (UnterStA), Schwelm (UnterStA), Witten (UnterStA), Hattingen (UnterStA), Bochum (UnterStA)
 Außerdem Stempeldistributionen: Schwerte, Limburg, Balve, Meinerzhagen, Herdecke; Salzfaktoreien: Werl, Sassendorf, Witten; Salzhilfsmagazin: Hamm; Salzexpedition: Heven; Wegegeldempfänger: Natorp, Aplerbeck, Brùninghausen, Lütgendortmund, Fredenbaum, Lohne, Ostönnen, Hemmerde, Südkamen, Pelkum, Rhyern, Hilbeck, Wickede, Schwitten, Hemer, Grüne, Buchholz, Halver, Wildenkuhlen, Breckerfelde, Bonsfeld, Brögel, Bruch, Bommerholz, Crange, Eckesey, Ende, Eppenhausen, Grünwald, Haspe, Holtkamp, Herbederholz; Brückengeldempfänger: Herdecke A und B

10. *Hauptamt Münster*

- a) Oberkontrollbezirke: Münster, Beckum, Lüdinghausen
 b) Hebebezirke: Münster (Hptamt), Greven (StA), Beckum (StA), Ahlen (StA), Wadersloh (StA); Lüdinghausen (StA), Herbern (StA), Recklinghausen (StA)
 Außerdem 4 Torkontrollen zu Münster; Stempeldistributionen: Münster, Oelde, Werne; Salzfaktoreien: Münster, Dorsten; Chausseegeldhebestellen: Albachten, Dickeweib, Schönefelderbaum, Stromberg, Dorsten, Walstedde.

2. Hauptzoll- und -steuerämter

(seit 1. 4. 1908 einheitlich: Hauptzollämter)

Nach der Zoll- und Verbrauchsteuerordnung vom 26. 5. 1818 (GS 1818, 107) bestanden für Erhebung von Zöllen und Verbrauchsteuern an der Zollgrenzlinie Hauptzollämter (die alle Zoll- und Verbrauchsteuererhebungen durchführen dürfen), Nebenzollämter 1. Kl. (für Erhebung aller Ein- und Ausfuhrzölle, von Verbrauchsteuern aber nur bis zu 10 Talern für ganze Ladung oder 1 Taler vom Zentner eines einzelnen Gegenstandes; an Straßen mit Grenzverkehr zum Ausland gelegen), Nebenzollämter 2. Kl. (für kleinen Grenzverkehr) und Kontrollämter (nur für Erhebung von Ausfuhrzoll) und für Erhebung im Landesinneren Steuerämter 1. Kl. oder Hauptsteuerämter (für Erhebung von Eingangszoll und Verbrauchsteuer, sofern sie gesetzlich im Landesinnern ausgeführt werden darf, und von Ausfuhrzoll) und Steuerämter 2. Kl. oder Untersteuerämter (für Erhebung von Ausfuhrzoll, dagegen von Einfuhrzoll und Verbrauchsteuer nur, wenn der Steuerpflichtige im Steuerbezirk wohnt und der Zoll nicht über 100 Taler beträgt).

Bezirksbeschreibung für 1845 nach Klier, Adreßbuch der Provinz Westfalen. 1846. Die Angaben über Bezirksveränderungen sind mangels Belegen sehr lückenhaft.

A. Organisation i. J. 1845 (zur Karte 1)

Arnsberg: Err. als HStA 1. 1. 1841 (AB Arnsb. 1840, 359) an Stelle des bisherigen Untersteueramtes Arnsberg. 1. 10. 1886 (AB Münster 1886, 190, 200) nach *Iserlohn* verlegt. Dort aufgehoben 1. 10. 1930 (AB RFV 1930, 135), aufgeteilt auf HZÄ Bochum, Dortmund, Hagen, Hamm

Bezirk 1845: Kr. Meschede, Olpe, Siegen, Wittgenstein, Arnsberg (außer Ämtern Balve, Warstein); aus Kr. Soest: Stadt Soest, Ämter Lohne, Oestinghausen, Gem. Borgeln, Balksen, Berwicke, Blumroth, Brockhausen, Hattropholsen, Katrop, Meckingsen, Nateln, Stocklarn, Thöningsen, Weslarn; Schwefe, Ampen, Ehningesen, Einecke, Eineckerholsen, Enkesen (bei Paradiese), Epsingsen, Hattrop, Meiningsen, Merklingsen, Recklingsen, Röllingsen; Berlingsen, Bilde, Bittingen, Bücke, Brüllingsen, Delecke, Ectrop, Ellingsen, Günne, Hewingsen, Kettlers-
teich, Körbecke, Stockum, Theiningsen, Westrich, Wippringsen; aus Kr. Altena: westfäl. Teil des Amtes Valbert

Nachgeordnet: Untersteuerämter: *Laasphe, Meschede, Siegen, Soest*

Steuerrezepturen: *Berleburg, Fredeburg, Grevenbrück* (Förde), *Olpe, Wilnsdorf*

Kontrollämter: *Burbach, Neheim*

Coesfeld: Errichtet als HStA 1. 6. 1819 (AB Münster 1819, 166) für Kr. Ahaus, Borken, Coesfeld. Später HZA; Febr. 1845 (AB Minden 1845, 70) HStA; 1. 1. 1854 (AB Arnsb. 1853, 458) nach *Vreden* verlegt und in HZA umbenannt; 1. 10. 1935 (AB Münster 1935, 180; AB RFV 1935, 135) nach *Borken* verlegt. Aufgehoben 31. 5. 1966, Bezirk an HZA Gronau

Bezirk 1845: Kr. Ahaus, Borken, Coesfeld (außer Stadt und Amt Haltern, Stadt und Amt Dülmen, Amt Buldern)

Nachgeordnet: Nebenzollämter 1. Kl.: *Anholt, Bocholt, Gronau, Kotten* (bei Oeding), *Vreden*
Nebenzollämter 2. Kl.: *Beflinghock* (bei Alstätte), *Glanerbrück, Großargena, Kreuzkapelle*
(nördl. v. Bocholt), *Oldenkott, Suderwick, Zwillbrock*

Untersteueramt: *Borken*

Kontrollämter: *Ahaus, Gescher, Nienborg, Stadtlohn*

Dortmund: Errichtet als HStA *Hagen* 1. 6. 1819 (AB Arnsb. 1819, 287) für Kr. Altena, Bochum, Dortmund, Hagen, Recklinghausen. 1. 1. 1822 (AB Arnsb. 1822, 29) nach *Dortmund* verlegt – Zugang: 1. 7. 1825, (AB Minden 1825, 280) Kr. Soest, Hamm, Iserlohn (von HStA Soest) – Abgang: 1. 7. 1825 (AB Minden 1825, 281) Kr. Recklinghausen (an HStA Münster)

Bezirk: 1845: Kr. Dortmund, Bochum, Hagen, Hamm, Iserlohn, Altena (außer westfäl. Teil des Amtes Valbert); aus Kr. Arnsberg: Amt Balve; aus Kr. Soest: Stadt Werl; Amt Werl; Gem. Dinker, Vellinghausen mit Eilmsen, Dorf Welver; Gem. Flerke, Klotingen, Kirchwelver, Meyerich, Ostönnen; Blumenthal, Bremen, Gerlingen, Höingen, Hüningen, Lüttringen, Niederense, Oberense, Parsit, Ruhne, Sieveringen, Volbringen, Waltringen;

- Nachgeordnet: Untersteuerämter: *Bochum, Hagen, Hamm, Hattingen, Iserlohn, Königsborn, Schwelm, Werl, Witten*
 Steuerrezepturen: *Altena, Halver, Lünen, Menden*
- Minden:** Errichtet als HZA 14. 9. 1818 (AB Münster 1818, 284) für Kr. Minden, Rahden (Lübbecke) – Zugang: 1. 7. 1825 (AB Minden 1825, 280) Kr. Herford, Bünde (von HZA Bielefeld) – Aufgehoben 30. 4. 1972, Bezirk an HZA Bielefeld
 Bezirk 1845: Kr. Minden, Herford-Bünde, Lübbecke
 Nachgeordnet: Nebenzollämter 1. Kl.: *Hückerkreuz* (Gem. Hücker-Aschen), *Oldendorf, Petershagen, Rahden, Vlotho*
 Nebenzollämter 2. Kl.: *Clus* (Gem. Meißen), *Haldem, Kleinenbremen, Petershägerheide, Ströhen, Sundern, Wehe, Wietersheim sowie Düttingdorf* (bei Klier wohl fälschlich unter HZA Telgte)
 Untersteueramt: *Herford*
 Steuerrezeptur: *Lübbecke*
 Kontrollämter: *Bünde, Enger*
- Münster:** Errichtet als HStA 1. 6. 1819 (AB Münster 1819, 166) für Kr. Münster Stadt und Land, Beckum, Lüdinghausen – Zugang: 1. 7. 1825 (AB Minden 1825, 281) Kr. Recklinghausen (von HStA Dortmund). 1. 1. 1899 HStA Rheine
 Bezirk 1845: Stadt Münster; Kr. Münster (außer Ämtern Greven, Saerbeck, Telgte), Beckum, Lüdinghausen, Recklinghausen; aus Kr. Coesfeld: Stadt und Amt Dülmen, Stadt und Amt Haltern, Amt Buldern
 Nachgeordnet: Untersteuerämter: *Ahlen, Beckum, Dorsten, Dülmen, Herbern, Lüdinghausen, Recklinghausen, Wadersloh*
- Paderborn:** Errichtet als HZA Febr. 1824 (AB Minden 1824, 107) für Kr. Paderborn, Büren (außer Westheim), Wiedenbrück. 1. 1. 1842 (AB Arnsb. 1842, 47) umbenannt in HStA – Zugang: 1. 7. 1825 (AB Minden 1825, 280) Kr. Lippstadt (von HStA Soest) – Aufgehoben 1. 1. 1854 (AB Arnsb. 1853, 490), Bezirk aufgeteilt auf HStA Minden, Lemgo, Lippstadt
 Bezirk 1845: Kr. Paderborn, Bielefeld (außer Amt Jöllenbeck), Büren, Lippstadt, Wiedenbrück (außer Amt Clarholz); aus Kr. Arnsberg: Amt Warstein; aus Kr. Höxter: Städte und Ämter Brakel, Driburg, Nieheim, Steinheim; Gem. Born, Hagedorn, Münsterbrock; aus Kr. Soest: Gem. Völlinghausen, Wambel; aus Kr. Warburg: Stadt Borgentreich; Ämter Dringenberg, Gehrden (außer Gem. Natingen) Peckelsheim (außer Gem. Engar); Gem. Großeneder
 Nachgeordnet: Untersteuerämter: *Belecke, Bielefeld, Büren, Lichtenau, Lippstadt, Nieheim, Peckelsheim, Rietberg, Westernkotten, Wiedenbrück*
 Steuerrezeptur: *Westheim*
 Kontrollamt: *Brakel*
 Neu errichtet 1. 5. 1932 (AB Münster 1932, 77; AB RFV 1932, 45) aus Teilen der Bezirke der aufgehobenen HZÄ Detmold und Hamm
- Rheine:** Errichtet als HZA 14. 9. 1818 (AB Münster 1818, 284) für Kr. Steinfurt, Tecklenburg, Teile der Kr. Ahaus und Borken, 1. 1. 1854 (AB Arnsb. 1853, 488) umbenannt in HStA – Zugang: 1. 1. 1854 (AB Arnsb. 1853, 488) HZA Telgte – Aufgehoben 31. 12. 1898 (AB Münster 1898, 357), Bezirk an HStA Münster
 Bezirk 1845: Kr. Steinfurt, Tecklenburg; aus Kr. Münster: Ämter Greven, Saerbeck
 Nachgeordnet: Nebenzollämter 1. Kl.: *Haddorf* (Gem. Wetringen), *Hopsten, Lengerich, Lotte*
 Nebenzollämter 2. Kl.: *Bentlage, Osterbauerschaft* (Gem. Ochtrup), *Recke, Schollbruch* (Gem. Lengerich), *Schottbock* (Gem. Rheine r. d. Ems), *Frieden* (nördl. v. Bentlage)
 Untersteuerämter: *Greven, Steinfurt*
 Kontrollämter: *Borghorst, Horstmar, Ibbenbüren, Neuenkirchen, Ochtrup, Tecklenburg*
- Telgte:** Errichtet als HZA 14. 9. 1818 (AB Münster 1818, 284) in *Ostbevern* für Kr. Warendorf, Halle 1. 1. 1819 (AB Münster 1818, 407) nach *Telgte* verlegt – Zugang: 1. 10. 1824 (AB Minden 1824, 352) Bgm. Telgte; 1. 7. 1825 (AB Minden 1825, 280) Kr. Bielefeld (von aufgehobenen HZA Bielefeld) – Aufgehoben 31. 12. 1853 (AB Arnsb. 1853, 488), Bezirk an HZA Rheine

Bezirk 1845: Kr. Halle, Warendorf; aus Kr. Münster: Amt Telgte; aus Kr. Bielefeld: Amt Jöllenbeck; aus Kr. Wiedenbrück: Amt Clarholz

Nachgeordnet: Nebenzollämter 1. Kl.: *Bockhorst* (bei Borgholzhausen), *Borgholzhausen*, *Warendorf*

Nebenzollämter 2. Kl.: *Füchtorf*, *Kleekamp*, *Lienen*, *Loburg*, *Loxten*

Untersteueramt: *Beelen*

Kontrollämter: *Halle*, *Sassenberg*, *Werther*

Warburg: Errichtet als HZA 14. 9. 1818 (AB Münster 1818, 284) für Kr. Warburg, Brakel, Höxter – Zugang 1838: Waldeckische Untersteuerämter – Aufgehoben 31. 12. 1853 (AB Arnsb. 1853, 490), Bezirk aufgeteilt auf HStÄ Lemgo und Lippstadt

Bezirk 1845: Kr. Brilon; aus Kr. Höxter: Städte Höxter, Beverungen; Ämter Höxter, Albaxen, Beverungen, Vörden (außer Gem. Born, Hagedorn, Münsterbrock); aus Kr. Warburg: Stadt Warburg; Ämter Warburg, Borgholz (außer Gem. Großeneder); Gem. Natingen, Engar; Fstm. Waldeck

Nachgeordnet: Nebenzollämter 1. Kl.: *Beverungen*, *Höxter*

Nebenzollamt 2. Kl.: *Herstelle*

Untersteuerämter: *Brilon*; gemeinschaftliche preußisch-waldeckische Untersteuerämter *Arolsen*, *Korbach*, *Wildungen*

Kontrollamt: *Borgholz*

Lemgo: Errichtet als HStÄ Jan. 1842 (AB Arnsb. 1842, 48) für Fstm. Lippe, Grfsch. Pyrmont, preuß. Stadt und Amt Lügde – Zugang: 1. 4. 1854 (AB Arnsb. 1853, 490) Teile der aufgehobenen HStÄ Paderborn und Warburg – Mai 1924 (AB RFV 1924, 51) verlegt nach *Detmold*. Aufgehoben 1. 5. 1932 (AB RFV 1932, 45), Bezirk aufgeteilt auf HZÄ Paderborn und Bielefeld

Bezirk 1845: wie 1842

Nachgeordnet: Nebenzollämter 1. Kl.: *Barntrup*, *Erder*, *Pyrmont*

Steuerrezeptur: *Salzuflen*

B. Vor 1845 aufgehobene Hauptzoll- und -steuerämter

Wilmsdorf: Errichtet als HZA 14. 9. 1818 (AB Münster 1818, 287) und als HStA 1. 6. 1819 (AB Arnsb. 1819, 283) für Kr. Brilon, Olpe, Siegen, Wittgenstein; Amt Fredeburg (Kr. Eslohe). 1. 1. 1836 (AB Arnsb. 1836, 18) umbenannt in HStA anlässlich des Anschlusses des Hzt. Nassau an den Zollverein. Aufgehoben 1. 4. 1836 (AB Arnsb. 1836, 88), Bezirk an HStA Dortmund

Soest: Errichtet als HStA 1. 6. 1819 (AB Arnsb. 1819, 287) für Kr. Soest, Arnsberg, Hamm, Iserlohn, Lippstadt. Aufgehoben 30. 6. 1825 (AB Minden 1825, 280), aufgeteilt auf HZÄ Paderborn (Kr. Lippstadt), Giershagen (Kr. Arnsberg) und Dortmund (Kr. Soest, Hamm, Iserlohn)

Bielefeld: Errichtet als HZA Febr. 1824 (AB Minden 1824, 107) für Kr. Bielefeld, Herford, Bünde. Aufgehoben 30. 6. 1825 (AB Minden 1825, 280), Bezirk aufgeteilt auf HZÄ Minden (Kr. Herford, Bünde) und Telgte (Kr. Bielefeld)

Neu errichtet 1. 4. 1921 (AB Minden 1921, 60); AB RFV 1921, 177) für Bezirksinspektionen Bielefeld-Stadt, Bielefeld-Land, Gütersloh

Giershagen: Errichtet als HZA Febr. 1824 (AB Minden 1824, 107) für Kr. Brilon, Eslohe (Meschede) – Zugang: 1. 7. 1825 (AB Minden 1825, 280) Kr. Arnsberg (von HStA Soest) – Aufgehoben um 1831

C. Nach 1845 errichtete Hauptzoll- und -steuerämter

Lippstadt: Errichtet 1. 1. 1854 als HStA (AB Arnsb. 1853, 491) für Fstm. Waldeck, lipp. Enklaven Lipperode und Cappel, Kr. Lippstadt, Brilon; Amt Warstein (außer Stammstamm); Ämter Lohne, Oestinghausen, Teile der Ämter Borgeln, Körbecke, Schwefe; Ämter Büren, Wünnenberg; Gem. Haaren, Saline Westernkotten, Kreuzkamp. Aufgehoben 1. 8. 1929 (AB Münster 1929, 123; AB RFV 1929, 137), Bezirk aufgeteilt auf HZÄ Hamm und Bielefeld

- Bochum*: Errichtet als HStA 1. 1. 1899 (AB Arnsb. 1898, 689) aus Teilen der HStÄ Dortmund und Münster. Abgang: 1. 10. 1928 (AB RFV 1928, 451): Stadtkr. Herne u. Castrop-Rauxel, Gem. Bövinghausen an HZA Dortmund
- Gronau*: Errichtet als HZA 1. 4. 1910 (AB Münster 1910, 136) aus Teilen der HZÄ Vreden und Münster
- Hagen*: Errichtet als HZA 1. 4. 1912 (AB Arnsb. 1912, 327) aus Teilen der HZÄ Dortmund und Bochum
- Recklinghausen*: Errichtet als HZA 1. 7. 1919 (AB Münster 1919, 171) aus Teilen der HZÄ Bochum und Münster. Aufgehoben Aug. 1928 (AB RFV 1928, 451), Bezirk aufgeteilt auf HZÄ Vreden, Münster und Bochum
- Hamm*: Errichtet als HZA 1. 5. 1920 (AB Münster 1920, 180) an Stelle des bisherigen Zollamtes I in Hamm. Aufgehoben 1. 5. 1932 (AB Arnsb. 1932, 63; AB RFV 1932, 45), Bezirk aufgeteilt auf HZA Münster und neuerrichtete HZA Paderborn
- Bielefeld*: Neu errichtet 1. 4. 1921 (s. o. unter B)
- Paderborn*: Neu errichtet 1. 5. 1932 (s. o. unter A).

D. Zollfahndungsstellen

- Münster*: Errichtet 27. 11. 1919 (StA Münster OFD 191) in *Coesfeld* als Zollgrenzkommissariat. Ende 1920 nach *Münster* verlegt, 1922 umbenannt in „Zollfahndungsstelle“, Herbst 1928 nach *Dortmund* verlegt, dort 22. 5. 1947 in „Zollfahndungsstelle Westfalen in Dortmund“ umbenannt. 1. 7. 1963 nach *Münster* zurückverlegt, seit Sept. 1971 „Zollfahndungsamt“
- Borken*: Errichtet 1930 in *Coesfeld* als Zollfahndungszweigstelle. Bald danach nach *Borken* verlegt, 1942 geschlossen, wieder eröffnet 10. 3. 1947, aufgehoben 31. 8. 1961
- Gronau*: Errichtet 1938 als Zollfahndungszweigstelle, 1942 geschlossen, wieder eröffnet 24. 3. 1947, aufgehoben 30. 9. 1949
- Bielefeld*: Errichtet 21. 11. 1949 als Zollfahndungszweigstelle
- Dortmund*: Errichtet 17. 10. 1921 als zweites westfälisches Zollgrenzkommissariat (Verf. des Reichsfinanzmin. vom 18. 4. 1921, StA Münster, OFD 547), zuständig für Bezirke der Hauptzollämter Dortmund, Bochum und Recklinghausen, 1925 umgewandelt in Zollfahndungszweigstelle, infolge der Verlegung der Hauptstelle aus Münster nach Dortmund (1928) wieder Zollfahndungsstelle, nach Rückverlegung nach Münster (1963) wieder Zweigstelle.

3. Staatliche Steuerkassen

A. Steuerkassen i. J. 1845 (zu Karte 2)

Bezirksbeschreibungen nach Klier, Adreßbuch der Provinz Westfalen. 1846 – Das Preußische Staatshandbuch verzeichnet die Steuerkassen (ohne Bezirke) erst seit 1880.

Steuerkassen im Regierungsbezirk Arnsberg (1822-1895)

- Altena*: Errichtet 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 148) für Bgm. Altena, Neuenrade, Plettenberg, Lüdenscheid; Gem. Hülscheid, Ebbe. Aufgehoben 1895
Bezirk 1845: Städte Altena, Lüdenscheid, Plettenberg; Ämter Altena, Lüdenscheid, Neuenrade, Plettenberg
- Arnsberg*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 148) für Bgm. Arnsberg, Freienohl, Hüsten; Gem. Hövel, Langscheid, Sundern, Grevenstein, Hellefeld, Altenhellefeld. Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: Städte Arnsberg, Neheim; Ämter Allendorf mit früherem Amt Hellefeld, Freienohl, Hüsten
- Berleburg*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 154) für Bgm. Berleburg. Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: Stadt Berleburg; Ämter Berghausen, Girkhausen; Gem. Alertshausen, Bettelhausen, Elsoff mit Christianseck, Schwarzenau

- Bilstein*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 153) für Amt Bilstein. Aufgeh. 1895
Zugang 1. 1. 1823 (AB Arnsb. 1822, 580) bis vor 1845 StK Attendorn
Bezirk 1845: Ämter Bilstein und Kirchhundem
- Blankenstein*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 149) für Bgm. Hattingen, Blankenstein. Zw. 1846 und 1852 nach *Hattingen* verlegt; dort aufgeh. 1895
Bezirk 1845: Stadt Hattingen; Ämter Blankenstein, Hattingen
- Bochum*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 149) für Bgm. Bochum, Wattenscheid, Herne, Witten. Aufgeh. 1895
1. 2. 1873 (AB Arnsb. 1873, 41) Teilung in StK Bochum (für Stadt Bochum), Herne und Gelsenkirchen
Bezirk 1845: Stadt Bochum; Ämter Bochum, Herne, Wattenscheid, Witten
- Bödefeld*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 150) in *Fredeburg* für Fredeburg, Bödefeld mit Westernbödefeld, und Gellinghausen, Wormbach mit Bracht und Ebbinghof. Verlegt nach *Bödefeld* vor 1845, zurückverlegt nach *Fredeburg* zw. 1852 und 1858. Aufgeh. 1. 4. 1879 (AB Arnsb. 1879, 49), an StK Meschede.
Bezirk 1845: Ämter Fredeburg (mit früheren Amt Bödefeld) und Schmallenberg
- Brilon*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 149) für Amt Brilon. Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: Stadt Brilon; Ämter Bigge (außer Gem. Siedlinghausen), Thülen (außer Gem. Madfeld)
- Dortmund*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 149) für Bgm. Dortmund, Hörde, Lütgendortmund. Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: Stadt Dortmund; Ämter Hörde, Lütgendortmund; Gem. Schüren (aus Amt Aplerbeck)
- Erwitte*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 152) für Bgm. Erwitte, Westernkotten, Horn, Anröchte, Benninghausen, Bökenförde, Eickeloh, Mellrich. Aufgeh. 1. 4. 1878 (AB Arnsb. 1878, 50), zu StK Lippstadt
Bezirk 1845: Ämter Anröchte, Erwitte (einschl. Gem. des früheren Amtes Horn); Gem. Bökenförde
- Eslohe*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 150) für Bgm. Eslohe mit Lüdingheim, Wenholthausen, Obersalvey, Reiste, Serkenrode, Oedingen, Schönholthausen, Lenhausen. Aufgeh. zwischen 1863 u. 1876
Bezirk 1845: Ämter Eslohe, Serkenrode
- Geseke*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 153) für Bgm. Geseke, Langeneike. Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: Stadt Geseke; (neues) Amt Störmede (außer Gem. Bökenförde)
- Gevelsberg* (*Gem. Mylinghausen*): Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 151) in *Breckerfeld* für Bgm. Breckerfeld, Ennepe, Volmarstein; Gem. Vörde. Verlegt zwischen 1826 u. 1829 nach *Gevelsberg*. Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: Ämter Ennepe, Volmarstein; Gem. Vörde
- Hagen*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 150) für Bgm. Herdecke, Hagen, Boele; Gem. Haspe, Vorhalle, Waldbauer, Westerbauer (aus Bgm. Enneperstraße). Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: Städte Hagen, Herdecke; Ämter Boele, Breckerfeld, Enneperstraße (außer Gem. Vörde), Hagen, Herdecke
- Hamm*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 151) für Bgm. Hamm, Rhynern. Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: Stadt Hamm; Ämter Pelkum, Rhynern (einschl. früheren Amt Hamm)
- Iserlohn*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 152) für Bgm. Iserlohn, Hemer. Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: Stadt Iserlohn; Amt Hemer
- Körbecke*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 154) für Ksp. Körbecke. Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: Amt Körbecke (außer Gem. Bremen, Ruhne)
- Laasphe*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 154) für Bgm. Laasphe, Puderbach. Aufgeh. zwischen 1852 und 1853

- Bezirk 1845: Stadt Laasphe; Ämter Banfe, Erndtebrück; Gem. Arfeld, Richstein, Sassenhausen, Stüntzel, Weidenhausen mit Leimstruth
Limburg (Hohenlimburg): Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 152) für Bgm. Limburg, Ergste. Aufgeh. 1895
 Bezirk 1845: Ämter Limburg, Ergste
Lippstadt: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 152) für Stadt Lippstadt. Aufgeh. 1895
 Zugang: 1. 4. 1878 (AB Arnsb. 1878, 50) StK Erwitte
 Bezirk 1845: Stadt Lippstadt
Lünen: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 149) für Bgm. Lünen, Castrop. Verlegt nach *Castrop* 1879 (AB Arnsb. 1879,6)
 Bezirk 1845: Ämter Lünen, Castrop
Marsberg: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 149) für Amt Marsberg. Aufgeh. 1895
 Bezirk 1845: Stadt Obermarsberg; Amt Niedermarsberg; Gem. Madfeld
Medebach: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 149) für Amt Medebach. Aufgeh. 1895
 Bezirk 1845: Städte Hallenberg, Winterberg; Ämter Liesen, Medebach, Niedersfeld; Gem. Siedlinghausen
Meinerzhagen: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 148) in *Halver* für Bgm. Halver, Meinerzhagen, verlegt nach *Meinerzhagen* nach 1832. Aufgeh. 1895
 Bezirk 1845: Ämter Halver, Herscheid, Kierspe, Meinerzhagen (einschl. früheren Amt Valbert)
Menden: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 152) für Amt Menden. Aufgeh. 1895
 Bezirk 1845: Amt Balve (aus Kr. Arnsberg); Stadt Menden und Amt Menden
Meschede: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 150) für Bgm. Meschede, Calle mit Berge und Wennemen, Eversberg, Velmede mit Nuttlar und Heringhausen, Remblinghausen mit Löllinghausen und Enkhausen, Gevelinghausen. Aufgeh. 1895
 Zugang: 1879 (AB Arnsb. 1879, 49) StA Fredeburg
 Bezirk 1845: Ämter Eversberg, Meschede
Netphen: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 153) für Bgm. Netphen, Irmgarteichen, Hilchenbach, Ferndorf. Aufgeh. 1895
 Bezirk 1845: Stadt Hilchenbach; Ämter Ferndorf, Freudenberg, Hilchenbach, Netphen
Olpe: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 153) für Amt Olpe. Aufgeh. 1895
 Bezirk 1845: Stadt Attendorn; Ämter Attendorn, Drolshagen, Olpe, Wenden
Oestinghausen: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 154) in *Hovestadt* für Amt Oestinghausen, später verlegt nach *Oestinghausen*. Aufgeh. zwischen 1846 und 1852
 Bezirk 1845: Amt Oestinghausen
Rüthen: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 153) für Bgm. Rüthen, Altenrüthen, Callenhardt, Drewer, Hoinkhausen, Knevelinghausen, Ostereiden, Westereiden, Menzel. Aufgeh. 1895
 Bezirk 1845: Stadt Rüthen; Amt Altenrüthen
Schwelm: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 151) für Bgm. Schwelm, Langerfeld, Haßlinghausen, Sprockhövel. Aufgeh. 1895
 Bezirk 1845: Stadt Schwelm; Ämter Haßlinghausen, Langerfeld, Schwelm, Sprockhövel
Schwerte: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 149) für Bgm. Schwerte, Aplerbeck. Aufgeh. 1895
 Bezirk 1845: Stadt Schwerte; Ämter Aplerbeck (außer Gem. Schüren), Schwerte
Siegen: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 153) für Bgm. Siegen, Weidenau, Wilnsdorf, Freudenberg. Aufgeh. 1895
 Bezirk 1845: Stadt Siegen; Ämter Burbach (einschl. der früheren Ämter Neunkirchen und Dresselndorf), Weidenau, Wilnsdorf
Soest: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 154) für Bgm. Soest, Lohne, Borgeln, Schwefe. Aufgeh. 1895
 Bezirk 1845: Stadt Soest; Ämter Borgeln, Lohne, Schwefe
Unna: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 151) für Bgm. Unna, Fröndenberg. Aufgeh. 1890
 Bezirk 1845: Städte Unna und Kamen; Ämter Fröndenberg, Unna-Kamen

- Warstein*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 148) in *Hirschberg* für Amt Warstein. Zwischen 1840 und 1845 verlegt nach *Warstein*. Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: Amt Warstein
- Werl*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 154) für Bgm. Werl, Scheidingen, Büderich, Westönnen, Bremen. Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: Stadt Werl; Amt Werl; Gem. Bremen, Ruhne

Steuerkassen im Regierungsbezirk Minden (1835-1895)

- Bielefeld*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 350) für Bielefeld, Brackwede, Ebbesloh, Hollen, Holtkamp, Isselhorst, Niehorst, Quelle, Sandhagen mit Gadderbaum, Senne I, Senne II, Ummeln. 1. 1. 1874 (AB Minden 1873, 257) neue Bezeichnung Bielefeld I. Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: wie 1835
- Borgentreich*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 351) für Borgentreich, Borgholz, Bühne, Daseburg, Drankhausen, Eißen, Großeneder, Körbecke, Lütgeneder, Manrode, Muddenhagen, Natingen, Natzingen, Rösebeck. Aufgeh. 1. 1. 1876 (AB Minden 1876, 20), an StK Peckelsheim
Bezirk 1845: wie 1835
- Brakel*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 352) für Beller, Beverungen, Brakel, Bruchhausen, Dalhausen, Erkeln, Haarbrück, Hemsben, Herstelle, Hinneburg, Jakobsberg, Rheder, Riesel, Rothe, Tietelsen, Würgassen. Aufgeh. 1895
Bezirksänderung: 1. 1. 1876 (AB Minden 1876, 20)
Bezirk 1845: wie 1835
- Bünde*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 349) für Ahle, Bieren, Bünde, Dünne, Ennigloh, Häver, Holsen, Hüffen, Hunnebrock, Mennighüffen mit Grimminghausen, Muccum, Ostkilver, Kirchlengern, Klosterbauerschaft, Quernheim Dorf und Stift, Rehmerloh, Rödinghausen, Schwenningdorf, Spradow, Südlengern, Werfen, Westkilver. Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: wie 1835, dazu Oberneck – Kirchlengern und Klosterbauerschaft bei Klier 1846 wohl irrtümlich zu StK Vlotho
- Büren*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 351) für Ahden, Bleiwäsche, Brenken, Büren, Eickhoff, Essentho, Fürstenberg, Haaren, Hegensdorf, Kedinghausen, Leiberg, Siddinghausen, Steinhausen, Weiberg, Weine, Wewelsburg, Wünnenberg. Aufgeh. 1895
Zugang: 1873 (AB Minden 1873, 113) StK Fürstenberg
Bezirk 1845: wie 1835, dazu Barkhausen und Harth
- Delbrück*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 351) für Delbrück, Dorfbauerschaft, Hagen, Hövelhof, Ostenland, Stukenbrock, Westenholz, Westerloh. Aufgeh. 1. 2. 1874 (AB Minden 1874, 14), verein. mit StK Lippspringe zu StK *Paderborn II*
Bezirk 1845: wie 1835
- Dützen*: Err. 1. 1. 1835 in *Rothenuffeln* (AB Minden 1834, 348) für Dehme, Eickhorst, Eidinghausen, Haddenhausen, Hahlen, Hartum, Hille, Holzhausen, Nordhemmern, Oberlütbe, Rehme, Rothenuffeln, Südhemmern, Unterlütbe, Volmerdingsen mit Bergkirchen, Werste, Wulferdingsen; nach 1845 nach *Dützen* verlegt. Aufgeh. nach 1858
Abgang: vor 1845 Hahlen, Hartum, Hille, Holzhausen, Nordhemmern, Südhemmern (an StK Minden)
Zugang: vor 1845 Dützen, Barkhausen (von StK Minden)
Bezirk 1845: Barkhausen, Boelhorst, Dehme, Dützen, Eickhorst, Eidinghausen, Haddenhausen, Häverstädt, Niederbecksen, Oberlütbe, Rehme, Rothenuffeln, Unterlütbe, Volmerdingsen mit Bergkirchen, Werste, Wulferdingsen
- Enger*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 349) für Bar-Düttingdorf, Belke-Steinbeck, Besenkamp, Dreyen, Eilshausen, Enger, Herringhausen, Hiddenhausen, Hücker-Aschen, Lenzinghausen, Lippinghausen, Oetinghausen, Oldinghausen, Pödinghausen, Siele, Spenge, Wallenbrück, Westerenger. Aufgeh. 1. 1. 1874 (AB Minden 1874, 14), zu StK Bünde
Abgang: vor 1845 Eilshausen, Hiddenhausen, Lippinghausen, Oetinghausen (an StK Herford)

- Bezirk 1845: Bar-Düttingdorf, Belke-Steinbeck, Besenkamp, Dreyen, Enger, Herringhausen, Hücker-Aschen, Lenzinghausen, Oldinghausen, Pödinghausen, Siele, Spenge, Wallenbrück, Westerenger
- Halle*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 350) für Amshausen, Ascheloh, Bokel, Brockhagen, Eggeberg, Gartnisch, Häger, Halle, Hesseln, Hörste, Insingdorf, Kölkebeck, Künsebeck, Oldendorf, Rotenhagen, Rottingdorf, Schröttinghausen, Steinhagen, Theenhausen, Werther. Aufgeh. 1895
- Bezirksänderung 1871 (AB Minden 1871, 289)
- Zugang: 1. 1. 1876 (AB Minden 1876, 20) StK Versmold
- Bezirk 1845: wie 1835
- Hausberge*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 348) für Costedt, Eisbergen mit Fülme, Hausberge, Holtrup, Holzhausen, Kleinenbremen, Lerbeck, Meißen, Möllbergen, Nammen, Neesen, Veltheim, Vennebeck. Aufgeh. 1895
- Bezirk 1845: wie 1835. Lohfeld, Uffeln, Wülpe waren 1835 noch keine Gemeinden
- Herford*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 349) für Bermbeck, Brake rechts der Aa, Diebrock, Eickum, Elverdissen, Falkendiek, Herford, Laar, Schweicheln, Schwarzenmoor, Stedefreund, Sundern. Aufgeh. 1895
- Zugang: vor 1845 Amt Hiddenhausen (von StK Enger); Löhne (Beck) und Löhne (königl.) (von StK Vlotho)
- Bezirk 1845: wie 1835, dazu Eilshausen, Hiddenhausen, Lippinghausen, Oetinghausen und (vermutlich) Bustedt sowie Löhne (Beck), Löhne (königl.)
- Höxter*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 351) für Albaxen, Amelunxen, Blankenau, Bödexen, Bosseborn, Brenkhausen, Drenke, Fürstenau, Godelheim, Höxter, Lühtringen, Lütmarsen, Otbergen, Ovenhausen, Stahle, Wehrden. Aufgeh. 1895
- Bezirksänderung: 1. 1. 1876 (AB Minden 1876, 20)
- Bezirk 1845: wie 1835
- Levern*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 349) in *Oldendorf* für Arrenkamp, Börninghausen, Destel, Dielingen, Drohne, Eininghausen, Engershausen, Getmold, Haldem, Harlinghausen, Levern, Niedermehnen, Offelten, Oldendorf, Schröttinghausen, Sundern. Juli 1841 (AB Minden 1841, 259) verlegt nach *Levern*. Aufgeh. 1878 (AB Minden 1878, 30)
- Zugang vor 1845: Alswede, Fabbenstedt, Hedem, Lashorst, Vehlage (von StK Lübbecke)
- Bezirk 1845: wie 1835, dazu Alswede, Fabbenstedt, Hedem, Lashorst, Vehlage
- Lichtenau*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 351) für Asseln, Atteln, Dalheim, Ebbinghausen, Etteln, Grundsteinheim, Helmern, Henglarn, Herbram, Holtheim, Husen, Iggenhausen, Kleinenberg, Lichtenau, Meerhof, Oesdorf, Westheim. Aufgeh. 1895
- Bezirk 1845: wie 1835, dazu Hakenberg
- Lippspringe*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 350) für Altenbeken, Benhausen, Buke, Elsen, Lippspringe, Marienloh, Neuenbeken, Neuhaus, Sande, Schwaney. Aufgeh. 1. 2. 1874 (AB Minden 1874, 14), verein. mit StK Delbrück zu StK *Paderborn II*
- Bezirk 1845: wie 1835
- Lübbecke*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 349) für Blasheim mit Stockhausen und Obermehnen, Bröderhausen, Büttendorf, Frotheim, Gehlenbeck, Heddinghausen, Holsen, Holzhausen, Hüllhorst, Isenstedt, Lübbecke, Nettelstedt, Oberbauerschaft, Reineberg mit Ahlsen, Schnathorst, Tengern; Alswede, Fabbenstedt, Hedem, Lashorst, Vehlage. Aufgeh. 1895
- Abgang vor 1845: Alswede, Fabbenstedt, Hedem, Lashorst, Vehlage (an StK Levern)
- Bezirk 1845: wie 1835 außer Alswede, Fabbenstedt, Hedem, Lashorst, Vehlage
- Minden*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 348) für Aminghausen, Barkhausen, Dankersen, Dützen, Frille, Kutenhausen, Leteln, Minden, Päpinghausen, Todtenhausen, Wietersheim. Aufgeh. 1895
- Abgang: Zwischen 1835 und 1845 Aminghausen, Dankersen, Frille, Leteln, Päpinghausen, Wietersheim (an neue StK Windheim); Barkhausen, Dützen (an StK Dützen); Kutenhausen, Todtenhausen (an StK Petershagen)

- Zugang: vor 1845 Hahlen, Hartum, Hille, Holzhausen, Nordhemmern, Südhemmern (von StK Dützen)
- Bezirk 1845: Hahlen, Hartum, Hille, Holzhausen, Minden, Nordhemmern, Südhemmern
- Nieheim*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 352) für Alhausen, Bellersen, Bökendorf, Driburg, Erwitzen, Herste, Himmighausen, Holzhausen, Istrup, Kempen-Feldrom, Langeland, Merlsheim, Nieheim, Oeynhaus, Pömsen, Reelsen, Sandebeck, Schmechten. Aufgeh. 1. 1. 1876 (AB Minden 1876, 20), zu StK Steinheim
- Bezirk 1845: Wie 1835, dazu Erpentrup, Schönenberg
- Paderborn*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 350) für Alfien, Dahl, Dörenhagen mit Eggeringhausen, Kirchborchen, Nordborchen, Paderborn, Wewer. Seit 1. 2. 1874 Bezeichnung *Paderborn I* (AB Minden 1874, 14) Aufgeh. 1895
- Bezirk 1845: wie 1835
- Peckelsheim*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 351) für Altenheerse, Auenhausen, Bonenburg, Borlinghausen, Dringenberg, Fölsen, Frohnhausen, Gehrden, Hampenhausen, Helmern, Ikenhausen, Kühlsen, Löwen, Neuenheerse, Niesen, Peckelsheim, Schweckhausen, Siddessen, Willebadessen, Willegassen. Aufgeh. 1895
- Zugang: 1. 1. 1876 (AB Minden 1876, 20) StK Borgentreich
- Bezirk 1845: wie 1835
- Petershagen*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 349) für Bierde, Buchholz, Döhren, Eldagsen, Friedewalde, Gorspen, Großenheerse, Hävern, Halle, Heimsen, Ilse, Ilderheide, Ilvese, Jössen, Lahde, Maaslingen, Meßlingen, Neuenknick, Ovenstädt mit Gernheim, Quetzen, Petershagen, Raderhorst, Röhden, Rosenhagen, Schlüsselburg mit Vorborg, Seelenfeld, Stemmer, Südfelde, Windheim. Aufgeh. 1895
- Zugang: vor 1845 Kutenhausen, Todtenhausen (von StK Minden)
- Abgang: zwischen 1835 und 1845 Bierde, Döhren, Gorspen, Heimsen, Ilse, Ilderheide, Ilvese, Jössen, Lahde, Neuenknick, Quetzen, Raderhorst, Rosenhagen, Seelenfeld, Windheim (an neue StK Windheim).
- Bezirk 1845: Buchholz, Eldagsen, Friedewalde, Großenheerse, Hävern, Halle, Kutenhausen, Maaslingen, Meßlingen, Ovenstädt mit Gernheim, Petershagen, Röhden, Schlüsselburg mit Vorborg, Stemmer, Südfelde, Todtenhausen.
- Rahden*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 349) für Opendorf, Oppenwehe, Rahden-Großendorf, Rahden-Kleinendorf, Ströhen, Varl, Wehden, Wehe mit Tonnenheide, Westrup. Aufgeh. 1895
- Bezirk 1845: wie 1835
- Rietberg*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 350) für Bokel, Bornholte, Druffel, Liemke, Mastholte, Moese, Neuenkirchen, Oesterwiehe mit Kaunitz, Rietberg, Sende, Varenzell, Verl, Westerwiehe. Aufgeh. 1895
- Zugang: Zwischen 1835 und 1845 Avenwedde mit Kattenstroth und Spexard (von StK Wiedenbrück)
- Bezirk 1845: wie 1835, dazu Avenwedde, Friedrichsdorf
- Salzkotten*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 351) für Anreppen, Bentfeld, Boke, Garfeln, Hörste, Mantinghausen, Mettinghausen, Niedern-Tudorf, Oberr-Tudorf, Rebbecke, Salzkotten, Scharmede, Schwelle mit Winkhausen, Thüle, Upsprunge, Verlar, Verne. Aufgeh. 1895
- Bezirk 1845: wie 1835
- Schildesche*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 350) für Altenhagen, Babenhausen, Brake, Brönninghausen, Gellershagen, Gräfinhagen, Großdornberg, Heepen, Hillegossen, Hoberge mit Uerentrup, Ober- und Nieder-Jöllenberg, Kirchdornberg, Lämershagen, Milse, Niederdornberg mit Deppendorf, Oldentrup, Schildesche, Sieker, Stieghorst, Theesen, Ubbedissen, Vilsendorf. 1. 1. 1874 (AB Minden 1873, 257) umbenannt in StK *Bielefeld II*. Aufgeh. 1895
- Bezirk 1845: wie 1835

- Steinheim*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 352) für Altenbergen, Bergheim, Bredenborn, Entrup, Eversen, Hagedorn, Kollerbeck, Löwendorf, Lügde, Münsterbrock, Ottenhausen, Rolfzen, Sommersell, Steinheim, Vinsebeck, Vörden. Aufgeh. 1895
Zugang: 1. 1. 1876 (AB Minden 1876, 20) StK Nieheim
Bezirk 1845: wie 1835, dazu Born, Bremerberg, Eilversen, Großenbreden, Harzberg, Hohehaus, Kleinenbreden, Papenhöfen
- Versmold*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 350) für Barnhausen, Berghausen, Bockhorst, Borgholzhausen, Casum, Cleve, Hamlingdorf, Hesselteich, Holtfeld, Kleekamp, Loxten, Oesterweg, Oldendorf, Ostbarthausen, Peckeloh, Versmold, Wichlinghausen, Westbarthausen, Winkelshütten. Aufgeh. 1. 1. 1876 (AB Minden 1876, 20), an StK Halle. Bezirksänderung 1871 (AB Minden 1871, 289)
Bezirk 1845: wie 1835
- Vlotho*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 349) für Vlotho, Exter mit Solterwisch, Valdorf mit Bonneberg, Hollwiesen, Steinbründorf und Wehrendorf, Gohfeld mit Bischofshagen, Depenbrock, Jöllenbeck und Melbergen, Löhne (Beck), Löhne (Königlich). Aufgeh. 1895
Abgang: Zwischen 1835 und 1845 Löhne (an StK Herford)
Bezirk 1845: wie 1835 (s. a. StK Bünde)
- Warburg*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 351) für Calenberg, Dalheim, Dössel, Engar, Germete, Herlinghausen, Hohenwepel, Menne, Ossendorf, Scherfede, Warburg, Welda, Wormeln. Aufgeh. 1895
Bezirksänderung 1. 1. 1876 (AB Minden 1876, 20)
Bezirk 1845: wie 1835, dazu Nörde, Rimbeck
- Wiedenbrück*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 350) für Avenwedde mit Kattenstroth und Lintel, Batenhorst, Friedrichsdorf, Langenberg, St. Vit, Wiedenbrück. Aufgeh. nach 1858
Zugang: 1841 (AB Minden 1841, 354) StK Rheda (Clarholz, Gütersloh, Herzebrock, Lette, Rheda)
Abgang: Zwischen 1835 und 1845 Avenwedde mit Kattenstroth (ohne Lintel) (an StK Rietberg)
Bezirk 1845: Batenhorst, Clarholz, Gütersloh Stadt und Ksp. mit Blankenhagen, Nordhorn, Pavenstädt und Sundern, Herzebrock, Langenberg, Lette, Lintel (Bschr. aus Avenwedde), Nordrheda mit Ems, Rheda, St. Vit, Wiedenbrück
- Windheim*: Err. zwischen 1835 und 1845 aus Teilen von StK Minden und Petershagen. Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: Aminghausen, Bierde, Dankersen mit Hasenkamp, Döhren, Frille, Gorspen, Heimsen, Ilse, Ilserheide, Ilvese, Jössen, Lahde, Leteln, Neuenknick, Päpinghausen, Quetzen, Raderhorst, Rosenhagen, Seelenfeld, Wietersheim, Windheim.

Steuerkassen im Regierungsbezirk Münster (1817-1895)

Liste der aus französischer Zeit übernommenen Percepteurs in: AB Münster 1817, 267 und 316; Liste der preußischen Steuerempfänger im Reg.-Bez. Münster von 1817 in: StA Münster, Reg. Münster Nr. 4187 (Hinweis auf diese Liste hier unter „zuerst 1817“)

Ahaus: Zuerst 1817. Aufgeh. 1895

Bezirk 1845: Städte Ahaus und Vreden; Gem. Alstätte, Ammeloe, Ottenstein; Ammeln, Wüllen; Wessum Dorf und Ksp.

Ahlen: Zuerst 1817. Aufgeh. 1895

Bezirk 1845: Stadt Ahlen; Bschr. Althalen, Halene und Rosendahl (= Gem. Neuahlen), Heessen; Sendenhorst Stadt und Ksp., Enniger, Vorhelm

Beckum: Zuerst 1817. Aufgeh. 1895

Bezirk 1845: Stadt Beckum; Gem. Beckum Ksp., Lippborg, Lütke-Uentrup, Sünninghausen, Vellern; Herzfeld; Dolberg

Billerbeck: Zuerst 1817. Aufgeh. nach 1858

Bezirk 1845: Billerbeck Stadt und Ksp., Beerlage; Darfeld; Holtwick, Osterwick; Lette

- Bocholt:* Zuerst 1817 (Juli), fehlt 1817 (Dez.), dann wieder 1821. Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: Städte Bocholt und Anholt; Gem. Dingden; Barlo, Biemenhorst, Hemden, Herzebocholt, Holtwick, Liedern, Lowick, Mussum, Spork, Stenern, Suderwick; Altrhede, Büngern, Krecting, Krommert, Rhede, Vardingholt; Werth
- Borken:* Zuerst 1817. Aufgeh. 1895; Sitz zeitweise in Ramsdorf
Bezirk 1845: Stadt Borken; Gem. Gemen Stadt und Ksp.; Heiden; Grütlohn, Homer, Hoxfeld, Marbeck, Rhedebrügge, Westenborken, Wirthe; Ramsdorf Stadt und Ksp.; Velen, Nordvelen, Waldvelen; Weseke
- Cappeln:* Zuerst 1817. Aufgeh. zw. 1846 und 1852
Bezirk 1845: (Wester)Cappeln
- Coesfeld:* Zuerst 1817. Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: Coesfeld Stadt und Ksp.; Gem. Büren, Estern, Gescher, Harwick, Tungerloh-Capellen, Tungerloh-Pröbsting
- Dorsten:* Zuerst 1817. Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: Stadt Dorsten; Gem. Bottrop, Osterfeld; Buer, Gladbeck, Horst, Westerholt; Altendorf-Ulfkotte, Hamm, Marl, Polsum; Kirchhellen
- Drensteinfurt:* Zuerst 1821. Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: Drensteinfurt Stadt und Ksp., Bockum, Hövel, Walstedde; Ascheberg; Herbern
- Dülmen:* Zuerst 1817. Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: Städte Dülmen und Haltern; Gem. Dülmen Ksp., Hausdülmen, Merfeld; Buldern, Hiddingsel; Darup, Limbergen, Rorup; Haltern Ksp., Hullern, Lippramsdorf
- Greven:* Zuerst 1817. Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: Greven Dorf und Ksp.; Gimbte; Saerbeck mit Sinnigen; Telgte Stadt und Ksp., Westbevern
- Gronau:* Zuerst 1817. Aufgeh. nach 1858
Bezirk 1845: Epe Dorf und Ksp., Gronau; Asbeck, Legden; Eggerode, Schöppingen Wigbold und Ksp.; Heek, Nienborg
- Havixbeck:* Zuerst 1817 (Juli), dann zu StK Billerbeck, erst wieder 1845. Aufgeh. vor 1852
Bezirk 1845: Gem. Havixbeck
- Ibbenbüren:* Zuerst 1817. Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: Ibbenbüren Stadt und Ksp.; Bevergern; Dreierwalde; Riesenbeck
- Lengerich:* Zuerst 1817. Aufgeh. nach 1858
Bezirk 1845: Lengerich Stadt und Ksp.; Ladbergen; Lienen
- Lüdinghausen:* Zuerst 1817. Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: Stadt Lüdinghausen; Gem. Lüdinghausen Ksp., Seppenrade; Olfen Stadt und Ksp.; Ottmarsbocholt, Venne; Senden; Selm
- Münster:* Zuerst 1817. Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: Stadt Münster; Gem. Lamberti
- St. Mauritz:* Zuerst 1817. Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: Amelsbüren, Handorf, Hiltrup, St. Mauritz; Albersloh, Alverskirchen, Angelmodde, Rinkerode und vermutlich auch Wolbeck Wigbold und Ksp., die bei Klier übersehen sind
- Nottuln:* Zuerst 1817. Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: Appelhülsen, Nottuln, Schapdetten; Albachten, Bösensell, Nienberge, Roxel; Überwasser
- Ochtrup:* Zuerst 1817. Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: Langenhorst, Ochtrup, Wigbold und Ksp., Welbergen; Altenberge; Borghorst; Nordwalde
- Oelde:* Zuerst 1817. Aufgeh. 1895
Bezirk 1845: Ennigerloh, Oelde Stadt und Ksp., Stromberg; Diestedde, Liesborn, Wadersloh

- Raesfeld*: Zuerst 1817. Aufgeh. zw. 1852 und 1858
 Bezirk 1845: Raesfeld; Altschermbeck, Erle, Holsterhausen, Rhade; Hervest, Lembeck, Wulfen;
 Groß-Reken, Klein-Reken, Hülsten, Kirch, Middel
- Recklinghausen*: Zuerst 1817. Aufgeh. 1895
 Bezirk 1845: Stadt Recklinghausen; Gem. Recklinghausen Ksp., Herten, Oer, Suderwich; Ahsen,
 Datteln, Flaesheim; Henrichenburg, Horneburg, Waltrop
- Rheine*: Zuerst 1817. Aufgeh. 1895
 Bezirk 1845: Elte, Rheine Stadt, Rheine links der Ems, Rheine rechts der Ems; Emsdetten,
 Hembergen; Mesum; Neuenkirchen; Wettringen
- Sassenberg*: Zuerst 1817. Aufgeh. 1895
 Bezirk 1845: Sassenberg; Beelen, Ostenfelde, Westkirchen; Greffen, Harsewinkel Stadt und Ksp.,
 Marienfeld
- Stadtlohn*: Zuerst 1817. Aufgeh. 1895
 Bezirk 1845: Stadt Stadtlohn; Almsick, Estern-Büren, Hengeler-Wendfeld, Hundewick, Wessen-
 dorf; Südlohn
- Steinfurt*: Zuerst 1817. Aufgeh. nach 1858
 Bezirk 1845: Stadt Steinfurt; Hollich, Sellen, Veltrup; Holthausen, Laer; Horstmar Stadt und
 Ksp., Leer; Metelen Wigbold und Ksp.
- Tecklenburg*: Zuerst 1817. Aufgeh. 1895
 Bezirk 1845: Stadt Tecklenburg; Brochterbeck; Hopsten; Ledde, Leeden; Lotte, Wersen;
 Mettingen; Recke; Halverde, Schale
- Warendorf*: Zuerst 1817. Aufgeh. 1895
 Bezirk 1845: Stadt Warendorf; Gem. Alt-Warendorf (= Bsch. Dackmar, Gröbblingen, Velsen,
 Vohren), Füchtorf; Freckenhorst Stadt und Ksp., Neu-Warendorf; Everswinkel; Einen, Milte,
 Ostbevern; Hoetmar
- Werne*: Zuerst 1817. Aufgeh. 1895
 Bezirk 1845: Stadt Werne; Gem. Capelle, Stockum, Werne Ksp.; Nordkirchen, Südkirchen;
 Altlünen, Bork

B. Vor 1845 aufgehobene Steuerkassen

Soweit keine Quellenbelege, aus Nennung in westfälischen Adreßbüchern und -kalendern erschlossen. Für Reg.-Bez. Münster auch: StA Münster, Reg. Münster Nr. 4187 („zuerst 1817“)

Im Regierungsbezirk Arnsberg

- Amecke*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 148) für Bgm. Allendorf, Endorf, Hagen, Stockum. Bald
 danach verlegt nach *Stockum*. Aufgeh. 1. 11. 1823 (AB Arnsb. 1823, 486), zu StK Arnsberg
- Arfeld*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 154) für Bgm. Arfeld, Aufgeh. vor 1826, zu StK Laasphe
- Attendorf*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 153) für Amt Attendorf, Ksp. Valbert märk. Anteils.
 Aufgeh. 1. 1. 1823 (AB Arnsb. 1822, 580), zu StK Bilstein
- Balve*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 152) für Gem. Affeln, Altenaffeln, Balve, Beckum, Blintrop
 mit Käsborg, Garbeck, Küntrop, Langenholthausen, Mellen, Volkringhausen. Aufgeh. Juli 1823
 (AB Arnsb. 1823, 286), zu StK Menden
- Burbach*: Err. zwischen 1826 und 1829. Aufgeh. zwischen 1829 und 1832, zu StK Siegen
- Dotzlar*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 154) für Bgm. Dotzlar. Aufgeh. vor 1826, zu StK Berleburg
- Elsoff*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 154) für Bgm. Elsoff. Aufgeh. vor 1826, zu StK Berleburg
- Feudingen*: Err. 1. 4. 1822 (AB. Arnsb. 1822, 154) für Bgm. Banfe, Erndtebrück, Feudingen. Aufgeh.
 vor 1826, zu StK Laasphe
- Kamen*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 151) für Bgm. Kamen, Pelkum. Aufgeh. zw. 1826 und 1829
- Neheim*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 148) für Bgm. Echthausen, Neheim, Voswinkel. Aufgeh.
 31. 12. 1822 (AB Arnsb. 1823, 18) zu StK Arnsberg

- Oberkirchen*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 150) für Bgm. Grafschaft, Oberkirchen mit Winkhausen, Schmallenberg. Aufgeh. 1. 5. 1823 (AB Arnsb. 1823, 143), zu StK Bödefeld-Fredeburg
- Schüller*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 154) für Bgm. Neuastenberg, Schüller. Aufgeh. vor 1826, zu StK Berleburg
- Schwarzenau*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 154) für Bgm. Schwarzenau. Aufgeh. vor 1826, zu StK Berleburg
- Wingeshausen*: Err. 1. 4. 1822 (AB Arnsb. 1822, 154) für Bgm. Birkelbach, Wingeshausen. Aufgeh. vor 1826, zu StK Berleburg

Im Regierungsbezirk Minden

- Hille*: Genannt 1836 (Seemann, Adreßbuch 1836)
- Mennighüffen*: Err. zwischen 1832 und 1836 (Seemann, Adreßbuch 1836). Aufgeh. 1. 3. 1839 (AB Minden 1840, 419), zu StK Bünde
- Rheda*: Err. 1. 1. 1835 (AB Minden 1834, 350) für Gem. Clarholz, Gütersloh Stadt und Ksp., Herzebrock, Lette, Rheda. Aufgeh. 1841 (AB Minden 1841, 354), zu StK Wiedenbrück

Im Regierungsbezirk Münster

- Altenberge*: Zuerst 1817; 1821 (Adreßkal. Münster 1821) für Altenberge, Borghorst, Nordwalde. Aufgeh. zw. 1823 und 1829, zu StK Rheine
- Anholt*: Zuerst 1817. Aufgeh. vor 1821
- Bevergern*: Zuerst 1817. Aufgeh. vor 1821
- Gemen*: Zuerst 1817. Aufgeh. Jan. 1818 (AB Münster 1818, 30), zu StK Borken
- Gescher*: Zuerst 1817. Aufgeh. vor 1821
- Groß-Reken*: Zuerst 1817. Aufgeh. Dez. 1817 (AB Münster 1818, 6), zu StK Raesfeld
- Haltern*: Zuerst 1817, 1821 (Adreßkal. Münster 1821) für Haltern, Hullern, Lippramsdorf. Aufgeh. zw. 1829 und 1832, zu StK Dülmen. Vor 1880 wieder selbständige StK *Haltern*. Aufgeh. 1895
- Hopsten*: Zuerst 1817. 1819 (AB Münster 1819, 258) für Bgm. Bevergern, Dreierwalde, Hopsten, Riesenbeck, Schale. Aufgeh. 1. 8. 1819, zu StK Ibbenbüren (AB Münster 1819, 258)
- Ladbergen*: Zuerst 1817. 1821 (Adreßkal. Münster 1821) für Greven, Ladbergen, Saerbeck. Aufgeh. zw. 1832 und 1836
- Mettingen*: Erwähnt 1832 und 1836 (Seemann, Adreßkal. Westfalen 1832 und 1836). Aufgeh. vor 1840, zu StK Tecklenburg
- Nienberge*: Zuerst 1817. Aufgeh. vor 1821
- Ostbevern*: Zuerst 1817. 1821 (Adreßkal. Münster 1821) für Einen, Füchtorf, Lienen, Milte, Ostbevern. Aufgeh. zw. 1823 und 1829
- Sendenhorst*: Zuerst 1817. 1819 (AB Münster 1819, 123) für Drensteinfurt, Hövel, Ottmarsbocholt, Sendenhorst, Stockum, Venne, Walstedde. Aufgeh. vor 1821
- Südlohn*: Zuerst 1817. 1821 für Südlohn (Adreßkal. Münster 1821). Aufgeh. 1822 (AB Münster 1822, 237) zu StK Stadtlohn
- Wolbeck*: Zuerst 1821 (Adreßkal. Münster 1821) für Albersloh, Alverskirchen, Amelsbüren, Angelmodde, Rinkerode, Wolbeck. Aufgeh. zw. 1832 und 1836

C. Nach 1845 errichtete Steuerkassen

Soweit keine Quellenbelege, aus Nennung in westfälischen Adreßbüchern (bis 1858) und Preußischem Staatshandbuch (1880 bis 1895) erschlossen

Im Regierungsbezirk Arnsberg

- Borgeln*: Err. zwischen 1852 und 1858. Aufgeh. 1. 4. 1877 (AB Arnsb. 1877, 100), an StK Soest
- Dorstfeld*: Err. zwischen 1863 und 1870. Aufgeh. 1895
- Gelsenkirchen*: Err. 1. 2. 1873 (AB Arnsb. 1873, 41) aus StK Bochum. Aufgeh. 1895

Herne: Err. 1. 2. 1873 (AB Arnsb. 1873, 41) aus StK Bochum. Aufgeh. 1895

Hörde: Err. zwischen 1863 und 1870. Aufgeh. 1895

Hüsten: Err. vor 1858. Aufgeh. nach 1870

Wattenscheid: Err. 1. 5. 1893 (AB Arnsb. 1893, 185) für Stadt Wattenscheid, Ämter Wattenscheid, Eickel, Wanne, Ückendorf, aus StK Herne

Witten: Err. 1. 1. 1868 (AB Arnsb. 1868, 28) für Stadt Witten, Amt Langendreer. Aufgeh. 1895

Im Regierungsbezirk Minden

Fürstenberg: Err. nach 1858. Aufgeh. 1873 (AB Minden, 1873, 113), zu StK Büren

Gütersloh: Err. nach 1858. 1. 4. 1880 (AB Minden 1880, 37) nach *Rbeda* verlegt. Dort aufgeh. 1895

Oeynhausen: Err. zwischen 1858 und 1880. Aufgeh. 1895

Im Regierungsbezirk Münster

Buer: Err. zwischen 1858 und 1880. Aufgeh. 1895

Halterm: Neu err. vor 1880 (s. o. unter B). Aufgeh. 1895

Recke: Err. zwischen 1858 und 1880. Aufgeh. 1895

Waltrup: Err. zwischen 1852 und 1858. Aufgeh. vor 1880

Veränderungen durch Verlegungen oder Umbenennungen nach 1845 s. o. unter A: Blankenstein, Bödefeld, Lünen; Delbrück/Lipp Springs, Schildesche.

4. Bezirke der Katastralverbände (1822-1835)

In den Regierungsbezirken Münster und Minden tragen die Verbände amtliche (fortlaufende) Nummern, die hier den Namen vorangesetzt sind. Die Konstituierung des Verbandes und der Beginn der Abschätzung, die erst nach Beendigung der Vermessung vorgenommen wurden und in der Regel innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden konnten, sind – soweit aus den Amtsblättern ersichtlich – in Klammern beigefügt. Sofern eine Steuergemeinde (Katastralgemeinde) mehrere Ortsgemeinden umfaßt, sind diese dem Namen der Steuergemeinde in Klammern beigefügt. – Die Bezirke der Katastralverbände, die zu ihnen gehörigen Katastralgemeinden und die in diesen zusammengefaßten Ortsgemeinden sind ermittelt für den Reg.-Bez. Münster aus: StA Münster, Reg. Münster Katasterverw. U 1 bis U 18 und Katasterbücher A 2; für Reg.-Bez. Minden aus: StA Detmold Reg. Minden Katasterbücher A 16 (= M 5 Nr. 5); für Reg.-Bez. Arnsb. aus: StA Münster Reg. Arnsb. Katasterbücher A 2. – Die nach dieser Liste entworfene Karte der Katastralverbände in: Geschichtl. Handatlas von Westfalen, 2. Lief. 1983, Text zur Karte „Steuerverwaltung im 19. und 20. Jahrhundert“.

Regierungsbezirk Münster (Signatur und Jahr des zum Abschluß der Katastrierung eingereichten „Kritischen Berichts“ [StA Münster Reg. Münster Katasterverw. U 1 bis U 18] sind in Klammern beigefügt).

15. *Ahaus* (Juni 1828, AB Münster 1828, Beil. zu Nr. 24; U 11, 1829): Ahaus (Ahaus, Ammeln), Asbeck, Eggerode, Gronau (Gronau, Epe Dorf, Epe Ksp.), Heek, Legden, Nienborg, Schöppingen (Dorf und Ksp.), Wüllen
31. *Ahlen* (Juni 1831, AB Münster 1831, 246; U 8, 1831): Ahlen, Alt-Ahlen, Neu-Ahlen (Halene, Rosendahl), Dolberg, Heefßen, Lütke-Uentrup
22. *Altenberge* (als selbst. Verband vorgesehen für Altenberge, Nordwalde und Horstmar Apr. 1829, AB Münster 1829, 185; aber erst Mai 1830, AB Münster 1830, 270 konstituiert als Unterabt. des Verbandes Nottuln U 10, 1831): Altenberge, Nordwalde, Havixbeck
30. *Beckum* (Juni 1831, AB Münster 1831, 246; U 8, 1831): Beckum (Stadt und Ksp.), Sünninghausen, Vellern
4. *Billerbeck* (Mai 1824, AB Münster 1824, 183; U 15, 1825): Billerbeck (Dorf und Ksp.), Beerlage, Darfeld, Holthausen Kr. Steinfurt, Laer Kr. Steinfurt

1. *Bocholt* (Juli 1824, AB Münster 1824, 240): Bocholt, Anholt (Stadt u. Bschr.), Dingden, Liedern (Barlo, Biemenhorst, Hemden, Herzebocholt, Holtwick, Liedern, Lowick, Mussum, Spork, Stenern, Suderwick), Werth
7. *Borken* (Mai 1825, AB Münster 1825, 228; U 17, 1826): Borken, Rhede (Rhede, Altenrhede, Büngern, Krommert, Krechting, Vardingholt), Marbeck (Marbeck, Grutlohn, Homer, Hoxfeld, Rhedebrügge, Westenborken, Wirthe), Raesfeld
13. *Coesfeld*: Coesfeld (Stadt und Ksp.), Gescher (Gescher, Büren, Estern, Harwick, Tungerloh-Kapellen, Tungerloh-Pröbsting), Holtwick, Osterwick
11. *Datteln*: Datteln, Ahsen, Flaesheim, Hamm
6. *Dorsten* (Juli 1824, AB Münster 1824, 238): Dorsten, Bottrop, Buer, Gladbeck, Horst, Kirchhellen, Marl (Marl, Altendorf-Ulfkotte), Osterfeld, Polsum, Westerholt
25. *Drensteinfurt* (Nov. 1830, AB Münster 1830, 474): Drensteinfurt Stadt, Drensteinfurt Ksp., Bockum, Herbern, Hövel, Walstedde
10. *Dülmen* (U 14, 1827): Dülmen (Dülmen Stadt, Dülmen Ksp., Hausdülmen, Merfeld), Buldern, Darup (Darup, Rorup, Limbergen), Haltern Stadt, Haltern Ksp., Hiddingsel, Hullern, Lette, Lippamsdorf
32. *Freckenhorst* (Juni 1832, AB Münster 1832, 273 als Unterabt. des Verbandes Oelde; U 9, 1832): Freckenhorst (Stadt und Ksp.), Everswinkel, Hoetmar, Ostfelde, Westkirchen
23. *Greven* (Apr. 1829, AB Münster 1829, 185 vorgesehen, aber erst Mai 1830, AB Münster 1830, 271 konstituiert): Greven (Greven Stadt, Greven links der Ems, Greven rechts der Ems), Gimfte, Ladbergen, Saerbeck (Saerbeck, Sinnigen)
29. *Harsewinkel* (Juni 1831, AB Münster 1831, 246; U 12, 1832): Harsewinkel (Stadt und Ksp.), Beelen, Greffen, Marienfeld und *aus Reg.-Bez. Minden*: Clarholz und Lette
14. *Ibbenbüren* (Juni 1828, AB Münster 1828, Beil. zu Nr. 24; U 7, 1829): I. Abt. Mettingen, Recke, Schale (Schale, Halverde); II. Abt. Ibbenbüren (Stadt und Ksp.), Bevergern, Dreierwalde, Hopsten, Riesenbeck (Riesenbeck, Hörstel).
5. *Lembeck* (Juli 1824, AB Münster 1824, 237; U 18, 1825): Lembeck, Altschermbeck, Erle, Hervest, Holsterhausen, Rahde, Wulfen
12. *Lüdinghausen*: Lüdinghausen Stadt, Lüdinghausen Ksp., Ascheberg, Nordkirchen, Olfen (Stadt und Ksp.), Ottmarsbocholt, Selm, Senden, Seppenrade, Venne
24. *St. Mauritz* (Okt. 1830, AB Münster 1830, 474 als Verband Münster-Land; U 5, 1832): St. Mauritz, Amelsbüren, Handorf, Hiltrup, Lamberti, Überwasser
20. *Münster* (Mai 1830, AB Münster 1830, 271): Stadt Münster
21. *Nottuln* (vorgesehen als selbst. Verband Apr. 1829, AB Münster 1829, 186, aber erst Mai 1830, AB Münster 1830, 270 konstituiert als Unterabt. des Verbandes Nottuln; U 10, 1831): Nottuln, Albachten, Appelhülsen, Bösensell, Nienberge, Roxel, Schapdetten – Havixbeck 1830 (AB Münster 1830, 270) an Unterabt. Altenberge
34. *Oelde* (Juni 1832, AB Münster 1832, 273 als Unterabt. des Verbandes Oelde; U 9, 1832): Oelde (Stadt und Ksp.) Ennigerloh), Stromberg
27. *Ostbevern* (Juni 1831, AB Münster 1831, 246; U 12, 1832): Ostbevern, Einen, Lienen, Milte
8. *Recklinghausen* (Mai 1825, AB Münster 1825, 228; U 6, 1826): Recklinghausen (Stadt und Ksp.), Henrichenburg, Herten, Horneburg, Oer, Suderwich, Waltrop
18. *Rheine* (Apr. 1829, AB Münster 1829, 185; U 2, 1830): Rheine, Altenrheine (Rheine rechts der Ems, Elte), Rheine links der Ems, Emsdetten, Hembergen, Mesum, Neuenkirchen – Bis Okt. 1829 (AB Münster 1829, 475) auch Wettringen
33. *Sendenhorst* (Juni 1832, AB Münster 1832, 273 als Unterabt. des Verbandes Oelde; U 9, 1832): Sendenhorst (Dorf und Ksp.), Enniger, Vorhelm
17. *Steinfurt* (Apr. 1829, AB Münster 1829, 185; U 1, 1830): Steinfurt Stadt, Steinfurt Ksp. (Hollich, Sellen, Veltrup), Borghorst, Langenhorst, Leer, Metelen Stadt, Metelen Ksp., Ochtrup, Welbergen, dazu Okt. 1829 (AB Münster 1829, 475) Wettringen und Juni 1829 (AB Münster 1829, 260) Horstmar (Stadt und Ksp.)

19. *Tecklenburg* (Apr. 1829, AB Münster 1829, 185; U 3, 1830) Tecklenburg, Brochterbeck, Cappeln (Stadt und Ksp.), Ledde, Leeden, Lengerich (Stadt und Ksp.), Lotte, Wersen
26. *Telgte* (Juni 1831, AB Münster 1831, 246; U 5, 1832): Telgte (Stadt und Ksp.), Albersloh, Alverskirchen, Angelmodde, Rinkerode, Westbevern, Wolbeck (Wigbold und Ksp.)
9. *Velen* (U 4, 1827): Velen (Velen, Waldvelen, Nordvelen), Ramsdorf (Stadt und Ksp.), Gemen (Stadt und Ksp.), Reken (Großenreken, Kleinenreken, Hülsten), Heiden, Weseke
16. *Vreden* (Juni 1828, AB Münster 1828, Beil. zu Nr. 24; U 13, 1829) Vreden, Alstedde, Ameloe, Ottenstein, Stadtlohn (Stadtlohn, Almsick, Esternbüren, Hengelar-Wendfeld, Hundewick, Wessendorf), Südlohn (Südlohn, Oeding), Wessum (Dorf und Ksp.)
2. *Wadersloh* (Mai 1825, AB Münster 1825, 228): Wadersloh, Diestedde, Herzfeld, Liesborn, Lippborg
28. *Warendorf* (Juni 1831, AB Münster 1831, 246; U 12, 1832): Warendorf, Alt-Warendorf (Dackmar, Gröbblingen, Velsen, Vohren), Neu-Warendorf, Füchtorf, Sassenberg
3. *Werne* (Sept. 1822, AB Münster 1822, 383; U 16, 1826/27): Werne Stadt, Werne Ksp., Altlünen, Bork, Capelle, Stockum, Südkirchen

Regierungsbezirk Minden

22. *Atteln* (Juni 1832, AB Minden 1832, 205 als Unterabt. des Verbandes Lichtenau): Atteln (Atteln, Helmern, Henglarn, Husen), Dalheim, Etteln, Haaren
7. *Bielefeld*: Bielefeld mit Vorstadt Gadderbaum, Brackwede (Brackwede, Brock Bgm. Brackwede, Quelle, Sandhagen Bgm. Brackwede, Senne I, Senne II, Ummeln), Dornberg (Babenhausen, Deppendorf, Niederdornberg, Großdornberg, Hoberge-Uerentrup, Kirchdornberg), Heepen (Heepen, Altenhagen, Brönninghausen, Hillegossen, Lämershagen, Gräfinhagen, Oldentrup, Sieker, Stieghorst, Ubbedissen), Schildesche (Dorf Schildesche, Bsch. Schildesche, Stift Schildesche, Brake links der Aa, Gellershagen, Milse, Theesen, Vilsendorf)
4. *Brockhagen*: Brockhagen (Brockhagen, Gut Patthorst), Isselhorst Kr. Bielefeld (Isselhorst, Ebbesloh, Hollen, Holtkamp, Niederhorst), Steinhagen
9. *Bünde* (Juni 1828, AB Minden 1828, 267; neu begrenzt Mai 1829, AB Minden 1829, 219): Bünde (Bünde, Ahle, Dünne, Ennigloh, Holsen, Hüffen, Hunnebrock, Muckum Spradow, Gut Steinlake, Südlengern, Werfen), Hiddenhausen (Hiddenhausen, Bermbeck, Bustedt, Eilshausen, Lippinghausen, Gut Oberbehme, Oetinghausen, Schweicheln, Sundern), Rödinghausen (Rödinghausen, Bieren, Ostkilver, Schwenningdorf, Westkilver)
16. *Büren* (Juni 1831, AB Minden 1831, 197): Büren (Büren, Holthausen), Brenken (Brenken, Ahden), Hegensdorf (Hegensdorf, Kedinghausen), Siddinghausen (Siddinghausen, Weine), Steinhausen (Steinhausen, Eickhoff), Weiberg (Weiberg, Barkhausen, Harth), Wewelsburg (Wewelsburg, Böödeken, Graffeln)
14. *Delbrück* (Juni 1830, AB Minden 1830, 243): Delbrück (Delbrück, Dorfbauerschaft, Hagen), Hövelhof, Ostenland, Stukenbrock, Westenholz, Westerloh
19. *Driburg-Brakel* (Juni 1831, AB Minden 1831, 197): Driburg, Bellersen (Bellersen, Bökendorf, Gut Abbenburg-Bökerhof), Brakel (Brakel, Beller, Erkeln, Hemsben, Hinnenburg, Rheder, Riesel), Istrup (Istrup, Herste, Schmechten), Pömsben (Pömsben, Alhausen, Merlsheim, Reelsen, Schöneberg)
25. *Dringenberg* (Juni 1832, AB Minden 1832, 205 als Unterabt. des Verbandes Warburg): Dringenberg, Altenheerse, Borlinghausen, Eissen (Eissen, Aldorpsen), Fölsen (Fölsen, Helmern, Niesen, Gut Niesen), Frohnhausen (Frohnhausen, Auenhausen) Gehrden (Gehrden, Hampenhausen, Siddessen), Löwen (Löwen, Ikenhausen), Neuenheerse (Neuenheerse, Kühlsen), Peckelsheim (Peckelsheim, Schweckhausen, Gut Schweckhausen, Willegassen), Willebadessen
6. *Halle*: Halle (Halle, Amshausen, Ascheloh, Bokel, Eggeberg, Gartnisch, Hesseln, Kölkebeck, Künsebeck, Oldendorf bei Halle), Borgholzhausen (Borgholzhausen, Barnhausen, Berghausen, Gut Brinke, Casum, Cleve, Hamlingdorf, Holtfeld, Kleekamp, Oldendorf bei Borgholzhausen,

- Ostbarthausen, Westbarthausen, Wichlinghausen, Winkelshütten), Enger (Enger, Belke-Steinbeck, Besenkamp, Dreyen, Herringhausen, Oldinghausen, Pödinghausen, Siele, Westerenger), Hörste, Spenge (Spenge, Hücker-Aschen, Lenzinghausen), Wallenbrück (Wallenbrück, Bardüttingdorf), Werther (Werther, Häger, Isingdorf, Rotenhagen, Rotingdorf, Schröttinghausen, Theenhausen)
13. *Hausberge*: Hausberge, Eisbergen (Eisbergen, Fülme, Lohfeld), Holzhausen Amt Hausberge (Holzhausen, Kostedt, Möllbergen, Vennebeck), Holtrup (Holtrup, Uffeln), Kleinenbremen (Kleinenbremen, Wülpe), Lerbeck (Lerbeck, Neesen, Meißen), Nammen, Veltheim
 8. *Herford*: Herford (Herford, Elverdissen, Eickum, Falkendiek, Laar, Diebrock, Stedefreund, Schwarzenmoor), Exter (Exter, Solterwisch), Gohfeld (Gohfeld, Melbergen, Depenbrock, Jöllenberg Kreis Herford, Bischofshagen), Hüllhorst (Hüllhorst, Ahlsen, Büttendorf, Reineberg), Jöllenberg Kr. Bielefeld (Niederjöllenberg, Oberjöllenberg), Kirchlengern (Kirchlengern, Häver), Löhne (Löhne Kgl., Löhne-Beck), Mennighüffen (Mennighüffen, Obernbeck, Grimminghausen, Gut Beck, Gut Ulenburg), Quernheim (Stift Quernheim, Dorf Quernheim, Klosterbauerschaft, Rehmerloh), Rehme (Rehme, Dehme, Niederbecksen, Gebiet des späteren Oeynhausens), Schnathorst (Schnathorst, Bröderhausen, Holsen, Tengern) Valdorf (Valdorf, Steinbründorf, Hollwiesen, Bonneberg, Wehrendorf), Vlotho
 27. *Höxter* (Juni 1832, AB Minden 1832, 205): Höxter, Amelunxen (Amelunxen, Blankenau, Drenke, Wehrden), Beverungen, Bruchhausen, Dalhausen, Godelheim (Godelheim, Bosseborn, Ottbergen), Herstelle (Herstelle, Würgassen), Jakobsberg (Jakobsberg, Haarbrück), Lüchtringen, Tietelsen (Tietelsen, Rothe)
 10. *Levern* (Juni 1828, AB Minden 1828, 267; neu begrenzt Mai 1829 AB Minden 1829, 219): Levern (Levern, Destel, Niedermehnen, Sundern), Alswede (Alswede, Gut Benhausen, Gut Ellerburg, Gut Hollwinkel, Fabbenstedt, Hedem, Gut Hüffe, Lashorst, Vehlage), Dielingen (Dielingen, Arrenkamp, Drohne, Haldem), Rahden I (Großendorf, Kleinendorf, Varl mit Sielhorst), Rahden II (Ströhen, Wehe mit Tonnenheide), Wehdem (Wehdem, Oppendorf, Oppenwehe, Westrup)
 21. *Lichtenau* (Juni 1832, Ab Minden 1832, 205): Lichtenau (Lichtenau, Ebbinghausen, Hakenberg, Holtheim), Asseln, Iggenhausen (Iggenhausen, Grundsteinheim, Herbram), Kleinenberg
 18. *Lippspringe* (Juni 1831, AB Minden 1831, 197): Lippspringe (Lippspringe, Marienloh), Buke (Buke, Altenbeken), Neuenbeken (Neuenbeken, Benhausen), Schwaney
 11. *Lübbecke* (Mai 1829, AB Minden 1829, 219): Lübbecke (Lübbecke, Oberbauerschaft), Blasheim (Blasheim, Obermehnen, Stockhausen), Börninghausen (Börninghausen, Eininghausen), Gehlenbeck I (Gehlenbeck mit Eilhausen, Nettelstedt), Gehlenbeck II (Frotheim, Isenstedt), Holzhausen Kr. Lübbecke (Holzhausen, Heddinghausen), Oldendorf Kr. Lübbecke (Oldendorf, Engershausen, Getmold, Harlinghausen, Offelten, Schröttinghausen)
 12. *Minden* (Juni 1830, AB Minden 1830, 243): Minden, Dützen (Dützen, Aulhausen, Barkhausen, Böhlhorst, Haddenhausen, Häverstädt, Hummelbeck, Uphausen), Friedewalde (Friedewalde, Stemmer), Hartum (Hartum, Holzhausen Amt Hartum, Nordhemmern, Hahlen), Hille (Hille, Eickhorst, Südhemmern), Mindener Wald, Rothenuffeln (Rothenuffeln, Oberlütbe, Unterlütbe), Volmerdingsen (Volmerdingsen, Eidinghausen, Werste, Wulferdingsen)
 17. *Paderborn* (Juni 1831, AB Minden 1831, 197): Paderborn, Dahl, Eggeringhausen Gem. Dörenhagen (Eggeringhausen, Dörenhagen, Busch), Kirchborchen (Kirchborchen, Nordborchen, Alfen), Neuhaus (Neuhaus, Elsen, Sande), Tudorf (Oberntudorf, Niederntudorf), Wewer
 29. *Petershagen*: Petershagen (Petershagen, Eldagsen, Kutenhausen, Gernheim, Hävern, Maaslingen, Meßlingen, Ovenstädt, Südfelde, Todtenhausen), Frille (Frille, Aminghausen, Dankersen, Hasenkamp, Leteln, Päpinghausen, Wietersheim, Gut Wietersheim), Heimsen (Heimsen, Ilvese), Lahde (Lahde, Bierde, Gorspen-Vahlsen, Quetzen), Schlüsselburg (Flecken Schlüsselburg, Vorbürg Schlüsselburg, Buchholz, Großenheerse, Röhden), Windheim I (Windheim, Ilse, Jössen), Windheim II (Raderhorst, Döhren, Iserheide, Neuenknick, Rosenhagen, Seelenfeld)

5. *Rheda*: Rheda (Rheda, Nordrheda-Ems), Gütersloh (Stadt und Ksp.), Herzebrock (Herzebrock, Brock, Groppe, Pixel-Bredeck, Quenhorn)
2. *Rietberg*: Rietberg (Rietberg, Bokel), Kaunitz (Kaunitz, Liemke, Oesterwiehe), Mastholte (Mastholte, Möse), Neuenkirchen (Neuenkirchen, Druffel, Varensell, Westerwiehe), Verl (Verl, Bornholte, Sende)
26. *Rösebeck* (Juni 1832, AB Minden 1832, 205 als Unterabt. des Verbandes Warburg): Rösebeck (Rösebeck, Daseburg, Körbecke), Borgentreich (Borgentreich, Gut Dinkelburg), Borgholz (Borgholz, Drankhausen, Natingen, Natzungen), Bühne (Bühne, Manrode, Muddenhagen), Großeneder (Großeneder, Lütgeneder)
15. *Salzkotten* (Juni 1830, AB Minden 1830, 243): Salzkotten (Salzkotten, Upsprunge), Boke (Boke, Anreppen, Bentfeld, Mantinghausen, Schwelle, Winkhausen), Hörste (Hörste, Garfeln, Rebeke, Dedinghausen, Mettinghausen, Verlar), Thüle (Thüle, Scharmede), Verne (Groß- und Kleinen-Verne mit Enkhausen)
20. *Steinheim* (Juni 1831, AB Minden 1831, 197): Steinheim (Steinheim, Bergheim, Ottenhausen, Rolfzen, Vinsebeck), Holzhausen (Holzhausen, Erwitzen), Lügde (Lügde, Harzberg), Nieheim, Sandebeck (Sandebeck, Erpentrup, Himmighausen, Kempen, Feldrom, Langeland, Oeynhaus), Sommersell (Sommersell, Entrup, Eversen, Kariensiek)
3. *Versmold*: Versmold (Versmold, Hesselteich, Loxten, Österweg, Peckeloh), Bockhorst
23. *Vörden* (Juni 1832, AB Minden 1832, 205 als Unterabt. des Verbandes Höxter): Vörden I (Vörden, Born, Bredenborn, Hagedorn, Münsterbrock), Vörden II (Altenbergen, Bremerberg, Eilversen, Großenbreden, Hohehaus, Kleinenbreden, Kollerbeck, Löwendorf, Papenhöfen), Albaxen (Albaxen, Bödexen, Stahle), Fürstenau (Fürstenau, Brenkhausen), Ovenhausen (Ovenhausen, Lütmarsen)
24. *Warburg* (Juni 1832, AB Minden 1832, 205): Warburg Stadt, Warburg Ksp. (Dalheim, Germete, Herlinghausen, Kalenberg, Welda, Wormeln), Bonenburg, Hohenwepel (Hohenwepel, Dössel, Engar, Menne), Ossendorf (Ossendorf, Nörde), Scherfede (Scherfede, Rimbeck, Hardehausen)
1. *Wiedenbrücke*: Wiedenbrück, Avenwedde (Avenwedde mit Lintel und Kattenstroth, Friedrichsdorf), Batenhorst, Langenberg, St. Vit
23. *Wünneberg* (Juni 1832, AB Minden 1832, 205 als Unterabt. des Verbandes Lichtenau): Wünneberg (Wünneberg, Bleiwäsche, Leiberg), Essentho, Fürstenberg, Oesdorf (Oesdorf, Meerhof), Westheim

Regierungsbezirk Arnsberg (bei Steuergemeinden, die anlässlich der Einführung der Landgemeindeordnung von 1841 in den damals gebildeten Kommunen aufgegangen sind, ist die spätere Gemeindezugehörigkeit angegeben).

Altena (Mai 1831, AB Arnsb. 1831, 158): I. Abt. Altena; II. Abt. Dahle, Lenne Gem. Werdohl, Nettenscheid Gem. Kelleramt, Neuenrade, Ohle, Werdohl, Wiblingwerde; III. Abt. Plettenberg Stadt, Plettenberg Land (Dankelmert, Eiringhausen, Holthausen)

Arnsberg-Meschede (Apr. 1828, AB Arnsb. 1828, 135): Arnsberg, Meschede (Meschede, Heggen, Hellern, Immenhausen, Lüttmaringhausen, Schederberge), Berge Gem. Calle (Ober-, Mittel-, Niederberge, Olpe), Berghausen Gem. Meschede Ksp. (Berghausen, Enste), Calle (Calle, Wallen, Mülsborn, Schüren), Drasenbeck Gem. Remblinghausen (Drasenbeck, Höringhausen, Frielinghausen, Köttinghausen, Bonacker), Enkhausen Gem. Remblinghausen (Enkhausen, Mielinghausen), Freienohl, Oeventrop (Oeventrop, Dinschede, Glösing, Wilshäuser Mark), Remblinghausen (Remblinghausen, Vellinghausen), Rumbeck, Uentrop, Wennemen Gem. Calle (Wennemen, Bockum, Stockhausen, Stesse, Glashütte)

Attendorn (Mai 1832, AB Arnsb. 1832, 170, als II. Abt. des Verbandes Olpe): Attendorn (Stadt u. Ksp.), Elspe (Elspe, Theten, Hachen, Halberbracht, Sporke, Hespeke, Melbeke, Oberelspe, Altenvalbert, Elspehusen, Burbecke, Meggen, Stöppel), Ewig Gem. Attendorn Ksp. (Albringhausen, Weschede, Eichen), Förde (Förde, Bonzel, Maumke), Heggen Gem. Attendorn (Heggen, Ennest, Hülschotten, Milstenu, Sange), Helden (Dünschede, Kirchhelden, Niederhelden, Mecklinghausen, Repe, Riefinghausen, Oberveischede, Silbecke, Bremke, Bürberg, Teckling-

- hausen), Kirchweisdede (Kirchweisdede, Bilstein, Benolpe), Rahrbach (Rahrbach, Welschen Ennest, Kruberg), Windhausen Gem. Attendorn Ksp. (Windhausen, Lichtringhausen, Biekhofen, Ebbelinghagen)
- Belecke* (März 1829, AB Arnsb. 1829, 155): Belecke, Allagen (Allagen, Westendorf, Niederbergheim, Oberbergheim, Haarhöfe), Günne (Günne, Hewingsen, Theiningsen, Wippringsen, Büecke, Drüggelte, Delecke und Mesenhelle, Westrich, Kettlersteich und Brüningsen), Hirschberg, Körbecke (Körbecke, Berlingsen, Echtrop und Wildebauer, Ellingsen, Brüllingsen, Wamel und Blumenhof, Völlinghausen, Stockum), Mülheim (Mülheim, Sichtigvor, Waldhausen, Echelpöten), Ruhne (Ruhne, Blumenthal, Gerlingen, Sieveringen, Volbringen, Bilme, Bittingen, Oberense) Warstein
- Berleburg*: (1826) Berleburg, (Neu)Astenberg, Aue, Balde, Berghausen, Birkefehl, Birkelbach, Diedenshausen, Dotzlar, Girkhausen, Hemschlar, Homrighausen Gutbez. Berleburg, Langewiese, Mollseifen, Raumland, Rinthe, Schüller, Wemlighausen, Wingshausen, Womelsdorf, Wunderhausen
- Blankenstein*: Blankenstein, Asbeck, Berge, Bommern, Brockhausen Gem. Stiepel, Buchholz, Durchholz Gem. Wengern, Esborn, Grundschöttel, Holthausen, Mittelstiepel, Oberstiepel, Osterbede, Schrick Gem. Stiepel, Solschede, Volmarstein, Vormholz, Welper, Wengern, Westherbede
- Bochum* (Juli 1824, AB Arnsb. 1824, 370): Bochum, Altenbochum, Bergen, Brenschede Gem. Wiemelhausen, Düren, Gerthe, Goy Gem. Altenbochum, Grumme, Hamme (Hamme, Hundhamme), Harpen (Korn- und Kirchharpen), Hofstede (Hofstede, Marmelshagen), Heven, (Heven, Wann), Hordel, Laer (Laer, Ümmingen), Langendreer, Querenburg, Riemke, Somborn, Steinkuhle Gem. Stockum, Stockum, Weitmar, Werne, Wiemelhausen, Witten
- Brilon* (1831): I. Abt. Brilon (Brilon, Wulfte, Rixen), Altenbüren (Altenbüren, Eßhoff); II. Abt. Scharfenberg; III. Abt. Antfeld (Antfeld, Grimlinghausen), Assinghausen (Assinghausen, Bruchhausen, Wullmeringhausen), Bigge (Bigge, Helmeringhausen), Brunsckappel (Brunskappel, Wiermeringhausen), Elpe, Olsberg (Olsberg, Elleringhausen), Siedlinghausen
- Burbach* (1823): Burbach, Gilsbach, Holzhausen, Lippe, Lützel, Niederdresselndorf, Oberdresselndorf, Wahlbach, Wilden, Würgendorf
- Dortmund* (Juni 1827, AB Arnsb. 1827, 151): Dortmund, Bövinghausen bei Lütgendortmund, Castrop (Castrop, Rauxel, Bövinghausen bei Castrop, Behringhausen, Frohlinde, Merklinde, Obercastrop, Holthausen bei Castrop, Habighorst, Börnig, Sodingen, Giesenberg), Dellwig, Dorstfeld, Huckarde, Kirchlinde, Kley, Lütgendortmund, Marten, Mengede (Mengede, Deusen, Ellinghausen, Dingen, Oestrich, Nette, Westerfilde, Bodelschwingh, Ickern, Groppenbruch, Schwieringhausen, Deininghausen, Brüninghausen), Oespel, Rahm (Rahm, Wischlingen), Wambel (Wambel, Körne), Westrich
- Eslohe* (Mai 1831, AB Arnsb. 1831, 158): Eslohe (Eslohe, Niedereslohe, Sieperring, Sallinghausen, Brunscheid), Cobbenrode (Cobbenrode, Henninghausen, Obermarpe), Fretter Gem. Schönholthausen (Fretter, Bausenrode, Weuspert, Faulebutter), Isingheim Gem. Eslohe (Isingheim, Frielinghausen, Lochtrop, Hengsbeck, Lüdingheim), Lenhausen Gem. Schönholthausen (Lenhausen, Habbecke, Frielentrop, Bönkhausen, Glinge mit Selbecke, Wildewiese mit Lenscheid, Haus Lenhausen), Oedingen (Oedingen, Oedingerberg, Brenschede, Leckmart), Reiste (Reiste mit Niederreiste und Lohoff, Beisinghausen, Landenbeck, Herhagen, Nichtinghausen, Erlfinghausen, Büenfeld, Büemke, Bremke, Haus Reiste), Salwey Gem. Eslohe (Obersalwey, Niedersalwey, Kückelheim, Niedermarpe), Schliprüthen (Schliprüthen, Serkenrode, Röhrensprung, Bracht, Dormecke, Ramscheid), Schönholthausen (Schönholthausen, Müllen, Ostentrop, Weringhausen, Bamenohl, Deutmecke), Wenholthausen (Wenholthausen, Mathmecke)
- Eversberg* (Juli 1827, AB Arnsb. 1827, 179): Eversberg, Gevelinghausen (Gevelinghausen, Wiggeringhausen, Haardt, Wasserfall), Heringhausen (Heringhausen, Dörnberg, Halbeswig, Grimlinghausen), Löllinghausen Gem. Ramsbeck (Blüggelscheid, Mosebolle, Lüblinghausen), Ramsbeck (Ramsbeck, Berlar), Velmede (Velmede, Bestwig, Ostwig, Nuttlar)

- Ferndorf* (1823): Ferndorf, Bockenbach, Buchen, Burgholdinghausen, Buschhütten (Buschhütten, Bottenbach, Dillnhütten), Dornseifen Gem. Fellinghausen, Eichen, Ernsdorf, Fellinghausen, Kredenbach, Krombach, Littfeld, Osthelden, Stendenbach
- Fredeburg* (Mai 1832, AB Arnsb. 1832, 170): Fredeburg, Berghausen, Bödefeld (Dorf und Ksp.), Brabecke Gem. Bödefeld Ksp., Bracht Gem. Wormbach, Dorlar, Gellinghausen Gem. Bödefeld Ksp., Grafschaft, Huxel Gem. Wormbach, Latrop Gem. Grafschaft, Nieder-Fleckenberg Gem. Wormbach, Oberhenneborn Gem. Rarbach, Oberkirchen, Rarbach, Schmallenberg, Sorpe Gem. Oberkirchen, Werpe Gem. Wormbach, Westfeld Gem. Oberkirchen, Wormbach
- Freudenberg* (1824): Freudenberg, Alchen, Bottenberg, Bühl, Büschergrund (Büschen, Anstoß, Bockseifen), Dirlenbach, Heisberg, Hohenhain, Langenholdinghausen, Lindenberg, Mausbach, Meiswinkel, Mittelhees, Niederheuslingen, Niederholzklau, Niederndorf, Oberfischbach, Oberhees, Oberheuslingen, Oberholzklau, Obershelden, Plittershagen (Plittershagen, Oberstöcken, Niederstöcken)
- Geseke* (Aug. 1821, AB Arnsb. 1821, 302): Geseke, Bönninghausen, Dedinghausen, Ehringhausen, Esbeck, Langeneicke (Langeneicke, Ermsinghausen), Mönninghausen, Rixbeck, Störmede
- Hagen*: Hagen, Boele, Breckerfeld (Stadt und Ksp.), Dahl, Delstern, Eckesey, Eilpe Gem. Hagen, Ende, Eppenhausen, Flei, Halden, Herbeck, Herdecke, Holthausen, Wehringhausen Gem. Hagen, Wetter
- Halver* (Mai 1831, AB Arnsb. 1831, 158, als Verband Meinerzhagen): I. Abt. Hülscheid, Halver (Halver, Schalksmühle), Rönsahl; II. Abt. Kierspe; III. Abt. Meinerzhagen
- Hamm* (März 1829, AB Arnsb. 1829, 155): Hamm, Berge, Bönen (Bönen, Bschr. Osterbönen, Westerbönen, Altenböge, Nordböge, Weetfeld), Flierich (Flierich, Bschr. Braamey-Lenningesen), Hilbeck, Mark (Mark, Bschr. Braam-Ostwennemar, Werries), Norddinker (Norddinker, Bschr. Frielinghausen, Vöckinghausen), Overberge (Bschr. Overberge, Derne, Rottum, Lerche, Bergkamen), Osterflierich (Bschr. Osterflierich, Drechen, Opsen, Pedinghausen, Kump), Osttünen (Bschr. Osttünen, Süddinker), Pelkum (Pelkum, Herringen, Bschr. Wiescherhöfen), Rhynern (Rhynern, Bschr. Freiske), Rünthe (Bschr. Rünthe, Sandbochum, Heil), Scheidingen (Scheidingen, Illingen), Uentrop (Uentrop, Bschr. Haaren, Schmehausen), Wambeln (Bschr. Wambeln, Allen)
- Hattingen* (1823/24): Hattingen, Altendorf, Baak, Dahlhausen, Dumberg, Hiddinghausen II, Horst, Linden, Niederbonsfeld, Niederbredenscheid, Niederelfringhausen, Niedersprockhövel, Niederstüter, Niederwenigern, Oberbonsfeld (Oberbonsfeld, Märkisch-Langenberg), Oberbredenscheid, Oberelfringhausen, Obersprockhövel, Oberstüter, Winz (Ober- und Nieder-Winz)
- Hilchenbach* (1822/24): Allenbach, Dahlbruch, Haarhausen, Grund, Hadem, Helberhausen, Hilchenbach, Hillnhütten, Lützel, Müsen, Oberndorf, Oechelhausen, Ruckersfeld, Vormwald
- Hörde* (Apr. 1828, AB Arnsb. 1828, 135): I. Abt. (Hellweg): Hörde, Aplerbeck, Asseln, Barop, Brackel, Courl, Eichlinghofen (Eichlinghofen, Menglinghausen, Bschr. Persebeck, Salingen), Grevel, Hachenei (Hachenei, Bschr. Brünninghausen, Benninghofen), Holzwickede (Bschr. Holzwickede, Rausingen, Dudenroth, Natorp), Husen, Lanstrop, Schüren, Sölde, Wickede; II. Abt. (Ardey): Annen-Wullen, Berghofen, Holzen, Kirchhörde (Kirchhörde, Großenholthausen, Bschr. Kleinholthausen, Kruckel, Löttringhausen), Rüdinglehen (Rüdinglehen, Brunebeck), Wellinghofen (Wellinghofen, Bschr. Niederhofen, Wichlinghofen, Lemberg, Lücklenberg); III. Abt. (Ruhrtal): Garenfeld, Geisecke, Hengsen, Lichtendorf (Lichtendorf, Bschr. Overberge), Opherdicke (Opherdicke, Bschr. Ostendorf), Schwerte, Syburg, Villigst, Wandhofen, Westhofen
- Irmgarteichen* (1822): Anzhausen, Breitenbach, Deuz, Feuersbach, Flammersbach, Gernsdorf, Grissenbach, Hainchen, Helgersdorf, Irmgarteichen, Nenkersdorf, Rudersdorf, Salchendorf, Werthenbach, Walpersdorf
- Iserlohn* (1830): Iserlohn (Iserlohn, Bschr. Grüne, Düingsen), Deilinghofen (Bschr. Deilinghofen, Apricke, Riemke, Brockhausen), Evingsen (Bschr. Evingsen, Voßwinkel, Kesbern, Ihmert, Stefanopel, Frönsberg), Hemer (Bschr. Niederhemer, Oberhemer, Landhausen, Becke, Sundwig, Westig), Kalle (Bschr. Kalle, Wermingsen, Bilveringsen, Griesenbrauck), Lössel
- Kirchhundem* (Mai 1832, AB Arnsb. 1832, 170 als I. Abt. des Gesamtverbandes Olpe): I. Abt.:

- Altenhundem Gem. Kirchhundem (Altenhundem, Kickenbach, Langenei), Lenne (Lenne, Milchenbach, Hundesoßen), Saalhausen; II. Abt.: Kirchhundem (Kirchhundem, Herrentrop, Bettinghoff, Flape, Berghof, Hofolpe, Heidschott), Oberhundem (Oberhundem, Rinsecke, Marnecke), Selbecke Gem. Oberhundem (Selbecke, Erlhof, Stelborn, Schwartmecke), Würdinghausen Gem. Kirchhundem (Würdinghausen, Böminghausen, Oberalbaum, Niederalbaum); III. Abt.: Brachthausen Gem. Kohlhagen (Brachthausen, Silberg, Varste, Wirme, Ehmlinghausen), Heinsberg
- Laasphe* (Sept. 1824, AB Arnsb. 1824, 431): Laasphe (Laasphe, Laaspherhütte, Ditzrod, Wittgenstein-Kunst), Arfeld, Alertshausen, Amtshausen, Augustenhof Gutsbez. Laasphe, Banfe, Benfe, Bettelhausen, Bernshausen, Bermershausen, Christianseck Gutsbez. Laasphe, Elsoff, Erndtebrück, Feudingen (Feudingen, Feudingerhütte), Fischelbach, Großenbach, Glashütte Gem. Volkholz, Hesselbach, Herbertshausen, Heiligenborn, Holzhausen, Hülshof Gutsbez. Laasphe (Hülshof, Harfeld, Richstein), Lindefeld, Niederlaasphe, Oberndorf, Puderbach, Rüpershhausen, Rückershhausen, Sassenhausen, Saßmannshausen, Schwarzenau (Schwarzenau, Tiefenbach, Luttersbach, Hambach, Heller), Steinbach, Stünzel (Stünzel, Sohl, Drehbach, Leimstruth), Schameder, Weide, Weidenhausen, Zinse
- Limburg* (Aug. 1821, AB Arnsb. 1821, 302): Limburg, Eelsey, Berchum, Ergste, Hennen, Letmathe, Oestrich (Oestrich, Dröschede)
- Lippstadt* (Apr. 1830, AB Arnsb. 1830, 258): I. Abt. (Hellweg): Lippstadt, Altengeseke (Altengeseke, Seringhausen), Böckenförde, Ebbinghausen (Ebbinghausen, Böckum, Norddorf), Eikeloh, Erwitte (Erwitte, Völlinghausen), Horn (Horn, Merklingshausen, Schallern, Schmerlecke, Berenbrock, Wiggeringhausen, Mielinghausen), Weckinghausen (Weckinghausen, Stürpe), Westernkotten; II. Abt. (Niederung): Benninghausen, Hellinghausen (Hellinghausen, Heringhausen, Overhagen)
- Lüdenscheid* (Mai 1831, AB Arnsb. 1831, 158): I. Abt. Lüdenscheid Stadt, Lüdenscheid Ksp. (Bsch. Wehberg, Drescheid, Rosmart, Leifringhausen, Brüninghausen, Wenninghausen, Brenscheid, Mintenbeck, Winkhausen); II. Abt.: Herscheid (Herscheid, Bsch. Ebbe, Silverin, Berg, Danklin, Dorfbauerschaft), Valbert (Valbert, Bsch. Berlinghausen, Crummenerl, Echterhagen, Freismecke, Gerringhausen, Grotewiese, Hardenberg, Ihne, Haumche, Herberg, Hösinghausen, Imhausen, Landemert, Mühlhoff, Rinkscheid, Sellenrade, Sinderhauf, Spedinghausen, Sundfeld, Vossiepen, Windebruch, Worbscheid)
- Lünen-Kamen* (Apr. 1828, AB Arnsb. 1828, 135): Lünen (Lünen, Beckinghausen, Gahmen, Horstmar, Lippoltshausen), Kamen (Kamen, Südkamen, Heeren, Methler, Niederaden, Oberaden, Wasserkurl, Westick, Weddinghofen, Werve), Brambauer, Brechten, Derne (Kirchderne, Altenderne, Eving, Hstedde, Kemminghausen, Niederbecker, Oberbecker), Lindenhorst (Lindenhorst, Holthausen)
- Marsberg* (Mai 1831, AB Arnsb. 1831, 158): Obermarsberg, Niedermarsberg, Alme (Niederalme, Oberalme), Bontkirchen, Erlinghausen, Giershagen, Kanstein (Kanstein, Heddinghausen, Udorf, Leitmar, Borntosten, Haus Kanstein), Madfeld, Messinghausen (Messinghausen, Rösenbeck, Hoppecke), Padberg (Padberg, Beringhausen, Helminghausen), Thülen (Thülen, Nehden, Radlinghausen)
- Medebach* (Mai 1832, AB Arnsb. 1832, 170): Medebach, (Alt-)Astenberg, Braunshausen, Deifeld (Deifeld, Referinghausen, Titmaringhausen, Wissinghausen), Dreislar (Dreislar, Berge, Ronninghausen), Düdinghausen (Düdinghausen, Oberschledorn), Grönebach (Grönebach, Hildfeld, Elkeringhausen), Hallenberg, Hesborn, Küstelberg, Liesen, Medelon, Niedersfeld, Silbach, Winterberg, Züschen
- Menden* (Apr. 1830, AB Arnsb. 1830, 258): I. Abt.: Halingen (Halingen, Holzen, Böspede, Dahlhausen), Schwitten (Schwitten, Sellhausen, Brockhausen), Wimbern (Wimbern, Niederberge, Nieder-Oesbern, Ober-Oesbern, Werringsen); II. Abt. Menden, Böingsen (Böingsen, Hüingsen), Sümmeren (Sümmeren, Ostsümmeren, Bixterhausen, Schede); III. Abt.: Balve, Garbeck (Garbeck, Höveringhausen, Leveringhausen, Frühlinghausen), Eisborn (Eisborn, Asbeck,

- Beckum, Volkringhausen); IV. Abt.: Affeln (Affeln, Blintrop, Kasberg), Altenaffeln, Küntrop (Küntrop, Freientrop), Langenholthausen (Langenholthausen, Mellen, Benkamp)
- Neheim* (Apr. 1830, AB Arnsb. 1830, 258): I. Abt.: Neheim, Hüsten (Hüsten, Herdringen, Nedereimer, Bruchhausen), Voßwinkel (Voßwinkel, Echthausen, Bachum); II. Abt.: Hachen, Müschede (Müschede, Wennigloh); III. Abt.: Allendorf, Amecke (Amecke, Illingheim), Enkhäusen (Enkhäusen, Langscheid, Hövel, Estinghausen), Hellefeld (Hellefeld, Westenfeld, Visbeck, Frenkhausen, Herblinghausen), Holzen an der Lühr, Kirchlinde Gem. Holzen, Stockum (Stockum, Dörnholthausen, Seidfeld), Sundern; IV. Abt.: Altenhellefeld (Altenhellefeld, Linnepe, Weninghausen, Meinkenbracht), Endorf (Endorf, Brenschede, Bönkhausen, Recklinghausen), Grevenstein, Hagen
- Netphen* (1823): Niedernetphen, Obernetphen, Afholderbach, Beienbach, Brauersdorf, Dreisbach (Dreisbach, Tiefenbach), Eckmannshausen, Eschenbach, Frohnhausen, Herzhausen, Nauhholz, Niedersetzen, Oberrau, Ölgershausen, Obersetzen, Sohlbach Amt Netphen, Unglinghausen (Ober-Unglinghausen, Nieder-Unglinghausen)
- Neunkirchen* (1822): Neunkirchen, (Alten-)Seelbach, Salchendorf, Struthütten, Wiederstein, Zeppenfeld
- Oestinghausen* (März 1829, AB Arnsb. 1829, 155): Oestinghausen (Oestinghausen, Hovestadt, Bschr. Oesterheide, Niederbauer, Nordwald, Krewinkel, Wiltrop), Hultrop (Hultrop, Heintrop, Bschr. Büninghausen), Oestinghausen (Oestinghausen, Eickelborn, Lohe, Bschr. Schoneberg, Neukamp, Bettinghausen)
- Olpe* (Mai 1832, AB Arnsb. 1832, 170 als III. Abt. des Gesamtverbandes Olpe): Olpe Stadt, Olpe Ksp., Drolshagen Stadt, Drolshagen Ksp., Kleusheim, Römershagen, Rhode, Wenden
- Rüthen* (Apr. 1830, AB Arnsb. 1830, 258): Abt. I: Anröchte, Hoinkhausen (Hoinkhausen, Weikede, Westereiden, Berge, Oestereiden), Klieve (Klieve, Robringhausen, Waltringhausen), Langenstraße (Langenstraße, Haar, Heddinghausen), Mellrich (Mellrich, Altenmellrich, Uelde); II. Abt.: Effeln, Menzel (Menzel, Nettelstädt), Hemmern (Hemmern, Kellinghausen); III. Abt.: Rüthen, Altenrüthen, Drewer, Miste (Miste, Kneblinghausen); IV. Abt.: Kallenhardt (Kallenhardt, Körtlinghausen, Suttrop).
- Schwelm* (Mai 1826, AB Arnsb. 1826, 239): Schwelm Stadt, Schwelm Bschr., Gennebreck, Haspe, Haßlinghausen, Hiddinghausen I, Langerfeld, Linderhausen, Mühlinghausen, Mylinghausen (Gevelsberg), Nächstebreck, Oelkinghausen, Schweflinghausen, Voerde, Vorhalle, Waldbauer, Westerbauer
- Siegen-Weidenau* (Sept. 1823, AB Arnsb. 1822, 458): Siegen (Siegen, Sieghütte, Hammerhütte, Hain) Weidenau (Weidenau, Fickenhütten, Münkershütte, Haardt, Schneppenkante, Müsenerhütte, Meinhardt), Achenbach, Birlenbach, Bürbach, Buschgotthardshütten, Eiserfeld, Gosenbach, Hengsbach Gem. Eiserfeld, Kaan (Kaan, Marienborn), Klafeld (Klafeld, Geisweid), Niederschelden, Seelbach, Sohlbach Amt Weidenau, Trupbach, Volsberg
- Soest* (Apr. 1828, AB Arnsb. 1828, 135): Soest, Borgeln (Borgeln, Hattropholsen, Meckingsen, Katrop), Dinker (Dinker, Dorfwelver, Nateln), Lohne (Lohne, Sassendorf, Opmünden, Heppen), Müllingsen (Müllingsen, Bergede, Elfsen, Lendringens, Hiddingsen, Deiringens, Ruploh), Neuengeseke (Neuengeseke, Enkesen im Klei, Beusingsen), Ostönnen (Ostönnen, Meiningsen, Röllingsen, Epsingsen, Ampen), Schwefe (Schwefe, Hattrop, Eineckerholsen, Einecke, Ehningens, Merklingsen, Enkesen bei Paradiese, Paradiese), Stocklarn (Stocklarn, Berwicke, Balksen), Vellinghausen (Vellinghausen, Eilmsen), Welver (Kirchwelver, Recklingsen, Klotingen, Flerke, Meyerich), Weslarn (Weslarn, Brockhausen, Thöningsen)
- Unna-Werl* (März 1829, AB Arnsb. 1829, 155): Unna (Unna, Obermaßen, Niedermaßen, Afferde, Uelzen), Werl, Bausenhagen (Bausenhagen, Bentrop, Warmen, Stentrop, Frohnhausen, Neimen), Bremen (Bremen, Parsit, Niederense, Oberhöingen, Niederhöingen, Lüttringen, Hüningsen, Waltringen, Gut Himmelpforten, Gut Füchte, Gut Waterlappe, Gut Övinghausen, Gut Fürstenberg), Büderich (Ostbüderich, Westbüderich, Budberg, Holtum), Dellwig (Dellwig, Altendorf, Billmerich, Strickherdicke, Ardey, Langschede), Fröndenberg (Fröndenberg Stift,

Fröndenberg Dorf, Westick bei Fröndenberg), Frömern (Frömern, Ostbüren, Kessebüren), Hemmerde (Hemmerde, Westhemmerde, Siddinghausen), Lünern (Lünern, Stockum, Mühlhausen), Westönnen (Westönnen, Mawicke, Oberbergstraße, Niederbergstraße), Wickede (Bsch. Wickede, Wiehagen, Schlücking, Schafhausen)

Wattenscheid: Wattenscheid, Baukau, Bickern (Wanne), Bladenhorst, Braubauerschaft, Bulmke, Crange, Eiberg, Eickel, Eppendorf, Freisenbruch, Gelsenkirchen, Günnigfeld, Herne, Heßler, Hiltrop, Höntrop, Holsterhausen, Horsthausen, Hüllen, Königsstele, Leithe, Munscheid, Pöppinghausen, Röhlinghausen, Schalke, Sevinghausen, Ückendorf, Westenfeld

Wilnsdorf (Sept. 1823, AB Arnsb. 1823, 382): Wilnsdorf, Eisern, Niederdielfen, Oberdielfen, Obersdorf, Rinsdorf, Wilgersdorf.

5. Katasterämter (zu Karte 3)

A. Jährlich wechselnde Fortschreibungsbezirke bis 1835/36

Noch während der Aufstellung des Katasters wurden für die Fortschreibung in den bereits katastrierten Abschätzungsverbänden und Gemeinden jährlich von neuem Fortschreibungsbeamte ernannt. Nach Abschluß der Katasterarbeiten (zum 1. 3. 1834) erübrigte sich die bisherige wegen des Fortschreitens der Katastrierung notwendige jährliche Neufestsetzung der Fortschreibungsbezirke; die für 1835/36 festgelegten Bezirke sind in den nächstfolgenden Jahren konstant geblieben, so daß für diesen Zeitpunkt die Errichtung der Katasterämter als Fortschreibungsbehörden mit ständigem Bezirk (anfangs als Fortschreibungsbeamte, Steuer- oder Katasterkontrolleure, seit VO des Finanzmin. vom 25. 9. 1869, Minbl. inn. Verw. 1870, 37, als Katasterämter bezeichnet) zu datieren ist.

Im Regierungsbezirk Münster wurden folgende jährlichen Fortschreibungsbezirke gebildet:

Für 1826 (AB Münster 1826, 233): 1. Für Verbände Bocholt und Billerbeck (Sitz Coesfeld), 2. für Verband Wadersloh (Sitz Hamm), 3. für Verband Lembeck (Sitz Welheim bei Bottrop)

Für 1827 (AB Münster 1827, 229): wie für 1826

Für 1828 (AB Münster 1828, 257): 1. für Verbände Bocholt, Billerbeck und Borken (Sitz Coesfeld), 2. für Verbände Wadersloh und Werne (Sitz Hamm), 3. für Verbände Lembeck, Recklinghausen, Dorsten und Datteln (Sitz Welheim)

Für 1829 (AB Münster 1829, 342): 1. für Verbände Bocholt, Billerbeck, Borken, Dülmen und Velen (Sitz Coesfeld), 2. für Verbände Wadersloh und Werne (Sitz Hamm), 3. für Verbände Recklinghausen, Dorsten, Datteln und Lembeck (Sitz Welheim)

Für 1830 (AB Münster 1830, 239): 1. für Verbände Bocholt, Billerbeck, Borken, Dülmen, Velen und Coesfeld (Sitz Coesfeld), 2. für Verbände Wadersloh, Werne und Lüdinghausen (Sitz Hamm), 3. für Verbände Lembeck, Recklinghausen, Dorsten und Datteln (Sitz Welheim)

Für 1831 (AB Münster 1831, 109): 1. für Verbände Bocholt, Billerbeck, Borken, Dülmen, Velen, Coesfeld, Ahaus, Vreden, Steinfurt und Rheine, 2. für Verbände Wadersloh, Werne und Lüdinghausen, 3. für Verbände Lembeck, Recklinghausen, Dorsten und Datteln, 4. für Verbände Ibbenbüren und Tecklenburg

Für 1832 (AB Münster 1832, 155): 1. für Verbände Ibbenbüren, Tecklenburg, Stadt Münster, 2. für Verbände Bocholt, Billerbeck, Borken, Dülmen, Velen, Coesfeld, Ahaus, Vreden, Steinfurt und Rheine, 3. für Verbände Wadersloh, Werne und Lüdinghausen, 4. für Verbände Lembeck, Recklinghausen, Dorsten und Datteln

Für 1833 (AB Münster 1833, 97): 1. für Kr. Lüdinghausen und Recklinghausen, 2. für Kr. Münster und Tecklenburg und Stadt Münster, 3. für Kr. Warendorf und Beckum, 4. für Kr. Coesfeld und Borken, 5. für Kr. Steinfurt und Ahaus

Für 1834 (AB Münster 1834, 118): 1. Stadt und Kr. Münster, Kr. Tecklenburg (Sitz Münster), 2. Kr. Warendorf und Beckum (Sitz Münster), 3. Kr. Recklinghausen und Lüdinghausen (Sitz Dorsten), 4. Kr. Coesfeld und Borken (Sitz Coesfeld), 5. Kr. Steinfurt und Ahaus (Sitz Steinfurt)

Für 1835 (AB Münster 1835, 122): 1. für Kr. Tecklenburg (Sitz Münster), 2. für Kr. Warendorf und Beckum (Sitz Hamm), 3. für Kr. Lüdinghausen und Recklinghausen (Sitz Dorsten), 4. für Kr.

Coesfeld und Borken (Sitz Coesfeld), 5. für Kr. Steinfurt und Ahaus (Sitz Steinfurt), 6. Stadt und Kr. Münster (Sitz Münster)

Reg.-Bez. Minden:

Erstmalige Ernennung eines Fortschreibungsbeamten 1828 (AB Minden 1828, 321). Für 1829 (AB Minden 1829, 208), 1830 (AB Minden 1830, 265), 1831 (AB Minden 1831, 135) und 1832 (AB Minden 1832 58) noch keine Bezirke gebildet

Für 1833 (AB Minden 1833, 62): 1. für Kr. Herford, Halle und Bielefeld, 2. für Kr. Minden und Lübbecke, 3. für Kr. Wiedenbrück, Paderborn und bereits katastrierten Teil des Kr. Büren, 4. für katastrierten Teil des Kr. Höxter

Für 1834 (AB Minden 1834, 110): 1. für Kr. Minden, Lübbecke und Herford, 2. für Kr. Bielefeld, Halle und Wiedenbrück, 3. für Kr. Paderborn und Büren, 4. für Kr. Höxter und Warburg

Für 1835 (AB Minden 1835, 51): 1. Minden für Kr. Minden und Lübbecke, 2. Bielefeld für Kr. Herford, Bielefeld, Wiedenbrück und Halle, 3. Paderborn für Kr. Paderborn und Büren, 4. Höxter für Kr. Höxter und Warburg (provisorische Bildung der Kontrollbezirke)

Für 1836 (AB Minden 1836, 171): 1. Bielefeld für Kr. Bielefeld, Wiedenbrück und Halle, 2. Höxter für Kr. Höxter und Warburg, 3. Paderborn für Kr. Paderborn und Büren, 4. für Kr. Lübbecke und Herford (Sitz Minden), 5. Minden für Kr. Minden (definitive Bildung der Kontrollbezirke)

Reg.-Bez. Arnsberg:

Für 1826 (AB Arnsberg 1826, 281): 1. für Grfsch. Limburg (Sitz Altena), 2. für Amt Geseke, 3. für Kr. Siegen

Für 1832 (AB Arnsberg 1832, 114): 1. Bgm. Siegen, Ferndorf, Weidenau (Kr. Siegen); Bgm. Berleburg (Kr. Wittgenstein), 2. Bgm. Nerphen, Irmgarteichen, Burbach, Dresselndorf (Kr. Siegen), 3. Bgm. Hilchenbach, Freudenberg, Neunkirchen, Wilnsdorf (Kr. Siegen) 4. Bgm. Laasphe (Kr. Wittgenstein), 5. Kr. Bochum, 6. Kr. Dortmund, 7. Kr. Hamm, 8. Bgm. Soest, Lohne, Borgeln, Schwefe (Kr. Soest), 9. Bgm. Werl, Körbecke, Oestinghausen (Kr. Soest), 10. Bgm. Lippstadt, Horn (Kr. Lippstadt), 11. Bgm. Erwitte (Kr. Lippstadt); Bgm. Neheim, Hachen (Kr. Arnsberg), 12. Bgm. Anröchte, Rüthen (Kr. Lippstadt), 13. Bgm. Geseke (Kr. Lippstadt), 14. Bgm. Arnsberg, Freienohl (Kr. Arnsberg), 15. Bgm. Warstein, Hirschberg (Kr. Arnsberg); Bgm. Meschede, Eversberg (Kr. Eslohe), 16. Bgm. Hellefeld, Allendorf (Kr. Arnsberg), 17. Bgm. Balve (Kr. Arnsberg); Bgm. Hemmern, Menden (Kr. Iserlohn), 18. Bgm. Iserlohn (Kr. Iserlohn); Bgm. Hagen, Ennepe, Ennepersstraße, Volmarstein (Kr. Hagen), 19. Bgm. Limburg, Ergste (Kr. Iserlohn); Bgm. Herdecke, Boele, Breckerfeld (Kr. Hagen), 20. Bgm. Schwelm, Langerfeld, Haßlinghausen, Sprockhövel (Kr. Hagen)

Für 1833 (AB Arnsberg 1833, 124): 1. Kr. Siegen (außer Bgm. Ferndorf und Neunkirchen), 2. Bgm. Ferndorf, Neunkirchen (Kr. Siegen); Bgm. Eslohe, Serkenrode (Kr. Meschede), 3. Kr. Wittgenstein 4. Bgm. Meschede, Eversberg (Kr. Meschede); Bgm. Geseke (Kr. Lippstadt); Kr. Brilon, 5. Kr. Altena, 6. Kr. Iserlohn; Bgm. Hagen, Herdecke, Boele, Ennepe, Ennepersstraße (Kr. Hagen), 7. Bgm. Breckerfeld, Schwelm, Langerfeld, Haßlinghausen, Sprockhövel, Volmarstein (Kr. Hagen), 8. Bgm. Bochum, Wattenscheid, Herne (Kr. Bochum); Kr. Dortmund, 9. Bgm. Witten, Hattingen, Blankenstein (Kr. Bochum), 10. Kr. Hamm; Bgm. Soest, Lohne (Kr. Soest), 11. Bgm. Borgeln, Schwefe (Kr. Soest), 12. Bgm. Werl, Körbecke (Kr. Soest), 13. Bgm. Lippstadt, Erwitte, Horn (Kr. Lippstadt); Bgm. Arnsberg, Freienohl, Warstein, Hirschberg, Neheim, Hachen (Kr. Arnsberg), 14. Bgm. Anröchte, Rüthen (Kr. Lippstadt), 15. Bgm. Hellefeld, Allendorf, Balve (Kr. Arnsberg)

Für 1834 (AB Arnsberg 1834, 140): 1. Kr. Altena (außer Bgm. Valbert); Kr. Iserlohn (außer Bgm. Ergste), 2. Bgm. Valbert, 3. Kr. Arnsberg (außer Bgm. Valbert); Kr. Lippstadt (außer Bgm. Geseke), 4. Bgm. Neheim (Kr. Arnsberg); Kr. Dortmund, 5. Bgm. Brilon, Marsberg, Thülen, Bigge, Winterberg (Kr. Brilon), 6. Bgm. Medebach, Hallenberg (Kr. Brilon), 7. Kr. Hagen, 8. Kr. Hamm; Kr. Soest (außer Bgm. Oestinghausen), 9. Bgm. Geseke (Kr. Lippstadt), 10. Kr. Meschede; Kr.

Wittgenstein, 11. Bgm. Olpe, Wenden, Drolshagen, Bilstein, Kirchhundem (Kr. Olpe), 12. Bgm. Attendorn (Kr. Olpe), 13. Bgm. Siegen, Weidenau, Netphen, Irmgarteichen, Wilnsdorf, Dresselndorf, Burbach (Kr. Siegen), 14. restlicher Kr. Siegen, 15. Bgm. Oestinghausen

Für 1835 (AB Arnberg 1835, 66): 1. Kr. Hamm und Soest, 2. Kr. Lippstadt, 3. Kr. Meschede; Bgm. Brilon, Bigge, Thülen, Marsberg (Kr. Brilon), 4. Kr. Wittgenstein; Bgm. Medebach, Winterberg, Hallenberg (Kr. Brilon), 5. Kr. Siegen (außer Bgm. Ferndorf, Freudenberg, Hilchenbach), 6. Bgm. Ferndorf, Freudenberg, Hilchenbach, 7. Kr. Olpe, 8. Kr. Altena und Iserlohn, 9. Kr. Dortmund und Bochum, 10. Kr. Hagen, 11. Kr. Arnberg.

B. Fortschreibungsbezirke (Katasterämter) 1839 und 1852

Bezirke von 1839 (Grundsteuergesetz vom 21. 1. 1839) nach Klier, Adreßbuch der Provinz Westfalen. 1840; für Reg.-Bez. Arnberg auch nach AB Arnsb. 1840, 8. – Bezirke und Gründungen von 1846 (Neuorganisation zum 15. 1. 1846 im Reg.-Bez. Minden) nach AB Minden 1846, Stück 7, Beilage – Bezirke und Gründungen von 1851/52 (Neuorganisation zum 1. 10. 1851 in Reg.-Bez. Münster und Arnberg) nach AB Münster 1851, 288 und AB Arnsb. 1851, 594.

Regierungsbezirk Münster

1. *Münster*: Bezirk 1839: Stadt- und Landkr. Münster
Bezirk 1852: Stadt- und Landkr. Münster; aus Kr. Lüdinghausen: Gem. Ascheberg, Nordkirchen, Südkirchen, Ottmarsbocholt, Senden, Venne. Mai 1880 (AB Münster 1880, 108) bis 1. 10. 1937 (AB Münster 1937, 178) Teilung in *Münster I* (Stadt Münster, Ämter Nottuln, Roxel, Havixbeck) und *Münster II* (übrige Landkreis)
Abgang: 1. 5. 1869 (AB Münster 1869, 86) Anteil an Kr. Lüdinghausen an neue KA Lüdinghausen
2. *Ahaus*: Errichtet 1. 10. 1851 für Kr. Ahaus; aus Kr. Borken: Gem. Bocholt; Rhede, Büngern, Krecking, Krommert, Altrhede, Vardingholt; Dingden; Liedern, Barlo, Biemenhorst, Hemden, Herzebocholt, Holtwick, Lowick, Mussum, Spork, Stenern, Suderwick; Werth; Anholt; aus KA Coesfeld und KA Steinfurt
Abgang: 1. 4. 1874 (AB Münster 1874, 52) Anteil an Kr. Borken an KA Borken – 1. 7. 1900 (AB Münster 1900, 188) bis 1. 4. 1938 (AB Münster 1938, 64) KA Vreden
3. *Beckum*: Errichtet 1. 10. 1851 für Kr. Beckum; aus Kr. Lüdinghausen: Gem. Drensteinfurt Stadt und Ksp., Bockum, Hövel, Walstedde; Herbern; Werne Stadt und Ksp., Capelle, Stockum; durch Aufteilung von KA Hamm I
Abgang: 1. 10. 1894 (AB Münster 1894, 161) KA Ahlen – 1. 7. 1899 (AB Münster 1899, 204) Oelde Stadt und Ksp., Stromberg, Sünninghausen, Vellern, Neubeckum, Ennigerloh; an KA Oelde – 1. 6. 1914 (AB Münster 1914, 288) KA Werne; Gem. Enniger und Vorhelm an KA Ahlen
4. *Coesfeld*: Bezirk 1839: Kr. Coesfeld und Borken
Bezirk 1852: Kr. Coesfeld; aus Kr. Borken: Gem. Velen, Nordvelen, Waldvelen, Ramsdorf Stadt und Ksp., Weseke, Gemen Stadt und Ksp., Borken, Heiden, Reken, Hülsten, Kleinreken, Raesfeld, Marbeck, Grütlohn, Homer, Hoxfeld, Rhedebrügge, Westenborken, Wirthe
Abgang: 1. 5. 1869 (AB Münster 1869, 86) Teil von Kr. Coesfeld an KA Lüdinghausen – 1. 4. 1874 (AB Münster 1874, 52) KA Borken – 1. 7. 1899 (AB Münster 1899, 204) KA Dülmen
Zugang: 15. 11. 1937 Teil von KA Dülmen (C 4)
5. *Dorsten* (seit ca. 1871 in *Recklinghausen*): Bezirk 1839: Kr. Recklinghausen und Lüdinghausen
Bezirk 1852: Kr. Recklinghausen; aus Kr. Lüdinghausen: Gem. Lüdinghausen Stadt und Ksp., Seppenrade, Olfen Stadt und Ksp., Bork, Altlünen, Selm
Abgang: 1. 5. 1869 (AB Münster 1869, 86) Anteil an Kr. Lüdinghausen an KA Lüdinghausen.
1. 4. 1880 (AB Münster 1880, 87) geteilt in KA Recklinghausen und KA Dorsten

6. *Steinfurt*: Bezirk 1839: Kr. Steinfurt und Ahaus
Bezirk 1852: Kr. Steinfurt; aus Kr. Tecklenburg: Gem. Bevergern, Dreierwalde, Riesenbeck, Ibbenbüren Stadt und Ksp., Hopsten, Schale, Halverde, Recke, Mettingen
Abgang: 1. 5. 1892 (AB Münster 1892, 105) bis 1.11.1937 (AB Münster 1937, 178) KA Rheine
7. *Warendorf*: Errichtet 1. 10.1851 für Kr. Warendorf; aus Kr. Tecklenburg: Gem. Lengerich Stadt und Ksp., Ladbergen, Brochterbeck, Tecklenburg, Ledde, Leeden, Lotte, Wersen, Westerkappeln Stadt und Ksp.; aus KA Hamm (I) und KA Ibbenbüren
Abgang: 1. 4. 1874 (AB Münster 1874, 52) KA Tecklenburg – 1. 7. 1899 (AB Münster 1899, 204) bis 1. 10. 1937 (AB Münster 1937, 178) Gem. Ostenfelde an KA Oelde
1. 7. 1911 (AB Münster 1911, 201) bis 1. 10. 1937 (AB Münster 1937, 178) geteilt in KA *Warendorf I* (Gem. Warendorf, Beelen, Dackmar, Greffen, Gröbblingen, Harsewinkel Stadt und Ksp., Marienfeld, Sassenberg, Vohren) und KA *Warendorf II* (übrige Teil des Kr. Warendorf außer Gem. Ostenfelde)
- 7a. *Hamm (I)*: Bezirk 1839: Kr. Beckum und Warendorf
1. 10. 1851 aufgeteilt auf neue KÄ Beckum und Warendorf
- 7b. *Ibbenbüren* (seit 1841/42 Sitz in Münster): a) Bezirk 1839: Kr. Tecklenburg
1. 10. 1851 aufgeteilt auf KÄ Steinfurt und Warendorf
b) *Zweites KA Ibbenbüren* durch Verlegung des 1874 errichteten (ersten) KA Tecklenburg nach Ibbenbüren 1880/81 (s. C 5)

Regierungsbezirk Minden

8. *Minden*: Bezirk 1839: Kr. Minden
Bezirk 1846: Kr. Minden
1. 7. 1895 (AB Minden 1895, 191) bis 1. 10.1936 (AB Minden 1936, 146) geteilt in KÄ *Minden I* und *Minden II* (C 17) – Neuabgrenzungen zwischen KÄ Minden I und II: 1. 7. 1899 (AB Minden 1899, 224) und 1. 7. 1913 (AB Minden 1913, 197)
Abgang: 1874 (AB Minden 1874, 160) bis 1. 7. 1895 (AB Minden 1895, 191) Amt Rehme an KA Herford – 1. 7.1899 (AB Minden 1899, 224) Dehme, Eidinghausen, Nieder-Becksen, Rehme, Volmerdingsen, Werste an KA Oeynhausens – 1. 10. 1936 (AB Minden 1936, 146) Gem. Friedewalde, Kutenhausen, Stemmer, Frille, Wietersheim an KA Petershagen
Zugang: 1. 6. 1938 Teil von KA Oeynhausens (C18) – 1. 10. 1938 KA Petershagen (C 20)
9. *Bielefeld*: Bezirk 1839: Kr. Bielefeld, Halle, Wiedenbrück,
Bezirk 1846: Kreis Bielefeld, Wiedenbrück
Abgang: 1. 4. 1846 Kr. Halle an KA Herford
Zugang: 1. 4. 1878 von KA Gütersloh (D 25)– 1. 1. 1938 von KA Gütersloh (C 15b)
1. 7. 1899 (AB Minden 1899, 224) bis 1. 10. 1937 (AB Minden 1937, 137) geteilt in KA *Bielefeld I* (Stadt Bielefeld, Ämter Gadderbaum und Brackwede) und KA *Bielefeld II* (Ämter Heepen, Dornberg, Schildesche, Jöllenbeck) (C 13)
10. *Brakel*: Errichtet 15. 1. 1846 für Städte Brakel, Driburg, Nieheim, Steinheim; Gem. Alhausen, Beller, Bellersen, Bergheim, Bökendorf, Entrup, Erkeln, Erpentrup, Erwitzen, Eversen, Hembsen, Herste, Himmighausen, Hinnenburg, Holzhausen, Istrup, Kempen-Feldrom, Langeland, Merlsheim, Oeynhausens, Ottenhausen, Pömbesen, Reelsen, Rheder, Riesel, Rolfzen, Sandebeck, Schmechten, Schöneberg, Sommersell, Vinsebeck; aus Kr. Warburg: Altenheerse, Auenhausen, Dringenberg, Fölsen, Frohnhausen, Gehrden, Hampenhausen, Helmern, Kühlsen, Neuenheerse, Niesen, Siddessen, Willebadessen, aus KA Höxter
Abgang: 1. 4. 1938 (AB Minden 1938, 95) Amt Dringenberg-Gehrden an KA Warburg
Aufgehoben 1. 5. 1938 (AB Minden 1938, 119), an KA Höxter
11. *Büren*: Errichtet 15. 1. 1846 für Gem. Ahden, Asseln, Atteln, Barkhausen, Bleiwäsche, Brenken, Büren, Dalheim, Ebbinghausen, Eickhof, Essentho, Etteln. Fürstenberg, Grundsteinheim, Haaren, Hakenberg, Harth, Hegensdorf, Helmern, Henglar, Herbram, Holtheim, Husen, Iggenshausen, Kedinghausen, Kleinenberg, Leiberg, Lichtenau, Meerhof, Oesdorf, Siddinghau-

- sen, Steinhausen, Weiberg, Weine, Westheim, Wewelsburg, Wünnenberg; aus KA Paderborn
Abgang: 1. 1. 1874 (AB Minden 1873, 156) Gem. Asseln, Ebbinghausen, Grundsteinheim,
Hakenberg, Herbram, Holtheim, Iggenhausen, Kleinenberg, Lichtenau an KA Paderborn
Zugang: 1. 1. 1874 von KA Paderborn (B 15)
Aufgehoben 1. 5. 1938 (AB Minden 1938, 209), wird Nebenstelle von KA Paderborn, aus deren
Bezirk 1. 7. 1938 (AB Minden 1938, 192) Amt Atteln an KA Paderborn
12. *Herford*: Bezirk 1839 Kr. Herford und Lübbecke
Bezirk 1846: Kr. Herford und Halle
Abgang: 1. 4. 1878 (AB Minden 1878, 53) Kr. Halle; Ämter Spenge und Enger an KA Halle –
1. 7. 1895 (AB Minden 1895, 191) bis 1. 7. 1938 (AB Minden 1938, 209) KA Bünde – 1. 7. 1899
(AB Minden 1899, 224) Vlotho, Exter, Valdorf, Mollbergen, Uffeln, Veltheim an KA Oeyn-
hausen
Zugang: 1874 (AB Minden 1874, 160) bis 1. 7. 1895 (AB Minden 1895, 191) von KA Minden (B 8)
– 1. 7. 1899 von KA Halle (D 19) – 1. 6. 1938 Teil von KA Oeynhaus (C 18) – 1. 7. 1938 KA
Bünde als Nebenstelle (C 14)
1. 7. 1907 (AB Minden 1907, 164) bis 1. 7. 1938 (AB Minden 1938, 209) geteilt in KA *Herford I*
(für Städte Herford und Vlotho; Gem. Falkendiek, Schwarzenmoor, Exter, Valdorf) und KA
Herford II (übrige Teil des Kr. Herford)
13. *Höxter* (Sitz zeitweise in Brakel): Bezirk 1839: Kr. Höxter und Warburg
Bezirk 1846: Städte Beverungen, Höxter, Lügde; Gem. Albaxen, Altenberge, Amelunxen,
Blankenau, Bödexen, Born, Bosseborn, Bredenborn, Bremerberg, Brenkhausen, Bruchhausen,
Dalhausen, Drenke, Eilversen, Fürstenau, Godelheim, Großenbreden, Haarbrück, Hagedorn,
Harzberg, Herstelle, Hohehaus, Jakobsberg, Kleinenbreden, Kollerbeck, Löwendorf, Lüch-
tringen, Lütmarsen, Münsterbrock, Ottbergen, Ovenhausen, Papenhöfen, Rothe, Stahle,
Tietelsen, Vörden, Wehrden, Würgassen
Abgang: 15. 1. 1846 Kr. Warburg an KA Warburg und KA Brakel; Ämter Brakel, Driburg,
Nieheim, Steinheim an KA Brakel
Zugang: 1. 5. 1938 KA Brakel (B 10)
14. *Lübbecke*: Errichtet 15. 1. 1846 für Kr. Lübbecke; aus KA Herford
Abgang: 1. 7. 1905 (AB Minden 1905, 147) KA Rahden
15. *Paderborn*: Bezirk 1839: Kr. Paderborn und Büren
Bezirk 1846: Kr. Paderborn; aus Kr. Büren: Stadt Salzkotten; Gem. Anreppen, Bentfeld, Boke,
Garfeln, Hörste, Mantinghausen, Niederntudorf, Oberntudorf, Rebbecke, Scharmede, Schwelle,
Thüle, Upsprunge, Verlar, Verne
Abgang: 15. 1. 1846 KA Büren – 1. 1. 1874 (AB Minden 1873, 156) Anteil an Kr. Büren; an KA
Büren
Zugang: 1. 1. 1874 (AB Minden 1873, 156) von KA Büren (B 11) – 1. 5. 1938 KA Büren (B 11)
und KA Paderborn II (C 19)
1. 7. 1895 (AB Minden 1895, 191) bis 1. 5. 1938 (AB Minden 1938, 119) geteilt in KA *Paderborn I*
(für Stadt Paderborn, Ämter Lippspringe, Kirchborchen, Neuhaus; Amt Lichtenau) und KA
Paderborn II
16. *Warburg*: Errichtet 15. 1. 1846 für Stadt Warburg; Gem. Bonenburg, Borgentreich, Borgholz,
Borlinghausen, Bühne, Calenberg, Dalheim, Daseburg, Dössel, Drenkhausen, Eissen, Engar,
Germete, Großeneder, Herlinghausen, Hohenwepel, Ikenhausen, Körbecke, Löwen, Lütgen-
eder, Manrode, Menne, Muddenhagen, Natingen, Natzungen, Nörde, Ossendorf, Peckelsheim,
Rimbeck, Rösebeck, Scherfede, Schweckhausen, Welda, Willegossen, Wormeln; aus KA Höxter
Zugang 1. 4. 1938 von KA Brakel (B 10)

Regierungsbezirk Arnsberg

17. *Arnsberg*: Bezirk 1839: Kr. Arnsberg; aus Kr. Lippstadt: Städte Geseke, Rüthen; Gem. Altenmellrich, Altenrüthen, Anröchte, Berge, Bönninghausen, Drewer, Effeln, Ehringhausen, Ermsinghausen, Heddinghausen, Hemmern, Hoinkhausen, Kallenhardt, Kellinghausen, Klieve, Kneblinghausen, Langeneicke, Langenstraße, Mellrich, Menzel, Miste, Mönninghausen, Nettelstädt, Östereiden, Robringhausen, Störmede, Suttrop, Uelde, Waltringhausen, Weickede, Westereiden
Bezirk 1852: Kr. Arnsberg (außer Gem. Allagen, Belecke, Hirschberg, Mülheim, Sichtigvor, Waldhausen, Warstein); aus Kr. Soest: Gem. Berlingsen, Bilde, Bittingen, Blumenthal, Bremen, Buecke, Brüllingsen, Delecke, Ectrop, Ellingsen, Gerlingen, Günne, Hewingsen, Himmelpforten, Höingen, Hünningen, Kettlersteich, Körbecke, Lüttringen, Niederense, Oberense, Parsit, Ruhne, Sieveringen, Stockum, Theiningsen, Völlinghausen, Volbringen, Waltringen, Wamel, Westrich, Wippringsen; aus Kr. Iserlohn: Böingsen, Halingen, Holzen, Menden, Oestbern, Schwitten, Sümmern, Wimbern
Abgang: 1. 10. 1851 (AB Arnsb. 1851, 594) bis März 1868 (AB Arnsb. 1868, 137) Amt Warstein an KA Meschede – März 1868 (AB Arnsb. 1868, 137) Amt Körbecke an KA Soest; Amt Menden an KA Iserlohn – 1. 7. 1897 (AB Arnsb. 1897, 393) bis 1. 8. 1927 (AB Arnsb. 1927, 145) Amt Warstein an KA Lippstadt
Zugang: 1. 10. 1851 von KA Hagen (B 21) und KA Hamm (II) (B 22)
18. *Berleburg*: Bezirk 1839: Kr. Wittgenstein; aus Kr. Brilon: Städte Hallenberg, Medebach, Winterberg; Gem. Altastenberg, Berge mit Ronninghausen, Braunshausen, Deifeld mit Wissinghausen, Dreislar, Düdinghausen, Elkeringhausen, Grönebach, Hesborn, Hildfeld, Küstelberg, Liesen, Medelon, Niedersfeld, Oberschledorn, Referinghausen, Silbach, Titmaringhausen, Züschen
Bezirk 1852: Kr. Wittgenstein; aus Kr. Brilon: Stadt Hallenberg; Gem. Braunshausen, Hesborn, Liesen, Züschen
Abgang: 1. 10. 1851 (AB Arnsb. 1851, 594) KA Brilon – 1. 4. 1929 (AB Arnsb. 1929, 42) Stadt Hallenberg; Gem. Braunshausen, Hesborn, Liesen, Züschen an KA Brilon
19. *Brilon*: Errichtet 1. 10. 1851 für Kr. Brilon (außer Stadt Hallenberg; Gem. Braunshausen, Hesborn, Liesen, Züschen) aus KA Berleburg
Zugang: 1. 4. 1929 von KA Berleburg (B 18)
20. *Dortmund*: Bezirk 1839: Kr. Dortmund, Bochum; Kr. Hagen, soweit nicht zu KA Elsey (Hagen) Bezirk 1852: Kr. Dortmund und Bochum
Abgang: 1. 10. 1851 Anteil an Kr. Hagen an KA Hagen (Elsey) – 1865, endgültig 1. 3. 1867 (AB Arnsb. 1867, 142) KA Bochum – 1. 4. 1874 (AB Arnsb. 1874, 108) KA Hörde (später KA Dortmund II) – 1. 7. 1899 (AB Arnsb. 1899, 143) KA Dortmund III – 1. 10. 1899 (AB Arnsb. 1899, 523) Gem. Wickede an KA Dortmund II (früher KA Hörde) – Grenzveränderungen 1885 (AB Arnsb. 1885, 122 und 146) und 1909 (AB Arnsb. 1909, 149)
Zugang: 1. 10. 1937 (AB Arnsb. 1937, 130) Teile von Stadtkr. Dortmund von KÄ Castrop-Rauxel (C 23), Unna (D 44) und Witten (C 33b)
1. 10. 1937 (AB Arnsb. 1937, 130) Vereinigung der KÄ Dortmund I, II und III und des zweiten KA Hörde zu KA Dortmund
21. *Hagen* (Sitz bis 1. 10. 1851, AB Arnsb. 1851, 594, in *Elsey*): Bezirk 1839: Kr. Altena, Iserlohn; aus Kr. Hagen: Städte Hagen, Breckerfeld; Gem. Boele, Breckerfeld, Dahl, Delstern, Eckesey, Eilpe, Eppenhausen, Fley, Halden, Herbeck, Holthausen, Wehringhausen
Bezirk 1852: Kr. Hagen, Iserlohn (außer Amt Menden)
Abgang: 1. 10. 1851 KA Altena; Amt Menden an KA Arnsberg; Gem. Meinerzhagen, Westfälisch- und Märkisch-Valbert an KA Olpe – März 1868 (AB Arnsb. 1868, 137) KA Iserlohn – 1. 5. 1885 (AB Arnsb. 1885, 122) KA Hagen II (später KA Schwelm) – 1. 10. 1926 (AB Arnsb. 1926, 175) neue KA Hagen II

- Zugang: 1. 10. 1851 von KA Dortmund (B 20) – 1. 1. 1938 Teil von KA Witten (C 33b), zweite KA Hagen II (C 28b)
22. *Hamm* (II): Bezirk 1839: Kr. Hamm, Soest; Kr. Lippstadt, soweit nicht zu KA Arnsberg
Bezirk 1852: Kr. Hamm, Soest (außer Amt Körbecke)
Abgang: 1. 10. 1851 Anteil an Kr. Lippstadt an KA Lippstadt; Amt Körbecke an KA Arnsberg – 27. 3. 1868 (AB Arnsb. 1868, 137) KA Soest – 1. 7. 1897 (AB Arnsb. 1897, 393) Fröndenberg Dorf und Stift, Altendorf, Ardey, Bausenhagen, Bentrop, Billmerich, Dellwig, Frömern, Frohnhausen, Kessebüren, Langschede, Neimen, Ost-Büren, Stentrop, Strickherdicke, Warmen, Westick bei Fröndenberg, Hilbeck, Sömmern, Westhemmerde, Stockum, Siddinghausen an KA Werl – 1. 10. 1899 (AB Arnsb. 1899, 523) Stadt Unna; Gem. Afferde, Brüngen, Flierich, Lenningen, Lünern, Mühlhausen, Niedermaßen, Obermaßen, Uelzen an KA Werl – Aufgehoben 1. 4. 1938 (AB Arnsb. 1937, 130), an KA Unna
23. *Hilchenbach* (Sitz zeitweise in Siegen): Errichtet 1. 10. 1851 für Städte Hilchenbach, Freudenberg; Gem. Afholderbach, Alchen, Allendorf, Anzhausen, Beienbach, Bottenberg, Brauersdorf, Breitenbach, Buchen, Bühl, Büschergrund, Buschhütten, Dahlbruch, Deuz, Dirlenbach, Dreisbach-Tiefenbach, Eckmannshausen, Eichen, Ernsdorf, Eschenbach, Fellinghausen, Ferndorf, Feuersbach, Flammersbach, Frohnhausen, Gernsdorf, Grissenbach, Grund, Haarhausen, Hadem, Hainchen, Heisberg, Helberhausen, Helgersdorf, Herzhausen, Hillnhütten, Hohenhain, (Burg)Holdinghausen, Irmgarteichen, Kredenbach, Krombach, Langenholdinghausen, Lindenberg, Littfeld, Lützel, Mausbach, Meiswinkel, Mittelhees, Müsen, Nauholz, Nenkersdorf, Niederheusingen, Niederholzklau, Niederdorf, Niederneuphen, Niedersetzen, Oberfischbach, Oberhees, Oberheusingen, Oberholzklau, Obernau, Oberndorf, Oberneuphen, Oberschelden, Obersetzen, Oechelhausen, Oelgershausen, Osthelden, Plittershagen, Ruckersfeld, Rudersdorf, Salchendorf, Sohlbach Amt Neuphen, Stendenbach, Unglinghausen, Vormwald, Walpersdorf, Werthenbach; aus Kr. Olpe: Heinsberg, Kirchhundem, Kohlhagen, Lenne, Oberhundem, Saalhausen; aus KÄ Olpe und Siegen
Abgang: März 1868 (AB Arnsb. 1868, 137) Amt Kirchhundem, an KA Olpe
Zugang: März 1868 von KA Siegen (B 28)
1919 (AB Arnsb. 1919, 258) umbenannt in KA Siegen II. Aufgehoben 1. 10. 1937 (AB Arnsb. 1937, 130), zu KA Siegen (I)
24. *Lippstadt*: Errichtet 1. 10. 1851 für Kr. Lippstadt
Zugang: 1. 7. 1897 bis 1. 8. 1927 von KA Arnsberg (B17)
25. *Lüdenscheid*: (bis 1872 KA Altena in Lüdenscheid, seitdem KA Lüdenscheid-Altena in Altena)
a) Errichtet 1. 10. 1851 als KA *Altena* (mit Sitz in Lüdenscheid) für Kr. Altena (außer Gem. Meinerzhagen, Märkisch- und Westfälisch-Valbert), aus KA Elsey-Hagen
Abgang: 1. 7. 1914 (AB Arnsb. 1914, 320) KA Meinerzhagen
Zugang: März 1868 von KA Olpe (B27)
1. 6. 1898 (AB Arnsb. 1898, 255) geteilt in KA Altena (Städte Altena, Plettenberg; Gem. Dahle, Kelleramt, Herscheid, Neuenrade, Ohle, Plettenberg Ksp., Werdohl, Wiblingwerde) und KA Lüdenscheid
b) *Zweites KA Lüdenscheid* s. D37b
26. *Meschede*: Bezirk 1839: Kr. Meschede; Kr. Brilon, soweit nicht zu KA Berleburg
Bezirk 1852: Kr. Meschede; aus Kr. Arnsberg: Gem. Allagen, Beleck, Hirschberg, Mülheim, Sichtgivor, Waldhausen, Warstein
Abgang: 1. 10. 1851 Anteil an Kr. Brilon, an KA Brilon – 1. 7. 1910 (AB Arnsb. 1910, 510) bis 26. 4. 1940 (AB Arnsb. 1940, 53) KA Fredeburg
Zugang: 1. 10. 1851 bis März 1868 von KA Arnsberg (B17)
27. *Olpe*: (Sitz bis ca. 1851 in *Drolshagen*): Bezirk 1839: Kr. Olpe; aus Kr. Siegen: Städte Hilchenbach, Freudenberg; Gem. Alchen, Allenbach, Bottenberg, Bühl, Büschergrund, Dahlbruch, Dirlenbach, Grund, Haarhausen, Hadem, Heisberg, Helberhausen, Hillnhütten, Hohenhain, Langenholdinghausen, Lindenberg, Lützel, Mausbach, Meiswinkel, Mittelhees,

Müsen, Niederheusingen, Niederholzklau, Niederndorf, Oberfischbach, Oberhees, Oberheusingen, Oberholzklau, Oberndorf, Oberschelden, Oechelhausen, Plittershagen, Rückersfeld, Vormwald

Bezirk 1852: Kr. Olpe (außer Gem. Heinsberg, Kirchhundem, Kohlhagen, Lenne, Oberhundem, Saalhausen); aus Kr. Altena: Meinerzhagen, Westfälisch-und Märkisch-Valbert
Abgang: 1. 10. 1851 (AB Arnsb. 1851, 594) Anteil an Kr. Siegen und Teil von Kr. Olpe, an KA Hilchenbach – März 1868 (AB Arnsb. 1868, 137) Amt Meinerzhagen an KA Lüdenscheid-
Altena – 1. 7. 1911 (AB Arnsb. 1910, 510) bis 1. 10. 1937 (AB Arnsb. 1937, 130) KA Förde
(Grevenbrück)

Zugang: 1. 10. 1851 von KA Elsey-Hagen (B 21) – März 1868 von KA Hilchenbach

28. *Siegen*: Bezirk 1839: Kr. Siegen, soweit nicht zu KA Drolshagen (Olpe)

Bezirk 1852: Kr. Siegen, soweit nicht zu KA Hilchenbach

Abgang: 1. 10. 1851 (AB Arnsb. 1851, 594) KA Hilchenbach – März 1868 (AB Arnsb. 1868, 137)
Amt Irmgarteichen an KA Hilchenbach

Zugang: 1. 10. 1937 KA Siegen II (früher Hilchenbach) (B 23)

C. Zwischen 1852 und 1940 errichtete und wieder aufgehobene Katasterämter und ihre Bezirke

Regierungsbezirk Münster

1. *Borken*: Errichtet 1. 4. 1874 (AB Münster 1874, 52) als KA Borken für Kr. Borken; aus KA Ahaus und KA Coesfeld
1884/85 nach *Bocholt* verlegt
Abgang: 1. 10. 1894 (AB Münster 1894, 162) zweites KA Borken
Aufgehoben 10. 6. 1939 (AB Münster 1939, 11), zum zweiten KA Borken
2. *Bottrop*: Errichtet Mai 1898 (AB Münster 1898, 154) für Stadt Bottrop; Gem. Osterfeld; aus KA Buer
Abgang: 1929 Stadtkr. Osterfeld (an Stadtkr. Oberhausen, Reg.-Bez. Düsseldorf)
Aufgehoben Dez. 1937 (AB Münster 1938, 6), zu KA Gladbeck
3. *Buer*: Errichtet 1. 10. 1894 (AB Münster 1894, 162) für Gem. Buer, Horst, Westerholt, Gladbeck, Bottrop, Osterfeld; aus KÄ Dorsten und Recklinghausen.
Abgang: Mai 1898 (AB Münster 1898, 154) KA Bottrop – 1. 7. 1908 (AB Münster 1908, 188)
Gem. Gladbeck an KA Gladbeck – 1. 10. 1937 (Verf. Reg.-Präs. Münster vom 28. 9. 1937, unveröff.) Gem. Westerholt an KA Recklinghausen II
1. 1. 1938 (AB Münster 1937, 200) vereinigt mit KA Gelsenkirchen zu KA *Gelsenkirchen-Buer*
4. *Dülmen*: Errichtet 1. 7. 1899 (AB Münster 1899, 204) für Gem. Dülmen Stadt und Ksp., Hausdülmen, Merfeld, Buldern, Hiddingsel, Haltern Stadt und Ksp., Lippramsdorf, Hullern; aus KA Coesfeld
Aufgehoben 15. 11. 1937 (AB Münster 1937, 178), aufgeteilt auf KÄ Coesfeld und Recklinghausen II entsprechend den Landkreisgrenzen
5. *Ibbenbüren*: Errichtet 1. 4. 1874 (AB Münster 1874, 52) als KA *Tecklenburg* für Kr. Tecklenburg; aus KÄ Steinfurt und Warendorf
1880/81 verlegt nach Ibbenbüren
Abgang: 1. 10. 1894 (AB Münster 1894, 162) zweites KA Tecklenburg. Aufgehoben 31. 12. 1937 (AB Münster 1937, 200), zu KA Tecklenburg
6. *Münster II*: Errichtet Mai 1880 (AB Münster 1880, 108) für Ämter Greven, St. Mauritz, Saerbeck, Telgte, Wolbeck; aus KA Münster (I). Aufgehoben 1. 10. 1937 (AB Münster 1937, 178), zu KA Münster (I)
7. *Recklinghausen II*: Errichtet 1. 7. 1905 (AB Münster 1905, 162) für Gem. Recklinghausen Land, Oer, Suderwich, Herten; aus KA Recklinghausen.

- Abgang: 1. 7. 1908 (AB Münster 1908, 188) Gem. Oer, Suderwich, an KA Recklinghausen I – Bezirksveränderung 1926 (AB Münster 1926, 264)
- Zugang 1. 10. 1937 von KA Buer (C 3) – 15. 11. 1937 von KA Dülmen (dessen Anteil an Kr. Recklinghausen) (C 4)
1. 10. 1933 (AB Münster 1933, 167) Vereinigung der KÄ Recklinghausen I, II und III zu KÄ Recklinghausen I und II
1. 10. 1939 (AB Münster 1939, 166) Vereinigung der KÄ Recklinghausen I und II zu KA Recklinghausen
8. *Recklinghausen III*: Errichtet 1. 7. 1908 (AB Münster 1908, 188) für Gem. Ahsen, Datteln, Henrichenburg, Horneburg, Waltrop; aus KA Recklinghausen (I) Bezirksveränderung 1926 (AB Münster 1926, 264)
1. 10. 1933 vereinigt mit KÄ Recklinghausen I und II (C 7)
9. *Rheine*: Errichtet 1. 5. 1892 (AB Münster 1892, 105) für Gem. Rheine, Rheine r. d. Ems, Rheine l. d. Ems, Elte, Mesum, Emsdetten, Hembergen, Wettringen, Neuenkirchen; aus KA Steinfurt Aufgehoben 1. 11. 1937 (AB Münster 1937, 178), zu KA Steinfurt
10. *Vreden*: Errichtet 1. 7. 1900 (AB Münster 1900, 188) für Gem. Almsiek, Ammeloe, Esternbüren, Hengeler, Wendfeld, Hundewick, Stadtlohn, Südlohn mit Oeding, Vreden, Wessendorf; aus KA Ahaus Aufgehoben 1. 4. 1938 (AB Münster 1938, 64), zu KA Ahaus
11. *Warendorf II*: Errichtet 1. 7. 1911 (AB Münster 1911, 201) für Gem. Einen, Everswinkel, Freckenhorst Stadt und Ksp., Füchter, Hoetmar, Milte, Neuwarendorf, Ostbevern, Velsen, Westkirchen; aus KA Warendorf (I) Aufgehoben 1. 10. 1937 (AB Münster 1937, 178), zu KA Warendorf I
12. *Werne*: Errichtet 1. 6. 1914 (AB Münster 1914, 288) für Gem. Bockum, Herbern, Hövel, Capelle, Stockum, Werne Stadt und Ksp. (von KA Ahlen), Gem. Alt-Lünen, Ascheberg (von KA Lüdinghausen) Aufgehoben 31. 12. 1937 (AB Münster 1937, 198), zu KA Lüdinghausen

Regierungsbezirk Minden

13. *Bielefeld II*: Errichtet 1. 7. 1899 (AB Minden 1899, 224) für Gem. Altenhagen, Brönninghausen, Heepen, Hillegossen, Lämershagen-Gräfinghagen, Milse, Oldentrup, Sieker, Stieghorst, Ubbedissen, Babenhausen, Groß-Dornberg, Hoberge-Uerentrup, Kirch-Dornberg, Nieder-Dornberg, Brake, Gellershagen, Nieder-Jöllenbeck, Ober-Jöllenbeck, Schildesche Dorf und Bschr., Theesen, Wilsendorf; aus KA Bielefeld (I) Aufgehoben 1. 10. 1937 (AB Minden 1937, 137), zu KA Bielefeld (I)
14. *Bünde*: Errichtet 1. 7. 1895 (AB Minden 1895, 191) für Gem. Ahle, Bieren, Dünne, Ennigloh, Holsen, Hüffen, Hunnebrock, Muccum, Ost-Kilver, Rödinghausen, Schwenningdorf, Spradow, Südlengern, Werfen, West-Kilver, Häver, Kirchlengern, Klosterbauerschaft, Quernheim, Stift Quernheim, Rehmerloh, Hücker-Aschen (Amtsgerichtsbezirk Bünde); Gohfeld, Löhne, Mennighüffen, Obernbeck, Gutsbez. Ulenburg-Beck (Amtsgerichtsbez. Oeynhaus im Kr. Herford); aus KA Herford Abgang: 1. 7. 1899 (AB Minden 1899, 224) Gem. Gohfeld, Löhne, Mennighüffen, Obernbeck, Gutsbez. Ulenburg-Beck, an KA Oeynhaus Aufgehoben 1. 7. 1938 (AB Minden 1938, 209), zu KA Herford als Nebenstelle
15. *Gütersloh*: a) Errichtet 10. 4. 1868, verlegt 1. 10. 1894 nach *Wiedenbrück* (s. D 25) b) *Zweites KA Gütersloh* errichtet 1. 7. 1901 (AB Minden 1901, 235) für Stadt Gütersloh; Gem. Gütersloh Land, Avenwedde, Friedrichsdorf, Kattenstroth mit Spexard, Bornholte, Liemke, Sende, Verl (Kr. Wiedenbrück); Gem. Ebbesloh, Hollen, Holtkamp, Isselhorst, Niehorst (Kr. Bielefeld); aus KA Wiedenbrück Abgang: 1. 1. 1938 (AB Minden 1937, 188) Gem. Ebbesloh, Hollen, Holtkamp, Isselhorst, Niehorst; an KA Bielefeld

- Zugang: 1. 4. 1933 von KA Wiedenbrück (D 25)
 Aufgehoben 30. 6. 1938 (AB Minden 1938, 209), zu KA Wiedenbrück
16. *Herford II*: Errichtet 1. 7. 1907 (AB Minden 1907, 164) durch Teilung von KA Herford, für Teil des KA-Bezirks Herford, der nicht zu KA Herford I (s. B. 12)
 Aufgehoben 30. 6. 1938 (AB Minden 1938, 209), zu KA Herford (I)
17. *Minden II*: Errichtet 1. 7. 1895 (AB Minden 1895, 191) für Gem. Petershagen, Schlüsselburg, Eickhorst, Hahlen, Hartum, Hille, Holzhausen II, Nord-Hemmern, Süd-Hemmern, Eldagsen, Friedewalde, Hävern, Kutenhausen, Maaslingen, Ovenstädt, Stemmer, Südfelde, Todtenhausen, Buchholz, Großenheerse, Aminghausen, Bierde, Dankersen, Döhren, Frille, Gorspen-Vahlsen, Heimsen, Ilse, Ilserheide, Ilvese, Jössen, Lahde, Leteln, Neuenknick, Päpinghausen, Quetzen, Raderhorst, Rosenhagen, Seelenfeld, Wietersheim, Windheim; aus KA Minden (I)
 Abgang: 1. 7. 1913 (AB Minden 1913, 197) Gem. Eickhorst, Hahlen, Hartum, Hille, Holzhausen II, Nord-Hemmern, Süd-Hemmern, Friedewalde, Kutenhausen, Stemmer (= Gem. links der Weser aus Amtsgerichtsbezirk Minden), aus KA Minden I
 Abgang: 1. 7. 1913 KA Petershagen
 Aufgehoben 30. 9. 1936 (AB Minden 1936, 146), zu KA Minden (I)
18. *Oeynhausen*: Errichtet 1. 7. 1899 (AB Minden 1899, 224) für Gem. Gohfeld, Löhne, Mennighüffen, Obernbeck, Gutsbez. Ulenburg-Beck (Kr. Herford); Dehme, Eidinghausen, Nieder-Becksen, Rehme, Volmerdingsen, Werste (Kr. Minden); Holtrup, Oeynhausen, Vennebeck (Amtsgerichtsbez. Oeynhausen); Vlotho, Exter, Valdorf, Möllbergen, Uffeln, Veltheim (Amtsgerichtsbez. Vlotho); aus KA Bünde, Herford und Minden
 Aufgehoben 31. 5. 1938 (AB Minden 1938, 146 und 209) aufgeteilt auf KA Minden und KA Herford (Gem. Gohfeld, Löhne, Mennighüffen, Obernbeck, Ulenburg) entsprechend den Landkreisgrenzen
19. *Paderborn II*: Errichtet 1. 7. 1895 (AB Minden 1895, 191) für Gem. Delbrück, Dorfbauerschaft, Hagen, Hövelhof, Ostenland, Stukenbrock, Westenholz, Westerloh (Amtsgerichtsbez. Delbrück); Salzkotten, Scharmède, Thüle, Oberntudorf, Niederntudorf, Upsprunge, Verne, Boke, Anreppen, Bentfeld, Garfeln, Hörste, Mantinghausen, Rebbecke, Schwelle, Verlar (Amtsgerichtsbez. Salzkotten); aus KA Paderborn
 Aufgehoben 30. 4. 1938 (AB Minden 1938, 119), an KA Paderborn (I)
20. *Petershagen*: Errichtet 1. 7. 1913 (AB Minden 1913, 197) für Gem. Petershagen, Eldagsen, Hävern, Maaslingen, Meßlingen, Ovenstädt, Südfelde, Todtenhausen, Schlüsselburg, Buchholz, Großenheerse, Bierde, Döhren, Gorspen-Vahlsen, Heimsen, Ilse, Ilserheide, Ilvese, Jössen, Lahde, Neuenknick, Quetzen, Raderhorst, Rosenhagen, Seelenfeld, Windheim (Amtsgerichtsbez. Petershagen); aus KA Minden II
 Zugang: 1. 10. 1936 von KA Minden I (B8)
 Aufgehoben 30. 9. 1938 (AB Minden 1938, 417); zu KA Minden
21. *Rahden*: Errichtet 1. 7. 1905 (AB Minden 1905, 147) für Gem. Dielingen, Arrenkamp, Drohne, Oppendorf, Oppenwehe, Wehden, Westrup, Gutsbez. Haldem; Großendorf, Kleinendorf, Sielhorst, Ströhen, Tonnenheide, Varl, Wehe (Amtsgerichtsbez. Rahden); aus KA Lübbecke
 Aufgehoben 31. 12. 1939 (AB Minden 1939, 204), zu KA Lübbecke

Regierungsbezirk Arnsberg

22. *Bochum II*: Errichtet 1. 4. 1874 (AB Arnsberg 1874, 108) als *KA Witten* für Städte Witten, Hattingen. Gem. Langendreer, Düren, Somborn, Stockum, Werne; Blankenstein, Buchholz, Durchholz, Herbede, Heven, Ost-Herbede, Stiepel, Vormholz, West-Herbede; Altendorf, Baak, Nieder-Bonsfeld, Ober-Bonsfeld, Bredenscheid, Dahlhausen, Dumberg, Nieder-Elfringhausen, Ober-Elfringhausen, Holthausen, Horst, Linden, Nieder-Stüter, Ober-Stüter, Welper, Wenigern, Winz; Wattenscheid, Eiberg, Eppendorf, Freisenbruch, Günnigfeld, Höntrop, Königsstele, Leithe, Munscheid, Sevinghausen, Ueckendorf, Westenfeld, aus KA Bochum

1. 5. 1885 (AB Arnsb. 1885, 142) Umbenennung in KA Bochum II und Abgang von Stadt und Amt Wattenscheid an KA Gelsenkirchen
Seit 1. 10. 1894 (AB Arnsberg 1894, 225) für Ämter Bochum-Süd, Weimar und Kr. Hattingen (außer Amt Heven-Herbede)
Aufgehoben 30. 9. 1937 (AB Arnsberg 1937, 130), zu KA Bochum (I)
23. *Castrop*: Errichtet 1. 7. 1904 (AB Arnsberg 1904, 447) für Gem. Bövinghausen/Amt Lütgendortmund, Bodelschwingh, Brüninghausen, Deininghausen, Deusen, Dingen, Ellinghausen, Gruppenbruch, Ickern, Mengede, Nette, Oestrich, Schwieringhausen, Westerfilde, Börnig, Giesenberg-Sodingen, Holthausen, Bövinghausen/Amt Rauxel, Frohlinde, Habinghorst, Merklinde, Rauxel, Stadt Castrop mit Behringhausen, Obercastrop; aus Teilen der KÄ Dortmund II und III
Grenzveränderung März 1909 (AB Arnsberg 1909, 149) gegen KA Dortmund III
Abgang: 1. 4. 1932 (AB Arnsberg 1932, 38) Amt Sodingen an KA Herne – 1. 10. 1937 (AB Arnsb. 1937, 130) Teil des Stadtkr. Dortmund, der bisher zu KA Castrop-Rauxel gehörte, zu KA Dortmund
Aufgehoben 1. 4. 1938 (AB Arnsb. 1937, 130), vereinigt mit KA Herne und KA Wanne-Eickel zu KA Herne
24. *Dortmund II*: Errichtet 1. 4. 1874 (AB Arnsb. 1874, 108) als KA *Hörde* für Städte Hörde und Schwerte; Gem. Barop, Brackel, Körne, Hachene, Kirchhörde, Lückleberg, Niederhofen, Wambel, Wellinghofen, Wichlinghofen, Westhofen, Garenfeld, Geisecke, Holzen, Lichtendorf, Syburg, Villigst, Wandhofen; Aplerbeck, Asseln, Berghofen, Courl, Grevel, Hengsen, Holzwickede, Husen, Lanstrop, Opherdicke, Schüren, Sölde, Wickede, Lünen, Altenderne-Niederbecker, Altenderne-Oberbecker, Beckinghausen, Brambauer, Brechten, Eving, Gahmen, Holt hausen, Horstmar, Hstedde, Kemminghausen, Kirchderne, Lindenhurst, Lippolthausen; aus KA Dortmund
1880 (AB Arnsb. 1880, 138) umbenannt in KA Dortmund II
Grenzveränderungen 1894 (AB Arnsb. 1894, 225) und 1899 (AB Arnsb. 1899, 343)
Abgang: 1. 10. 1899 (AB Arnsb. 1899, 523) Gem. Wickede, an KA Werl – 1. 7. 1904 (AB Arnsb. 1904, 447) KA Castrop
1. 10. 1937 (AB Arnsb. 1937, 130) Vereinigung der KÄ Dortmund I, II und III mit dem zweiten KA Hörde zu KA Dortmund
25. *Dortmund III*: Errichtet 1. 7. 1899 (AB Arnsb. 1899, 343) für Gem. Dorstfeld, Huckarde, Marten, Rahm, Wischlingen, Castrop, Behringhausen, Börnig, Bövinghausen bei Castrop, Frohlinde, Giesenberg-Sodingen, Habinghorst, Holthausen bei Castrop, Merklinde, Obercastrop, Rauxel, Lütgendortmund, Bövinghausen bei Lütgendortmund, Dellwig-Holte, Kirchlinde, Kley, Öspel, Westrich; Barop, Eichlinghofen, Menglinghausen, Persebeck, Salingen, Kirchhörde, Rüdinghausen; aus KA Dortmund I und II
Abgang: 1904 (AB Arnsb. 1904, 447) KA Castrop
Aufgehoben 1. 10. 1937 (s. KA Dortmund II)
26. *Förde* (seit 1930 KA *Grevenbrück*) Errichtet 1. 7. 1910 (AB Arnsb. 1910, 510) für Gem. Förde, Elspe, Kirchveischede, Rahrbach, Kirchhündem, Heinsberg, Kohlhagen, Lenne, Oberhundem, Saalhausen; aus KA Olpe
Aufgehoben 30. 9. 1937 (AB Arnsb. 1937, 130), zu KA Olpe als Nebenstelle
27. *Fredenburg*: Errichtet 1. 7. 1910 (AB Arnsb. 1910, 510) für Gem. Fredenburg, Berghausen, Bödefeld Freiheit und Land, Dorlar, Rarbach, Schmallenberg, Grafschaft, Oberkirchen, Wormbach, Ödingen, Schliprüthen, Schönholthausen, Cobbenrode aus KA Meschede
Aufgehoben 26. 4. 1940 (AB Arnsb. 1940, 53), zu KA Meschede
28. *Hagen II*: a) Errichtet 1. 5. 1885, umbenannt 1. 10. 1894 in KA *Schwelm* (s. dort D 41)
b) *Zweites KA Hagen II* errichtet 1. 10. 1926 (AB Arnsb. 1926, 175) für Landkr. Hagen (außer Amt Boele); aus KA Hagen I
Aufgehoben 31. 12. 1937 (AB Arnsb. 1937, 130), zu KA Hagen (I), Gem. Breckerfeld, Dahl, Waldbauer an KA Schwelm

29. *Hörde*. a) Errichtet 1. 4. 1874, umbenannt 1880 in KA *Dortmund II* (s. dort C 24)
 b) *Zweites KA Hörde (später Dortmund-Hörde)* errichtet 1. 10. 1894 (AB Arnsb. 1894, 225) für Kr. Hörde (außer Gem. Annen-Wullen); aus KA Dortmund II
 Abgang: 1. 10. 1899 (AB Arnsb. 1899, 523) Gem. Hengsen, Holzwickede, Opherdicke; an KA Werl
 Aufgehoben 30. 9. 1937 (AB Arnsb. 1937, 130), zu KA Dortmund (Anteil an Stadtkr. Dortmund) und KA Iserlohn (Anteil an Landkr. Iserlohn)
30. *Wanne-Eickel*: Errichtet 1. 10. 1902 (AB Arnsb. 1902, 588) mit Sitz in *Wanne* für Gem. Wanne, Crange, Röhlinghausen, Eickel, Holsterhausen (= Ämter Wanne und Eickel); aus KÄ Gelsenkirchen und Wattenscheid
 Aufgehoben 31. 3. 1938 (AB Arnsb. 1937, 130), zu KA Herne
31. *Wattenscheid*: Errichtet 1. 7. 1900 (AB Arnsb. 1899, 344) für Stadt Wattenscheid, Gem. Eppendorf, Günnigfeld, Höntrop, Leithe, Munscheid, Sevinghausen, Ueckendorf, Westenfeld, Eickel, Holsterhausen; aus KA Gelsenkirchen
 Abgang: 1. 10. 1902 (AB Arnsb. 1902, 588) Gem. Eickel, Holsterhausen an KA Wanne-Eickel – 5. 7. 1928 (AB Arnsb. 1928, 120) Gem. Ueckendorf an KA Gelsenkirchen
 Aufgehoben 30. 9. 1937 (AB Arnsb. 1937, 130), zu KA Bochum
32. *Werl*: Errichtet 1. 7. 1897 (AB Arnsb. 1897, 393) für Stadt Werl; Gem. Budberg, Holtum, Illingen, Mawicke, Nieder-Bergstraße, Ober-Bergstraße, Ost-Büderich, Scheidingen, Schlückingen, West-Büderich, West-Önnen, Wickede, Wiehagen, Bremen, Bilme, Bittingen, Blumenthal, Gerlingen, Himmelpforten, Höingen, Lüttringen, Nieder-Ense, Ober-Ense, Parsit, Ruhne, Sieveringen, Volbringen, Waltringen (Kr. Soest); Fröndenberg Dorf und Stift, Altendorf, Ardey, Bausenhagen, Bentrop, Billmerich, Dellwig, Frömern, Frohnhausen, Kessebüren, Langschede, Neimen, Ost-Büren, Stentrop, Strickherdicke, Warmen, Westick bei Fröndenberg, Hilbeck, Sömmern, Westhemmerde, Stockum, Siddinghausen (Kr. Hamm-Unna); Stadt Menden; Gem. Böingsen, Halingen, Holzen, Ösbern, Schwitten, Sümmern, Wimbern (Kr. Iserlohn); aus KÄ Soest, Hamm und Iserlohn
 Abgang: 1. 10. 1899 (AB Arnsb. 1899, 523) Stadt und Amt Menden (= Anteil an Kr. Iserlohn), an KA Iserlohn – 1. 4. 1904 (AB Arnsb. 1904, 488) KA Unna
 Zugang: 1. 10. 1899 von KA Dortmund II (C 24), Hörde (C 29) und Hamm (B 22)
 Aufgehoben: 30. 9. 1937 (AB Arnsb. 1937, 130), zu KA Soest (Anteil an Kr. Soest) und KA Unna (Anteil an Kr. Unna)
33. *Witten*: a) Errichtet 1. 4. 1874, umbenannt 1. 5. 1885 in KA *Bochum II* (s. dort C 22)
 b) *Zweites KA Witten* errichtet 1. 10. 1894 (AB Arnsb. 1894, 225) für Stadt Witten; Gem. Langendreer, Düren, Somborn, Stockum; Werne (Kr. Bochum); Volmarstein, Asbeck, Berge, Esborn, Grundschötel, Silschede, Wengern, (Kr. Hagen); Annen-Wullen (Kr. Hörde); Heven, Durchholz, Ost-Herbede, West-Herbede, Vormholz (Kr. Hattingen); aus KA Bochum II und Hagen II (Schwelm)
 Abgang: 30. 9. 1937 (AB Arnsb. 1937, 130) Anteil an Stadtkr. Bochum an KA Bochum; Anteil an Stadtkr. Dortmund an KA Dortmund
 Aufgehoben 31. 12. 1937 (AB Arnsb. 1937, 130), zu KA Hagen und KA Hattingen (Ämter Herbede und Volmarstein)

D. Katasterämter und ihre Bezirke 1940

Nachdem der preußische Finanzminister durch Runderl. vom 27. 5. 1937 die Abgrenzung der Katasterbezirke nach Verwaltungsgrenzen gefordert hatte, wurde diese seit 1937/38 allmählich durchgeführt, so daß schließlich – mit Ausnahme der KÄ Hagen und Lüdenscheid, deren Bezirke in den Ennepe-Ruhr-Kreis bzw. Kr. Altena hineinragten – sich Katasterbezirksgrenzen nicht mehr mit Kreisgrenzen überschneiden. Zahlreiche Katasterämter waren für mehrere Stadt- oder Landkreise zuständig, in einigen Landkreisen gab es mehrere Katasterämter.

Durch Verw.-Anordn. des Finanzministers NW vom 25. 10. 1948 (Min.bl. 1948, 567) sind ab 1. 11. 1948 die Katasterämter, die vom 1. 10. 1944 bis 1945 sogar Reichsbehörden gewesen waren (VO vom 30. 9. 1944, RGBl. 1944 I, 273), den (kommunalen) Verwaltungen der Stadt- und Landkreise, jedoch unter der Fachaufsicht des Regierungspräsidenten, eingegliedert. Diejenigen, die bisher für mehrere Kreise zuständig waren, mußten aufgeteilt werden. Zum 1. 11. 1948 entstanden daher neue Katasterämter für die Stadtkreise Bocholt (bisher zu KA Borken), Bottrop (bisher zu KA Gladbeck), Recklinghausen (bisher zu KA Dorsten); Bielefeld (bisher zu KA Bielefeld), Herford (bisher zu KA Herford); Castrop-Rauxel und Wanne-Eickel (bisher zu KA Herne), Hamm (bisher KA Unna), Iserlohn (bisher KA Iserlohn), Lünen (bisher KA Dortmund), Siegen (bisher KA Siegen), Wattenscheid (bisher KA Bochum), Witten (bisher KA Hagen); für den Landkreis Büren (bisher KA Paderborn); ebenso auch zum 1. 11. 1948 für die Landkreise Detmold und Lemgo.

Soweit in einem Landkreis mehrere Katasterämter bestanden – so im Kr. Beckum KÄ Beckum, Ahlen und Oelde, im Kr. Recklinghausen KÄ Recklinghausen und Dorsten, im Kr. Tecklenburg KÄ Tecklenburg und Mettingen; im Kr. Altena KÄ Altena und Meinerzhagen, im Ennepe-Ruhr-Kreis KÄ Schwelm und Hattingen –, wurden die außerhalb der Kreisstadt gelegenen entweder aufgehoben (so KA Bünde 1. 10. 1959) oder zu Nebenstellen (so KA Dorsten 27. 1. 1950, AB Münster 1950, 45). Andererseits wurden neue Nebenstellen geschaffen, z. B. Ibbenbüren (1. 4. 1949), Rheine (17. 5. 1949), Gütersloh (2. 1. 1951), Marl (1. 7. 1959).

Regierungsbezirk Münster

1. *Münster* s. B 1
Bezirk 1940: Stadt- und Landkr. Münster
2. *Ahaus* s. B 2
Bezirk 1940: Kr. Ahaus
3. *Ahlen*: Errichtet 1. 10. 1894 (AB Münster 1894, 161) für Stadt Ahlen; Gem. Altahlen, Dolberg, Heessen, Neuahlen, Sendenhorst Stadt und Ksp., Drensteinfurt Stadt und Ksp., Walstedde, Bockum, Hövel, Herbern, Altlünen, Werne Stadt und Ksp., Capelle, Stockum; aus KÄ Beckum und Lüdinghausen
Abgang: 1. 6. 1914 (AB Münster 1914, 288) Gem. Bockum, Herbern, Hövel, Capelle, Stockum, Werne Stadt und Ksp.; an KA Werne – 1. 10. 1937 (Verf. Reg.-Präs. Münster vom 24. 9. 1937 – T 2 Nr. 1226) Gem. Drensteinfurt Stadt und Ksp., Walstedde; an KA Lüdinghausen
Zugang 1. 6. 1914 von KA Beckum (B3)
Bezirk 1940: Gem. Ahlen, Altahlen, Dolberg, Heessen, Neuahlen, Sendenhorst Stadt und Ksp., Enniger, Vorhelm
4. *Beckum* s. B 3
Bezirk 1940: Kr. Beckum, soweit nicht zu KA Ahlen und KA Oelde
5. *Borken*: a) Errichtet 1. 4. 1874, verlegt 1884/85 nach *Bocholt* (C 1)
b) *Zweites KA Borken* errichtet 1. 10. 1894 (AB Münster 1894, 162) für Gem. Borken, Gemen Stadt und Ksp., Heiden, Wirthe, Grütlohn, Homer, Hoxfeld, Marbeck, Rhedebrügge, Westeborken, Raesfeld, Ramsdorf Dorf und Ksp., Großreken, Hülsten, Kleinreken, Velen, Waldvelen, Nordvelen, Weseke; aus KA Bocholt
Zugang: 15. 6. 1939 KA Bocholt (C 1)
Bezirk 1940: Kr. Borken, Stadtkr. Bocholt
6. *Burgsteinfurt* s. B 6
Bezirk 1940: Kr. Steinfurt
7. *Coesfeld* s. B 4
Bezirk 1940: Kr. Coesfeld
8. *Dorsten*: Errichtet 1. 4. 1880 (AB Münster 1880, 87) durch Teilung des KA Dorsten-Recklinghausen in KA Dorsten (für Stadt Dorsten; Gem. Marl, Altendorf-Ulfkotte, Hamm, Polsum; Kirchhellen; Lembeck, Hervest, Wulfen; Altschermbeck, Erle, Holsterhausen, Rhade; Bottrop, Osterfeld) und KA Recklinghausen

- Abgang: 1. 10. 1894 (AB Arnsb. 1894, 162) Gem. Bottrop, Osterfeld, an KA Buer
 Zugang: 1. 10. 1937 von KA Gladbeck (D 10)
 Bezirk 1940: Gem. Dorsten, Marl, Altendorf, Ulfkotte, Hamm, Polsum, Lembeck, Hervest, Kirchhellen, Wulfen, Altschermbeck, Erle, Holsterhausen, Rhade
9. *Gelsenkirchen*: Errichtet 1. 5. 1885 (AB Arnsb. 1885, 142) für Städte Gelsenkirchen, Wattenscheid, Gem. Eppendorf, Günnigfeld, Höntrop, Leithe, Munscheid, Sevinghausen, Westenfeld; Bickern (Wanne), Eickel, Holsterhausen, Crange, Röhlinghausen; Schalke, Braubauerschaft, Bulmke, Heßler, Hüllen; Ueckendorf (Kr. Gelsenkirchen); Königsstele, Eiberg, Freisenbruch, Horst (Kr. Hattingen); aus KA Bochum
 Abgang: 1. 7. 1900 (AB Arnsb. 1899, 344) KA Wattenscheid – 1. 10. 1902 (AB Arnsb. 1902, 588) Gem. Wanne, Crange, Röhlinghausen an KA Wanne
 Zugang: 5. 7. 1928 von KA Wattenscheid (C 31) – 1. 1. 1938 KA Buer (C 3)
 Bezirk 1940: Stadtkr. Gelsenkirchen (einschl. Schalke, Braubauerschaft, Bulmke, Heßler, Hüllen, Buer, Horst, Westerholt, Ueckendorf)
10. *Gladbeck*: Errichtet 1. 7. 1908 (AB Münster 1908, 188) für Gem. Gladbeck, Kirchhellen; aus KÄ Buer und Dorsten
 Abgang: 1. 10. 1937 (Verf. Reg.-Präs. Münster vom 25. 9. 1937) Gem. Kirchhellen an KA Dorsten
 Zugang: Dez. 1937 KA Bottrop (C 2)
 Bezirk 1940: Stadtkr. Gladbeck und Bottrop
11. *Lüdinghausen*: Errichtet 1. 5. 1869 (AB Münster 1869, 86) für Gem. Senden, Venne, Ottmarsbocholt, Ascheberg, Südkirchen, Nordkirchen, Bork, Altlünen, Lüdinghausen Stadt und Ksp., Selm, Olfen Stadt und Ksp., Seppenrade (Kr. Lüdinghausen); Dülmen, Hausdülmen, Merfeld, Buldern, Hiddingsel, Haltern Stadt und Ksp., Lippramsdorf, Hullern (Kr. Coesfeld); aus KÄ Münster, Coesfeld und Dorsten
 Abgang: 1. 7. 1899 (AB Münster 1899, 204) KA Dülmen – 1. 6. 1914 (AB Münster 1914, 288) Gem. Altlünen, Ascheberg, an KA Werne
 Zugang: 1. 10. 1937 von KA Ahlen (D 3) – 1. 1. 1938 KA Werne (C 12)
 Bezirk 1940: Kr. Lüdinghausen
12. *Mettingen*: Errichtet 1. 6. 1914 (AB Münster 1914, 288) für Gem. Halverde, Mettingen, Recke, Schale und wahrscheinlich auch Hopsten (von KA Ibbenbüren); Lotte, Wersen, Westerkappeln Stadt und Ksp. (von KA Tecklenburg)
 Bezirk 1940: wie 1914
13. *Oelde*: Errichtet 1. 7. 1899 (AB Münster 1899, 204) für Gem. Oelde Stadt und Ksp., Stromberg, Benteler, Sünninghausen, Vellern, Neubeckum, Ennigerloh (von KA Beckum) und Ostenfelde (von KA Warendorf)
 Abgang: 1. 10. 1937 (AB Münster 1937, 178) Gem. Ostenfelde an KA Warendorf
 Bezirk 1940: wie 1899 (außer Ostenfelde)
14. *Recklinghausen*: Errichtet 1. 4. 1880 (AB Münster 1880, 87) durch Teilung des KA *Dorsten-Recklinghausen* in KA *Dorsten* und KA *Recklinghausen* (für Recklinghausen Stadt und Land, Gem. Oer, Suderwich; Datteln, Ahsen, Flaesheim; Herten; Waltrop, Henrichenburg, Horneburg; Buer, Gladbeck, Horst, Westerholt)
 1. 7. 1905 (AB Münster 1905, 162) Teilung in KA Recklinghausen I und II
 1. 7. 1908 (AB Münster 1908, 188) Teilung in KÄ Recklinghausen I (für Stadt Recklinghausen, Gem. Flaesheim, Oer, Suderwich), II (für Gem. Recklinghausen Land, Herten) und III (für Gem. Ahsen, Datteln, Henrichenburg, Horneburg, Waltrop)
 1. 10. 1933 (AB Münster 1933, 167) Zusammenfassung von KÄ Recklinghausen I, II und III zu KÄ Recklinghausen I (für Stadt Recklinghausen, Gem. Herten) und II (für Gem. Flaesheim, Oer, Erkenschwick, Ahsen, Datteln, Horneburg, Henrichenburg, Waltrop)
 1. 10. 1939 (AB Münster 1939, 166) Vereinigung von KÄ Recklinghausen I und II
 Bezirk 1940: Kr. Recklinghausen, soweit nicht zu KA Dorsten; Stadtkr. Recklinghausen

15. *Tecklenburg*: a) Errichtet 1. 4. 1874, verlegt 1880/81 nach *Ibbenbüren* (s. dort C 5)
 b) *Zweites KA Tecklenburg* errichtet 1. 10. 1894 (AB Münster 1894, 162) für Gem. Tecklenburg, Westerkappeln Stadt und Ksp., Ladbergen, Lengerich Stadt u. Ksp., Lienen, Lotte, Wersen, Ledde, Leeden; aus KA Ibbenbüren
 Abgang: 1. 6. 1914 (AB Münster 1914, 288) KA Mettingen
 Zugang: 1. 1. 1938 KA Ibbenbüren (C 5)
 Bezirk 1940: Kr. Tecklenburg, soweit nicht zu KA Mettingen
16. *Warendorf*: s. B 7
 Bezirk 1940: Kr. Warendorf

Regierungsbezirk Minden

17. *Minden*: s. B 8
 Bezirk 1940: Kr. Minden
18. *Bielefeld*: s. B 9
 Bezirk 1940: Stadt- und Landkr. Bielefeld
19. *Halle*: Errichtet 1. 4. 1878 (AB Minden 1878, 53) für Kr. Halle (aus KA Bielefeld) und Ämter Spenge und Enger (aus KA Herford)
 Abgang: 1. 7. 1895 (AB Minden 1895, 191) Gem. Hücker-Aschen an KA Bünde – 1. 7. 1899 (AB Minden 1899, 224) Ämter Enger und Spenge (außer Gem. Hücker-Aschen) an KA Herford
 Bezirk 1940: Kr. Halle
20. *Herford*: s. B 12
 Bezirk 1940: Stadt- und Landkr. Herford
21. *Höxter*: s. B 13
 Bezirk 1940: Kr. Höxter
22. *Lübbecke*: s. B 14
 Bezirk 1940: Kr. Lübbecke
23. *Paderborn*: s. B 15
 Bezirk 1940: Kr. Paderborn und Büren
24. *Warburg*: s. B 16
 Bezirk 1940: Kr. Warburg
25. *Wiedenbrück*: Errichtet 10. 4. 1868 (AB Minden 1868, 102) in *Gütersloh* für Kr. Wiedenbrück; Gem. Brackwede, Ebbesloh, Gadderbaum, Hollen, Holtkamp, Isselhorst, Niehorst, Quelle, Senne I und II, Ummeln (Amt Brackwede)
 1. 10. 1894 (AB Minden 1894, 237) verlegt nach *Wiedenbrück*
 Abgang: 1. 4. 1878 (AB Minden 1878, 53) Amt Brackwede an KA Bielefeld – 1. 7. 1901 (AB Minden 1901, 255) zweites KA Gütersloh – 1. 4. 1933 (AB Minden 1933, 63) Gem. Oesterwiehe an zweite KA Gütersloh
 Zugang: 1. 7. 1938 zweites KA Gütersloh (C 15)
 Bezirk 1940: Kr. Wiedenbrück

Regierungsbezirk Arnsberg

26. *Arnsberg*: s. B 17
 Bezirk 1940: Kr. Arnsberg
27. *Altena*: a) Errichtet 1. 10. 1851 mit Sitz in *Lüdenscheid* (s. B 25 Lüdenscheid)
 b) *Zweites Amt Altena* errichtet 1. 6. 1898 (AB Arnsberg 1898, 255) durch Teilung von KA Lüdenscheid-Altena in KA Altena (für Städte Altena, Plettenberg; Gem. Kelleramt, Wiblingwerde; Herscheid; Neuenrade, Dahle, Ohle, Plettenberg Ksp.; Werdohl) und KA Lüdenscheid
 Abgang: 1. 7. 1914 (AB Arnsb. 1914, 320) KA Meinerzhagen
 Bezirk 1940: Kr. Altena, soweit nicht zu KA Lüdenscheid und KA Meinerzhagen
28. *Berleburg*: s. B 18
 Bezirk 1940: Kr. Wittgenstein

29. *Bochum*: Errichtet provisorisch 1865, definitiv 1. 3. 1867 (AB Arnsb. 1867, 142) für Landkr. Bochum; aus KA Dortmund
Abgang: 1. 4. 1874 (AB Arnsb. 1874, 108) KA Witten (seit 1885 Bochum II) – 1. 5. 1885 (AB Arnsb. 1885, 142) KA Gelsenkirchen
Neuabgrenzungen: 1. 5. 1885 (AB Arnsb. 1885, 142) für Stadt Bochum, Ämter Bochum Nord, Bochum Süd, Herne; umbenannt in KA Bochum I – 1. 10. 1894 (AB Arnsb. 1894, 225) für Stadt Bochum, Ämter Bochum Nord, Herne – 1899 (AB Arnsb. 1899, 344) Stadt Bochum, Gem. Grumme, Hamme, Hofstede
Zugang: 1. 10. 1937 KÄ Bochum II (C 22) und Wattenscheid (C 31); von zweiten KA Witten (C 33b)
Bezirk 1940: Stadtkr. Bochum und Wattenscheid
30. *Brilon*: s. B 19
Bezirk 1940: Kr. Brilon
31. *Dortmund*: s. B 20
Bezirk 1940: Stadtkr. Dortmund und Lünen
32. *Hagen*: s. B 21
Bezirk 1940: Stadtkr. Hagen und Witten; Stadt Herdecke (Ennepe-Ruhr-Kr.)
33. *Hattingen*: Errichtet 1. 7. 1899 (AB Arnsb. 1899, 344) für Stadt Hattingen; Gem. Altendorf, Baak, Bredenscheid, Dumberg, Nieder-Bonsfeld, Nieder-Elfringhausen, Nieder-Stüter, Nieder-Wenigern, Ober-Elfringhausen, Ober-Stüter, Winz; Blankenstein, Buchholz, Holthausen, Stiepel, Welper; Linden, Dahlhausen; Königssteede, Eiberg, Freisenbruch, Horst; aus KA Bochum
Abgang: 1. 10. 1937 (AB Arnsb. 1937, 130) Teil des Stadtkr. Bochum (Stiepel, Linden, Dahlhausen), der bisher zu KA Hattingen; an KA Bochum
Zugang 1. 1. 1938 von KA Schwelm (D 41) und zweiten KA Witten (C 33 b)
Bezirk 1940: Stadt Hattingen; Gem. Altendorf, Winz (mit Nieder-Wenigern, Baak, Dumberg und Nieder-Bonsfeld), Nieder-Elfringhausen, Nieder-Stüter, Ober-Elfringhausen, Ober-Stüter; Blankenstein, Buchholz, Holthausen, Welper; Herbede, Volmarstein, Asbeck, Berge, Esborn, Grundschötter, Silschede, Wengern; Nieder-Sprockhövel, Ober-Sprockhövel, Hiddinghausen II
34. *Herne*: Errichtet 1. 7. 1899 (AB Arnsb. 1899, 344) für Stadt Herne; Gem. Baukau, Bladenhorst, Hiltrop, Horsthausen, Pöppinghausen; aus KA Bochum I
Zugang: 1. 4. 1932 von KA Castrop-Rauxel (C 23) – 1. 4. 1938 KÄ Castrop-Rauxel (C 23) und Wanne-Eickel (C 30)
Bezirk 1940: Stadtkr. Herne, Castrop-Rauxel und Wanne-Eickel
35. *Iserlohn*: Errichtet März 1868 (AB Arnsb. 1868, 137) für Kr. Iserlohn; aus KÄ Arnsberg und Hagen
Abgang: 1. 7. 1897 (AB Arnsb. 1897, 393) bis 1. 10. 1899 (AB Arnsb. 1899, 523) Stadt und Amt Menden, an KA Werl
Zugang: 1. 10. 1937 von KA Dortmund-Hörde (C 29 b)
Bezirk 1940: Stadt- und Landkr. Iserlohn
36. *Lippstadt*: s. B 24
Bezirk 1940: Kr. Lippstadt
37. *Lüdenscheid*: a) Errichtet 1. 10. 1851 als KA *Altena* mit Sitz in Lüdenscheid (s. B 25)
b) *Zweites KA Lüdenscheid* errichtet 1. 6. 1898 (AB Arnsb. 1898, 255) durch Teilung des KA Lüdenscheid-Altena in KA Lüdenscheid (für Gem. Lüdenscheid Stadt und Land, Hülscheid, Halver; Kierspe, Rönsahl; Meinerzhagen, Valbert) und KA Altena
Abgang: 1. 7. 1914 (AB Arnsb. 1914, 320) KA Meinerzhagen
Bezirk 1940: Stadtkr. Lüdenscheid; Gem. Lüdenscheid Land, Hülscheid, Halver, Schalksmühle

38. *Meinerzhagen*: Errichtet 1. 7. 1914 (AB Arnsb. 1914, 320) für Gem. Meinerzhagen, Valbert; Kierspe, Rönsahl; aus KA Lüdenscheid
Bezirk 1940: wie 1914
39. *Meschede*: s. B 26
Bezirk 1940: Kr. Meschede
40. *Olpe*: s. B 27
Bezirk 1940: Kr. Olpe
41. *Schwelm*: Errichtet 1. 5. 1885 (AB Arnsb. 1885, 122) als KA *Hagen II* für Städte Schwelm, Breckerfeld; Gem. Vörde, Gevelsberg, Mühlhinghausen, Elkinghausen, Schweflinghausen, Haspe, Vorhalle, Waldbauer, Westerbauer, Haßlinghausen, Gennebreck, Hiddinghausen I, Linderhausen, Langerfeld, Nächstebreck, Nieder-Sprockhövel, Ober-Sprockhövel, Hiddinghausen II; Volmarstein, Asbeck, Berge, Bommern, Esborn, Grundschöttel, Silschede, Wengern; aus KA Hagen
1. 10. 1894 (AB Arnsb. 1894, 225) verlegt nach *Schwelm* und umbenannt in KA Schwelm, Amt Volmarstein an zweites KA Witten
Abgang: 1. 10. 1926 (AB Arnsb. 1926, 175) Anteil an Kr. Hagen (Haspe, Vorhalle, Westerbauer) an zweite KA Hagen II – 1. 1. 1938 (KA Arnsb. 1937, 130) Nieder-Sprockhövel, Ober-Sprockhövel, Hiddinghausen II; an KA Hattingen
Zugang: 1. 1. 1938 von KA Hagen II (C 28)
Bezirk 1940: Städte Schwelm, Breckerfeld; Gem. Vörde, Gevelsberg; Milspe (= Mühlhinghausen, Oelkinghausen, Schweflinghausen); Dahl, Waldbauer; Haßlinghausen, Gennebreck, Hiddinghausen I, Linderhausen
42. *Siegen*: s. B 28
Bezirk 1940: Stadt- und Landkr. Siegen
43. *Soest*: Errichtet 27. 3. 1868 (AB Arnsb. 1868, 137) für Kr. Soest; aus KA Hamm (II)
Abgang: 1. 7. 1897 (AB Arnsb. 1897, 393) Stadt Werl; Gem. Budberg, Holtum, Illingen, Mawicke, Nieder-Bergstraße, Ober-Bergstraße, Ost-Büderich, Scheidungen, Schlückingen, West-Büderich, Westönnen, Wickede, Wiehagen; Bremen, Bilme, Bittingen, Blumenthal, Gerlingen, Himmelpforten, Höingen, Lüttringen, Nieder-Ense, Ober-Ense, Parsit, Ruhne, Sieveringen, Volbringen, Waltringen; an KA Werl
Zugang: 1. 7. 1937 Teil von KA Werl (C 32)
Bezirk 1940: Kr. Soest
44. *Unna*: Errichtet 1. 8. 1904 (AB Arnsb. 1904, 488) für Gem. Wickede (Kr. Dortmund); Stadt Unna, Gem. Fröndenberg, Altendorf, Ardey, Bausenhagen (mit Bentrup, Frohnhausen, Neimen, Stentrop und Warmen), Billmerich, Dellwig, Frömern, Kessebüren, Langschede, Ostbüren, Strickherdicke; Flierich, Bramey-Lenningsen, Gutsbez. Brüggen; Afferde, Hemmerde, Lünern, Mühlhausen, Niedermaßen, Obermaßen, Siddinghausen, Stockum, Uelzen, Westhemmerde (Kr. Hamm/Unna); Gem. Hengsen, Holzwickede, Opherdicke (Kr. Hörde); aus KA Werl
Abgang: 1. 10. 1937 (AB Arnsb. 1937, 130) Anteil an Stadtkr. Dortmund an KA Dortmund
Zugang: 1. 10. 1937 (AB Arnsb. 1937, 130) von KA Werl (C 32) – 1. 4. 1938 KA Hamm (B 22)
Bezirk 1940: Stadtkr. Hamm, Kr. Unna

6. Finanzämter (zu Karte 4)

Bezirksveränderungen sind nur unter dem abgebenden Finanzamt aufgeführt. Liste der 1919 geplanten (z. T. erst später errichteten) Finanzämter mit Bezirken: AB RFV 1920, 298-300; dazu Berichtigung ebd. 1920, 356

Am 1. 4. 1920 errichtete Finanzämter (Bek. d. Landesfinanzamtes vom 19. 3. 1920: AB Münster 1920, 146; AB Minden 1920, 79; AB Arnsb. 1920, 208):

- Altena* für Kr. Altena, Stadtkr. Lüdenscheid
 Abgang: 1. 10. 1920 FA Lüdenscheid
 Bezirk Dez. 1920: Kr. Altena (außer Ämtern Halver, Kierspe, Lüdenscheid, Meinerzhagen)
- Arnsberg* für Kr. Arnsberg, Brilon, Meschede
 Abgang: 1. 5. 1920 FA Brilon – 15. 6. 1920 FA Meschede
 Bezirk Dez. 1920: Kr. Arnsberg
- Bielefeld* für Stadtkr. Bielefeld, Kr. Bielefeld-Land, Halle, Wiedenbrück
 1. 4. 1966 (GVBl. 1966, 95) geteilt in FÄ *Bielefeld-Stadt* und *Bielefeld-Land*, die 1. 1. 1973 (GVBl. 1972, 403) umbenannt in *Bielefeld-Innenstadt* und *Bielefeld-Außenstadt*
 Abgang: 1. 5. 1920 FA Wiedenbrück
 Bezirk Dez. 1920: Stadtkr. Bielefeld, Kr. Bielefeld-Land, Halle
- Bochum* für Stadtkr. Bochum und Witten; Kr. Bochum-Land (außer Amt Bladenhorst) und Hattingen; Ämter Bommern (Kr. Hagen), Annen (Kr. Hörde-Land), Sprockhövel (Kr. Schwelm)
 Abgang: 15. 9. 1920 FA Witten – 20. 2. 1921 FA Hattingen
 Bezirk Dez. 1920: Stadtkr. Bochum, Kr. Bochum-Land (außer Ämtern Bladenhorst, Langendreer), Kr. Hattingen (außer Gem. Heven); Amt Sprockhövel
- Coesfeld* für Kr. Ahaus, Borken, Coesfeld, Lüdinghausen
 Abgang: 1. 5. 1920 FÄ Ahaus und Lüdinghausen – 1. 6. 1920 FA Borken
 Bezirk Dez. 1920: Kr. Coesfeld
- Detmold* für Land Lippe (außer Amt Cappel-Lipperode), preuß. Stadt Lügde mit Amt Harzberg (Lipp. Staatsanzeiger 1920, 223)
 Abgang: 1. 12. 1920 lipp. Amt Schwalenberg, Stadt Lügde mit Amt Harzberg (an FA Pyrmont) – 1. 4. 1922 FA Lemgo – Dez. 1923 (AB RFV 1923, 489) Gem. Unterwüsten, Oberwüsten, Retzen-Papenhausen, Hörstmar, Trophagen, Bentrup, Barkhausen, Altendonop, Donop, Dalborn, Großenmarpe, Kleinenmarpe, Erlenbruch (an FA Lemgo)
 Bezirk Dez. 1920: Land Lippe (außer Ämtern Cappel-Lipperode und Schwalenberg)
- Dortmund-Stadt* für Stadtkr. Dortmund
 16. 7. 1923 (AB Arnsb. 1923, 297; AB RFV 1923, 200) geteilt in FA *Dortmund-Nord* (für Gebiet nördl. der Köln-Mindener Eisenbahn) und FA *Dortmund-Süd*
 1. 11. 1975 (GVBl. 1975, 579) Umbenennung von Dortmund-Nord in *Dortmund-Unna* und von Dortmund-Süd in *Dortmund-Ost*
 Bezirk Dez. 1920: Stadtkr. Dortmund (einschl. Gem. Körne, Deusen, Dorstfeld, Eving, Huckarde, Kemminghausen, Lindenhorst, Rahm, Wischlingen, Brackel, Wambel)
- Dortmund-Land* für Landkr. Dortmund (außer Amt Sodingen), Stadtkr. Hörde, Kr. Hörde-Land (außer Amt Annen)
 Umbenennung 1. 8. 1928 (AB RFV 1928, 448) in *Dortmund-Außenstadt*, 1. 11. 1975 (GVBl. 1975, 579) in *Dortmund-West*
 Abgang: 16. 8. 1920 FA Hörde – 1. 12. 1980 (GVBl. 1980, 730) Stadt Castrop-Rauxel (an FA Recklinghausen)
 Bezirk Dez. 1920: Landkr. Dortmund (außer Amt Sodingen)
- Gelsenkirchen* für Stadtkr. Gelsenkirchen und Herne; Landkr. Gelsenkirchen; Ämter Bladenhorst (Kr. Bochum-Land) und Sodingen (Kr. Dortmund-Land)
 Abgang: 1. 12. 1920 FA Herne – 1. 1. 1923 FA Wanne
 5. 4. 1936 umbenannt in FA *Gelsenkirchen-Süd*
 Bezirk Dez. 1920: Stadt- und Landkr. Gelsenkirchen
- Hagen* für Stadtkr. Hagen; Landkr. Hagen (außer Amt Bommern) und Schwelm (außer Amt Sprockhövel)
 Abgang: 19. 7. 1920 FA Schwelm
 Bezirk Dez. 1920: Stadtkr. Hagen; Landkr. Hagen (außer Amt Bommern).

- Hamm* für Stadtkr. Hamm; Landkr. Hamm, Lippstadt, Soest; lipp. Amt Cappel-Lipperode
 Abgang: 1. 6. 1920 FA Lippstadt – 1. 7. 1920 FA Soest
 Bezirk Dez. 1920: Stadt- und Landkr. Hamm
- Herford* für Stadt- und Landkr. Herford
 Abgang: 1. 1. 1922 FA Bünde – 1. 1. 1925 (GVBl. 1924, 138) Gem. Hücker-Aschen (an FA Bünde) – 1. 1. 1969 (GVBl. 1968, 432) Gem. Bustedt (an FA Bünde)
 Bezirk Dez. 1920: Stadt- und Landkr. Herford
- Iserlohn* für Stadt- und Landkr. Iserlohn
 Abgang: 1. 1. 1969 (GVBl. 1968, 431) Gem. Evingsen (an FA Altena)
 Bezirk Dez. 1920: Stadt- und Landkr. Iserlohn
- Minden* für Kr. Minden und Lübbecke
 Abgang: 1. 5. 1920 FA Lübbecke
 Bezirk Dez. 1920: Kr. Minden
- Münster I* für Stadt- und Landkr. Münster
 Abgang: 1. 6. 1921 (AB Münster 1921, 219) Landkr. Münster an FA Münster II, seitdem umbenannt in FA *Münster-Stadt*, seit 1. 1. 1975 (AB RFV 1974, 1540) in FA *Münster-Innenstadt*
- Münster II* für Kr. Beckum, Steinfurt, Tecklenburg, Warendorf
 Abgang: 1. 5. 1920 FA Beckum – 1. 9. 1920 FA Ibbenbüren – 1. 6. 1921 FA Warendorf – 1. 6. 1922 FA Burgsteinfurt – 1. 11. 1976 Gem. Emsdetten, Saerbeck an FA Steinfurt – 1. 1. 1981 Gem. Greven an FA Ibbenbüren, Gem. Altenberge an FA Steinfurt
 Umbenennung 1. 6. 1921 in *Münster-Land*, 1. 1. 1975 in *Münster-Außenstadt* (GVBl. 1974, 1540)
 Bezirk Dez. 1920: Kr. Steinfurt, Warendorf
- Paderborn* für Kr. Büren, Höxter (außer Stadt Lügde mit Amt Harzberg), Paderborn, Warburg
 Abgang: 1. 10. 1920 FA Warburg – 10. 8. 1920 FA Höxter
 Bezirk Dez. 1920: Kr. Büren, Paderborn
- Recklinghausen* für Stadt- und Landkr. Recklinghausen, Stadtkr. Buer
 Abgang: 1. 9. 1920 FA Gladbeck und Buer – 1. 10. 1920 FA Bottrop
 Bezirk Dez. 1920: Stadtkr. Recklinghausen; Landkr. Recklinghausen (außer Städten Bottrop, Osterfeld, Buer, Gladbeck und Dorsten; Ämtern Altscherbeck, Horst, Kirchhellen, Lembeck; Gem. Westerholt)
- Siegen* für Kr. Siegen, Olpe, Wittgenstein
 Abgang: 1. 5. 1920 FA Olpe
 Bezirk Dez. 1920; Kr. Siegen, Wittgenstein
- Am 1. 5. 1920 errichtete Finanzämter (Bek. d. Landesfinanzamtes vom 8. 5. 1920: AB Münster 1920, 205; AB Minden 1920, 116; AB Arnsb. 1920, 328)
- Ahaus* für Kr. Ahaus (aus FA Coesfeld)
 Bezirk Dez. 1920: Kr. Ahaus
- Beckum*: für Kr. Beckum (aus FA Münster II)
 Bezirk Dez. 1920: Kr. Beckum
- Brilon* für Kr. Brilon (aus FA Arnsberg)
 Bezirk Dez. 1920: Kr. Brilon
- Lübbecke* für Kr. Lübbecke (aus FA Minden)
 Bezirk Dez. 1920: Kr. Lübbecke
- Olpe* für Kr. Olpe (aus FA Siegen)
 Bezirk Dez. 1920: Kr. Olpe
- Wiedenbrück* für Kr. Wiedenbrück (aus FA Bielefeld)
 Bezirk Dez. 1920: Kr. Wiedenbrück

- Am 1. 6. 1920 errichtete Finanzämter (Bek. d. Landesfinanzamtes vom 28. 5. 1920; AB Münster 1920, 230; AB Arnsb. 1920, 365):
- Borken* für Kr. Borken (aus FA Coesfeld)
Bezirk Dez. 1920: Kr. Borken
- Lippstadt* für Kr. Lippstadt und lipp. Amt Cappel-Lipperode (aus FA Hamm)
Bezirk Dez. 1920: Kr. Lippstadt und lipp. Amt Cappel-Lipperode
- Weitere i. J. 1920 errichtete Finanzämter:
- Meschede* 15. 6. 1920 (AB Arnsb. 1920, 365) für Kr. Meschede (aus FA Arnberg)
Bezirk Dez. 1920: Kr. Meschede
- Soest* 1. 7. 1920 (AB Arnsb. 1920, 365) für Kr. Soest (aus FA Hamm)
Bezirk Dez. 1920: Kr. Soest
- Schwelm* 19. 7. 1920 (AB Arnsb. 1920, 517) für Kr. Schwelm (außer Amt Sprockhövel) (aus FA Hagen)
Abgang: 1. 12. 1922 (AB RFV 1922, 453) Gem. Langerfeld und Nächstebreck an FA Barmen-Stadt – 1. 4. 1970 (AB RFV 1970, 200) Gem. Haßlinghausen, Hiddinghausen, Gennebreck (an FA Hattingen)
Bezirk Dez. 1920: Kr. Schwelm (außer Amt Sprockhövel)
- Höxter* 10. 8. 1920 (AB Minden 1920, 190) für Kr. Höxter (außer Stadt Lügde mit Amt Harzberg)
Bezirk Dez. 1920: Kr. Höxter (außer Stadt Lügde mit Amt Harzberg)
- Hörde* 16. 8. 1920 (AB Arnsb. 1920, 517) für Stadtkr. Hörde, Landkr. Hörde (außer Amt Annen) (aus FA Dortmund-Land)
Abgang: Juli 1922 (AB RFV 1922, 243) frühere Gem. Rüdinghausen, die nach Annen eingemeindet (an FA Witten)
1. 8. 1928 (AB RFV 1928, 448) Umbenennung in FA *Dortmund-Hörde*
Bezirk Dez. 1920: Stadtkr. Hörde, Landkr. Hörde (außer Amt Annen)
- Gladbeck* 1. 9. 1920 (AB Münster 1920, 325) für Städte Gladbeck und Dorsten, Ämter Altschermbek, Horst, Kirchhellen, Lembeck (aus FA Recklinghausen)
Abgang: 1. 8. 1928 (AB RFV 1928, 448) Gem. Horst (an FA Buer)
Bezirk Dez. 1920: Städte Gladbeck und Dorsten; Ämter Altschermbek, Horst, Kirchhellen, Lembeck
1. 1. 1975 (GVBl. 1974, 1538) umbenannt in FA Bottrop-Nord, 2. 8. 1976 (GVBl. 1976, 298) wieder in FA Gladbeck
- Ibbenbüren* 1. 9. 1920 (AB Münster 1920, 334) für Kr. Tecklenburg (aus FA Münster II)
Bezirk Dez. 1920: Kr. Tecklenburg
- Buer* 1. 9. 1920 für Stadtkr. Buer, Amt Westerholt (aus FA Recklinghausen)
5. 4. 1936 Umbenennung in FA *Gelsenkirchen-Nord*
Abgang: 1. 11. 1975 Gem. Westerholt (an FA Recklinghausen)
Bezirk Dez. 1920: Stadtkr. Buer, Amt Westerholt
- Witten* 15. 9. 1920 (AB Arnsb. 1920, 540) für Stadtkr. Witten; Ämter Annen (Kr. Hörde) und Langendreer (Kr. Bochum); Gem. Bommern (Kr. Hagen) und Heven (Kr. Hattingen) (aus FA Bochum)
Bez. Dez. 1920: Stadtkr. Witten; Ämter Annen und Langendreer; Gem. Bommern und Heven
- Lüdenscheid* 1. 10. 1920 (AB Arnsb. 1920, 554) für Stadtkr. Lüdenscheid; Gem. Halver, Schalksmühle, Kierspe, Rönsahl, Meinerzhagen, Valbert, Lüdenscheid Ksp., Hülscheid (aus FA Altena)
Bezirk Dez. 1920: wie bei Errichtung
- Warburg* 1. 10. 1920 (AB Minden 1920, 214) für Kr. Warburg (aus FA Paderborn)
Bezirk Dez. 1920: Kr. Warburg
- Bottrop* 1. 10. 1920 für Städte Bottrop und Osterfeld (Aus FA Recklinghausen)
Abgang: 1. 10. 1930 (AB RFV 1930, 145) Stadt Osterfeld
Bezirk Dez. 1920: Städte Bottrop und Osterfeld

1. 1. 1975 (GVBl. 1974, 1538) umbenannt in FA *Bottrop-Süd*, 2. 8. 1976 (GVBl. 1976, 298) wieder in FA Bottrop
- Pyrmont* 1. 12. 1920 (AB Minden 1920, 267; AB RFV 1920, 356) für waldeckischen Verwaltungsbezirk Pyrmont, lippisches Amt Schwalenberg, preußische Stadt Lügde mit Amt Harzberg (aus FA Detmold)
- Bezirk Dez. 1920: wie bei Errichtung
1. 10. 1945 zu Oberfinanzamtsbezirk Hannover
- Herne* 1. 12. 1920 (AB Arnsb. 1920, 706) für Stadtkr. Herne, Ämter Bladenhorst (Kr. Bochum-Land) und Sodingen (Kr. Dortmund-Land) (aus FA Gelsenkirchen)
1. 1. 1975 umbenannt in *Herne-Ost* (GVBl. 1974, 1538)
- Bezirk Dez. 1920: wie bei Errichtung

Nach 1920 errichtete Finanzämter:

- Hattingen* 20. 2. 1921 (AB Arnsb. 1921, 64) für Landkr. Hattingen (außer Gem. Heven); Amt Sprockhövel (Kr. Schwelm) (aus FA Bochum)
- Abgang: 15. 5. 1926 (AB RFV 1926, 59) Gem. Königsstele (an FA Essen-Land)
- Warendorf* 1. 6. 1921 (AB Münster 1921, 219) für Kr. Warendorf (aus FA Münster II)
- Bünde* 1. 1.1922 (AB Minden 1922, 24; AB RFV 1922, 162) für Stadt Bünde; Ämter Ennigloh, Gohfeld-Mennighüffen, Kirchlengern, Rödinghausen (aus FA Herford)
- Abgang: 1. 1.1969 (GVBl. 1968, 432) Gem. Hücker-Aschen (an FA Herford)
- Lemgo* 1. 4. 1922 (AB RFV 1922, 243) für Stadt Lemgo, Gem. Brake, Entrup, Hasebeck, Hillentrup, Kluckhof, Leese, Lieme, Loßbruch, Lüerdissen, Lütte, Sommersell, Wendlinghausen, Wiembeck (aus FA Detmold)
- Abgang: 1. 1. 1969 (GVBl. 1968, 431) Gem. Papenhausen, Retzen, Wüsten (an FA Detmold)
- Burgsteinfurt* 1. 6. 1922 (AB Münster 1922, 205; AB RFV 1922, 243) für Kr. Steinfurt (außer Ämter Emsdetten und Altenberge) (aus FA Münster II)
1. 1. 1975 umbenannt in FA *Steinfurt* (GVBl. 1974, 1540)
- Wanne* 1. 1.1923 (AB Arnsb. 1923, 79; AB RFV 1923, 16) für Gem. Wanne, Eickel, Röhlinghausen (aus FA Gelsenkirchen)
1. 4. 1926 (AB RFV 1923, 16) Umbenennung in FA *Wanne-Eickel*, 1. 1. 1975 (GVBl. 1974, 1538) in FA *Herne-West*
- Stadthagen*, gehörte vom 1. 10. 1945 (Bek. d. Oberfinanzpräsidenten Westfalen vom 5. 11. 1945) bis 30. 6. 1946 (VO d. Finanzleitstelle Hamburg vom 14. 6. 1946) zum Oberfinanzbezirk Westfalen; vorher und seitdem zum Oberfinanzbezirk Hannover
- Marl* 1. 12. 1980 (GVBl. 1980, 730) für Städte Haltern, Herten und Marl
- Neuabgrenzung der Dortmunder Finanzämter 1. 8. 1928 (AB RFV 1928, 447):
- Dortmund-Nord für Stadtteile Dorstfeld, Wischlingen, Rahm, Huckarde, Deusen, Lindenhorst, Kemminghausen, Eving, Scharnhorst, Wambel, Brackel, Altstadt nördl. der Köln-Mindener Eisenbahn
- Dortmund-Land für Stadtteile Oespel, Kley, Lütgendortmund, Bövinghausen, Mengede, Nette, Ellinghausen, Holthausen, Brechten, Kirchderne, Derne, Grevel, Lanstrop, Kurl, Husen, Asseln, Wickede; Stadtkr. Castrop-Rauxel, Lünen
- Neugliederung der Dortmunder Finanzämter 1. 11. 1975 (GVBl. 1975, 579):
- Dortmund-West für Stadtbezirke Lütgendortmund, Mengede, Huckarde und Innenstadt-West; Stadt Castrop-Rauxel
- Dortmund-Ost für Stadtbezirke Eving, Scharnhorst, Innenstadt-Nord und Innenstadt-Ost
- Dortmund-Hörde für Stadtbezirke Aplerbeck, Barop, Berghofen, Buchholz, Holzen, Hombruch, Hörde, Kirchhörde, Lichtendorf, Schüren, Sölde, Syburg, Wellinghofen
- Dortmund-Unna für Stadtbezirk Brackel; Städte Fröndenberg, Lünen, Schwerte; Gem. Holzwickede und (seit 1. 11. 1976, GVBl. 1976, 307) Stadt Unna

Neuabgrenzung wegen kommunaler Neuordnung von 1929 zum 1. 10. 1930 (AB RFV 1930, 145) für FÄ Bochum, Bottrop, Buer, Coesfeld, Dortmund-Außenstadt, Dortmund-Hörde, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hamm, Hattingen, Herne, Iserlohn, Recklinghausen, Schwelm, Witten

Neuabgrenzungen wegen kommunaler Neugliederung seit 1972 (in den meisten Fällen nur neue Umschreibung der bisherigen Bezirke)

1. 1. 1972: GVBl. 1972, 403 (Neugliederungsraum Bielefeld) für FÄ Bielefeld-Stadt und Bielefeld-Land, Wiedenbrück, Warendorf, Herford, Bünde, Lübbecke, Minden, Lemgo, Detmold
1. 1. 1975: GVBl. 1974, 1540 (Raum Münster-Hamm); dazu Änder. 15. 6. 1975 (GVBl. 1975, 478) und 1. 4. 1977 (GVBl. 1977, 133) für FÄ Ahaus, Beckum, Borken, Burgsteinfurt, Coesfeld, Hamm, Ibbenbüren, Lippstadt, Lüdinghausen, Münster-Land, Münster-Stadt, Soest, Warendorf
1. 1. 1975: GVBl. 1974, 1543 (Raum Sauerland-Paderborn); dazu Änder. 1. 5. 1975 (GVBl. 1975, 208) und 1979 (GVBl. 1979, 540) für FÄ Altena, Arnsberg, Brilon, Hagen, Hattingen, Höxter, Iserlohn, Lüdenscheid, Meschede, Olpe, Paderborn, Schwelm, Siegen, Warburg
1. 1. 1975: GVBl. 1974, 1538 (Ruhrgebiet); dazu Änder. 2. 8. 1976 (GVBl. 1976, 298) und 1. 11. 1976 (GVBl. 1976, 358) für FÄ Bochum, Bottrop, Dortmund-Außenstadt, Gelsenkirchen-Nord, Gelsenkirchen-Süd, Gladbeck, Herne, Recklinghausen, Wanne-Eickel, Witten
1. 11. 1976: GVBl. 1976, 307 für FÄ Dortmund-Unna, Hamm, Münster-Außenstadt, Steinfurt, Arnsberg, Lippstadt

7. Betriebsprüfungsstellen

Betriebsprüfungshauptstellen seit 1. 7. 1939, Betriebsprüfungsaußenstellen seit 1. 7. 1944, Großbetriebsprüfungsstellen seit 2. 12. 1954

Konzernbetriebsprüfungsstelle Münster, errichtet 10. 5. 1953 (Erl. FinM NW vom 16. 2. 1953) als „Konzernprüfungsstelle bei der Oberfinanzdirektion Münster“ für Betriebsprüfungen der Konzerne im ganzen Oberfinanzbezirk, seit 2. 12. 1954 (Verf. OFD vom 2. 12. 1954 und 24. 1. 1955) umbenannt in „Konzernbetriebsprüfungsstelle der Oberfinanzdirektion Münster“ und seit 9. 8. 1961 (Verf. OFD vom 9. 8. 1961) umbenannt in „Konzernbetriebsprüfungsstelle für die Finanzämter im Oberfinanzbezirk Münster“.

Landwirtschaftliche Betriebsprüfungsstelle Münster, errichtet 10. 5. 1953 (Erl. FinM NW vom 16. 2. 1953) als „Landwirtschaftliche Betriebsprüfungsstelle der Oberfinanzdirektion Münster“, für Prüfung aller land- und forstwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe und der buchführenden Kleinbetriebe. Sie wurde ab 9. 8. 1961 (Verf. OFD vom 9. 8. 1961) umbenannt in „Landwirtschaftliche Betriebsprüfungsstelle für die Finanzämter im Oberfinanzbezirk Münster“.

Großbetriebsprüfungsstelle Bielefeld, errichtet 1. 7. 1939 als Betriebsprüfungshauptstelle für die FA-Bezirke Bielefeld, Herford und Wiedenbrück; dazu seit 1. 7. 1944 (von aufgelöster Hauptstelle Minden) FA-Bezirke Minden (zum 1. 1. 1954 an Außenstelle Detmold), Bünde und Lübbecke. Durch Verfügung OFD vom 25. 1. 1960 zuständig für Prüfung aller Tabak- und Zigarrenherstellungsbetriebe im Oberfinanzbezirk Münster.

Großbetriebsprüfungsstelle Bochum, errichtet 1. 7. 1939 als Betriebsprüfungshauptstelle für die FA-Bezirke Bochum, Bottrop, Gelsenkirchen-Nord, Gelsenkirchen-Süd, Gladbeck, Hattingen, Herne, Wanne-Eickel und Witten, dazu seit 1954 Recklinghausen. Seit 1. 7. 1958 (Verf. OFD vom 30. 6. 1958) zuständig für die Prüfung aller Banken und Sparkassen im Oberfinanzbezirk Münster.

Großbetriebsprüfungsstelle Detmold, errichtet 1. 7. 1939 als Betriebsprüfungshauptstelle für die FA-Bezirke Detmold, Pyrmont (1945 zum Bezirk des Oberfinanzpräsidenten Hannover), Beckum (1940 zur Hauptstelle Münster), Brilon, Höxter, Lemgo, Lippstadt, Meschede, Paderborn, Soest (1954 zu Außenstelle Dortmund) und Warburg; dazu seit 1954 (von Außenstelle Bielefeld) Minden. Durch Verfügung OFD vom 25. 1. 1960 zuständig für Prüfung aller Zuckerfabriken im Oberfinanzbezirk Münster.

Großbetriebsprüfungsstelle Dortmund, Vorläufer seit 1. 4. 1932: Erweiterte Betriebsprüfungsstelle des Finanzamtes Dortmund-Süd für die Prüfungen der großen Betriebe in den vier Dortmunder Finanzamtsbezirken. Als „Betriebsprüfungshauptstelle beim Finanzamt Dortmund-Süd“ errichtet 1. 7. 1939 für Finanzamtsbezirke Dortmund-Süd, Dortmund-Nord, Dortmund-Außenstadt, Dortmund-Hörde, Hamm und Recklinghausen (1954 an Außenstelle Bochum), dazu seit 1. 1. 1953 (von aufgelöster Außenstelle Lüdenscheid) Arnsberg und seit 1954 (von Außenstelle Detmold) Soest. Seit 1. 7. 1958 (Verfügung OFD vom 30. 6. 1958) zuständig für Prüfung aller Versicherungsgesellschaften, seit 25. 1. 1960 (Verfügung OFD vom 25. 1. 1960) weiterhin zuständig für Prüfung aller Brauereien, soweit nicht konzerngebunden, im Oberfinanzbezirk Münster.

Großbetriebsprüfungsstelle Hagen, errichtet 1. 7. 1939 als Betriebsprüfungshauptstelle für die FA-Bezirke Hagen, Iserlohn und Schwelm; dazu zum 1. 1. 1953 (von der aufgelösten Außenstelle Lüdenscheid) Altena, Lüdenscheid, Olpe und Siegen.

Betriebsprüfungsaußenstelle Lüdenscheid, errichtet 1. 7. 1939 für die FA-Bezirke Altena, Lüdenscheid, Olpe und Siegen. Aufgelöst 1. 1. 1953, Bezirk zu Außenstelle Hagen.

Betriebsprüfungshauptstelle Minden, errichtet 1. 7. 1939 für die FA-Bezirke Minden, Bünde und Lübbecke. Aufgelöst 1. 7. 1944, Bezirk an Außenstelle Bielefeld.

Großbetriebsprüfungsstelle Münster, errichtet 1. 7. 1939 als Betriebsprüfungshauptstelle für die FA-Bezirke Ahaus, Borken, Burgsteinfurt, Coesfeld, Ibbenbüren, Lüdinghausen, Münster-Land, Münster-Stadt und Warendorf, dazu (seit 1940) Beckum. Aus Kriegsgründen 1943 aufgehoben, zum 1. 12. 1947 (Verf. OFP 12. 11. 1947) wieder eingerichtet als „Betriebsprüfungsaußenstelle beim Finanzamt Münster-Stadt“, seit 2. 12. 1954 „Großbetriebsprüfungsstelle Münster“. Durch Verfügung OFD vom 25. 1. 1960 zuständig für Prüfung aller Klein- und Privatbahnen im Oberfinanzbezirk Münster.

Die Bezeichnung der Großbetriebsprüfungsstellen ist mehrfach geändert worden. Ab 2. 12. 1954 (Verf. OFD vom 2. 12. 1954 und 24. 1. 1955) führten sie die Bezeichnung „Großbetriebsprüfungsstelle der Oberfinanzdirektion Münster“ mit der Ortsbezeichnung (Sitz), z. B. „Großbetriebsprüfungsstelle Bielefeld der Oberfinanzdirektion Münster“. Ab 9. 8. 1961 (Verf. OFD vom 9. 8. 1961) wurden sie erneut umbenannt. Seit dieser Zeit führen sie die Bezeichnung „Großbetriebsprüfungsstelle“ mit Ortsangabe (Sitz) und mit Angabe der Finanzämter, für die sie zuständig sind, z. B. „Großbetriebsprüfungsstelle Bielefeld für die Finanzämter in Bielefeld, Bünde, Herford, Lübbecke und Wiedenbrück“.

8. Steuerfahndungsstellen

Vorgänger: Gruppenfinanzämter seit 1923; Steuerfahndungsgruppen seit 1938/39, Steuerfahndungsaußenstellen der Oberfinanzdirektion seit 28. 11. 1949, Steuerfahndungsstellen seit 1955

Bielefeld, errichtet 1938 als Steuerfahndungsgruppe Bielefeld beim FA Bielefeld für FA-Bezirke Bielefeld, Bünde, Detmold, Herford, Höxter, Lemgo, Lübbecke, Minden, Paderborn, Warburg, Wiedenbrück und Pymont (bis 1. 10. 1945). Erhält zum 1. 1. 1958 FA-Bezirk Lipstadt von aufgelöster Steuerfahndungsstelle Hamm

Hagen, errichtet 12. 6. 1939 (Rdverf. OFP Westf. 10. 6. 1939) als Steuerfahndungsgruppe Hagen („FA Hagen, Steuerfahndungsstelle“) beim FA Hagen für FA-Bezirke Hagen, Schwelm, Witten, Iserlohn, Altena, Lüdenscheid, Olpe und Siegen sowie Arnsberg, Meschede und Brilon (die letztgenannten 16. 11. 1945 – 1. 1. 1958 bei Steuerfahndungsgruppe bzw. -stelle Hamm).

Dortmund, errichtet ca. 1939 als Steuerfahndungsgruppe Dortmund, September 1944 stillgelegt, 16. 11. 1945 wieder errichtet als Steuerfahndungsgruppe Dortmund beim FA Dortmund-Süd, für FA-Bezirke Bottrop, Gladbeck, Recklinghausen, Gelsenkirchen-Nord, Gelsenkirchen-Süd, Dortmund-Außenstadt, Dortmund-Hörde, Dortmund-Nord, Dortmund-Süd, Bochum, Herne und Wanne-Eickel.

Münster, errichtet 16. 11. 1945 als Steuerfahndungsgruppe Münster beim FA Münster-Stadt, für FA-Bezirke Ahaus, Borken, Burgsteinfurt, Coesfeld, Ibbenbüren, Münster-Land, Münster-Stadt und Warendorf. Erhält zum 1. 1. 1958 FA-Bezirke Beckum, Hamm, Lüdinghausen, Soest von der aufgelösten Steuerfahndungsstelle Hamm.

Hamm, errichtet 16. 11. 1945 als Steuerfahndungsgruppe Hamm beim FA Hamm, für FA-Bezirke Arnsberg, Beckum, Brilon, Hamm, Lippstadt, Lüdinghausen, Meschede und Soest. Aufgelöst zum 1. 1. 1958, Bezirk aufgeteilt auf die Steuerfahndungsstellen Hagen, Münster und Bielefeld.

Die Bezeichnung der Steuerfahndungsstellen ist mehrfach geändert worden. Ab 2. 12. 1954 (Verf. OFD vom 2. 12. 1954 und 24. 1. 1955) führten sie die Bezeichnung „Steuerfahndungsstelle der Oberfinanzdirektion Münster“ mit der Ortsbezeichnung (Sitz), z. B. „Steuerfahndungsstelle Bielefeld der Oberfinanzdirektion Münster“. Ab 9. 8. 1961 (Verf. OFD vom 9. 8. 1961) wurden sie umbenannt. Seit dieser Zeit führen sie die Bezeichnung „Steuerfahndungsstelle“ mit Ortsangabe und Angabe der Finanzämter, für die sie zuständig sind, z. B. „Steuerfahndungsstelle Bielefeld für die Finanzämter in Bielefeld, Bünde, Detmold, Herford, Höxter, Lemgo, Lippstadt, Lübbecke, Minden, Paderborn, Warburg und Wiedenbrück“.

9. Lokalbehörden der Vermögensverwaltung

a) Reichsvermögensämter (seit 1. 10. 1919), dann Reichsbauämter (seit 1. 4. 1922), dann Finanzbauämter (seit 12. 10. 1949)

Minden, errichtet 1. 10. 1919 als Reichsvermögensamt, seit 1. 4. 1922 Reichsbauamt, zuständig für Regierungsbezirk Minden, Land Lippe und (bis 1941) Bezirk Pyrmont; seit 12. 10. 1949 Finanzbauamt, zum 1. 1. 1957 mit Finanzneubauamt Bielefeld vereinigt zu Finanzbauamt Bielefeld.

Münster, errichtet 1. 10. 1919 als Reichsvermögensamt, hervorgegangen aus dem Militärbauamt der Garnison-Bauinspektion Münster, 1921 Abtrennung des Heeresbauamtes, 1. 4. 1922 Reichsbauamt, seit 12. 10. 1949 Finanzbauamt, seit 1. 1. 1957 Bezeichnung Finanzbauamt *Münster-Ost*, zuständig für Stadt Münster und Kreise Beckum, Lüdinghausen, Münster, Tecklenburg und Warendorf. Seit 1. 1. 1980 (VO v. 20. 11. 1979, GVBl. 1979, 902) wieder Bezeichnung „Finanzbauamt Münster“ für Stadtkr. Münster und Kr. Warendorf-Beckum. Kr. Tecklenburg an neues Finanzbauamt Rheine, Kr. Lüdinghausen an Finanzbauamt Coesfeld.

Paderborn, errichtet 1. 10. 1919 als Reichsvermögensamt, aufgehoben 1. 4. 1922.

Neuerrichtet 1. 6. 1950 als Gruppenaußenstelle *Bad Lippspringe* des Finanzbauamts Minden, August 1955 umbenannt in Finanzsonderbauamt Bad Lippspringe, 12. 3. 1951 nach Detmold verlegt als Finanzsonderbauamt *Detmold*, das 1. 7. 1951 zu Finanzneubauamt Detmold; von dort 24. 11. 1952 nach Paderborn verlegt als Finanzneubauamt Paderborn, das zum 1. 1. 1957 zu Finanzbauamt Paderborn, zuständig für Kreise Büren, Brilon, Detmold, Lemgo, Höxter, Paderborn, Warburg.

Dortmund, errichtet 1. 4. 1922 als Reichsbauamt, Nachfolger des Reichsvermögensamts Paderborn
Arnsberg, errichtet 24. 3. 1948 als Reichsbauamt, 12. 10. 1949 umbenannt in Finanzbauamt Arnsberg, 14. 8. 1953 Errichtung von Finanzneubauamt Arnsberg aus Teil des Bezirks des Finanzbauamts Arnsberg für Bauaufgaben der Besatzungstreitkräfte, das zum 1. 4. 1954 nach Soest verlegt als Finanzneubauamt Soest. 1. 1. 1957 Vereinigung von Finanzbauamt Arnsberg und Finanzneubauamt Soest zu *Finanzbauamt Soest*

Iserlohn, errichtet 16. 2. 1949 als Außenstelle des Reichsbauamts Arnsberg für Bauaufgaben der Besatzungstreitkräfte, 1. 11. 1950 zu Finanzsonderbauamt, 1. 7. 1951 zu Finanzneubauamt und 1. 1. 1957 zu Finanzbauamt.

Münster-West, errichtet als Finanzsonderbauamt durch Verfügung der Oberfinanzdirektion vom 10. 4. 1951, unterstellt dem Finanzbauamt Münster. 1. 7. 1951 zu selbständigem Finanzneubau-

- amt für Bauaufgaben der Besatzungsstreitkräfte. 1. 1. 1957 zu Finanzbauamt Münster-West, zuständig für Stadt Bocholt, Kreise Ahaus, Borken, Coesfeld und Steinfurt und für Bauaufgaben der Luftwaffe im Regierungsbezirk Münster. Zum 1. 1. 1980 aufgelöst (GVBl. 1979, 902), Kr. Coesfeld und Kr. Borken-Ahaus an Finanzbauamt Coesfeld, Kr. Steinfurt an Finanzbauamt Rheine.
- Bielefeld*, 1. 2. 1950 bei Finanzbauamt Minden eine Abteilung IV errichtet für Betreuung der Liegenschaften der Wehrmacht (von Kreisverwaltung Minden übernommen), diese 1. 4. 1952 zu selbständigem Amt und nach Bad Oeynhausen als Finanzneubauamt *Bad Oeynhausen* verlegt, von dort 1. 1. 1955 nach Bielefeld verlegt als Finanzneubauamt Bielefeld. 1. 1. 1957 Finanzbauamt Minden und Finanzneubauamt Bielefeld vereinigt zu Finanzbauamt Bielefeld.
- Coesfeld*, errichtet 1. 6. 1961 als „Oberbauleitung Coesfeld des Finanzbauamtes Münster-West“ für einmalige Baumaßnahmen im Raum Coesfeld und Dülmen, seit 1. 1. 1961 „Hauptbauleitung Coesfeld“, ab 1. 1. 1980 (GVBl. 1979, 902) Finanzbauamt für Kr. Coesfeld-Lüdinghausen
- Rheine*, errichtet 1. 1. 1980 für Kr. Steinfurt-Tecklenburg (GVBl. 1979, 902)
- b) Bundesvermögensämter und Bundesforstämter
- Bundesvermögensstellen errichtet als „Außenstellen“ oder „Nebenstellen“ der Bundesvermögens- und Bauabteilung zwischen 1. 9. und 15. 10. 1952 (gemäß Verfügung vom 31. 7. 1952); übernehmen Aufgaben der gleichzeitig aufgelösten „Verwaltungsstellen für Reichs- und Staatsvermögen“ (RuS-Stellen) der Finanzämter ihres Bezirks. Durch Erl. v. 16. 7. 1953 Bezeichnung „Bundesvermögensstellen“, seit Sept. 1971 (Finanzverw. ges. v. 30. 8. 1971, BGBl. 1971 I, 1427) „Bundesvermögensämter“. – Bundesforstdienststellen errichtet zum 1. 4. 1953 mit Übernahme des Reichsforstbesitzes durch den Bund; seit Sept. 1971 (BGBl. 1971 I, 1427) „Bundesforstämter“.
- Bielefeld*, errichtet 1. 9. 1952, übernimmt Aufgaben von Finanzämtern Bielefeld, Bünde, Detmold, Herford, Lemgo und Wiedenbrück; FA-Bezirk Detmold Apr. 1957 an BVSt Paderborn.
- Dortmund*, errichtet 1. 9. 1952, übernimmt Aufgaben von Finanzämtern Dortmund-Hörde und Lüdinghausen, 1. 6. 1976 umgewandelt in „Ortsverwaltung“ unter BVA Hagen.
- Hagen*, errichtet 1. 9. 1952, übernimmt Aufgaben von Finanzämtern Altena, Hagen, Iserlohn, Lüdenscheid und Schwelm
- Minden*, errichtet 1. 9. 1952, übernimmt Aufgaben von Finanzämtern Minden und Lübbecke; zum 1. 2. 1957 umgewandelt in „Ortsverwaltung“ unter BVSt Bielefeld; aufgelöst 1. 10. 1963
- Siegen*, errichtet 1. 9. 1952, übernimmt Aufgaben von Finanzämtern Olpe und Siegen; zum 1. 2. 1957 umgewandelt in „Ortsverwaltung“ unter BVSt Hagen
- Hamm*, errichtet 15. 9. 1952, übernimmt Aufgaben von Finanzämtern Hamm und Beckum; zum 1. 2. 1957 umgewandelt in „Ortsverwaltung“ unter BVSt Dortmund; zum 1. 9. 1958 aufgelöst
- Paderborn*, errichtet 15. 9. 1952, übernimmt Aufgaben von Finanzämtern Paderborn, Höxter und Warburg; 1. 1. 1975 umgewandelt in „Ortsverwaltung“ unter BVA Bielefeld; aufgelöst 31. 3. 1977
- Münster*, errichtet 15. 10. 1952 als „Nebenstelle Münsterland“, übernimmt Aufgaben von Finanzämtern Ahaus, Borken, Burgsteinfurt, Coesfeld, Ibbenbüren, Münster-Land, Münster-Stadt und Warendorf
- Soest*, errichtet 15. 10. 1952, übernimmt Aufgaben von Finanzämtern Arnsberg, Brilon, Lippstadt, Meschede und Soest
- Bochum*, errichtet 15. 10. 1952, übernimmt Aufgaben von Finanzämtern Bochum, Bottrop, Gelsenkirchen-Nord, Gelsenkirchen-Süd, Gladbeck, Hattingen, Herne, Recklinghausen, Wanne-Eickel und Witten; zum 1. 9. 1958 umgewandelt in „Ortsverwaltung“ unter BVSt Dortmund
- Bundesforstamt Senne*, errichtet 1. 4. 1953 als Bundesforstdienststelle
- Oberförsterei Münster*, errichtet 1. 4. 1953 als Bundesforstdienststelle, seit Sept. 1971 „Bundesforstamt Münsterland“.

II. Quellenabdrucke

1. Beschreibung des Zollgrenzbezirks von 1818

Im Regierungsbezirk Minden (AB Minden 1818, Nr. 45, S. 86):

Die Binnenlinie beginnt nördlich Essentho und Oisdorf, läuft auf Blankerode, Hardehausen, Bonneberg, Hohenwepel und Kleineneder, diese Orte mit eingeschlossen, und zieht sich dann von Borgentreich über die Dinkelburg auf Borgholz vor diesem Ort entlang; von diesem Punkte läuft sie hinter Tietelsen, Ottbergen, Spitzenhausen und Bosseborn auf Brenkhausen, Hohehaus, Vörden, Eversen, Bergheim, Himmighausen, Merlsheim, Altenbeken, Neuenbeken, alle diese Orte mit eingeschlossen, und dann weiter eine 1/4 Stunde hinter Marienloh in der Senne entlang auf den Holländer, Jägerkrug und Pollhaus, diese Etablissements ebenfalls mit eingeschlossen.

Diese Binnenlinie zieht sich ferner über das Kolonat des Strunck in der Senne, hinter Heepen und Altenhagen, vor dem Renn- und Bergertor zu Herford vorbei auf die Orte Brinckenhöfen, Bonneberg und Niederbecksen, diese Orte mit eingeschlossen, bis zur Werre-Brücke bei Rehme.

Von diesem Punkte an bis zu dem Simeonstore in Minden bilden die zwischen der Weser und der Chaussee, und von diesem bis zu dem Wesertore die zwischen der Weser und dem Stadtwalle belegenen Gründe den Kontrollbezirk dergestalt, daß die Chaussee nicht mit in demselben eingeschlossen ist. Die nördlich der gedachten Brücke ebenmäßig zwischen der Weser und dem Hauptwalle gelegenen, bis zu dem in das Marientor führenden sogenannten Petershäger Wege sich erstreckenden Gründe sind ebenmäßig als in dem Kontrollbezirk gelegen zu betrachten, nicht minder diejenigen, welche zwischen der Weser und dem Petershäger Wege bis nach Todtenhausen sich befinden. Letztere bleiben dabei bis zu dem nach Minden führenden Ausgange des Dorfes außer dem Grenzbezirk. Todtenhausen, Kutenhausen, Stemmern, Holzhausen, Hille und Frotheim, letztere beiden jedoch nur zum Teil, bilden die fernere Schlußlinie desselben und sind darin mit eingeschlossen, dann zieht sie sich über Fiessel, die Ellerburg, Niedermehnen, Destel, Lashorst und Holzhausen, letzteren Ort mit eingeschlossen, läuft durch die Börninghäuser Masch über die Bergkette auf Bünde, Enger und Werther vor diesen Orten vorbei, jedoch hinter Werfen und Westerenger, endlich auf Holtfeld, Österweg und Peckeloh, diese Orte mit eingeschlossen.

Im Regierungsbezirk Münster (AB Münster 1818 Nr. 37 Beilage):

. . . die Binnenlinie läuft von Werth auf Biemenhorst, Rhede, Hoxfeld, Weseke, Südlohn, Stadtlohn, Ottenstein, Wessum, Uppemark, Weiner, Langenhorst, Wettringen, Clemenshafen, Mesum, Elte, Rodde, Hörstel, Heiliges Meer, Espel, Mettingen, Langenbrück, Hambüren, Ledde, Tecklenburg, Aldrup, Ringel, Burlage, Westbevern, bei Telgte am rechten Emsufer bis Dackmar, welche genannten Orte sämtlich mit Ausnahme von Telgte und Dackmar in dem Kontrollbezirk eingeschlossen sind.

Im Regierungsbezirk Arnberg (AB Arnberg 1818, 512):

. . . Die Binnenlinie läuft von Daaden zwischen Siegen und dem Rötger durch auf Grossenbach und Walpersdorf, von da an die Lahn bei Rippertshausen, diesem Fluß nach bis Saßmannshausen, von hier nach der Eder bei Raumland, dann an solcher und dem Odeborn herauf auf Girkhausen, Marienwald, Neustenberg, Züschen, Elkeringhausen, Küstelberg und Grönebach, von hier der Ruhr nach bis Olsberg, dann auf Gutenhagen und Rösebeck, von da der Hoppecke und Diemel nach bis zur paderbornischen Grenze. Sämtliche hier genannten Ortschaften sind in dem Grenzkontrollbezirk eingeschlossen.

2. Kabinettsorder vom 2. 11. 1822 betreffend Einsetzung von Steuereinsammlern (gedr.: Aus der Geschichte der Zollverwaltung im Rheinland. 1954 S. 14)

Ich bin nicht abgeneigt, auf den von dem Staatsministerium in dem Bericht vom 11. September wegen der Maßregeln gegen den Schleichhandel gemachten Vorschlag einzugehen und die Verwaltung der indirekten Steuern von den Regierungen zu trennen und sie auf die Steuereinsammler, welche für den Bereich mehrerer Regierungen anzustellen sind und denen Gehilfen mit einigem materiellen Einfluß auf die Behandlung der Sachen beizugeben sein würden, übergehen zu lassen, um so mehr, als

nach der Versicherung des Staatsministeriums bei dieser Veränderung eine vermehrte Verwaltungsausgabe nicht entstehen wird, und das Staatseinkommen bei dieser Partie mehr gesichert werden dürfte.

Ich billige daher auch die Absicht des Staatsministeriums, daß um eines guten Erfolges von dieser Einrichtung völlig sicher zu sein, vorerst mit der Provinz Westfalen vorgegangen und der mit Anfang des Jahres 1823 in Ausübung zu bringende diesfällige Plan durch den Finanzminister unter Teilnahme des Oberpräsidenten von Vincke besorgt werde.

Verona, den 2. November 1822

(gez.) Friedrich Wilhelm

3. Dienst-Anweisung für die Provinzial-Steuer-Direktoren, ausgefertigt vom Geheimen Staatsministerium, Berlin, den 26. Juni 1823 (StA Münster, OFD 46)

Nachdem durch die Kabinettsorder vom 2. November 1822 bestimmt worden, daß die Verwaltung der indirekten Steuern von den Regierungen getrennt und sie auf wenige Steuerektoren, welche für den Bereich mehrerer Regierungen anzustellen und denen Gehülfen mit einigem materiellen Einflusse auf die Behandlung der Sachen beizugeben, übergehen soll, wird zur weiteren Ausführung dessen für die Provinzial-Steuer-Direktoren folgende Instruktion erteilt:

§ 1 Die Verwaltung der Provinzial-Steuer-Direktoren betrifft diejenigen Steuern, welche zu den indirekten gerechnet werden, also die Ein-, Aus- und Durchgangs-Abgaben, die inneren Getränke- und Tabaksteuern, die Mahl- und Schlachtsteuer, die Stempelsteuer und diejenigen noch vorhandenen älteren Zoll- und Lokalabgaben, welche teils die Stelle jener Landesabgaben vertreten, teils noch herkömmlich sind.

§ 2 Die Provinzial-Steuer-Direktoren treten für diese Geschäftszweige ganz in die Stelle der Regierungen und sie führen die Verwaltung derselben nach den bestehenden Landesgesetzen und den Anweisungen des Ministerii. In Steuer-Strafsachen, welche nicht zur gerichtlichen Entscheidung gelangen, haben sie daher auch diejenigen Resolute abzufassen, welche seither von den Regierungen gegeben werden.

§ 3 Der Provinzial-Steuer-Direktor ist dem Finanzministerium subordiniert, zu dem Oberpräsidio steht er in demselben Verhältnisse wie die Regierungen; den Regierungen ist er coordiniert in dem Verhältnis wie die Oberbergämter und deren Vorgesetzten, den Hauptzoll- und Steuerämtern, imgleichen den Stempelfiskalen ist derselbe vorgesetzt. Andere, von den Regierungen abhängige Kreis- und Ortsbehörden sind seinen Requisitionen in denen in § 1 genannten Steuersachen zu genügen verpflichtet.

§ 4 Der Provinzial-Steuer-Direktor führt hiernach die Geschäftsverwaltung auf eigene Verantwortung und wird dabei durch die ihm beigegebenen Räte unterstützt. Diese sind die ihnen zugeteilte Arbeit zu leisten und ihren Rat und Meinung zu geben verbunden. Bei Geldanweisungen muß der Bureau-Dirigent für das Rechnungs- und Kassenwesen das Konzept jedesmal mitzeichnen und er ist verpflichtet, wenn er gegen die Geldanweisung selbst Bedenken findet, diese zu den Akten zu registrieren.

§ 5 Da durch Errichtung der Steuer-Direktoren beabsichtigt wird, einen raschen Dienstgang in Steuersachen und eine gleichmäßigere Behandlung der vorkommenden einzelnen Fälle den bestehenden Gesetzen gemäß mit Entfernung überheblicher Schreiberei zuwege zu bringen, so hat der Provinzial-Steuer-Direktor dies hauptsächlich zum Augenmerk zu nehmen.

§ 6 Dem zufolge muß sich der Provinzial-Steuer-Direktor eine solche Lokal- und Personalkenntnis verschaffen, daß Rückfragen an Unterbehörden vermieden werden, und einen solchen Geschäftsgang einführen, daß die nötigen Einleitungen zu den Ausfertigungen und Berichten und zu den Arbeiten in den Bureaus mündlich auf die kürzeste Weise erfolgen.

§ 7 Insbesondere muß er die Geschäftsführung bei einem jeden Hauptamte wenigstens einmal im Jahre revidieren, die wahrgenommenen Erinnerungen registrieren und sich bei künftigen Revisionen von ihrer Erledigung überzeugen.

§ 8 Außerdem hat er zu veranlassen, daß die demselben beigegebenen Regierungsräte gleiche Revisionen vornehmen.

§ 9 Die Berichte des Provinzial-Steuer-Direktors an das Finanzministerium gehen durch das Oberpräsidium dahin und die Erlasse des Finanzministeriums gelangen an ihn durch das Oberpräsidium, insofern dieses mit dem Steuer-Direktor den Sitz an einem und demselben Orte hat, und der Oberpräsident einheimisch ist. Ist das Eine oder das Andere nicht der Fall, so sind anderweite Einleitungen vorbehalten, daß das Oberpräsidium von den wichtigeren Sachen in Kenntnis bleibt.

§ 10 In Angelegenheiten, welche nicht rein das Steuerwesen betreffen, sondern andere Verwaltungszweige mit berühren, communiciert der Provinzial-Steuer-Direktor dann schriftlich mit den Regierungen, wenn solche Angelegenheiten bei seinen Bereisungen nicht kürzer und vollständiger durch persönliche Beratung in den Sitzungen der Regierungen behandelt werden können. Weicht in solchen Angelegenheiten die Meinung der Regierung von derjenigen des Provinzial-Steuer-Direktors ab, so sind die Berichte beider Behörden an die Ministerien jedesmal durch das Oberpräsidium zu befördern.

§ 11 In wichtigeren Bausachen erfolgt die Ausarbeitung der Bauanschläge und Risse nach dem vom Provinzial-Steuer-Direktor entworfenen Bauplan durch die Regierungsbaubeamten und bei der Bauausführung üben die Regierungen und ihre Baubeamten diejenige Aufsicht und Anteilnahme, welche seither bei den Steuerbauten stattgefunden hat. In minder wichtigen Bausachen, wohin solche, welche nicht über 100 Reichstaler betragen, gehören, werden die Anschläge von den Bauinspektoren auf Requisition der Hauptämter verfertigt, von welchen sie an den Provinzial-Steuer-Direktor gelangen, welcher, wenn es für nötig erachtet wird, noch eine Festsetzung des Regierungsbaurats veranlaßt.

§ 12 Die nötig werden öffentlichen Bekanntmachungen an das Publikum in Steuersachen erläßt der Provinzial-Steuer-Direktor durch die Amtsblätter der betreffenden Regierungen.

§ 13 In Steuer-Restitutions- und -Bonifications-Sachen kann der Provinzial-Steuer-Direktor die Zahlung verfügen, wenn der Anspruch darauf in den Gesetzen oder Ministerialbewilligungen begründet ist.

§ 14 Die Besetzung der auf den Etats der Hauptämter stehenden Beamtenstellen ist dem Finanzministerium zwar vorbehalten, dieses kann aber dem Steuer-Direktor erweiterte Befugnisse hierunter für gewisse Fälle geben. Es hat auch der Provinzial-Steuer-Direktor bei Stellenerledigungen provisorische Anordnungen und Anstellungen, damit die Geschäfte gehörig vorgenommen werden, zu treffen.

§ 15 Aufseher und auch die Obercontrolleurs ist er ohne Gehaltsverlust zu versetzen befugt.

§ 16 Die für den Bureaudienst des Provinzial-Steuer-Direktors bestimmten Beamten, welche übrigens mit den Regierungsbeamten in gleichem Range stehen, vorzuschlagen, auch provisorisch anzustellen, ist demselben verstattet.

§ 17 Eine Sportulierung für die Ausfertigung des Provinzial-Steuer-Direktors findet nicht statt, der gesetzmäßige Stempel ist jedoch anzuwenden.

§ 18 In Abwesenheit des Provinzial-Steuer-Direktors vertritt von denen demselben beigegebenen Regierungsräten der älteste seine Stelle nach denjenigen Anleitungen, welche der Provinzial-Steuer-Direktor den Umständen nach zu geben für nötig erachtet wird.

§ 19 Im übrigen dient dem Provinzial-Steuer-Direktor die Regierungsinstruktion, soweit sie auf die indirekten Steuersachen und obigen speciellen Bestimmungen gemäß Anwendung findet, und dasjenige, was sonstige allgemeine Verwaltungsanordnungen mit sich führen, zur Richtschnur.

4. Geschäftsanweisung für die Regierungen, im Verfolg der für diese Behörden angeordneten neuen Organisation, zur Ergänzung und Berichtigung der Instruktion vom 23. Oktober 1817, ausgefertigt von König Friedrich Wilhelm, Berlin, den 31. Dez. 1825 (gedr.: Kamptz, Annalen IX, 821)

... Zum Abschnitt II. C. Für die Verwaltung der Steuern:

Direkte Steuern: Dem Abteilungs-Vorgesetzten und insbesondere dem Rate der Abteilung, welchem die Bearbeitung der direkten, mithin Grundsteuer aller Art, der Klassensteuer und der Gewerbesteuer übertragen ist, liegt vornehmlich ob, für eine genaue und umsichtige Aufrechterhaltung und Ausführung der für diesen Geschäftszweig geltenden Gesetze und Vorschriften zu sorgen; bei Grundsteuern auf Richtighaltung des Katasters und andrer der Steuerverwaltung zum Grunde liegender Urkunden, gehörige Steuerregulierung bei Dismembrationen usw. aufmerksam zu sein; bei den nach jährlichen Aufnahmen erfolgenden Veranlagungen der Klassensteuer, solche sorgfältig unter Zusammenhaltung mit dem Steuer-Einkommen vorhergegangener Veranlagungen, auch anderer Distrikte, unter Beachtung der verschiedenen Verhältnisse, unter Benutzung statistischer Nachrichten usw. zu prüfen; über fehlerhafte und nicht entsprechende Aufnahmen und Veranlagungen nähere Erörterungen zu veranlassen, und somit den Mängeln abzuhefen.

Um die prompte Einzahlung der Steuern gehörig zu kontrollieren, sind insbesondere die von den Unter-Klassen terminlich einzusendenden Hebungs-Extrakte und Klassen-Revisions-Protokolle nicht bloß einer kalkulatorischen, sondern auch einer jederzeit schleunigen und sorgfältigen materiellen Prüfung zu unterwerfen, und wo sich ein Zurückbleiben gegen die verfallenen Steuerquoten und ein Aufschwellen von Resten ergibt, ist gegen die säumigen Beamten, nach Beschaffenheit der Umstände, mit Zwangsmaßregeln vorzuschreiten.

In außerordentlichen Fällen, und wo die betreffende Abteilung sich überzeugt hält, daß das Rückbleiben der Steuern durch unverschuldeten und vorübergehenden Notstand der Pflichtigen veranlaßt wird, bleibt ihr zwar die Befugnis, für dergleichen Pflichtige eine Stundung der Steuer vorübergehend zu bewilligen, doch darf diese Stundung niemals über den zum Rechnungsabschluß jeden Jahres bestimmten Termin hinaus sich erstrecken. Auch kann diese Stundung bewilligt werden, wo Steuererlaß höheren Orts zu bevorzugen ist; es muß aber in diesem Falle die Berichterstattung gleichzeitig mit der Stundung erfolgen.

Bei allen auf feststehenden Katastern, Grundbüchern, Mutterrollen usw. beruhenden Steuern bedürfen eintretende Ausfälle oder dauernde Verminderung des jährlichen Steueraufkommens jedesmal der höheren Genehmigung. Bloße Veränderungen in der Steuerumlage, bei welchen eine Verminderung des abzuliefernden Kontingents nicht eintritt, bedürfen aber keiner Genehmigung. Remissionen an dergleichen Steuern oder Unterstützungen für die durch Unglücksfälle betroffenen Steuerpflichtigen kann die Abteilung in so fern selbstständig anweisen, als die Bewilligung dazu auf bestehende Gesetze und Remissionsregulative gegründet ist.

Wo aber der zu solchem Behuf ausgesetzte Fonds oder Kredit überschritten werden sollte, bedarf es einer berichtlichen Anzeige und des Antrags auf Deckung der Mehr-Ausgabe. Über alle Erlasse, Unterstützungen und Steuer-Niederschlagungen dagegen, welche nicht auf den Grund bestehender Gesetze und Regulative, sondern aus Billigkeitsrücksichten und um den Steuerpflichtigen in seinem Besitzstande zu erhalten, in Antrag kommen, muß jedesmal die Genehmigung des Finanzministeriums eingeholt werden.

Einzelnen Klassensteuer-Pflichtigen, welche durch ungewöhnliche Unglücksfälle in ihrer Nahrung zurückgesetzt sind, kann ohne Berichterstattung, zur Einhaltung im leistungsfähigen Stande, Erlaß bis zum halbjährigen Betrage der Steuer, jedoch unter Genehmigung des Präsidenten, der auch die desfalligen Verfügungen mit zu vollziehen hat, bewilligt werden.

Indirekte Steuern: Zur Verwaltung der indirekten Steuern gehört die Bearbeitung alles dessen, was auf die Ein-, Aus- und Durchgangs-Abgaben, die Auflagen auf die Bereitung des Branntweins, auf das Braumalz, auf den im Lande erzeugten Wein und Tabak, auf die Mahl- und auf die Schlachtsteuer, auf die Stempelsteuer, imgleichen auf die Einkünfte von der Stromschiffahrt, von

Häfen, Kanälen, Brücken, Fähren, Kran und Waageanstalten und Warenniederlagen, auch sonstigen Gefällen, welche bei den indirekten Steuern verrechnet werden, ferner auf die Sicherung des Einkommens vom Salzmonopol, endlich auf Aufsicht über die Beamten der indirekten Steuern und deren Anstellung, so weit diese vom Finanzministerium übertragen wird, Bezug hat.

Diese Verwaltung wird entweder für eine ganze Provinz durch einen Provinzial-Steuer-Direktor oder für einen Regierungsbezirk durch eine Regierungsabteilung, welcher ein Oberregierungsrat vorsteht, geführt.

Ein kollegialischer Geschäftsbetrieb kann zwar in dieser Abteilung nicht stattfinden, wenn aber in Prozeß- oder andern Rechtssachen der Dirigent und der Justitiarius abweichende Meinungen haben und sich darüber nicht vereinigen, ist die Sache dem Präsidenten vorzulegen, um durch sein Votum den Ausschlag zu geben oder die Sache zur Plenarsitzung zur Beschlußnahme zu verweisen; von Seiten der Provinzial-Direktoren (!) aber ist in solchen Fällen an das Finanzministerium zur Entscheidung zu berichten.

Sind Untersuchungen wegen Amtsvergehen gegen Steuerbeamte nach der Vorschrift der Kabinettsorder vom 21. Februar 1823 verhängt, bei denen die Dienstentlassung ausgesprochen werden soll, dann gelangen auch da, wo besondere Provinzial-Steuer-Direktoren angeordnet sind, die Sachen in dem Plenum der Regierung zum Vortrag. Der Provinzial-Steuer-Direktor sendet die instruierten Akten mit dem Gutachten des Justitiarius des Provinzial-Steuer-Direktorats an den Präsidenten der Regierung des Bezirks, wo der Angeschuldigte zuletzt fungiert hat. Der Präsident läßt die Sache in einer Plenarsitzung, welcher der Provinzial-Steuer-Direktor möglichst beiwohnen muß, vortragen, und dieser erhält die Akten nebst dem niedergeschriebenen Kollegial-Beschluß zurück, zur Einreichung mittelst seines Gutachtens beim Ministerium.

5. Schreiben des Unterstaatssekretärs im preußischen Finanzministerium an Landesrat Schmedding in Münster (nach Abschr. in: OFD, Hist. Arch. Pers. Schmedding: Urschrift in Nachlaß Schmedding)

Berlin, den 4. 9. 1919 – Finanzministerium

Sehr verehrter Herr Geheimrat!

Herr Finanzminister Dr. Südekum hat mich beauftragt, an Sie die vertrauliche Anfrage zu richten, ob Sie vielleicht geneigt sein würden, die Leitung eines der geplanten Landesfinanzämter – etwa Münster oder Köln – zu übernehmen. In dem ich mich dieses Auftrages entledige, gestatte ich mir hinzuzufügen, daß die Landesfinanzämter in drei Abteilungen zerfallen werden, eine für die direkten, die zweite für die indirekten Steuern, die dritte für Vermögensverwaltung. An der Spitze dieser Abteilungen werden die eigentlichen Fachleute stehen, z. B. die bisherigen Oberzolldirektionspräsidenten, Vorsitzende der Berufungskommissionen usw. Über ihnen soll der Präsident des Landesfinanzamts fungieren, dessen Tätigkeit in der Hauptsache eine organisatorische sein wird, wenigstens in den ersten Zeiten. Wie weit er sich später um die Details der Verwaltung kümmern wird, wird mehr oder weniger von seinem Willen abhängen. Die äußere Stellung des Chefpräsidenten wird voraussichtlich – neben freier Dienstwohnung – derjenigen der Ministerialdirektoren entsprechen. In einer kürzlich abgehaltenen Besprechung gab der Reichsfinanzminister sogar zu erkennen, daß er an eine Gleichstellung mit den Oberpräsidenten dächte. Die Absichten scheinen in dieser Beziehung noch nicht ganz festzustehen.

Herr Dr. Südekum war der Meinung, daß Sie bei Ihrem bekannten Interesse für Finanzfragen vielleicht Neigung zur Übernahme eines solchen Amtes haben würden. Darf ich Sie wohl bitten, mir möglichst bald eine Mitteilung über Ihre Stellungnahme zugehen zu lassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Ihr ergebenster

(gez.) Busch

Unterstaatssekretär